



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

„Die Hungersnot der 1920er Jahre in „deutschen“ Siedlungen
der Südukraine aus medialer Perspektive“
Eine qualitative Inhaltsanalyse anhand zeitgenössischer
österreichischer Tageszeitungen

verfasst von | submitted by

Helmut Brieser BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2026

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 803

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Geschichte

Betreut von | Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. Dr. Wolfgang Mueller

Mein Dank gilt meiner Familie,
meinem Betreuer, Univ.-Prof. Mag. Dr. Wolfgang Mueller
und allen, die mich unterstützt haben.

Im Sommer 1922 gab es „etwa 150.000 Deutsche, die in 250 Dörfern und einigen hundert Weilern zerstreut,, in der südlichen Ukraine lebten. Bereits „Ende Februar hungerten 90Prozent der Gesamtbevölkerung. Es begann ein Massensterben.“

Quelle: Neue Freie Presse, 26. Juli 1922.

Inhaltsverzeichnis

<u>Abstract</u>	5
<u>1 Einleitung</u>	6
<u>2 Historischer Kontext</u>	9
2.1 Die österreichischen Tagespresse in der Ersten Republik bis zur Maiverfassung	9
2.1.1 Zäsur und Neuorientierung.....	11
2.1.2 Die österreichische Presselandschaft.....	14
2.1.3 Die Pressegesetzgebung	16
2.2 Österreichs diplomatische Beziehungen zu Sowjetrussland und den ukrainischen Zentralregierungen	18
2.2.1 Aufbruch in eine neue Ära	18
2.2.2 Die österreichisch-sowjetrussischen Beziehungen von „Brest-Litowsk“ bis zur „De-jure-Anerkennung der Sowjetunion“	23
2.2.3 Die diplomatischen Beziehungen der Ersten Republik zu den ukrainischen Zentralregierungen	29
2.3 Die Schwarzmeerdeutschen (<i>pričernomorskie nemcy</i>).....	37
2.3.1 Die Peuplierungspolitik der russischen Zaren.....	37
2.3.2 Die politische Adaption und Partizipation der Kolonisten.....	39
2.3.3 Die demographische und sozioökonomische Situation der Kolonisten	52
2.4 Die sowjetische Hungersnot als Aktionsfeld des internationalen Humanitarismus	60
<u>3 Methode und Datenkorpus</u>	71
3.1 Qualitative Inhaltsanalyse.....	71
3.2 Datenkorpus	72
<u>4 Die Quellen</u>	74
4.1 Die „Arbeiter Zeitung“	75
4.2 Die „Reichspost“.....	79
4.3 Die „Neue Freie Presse“	81
4.4 „Die Rote Fahne“	85
<u>5 Die Hungersnot in schwarzmeerdeutschen Siedlungen aus medialer Perspektive</u>	87
5.1 Ursachen und Eskalation der Hungersnot (1920-1923).....	87
5.1.1 Klimatische Verhältnisse, Dürren und Missernten.....	87
5.1.2 Die Schwäche der politischen Ordnungsmacht in der Ukraine.....	90
5.1.3 Bauernaufstände	94
5.1.4 Der Russische Bürgerkrieg.....	103

5.1.5	Kriegskommunismus (Die Wirtschaftspolitik Sowjetrusslands)	112
5.1.6	Fehleinschätzung der Ernährungslage und politischer Widerstand gegen Hilfsleistungen	130
5.1.7	Die Eskalation der Hungersnot	134
5.2	Das österreichische Hunger-Hilfswerk	140
5.2.1	Die liberalen und christlich-sozialen Hilfskampagnen	144
5.2.2	Das „Russische Hilfskomitee“ der Kommunisten	146
5.2.3	Der „Russische Hilfsfond“ der Sozialdemokraten.....	149
5.2.4	Die „Russische Hilfsaktion“ des Reichsarbeiterrates	154
5.2.5	Das Hilfswerk der „Oesterreichischen Gesellschaft vom Rothen Kreuze“ ..	156
5.2.6	Die „Künstlerhilfe für die Hungernden in Rußland“	157
5.2.7	Andere Hilfsaktionen und Hilfsleistungen privater Personen	159
<u>6</u>	<u>Conclusio</u>	161
<u>7</u>	<u>Abkürzungsverzeichnis</u>	169
<u>8</u>	<u>Abbildungsverzeichnis</u>	170
<u>9</u>	<u>Quellen und Literaturverzeichnis</u>	171

Abstract

Diese wissenschaftliche Arbeit zielt auf die mediale Präsenz der Hungersnot der 1920er Jahre im schwarzmeerdeutschen Siedlungsgebiet in der österreichischen Tagespresse ab. Außerdem wurde untersucht welche Unterschiede in der Berichterstattung der unterschiedlichen politischen Ausrichtungen erkennbar waren. Das Ergebnis der Untersuchung soll, indem es an die Forschungen des renommierten Schweizer Historikers Andreas Kappeler, der das Medienecho der Holodomors von 1932/33 in der österreichischen Presse analysierte, anschließt, bereichernd zum Wissensstand in der Forschungsgemeinschaft beitragen. Im Kontext vermittelt die Arbeit ein breites Wissen über die österreichische Tagespresse der Ersten Republik sowie die diplomatischen Beziehungen Österreichs zu Sowjetrussland und den ukrainischen Zentralregierungen. Außerdem werden interessante Perspektiven von noch wenig erforschten Feldern betreffend die Peuplierungspolitik der russischen Zaren und die politische Partizipation der schwarzmeerdeutschen Kolonisten sowie ihre demographische und sozioökonomische Situation vorgestellt. Den kontextualen Abschluss bildet ein Abriss über das Aktionsfeld des internationalen Humanitarismus. Der empirische Teil der Arbeit repräsentiert das Echo der Hungersnot in der zeitgenössischen österreichischen Wiener Tages- bzw. Parteipresse. Als Quellen für die „qualitative Medieninhaltsanalyse“ dienten die wirtschaftsnah und liberal-demokratisch ausgerichtete „Neue Freie Presse“, die katholisch-konservative „Reichspost“, die sozialdemokratische „Arbeiter Zeitung“ und die kommunistische „Die Rote Fahne“. Durch die Analyse von 876 Ausgaben der selektierten Tagesblätter konnten wertvolle Erkenntnisse über die öffentliche Wahrnehmung und Meinungsbildung in Österreich, betreffend die Ursachen und Eskalation der Hungersnot sowie die Bereitschaft zu Hilfsaktionen, enthüllt werden. Dabei wurden Ideologien, Stimmungen und Einstellungen über die schwarzmeerdeutschen Kolonisten sichtbar, wie sie sich nur durch eine Medieninhaltsanalyse historischer Zeitungen ergeben können, wenn lebende Zeitzeugen nicht mehr zur Verfügung stehen.

1 Einleitung

Hungersnöte als Untersuchungsgegenstand sind in der Forschung zentraler Bestandteil von gesellschaftlichen Umbruchs- und Modernisierungsprozessen des 20. Jahrhunderts. Hungerkatastrophen verdeutlichen die Schattenseiten menschlicher Zivilisation, da sie durch das Zusammenwirken von sozialen, politischen, ökonomischen und ökologisch-klimatischen Verhältnissen die „conditions for disaster“ evozieren. Gleichzeitig stellen sie häufig nur den Endpunkt einer längeren historischen Entwicklung dar und haben Ereignischarakter, der seit jeher im Zentrum von medialer Berichterstattung steht.

Die sowjetische Hungersnot der 1920er Jahre betraf auch schwarzmeerdeutsche Kolonisten, die sich vor nahezu 240 Jahren mit Privilegien¹ der russischen Zarin ausgestattet in Südrussland ansiedelten. Als Migrationsursachen galten insbesondere die ungünstigen politischen Verhältnisse im deutschen Südwesten, die auf den politischen Druck durch das „Napoleonische Frankreich“ zurückzuführen sind, sowie demographische und wirtschaftliche Faktoren.² Entwicklungen wie die Russifizierung ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts,³ Repressalien im Ersten Weltkrieg⁴ in Verbindung mit der „Nationalen Frage“⁵ und die gewaltsamen Getreiderequisitionen der Bolschewiki während des „Russischen Bürgerkrieges“⁶ trugen maßgeblich zur Entstehung der Hungersnot bei.

Am Beispiel der deutschen Minderheit in der Südukraine erschließt sich ein Phänomen, um Hunger als Werkzeug beziehungsweise Waffe einer repressiven Regierung zu untersuchen. Im Kontext ist auch relevant, dass sich die Verhaltensweisen und Überlebensstrategien

¹ Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen, Zarin Katharina die Große und das Einladungsmanifest vom 22. Juli 1763. Aus den unter Ziffer 6 gewährten Vorrechten: Religionsfreiheit, Reisegelder, Einrichtungsdarlehen, einen „Landanteil“ von meist 60 Desjatinen (1 Desjatine = 1,1 Hektar), eine zehnjährige Steuerfreiheit, Selbstverwaltung und die Befreiung von der Wehrpflicht.

Online unter: <https://gdz.sub.uni-goettingen.de/id/PPN619069759>.

² Alfred Eisfeld, 200 Jahre Ansiedlung der Deutschen im Schwarzmeergebiet (Hg. Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. mit Unterstützung der baden-württembergischen Landesregierung (Baden-Württemberg 2003)), 3.

Online unter: <https://silo.tips/download/200-jahre-ansiedlung-der-deutschen-im-schwarzmeergebiet>.

³ Anm. des *Verfassers*: Die Rücknahme der Privilegien (1871) durch Zar Alexander II. reduzierte die Kolonisten rechtlich auf das Niveau russischer Bauern.

⁴ Detlef Brandes, Von den Verfolgungen im Ersten Weltkrieg bis zur Deportation. In: Gerd Stricker (Hg.), Deutsche Geschichte im Osten Europas. Russland (Berlin 2002), 131–137.

⁵ Margarete Busch, Bildung und Wissenschaft. In: Gerd Stricker (Hg.), Deutsche Geschichte im Osten Europas. Russland (Berlin 2002), 492–538, hier 515f. siehe auch: Eisfeld, 200 Jahre Ansiedlung der Deutschen im Schwarzmeergebiet, 11, cit. *So durften keine Zeitungen mehr in deutscher Sprache erscheinen, Werbeaufschriften und Hinweisschilder mussten entfernt werden. Lehrer, die von der Verwaltung als unzuverlässig angesehen wurden, sollten den Schuldienst verlassen und die Schulen, so sie ohne Lehrer blieben, geschlossen werden.*

⁶ Alfred Eisfeld, Guido Hausmann, Dietmar Neutatz, Hungersnöte in Russland und in der Sowjetunion 1891–1947. Regionale, ethnische und konfessionelle Aspekte (Essen 2017), 11 – Erkenntnisinteresse weckt vor allem die Instrumentalisierung von Hunger als Waffe (food is power) und Strategie durch die Mächtigen, um politische Ziele zu realisieren.

deutscher Kolonisten in den Hungerjahren 1921/22 von denen anderer Nationalitäten erheblich unterschieden. Den Angelpunkt dieser Analyse bilden daher sowohl die sozialen, politischen und ökonomischen Verhältnisse dieser „Russlanddeutschen Ethnie“ zur Zeit der Hungersnot als auch ein genuines Erkenntnisinteresse an Mediendarstellungen humanitärer Katastrophen und deren Wirkung auf die Gesellschaft.

Wie auch heute erfuhre die westliche Öffentlichkeit der 1920er Jahre, neben Krieg und Vertreibung, von Hungerkatastrophen meist aus verfügbaren Medien. Aber welchen Mustern folgte die zeitgenössische Medienberichterstattung in demokratischen Ländern? Welche publizierten Zeitungsartikel und Bilder waren den Zeitgenossen in der Tagespresse zugänglich? Konnten Berichte emotional berühren, zum Nachdenken oder gar zum Handeln anregen? Wie reagierte die westliche Politik auf die Hungerkrise im Osten Europas? Berichte westlicher Diplomaten über die Hungersnot von 1921/22 beziehungsweise über die Ernährungskrise 1920-1923 sind bereits vielfach untersucht und ediert worden.⁷ Während der „Powolschje-Hungersnot“ ist aus den zeitgenössischen Medien beispielsweise der dramatische Aufruf des russischen Schriftstellers Maxim Gorki (12. Juli 1921) an die Weltöffentlichkeit bekannt, um auf das Leid seiner hungernden Landsleute aufmerksam zu machen. Diesem Appell schlossen sich wichtige Persönlichkeiten Sowjetrusslands,⁸ unter anderen auch Regierungschef Vladimir Il’ič Lenin, an.

Trotz der diesen Appellen folgenden Hilfsaktionen des Westens,⁹ sind Analysen, die die Resonanz von Hungersnöten in der breiten Öffentlichkeit des Westens widerspiegeln - mit Ausnahme der Arbeit des renommierten Schweizer Historikers Andreas Kappeler über den Holodomor 1932/33¹⁰ - kaum tiefergehend in den Fokus der Forschung gerückt. Wie dieser kurze Rekurs auf den Forschungsstand zeigt, ist die Resonanz der Hungerkrise 1920-1923 in der breiten Öffentlichkeit des Westens bislang unzureichend untersucht und geklärt. Diese Studie wagt den Versuch, indem sie an die Forschungen Kappeler anschließt, bereichernd zum Wissensstand in der Forschungsgemeinschaft beizutragen.

Dreh- und Angelpunkt der Medienanalyse ist es die Hungersnot von 1921/22 in deutschen Siedlungsgebieten der Südukraine aus dem Blickwinkel der zeitgenössischen österreichi-

⁷ Gustav Hilger, *Wir und der Kreml. Deutsch-Sowjetische Beziehungen 1918-1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten* (Frankfurt/Main, Bonn ²1964).

⁸ Benjamin Pinkus, Ingeborg Fleischhauer, *Die Deutschen in der Sowjetunion. Geschichte einer nationalen Minderheit im 20. Jahrhundert* (Baden-Baden 1987), 158 – Anfang August 1921 durch den Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Čičerin.

⁹ Hier besonders zu erwähnen ist das Projekt: „American Relief Administration (ARA)“. Bertrand M. Patenaude, *The Big Show in Bololand. The American Relief Expedition to Soviet Russia in the Famine of 1921* (Stanford 2002).

¹⁰ Andreas Kappeler, *Das Echo des Holodomor. Die Hungersnot 1932/33 in der österreichischen Presse*. In: *Zeitschrift Osteuropa*, 70. Jg. 12/2020.

schen Tagespresse zu untersuchen, um ein möglichst umfassendes Bild der öffentlichen Meinung in den Anfangsjahren der Ersten Republik zu gewinnen. Einerseits wird untersucht welchen medialen Widerhall diese Hungerkrise in der österreichischen Bevölkerung in Hinblick auf Ursache und Eskalation einschließlich der Bereitschaft zu Hilfsleistungen hatte. Andererseits wird gefragt, welche Abweichungen in der Berichterstattung von Zeitungen unterschiedlicher politischer Spektren erkennbar sind. Da in den 1920er Jahren in Wien Österreichs Tagespresse die größte Bedeutung hatte und die auflagenstärksten Zeitungen erschienen, wurden hinsichtlich der Erreichung des Forschungsziels vier Blätter der Wiener Tages- und Parteipresse mit unterschiedlicher politischer Orientierung analysiert. Namentlich handelt es sich um die wirtschaftsnah und liberal-demokratisch ausgerichtete „Neue Freie Presse“, die katholisch-konservative „Reichspost“, die sozialdemokratische „Arbeiter Zeitung“ und die kommunistische „Die Rote Fahne“.¹¹

Analysen von Zeitungen sind historisch bedeutend, weil sie „Ideologien, Stimmungen und Einstellungen vergangener Tage“ sichtbar machen. Nur die Medieninhaltsanalyse beantwortet Fragen, wenn keine lebenden Zeitzeugen mehr zur Verfügung stehen. Im Kontext darf aber auch nicht übersehen werden, dass Zeitungen eine eigene Medienrealität schaffen, die die öffentliche Meinung in hohem Maße beeinflusst. Dazu darf insbesondere auf die Werke des französischen Mediziners, Anthropologen und Soziologen Gustave Le Bon,¹² des US-amerikanischen Journalisten Walter Lippmann¹³ und austro-amerikanischen „Vater der Public Relations“ Edward L. Bernays¹⁴ hingewiesen werden. Mit ihren Theorien waren sie richtungsweisend für das Verständnis von Propaganda und Massenpsychologie. Darüber hinaus erschließen sich aus ihren Arbeiten wertvolle Erkenntnisse über die Medien- und Meinungsforschung sowie die Psychologie der Public Relations.

Zu Beginn der Forschungsarbeit wird die Zeitungsanalyse in den historischen Kontext eingebettet. Dementsprechend werden historische Aspekte sowohl über die österreichische Tagespresse der Ersten Republik, als auch über die internationalen Beziehungen Österreichs mit Sowjetrussland und der durch ständigen Machtwechsel geprägten Ukraine vermittelt. Es folgen Darstellungen betreffend die politische Partizipation und den sozioökonomischen Status der schwarzmeerdeutschen Kolonisten. Außerdem behandelt ein eigenes

¹¹ Österreichische Nationalbibliothek, *ANNO Historische Zeitungen und Zeitschriften* (ÖNB ANNO), Online unter: <https://anno.onb.ac.at>.

¹² Gustave Le Bon, *Psychologie der Massen*. Aus dem Französischen von Rudolf Eisler 1911 (Hamburg 2019).

¹³ Walter Lippmann, *Die öffentliche Meinung. Wie sie entsteht und manipuliert wird*. Walter Ötsch, Silja Graupe (Hg.). Übersetzt von Christian Deppe, Simon Lübeck und Hermann Reidt. 1. Auflage (Frankfurt 2018 (1922)).

¹⁴ Edward L. Bernays, *Propaganda. Die Kunst der Public Relations*. Übersetzt von Patrick Schnur. Deutsche Erstausgabe (Berlin 2019 (1928)).

Kapitel das Aktionsfeld des internationalen Humanitarismus. Nach der Einführung in die Methode und den Datenkorpus werden die Quellen mit Schwergewicht auf ihre politische Richtung und Auflagenzahlen vorgestellt.

Anschließend werden die Erkenntnisse aus der Dokumentenanalyse, die nach wissenschaftlichen Gütekriterien überprüft und zusammengefasst wurden, mit Blick auf Resonanz und politische Ideologie präsentiert.

In dieser Arbeit steht der Begriff „Ukraine“ für das heutige Staatsgebiet oder die historischen Territorien der West- und Ost-Ukraine in toto. In Abgrenzung zur galizischen Ukraine wird die Bezeichnung „Dnipro-Ukraine“ verwendet.

Beim Zitieren der Presseberichte wurde die zeitgenössische Orthographie des Originaltextes übernommen. Alle im Text vorkommenden Daten werden nach dem Gregorianischen Kalender angeführt und das „Storytelling“ wurde so gestaltet, um auch ein außeruniversitäres Publikum zu erreichen.

Die in dieser Arbeit gewählte männliche Form bezieht sich immer zugleich auf weibliche und männliche Personen.

2 Historischer Kontext

2.1 Die österreichische Tagespresse in der Ersten Republik bis zur Maiverfassung

Zur Zeit der Ersten Republik erschienen in Wien täglich bis zu 30 Tageszeitungen, einige sogar mehrmals täglich. Über 80 Prozent der Wiener Tageszeitungen wurden 1919 durchschnittlich für den Preis von zwei Semmeln angeboten.¹⁵ Beispielsweise kostete die täglich mehrmals erscheinende „Arbeiter Zeitung“ im Zeitraum vom 30. Jänner 1922 bis 6. März 1922 von Montag bis Samstag inklusive der ersten Abendausgabe 40 Kronen. Dienstag bis Samstag zahlte man für die zweite Abendausgabe 16 Kronen. Die Sonntagsausgabe war für 50 Kronen erhältlich.¹⁶ Sogar in den Landeshauptstädten konnte man am Zeitungskiosk drei bis fünf regionale Tageszeitungen kaufen. Die Tagespresse stellte damals ähnlich heutigen digitalen Medien „das zentrale Massenmedium“ der politischen Kommunikation dar. Schon um die Wende zum 20. Jahrhunderts kam es bedingt durch ökonomische, soziodemogra-

¹⁵ Gabriele Melischek, Josef Seethaler, Die Berliner und Wiener Tagespresse von der Jahrhundertwende bis 1933. In: Kai Kaufmann, Erhard Schütz (Hg.), Die lange Geschichte der Kleinen Form. Beiträge zur Feuilletonforschung (Berlin 2000), 60–80.

¹⁶ HYPRESS, Die österreichische Tagespresse - Daten und Analysen, Der Zeitungsmarkt in der Ersten Republik 1918-1934, Forschungsergebnisse, Detaildaten Wien, Wiener Tageszeitungen 1918-1934, Titelliste Wien. Online unter: <https://www.oeaw.ac.at/cmc/hypress/wz.htm>.

phische, pressepolitische und technische Entwicklungen zur Herausbildung populärer, nicht parteipolitisch gebundener Massenzeitungen, die sich am Zeitungsmarkt etablieren konnten. Durch die Demokratisierung wurde dieser Prozess verstärkt und führte dazu, dass sich der freie Pressemarkt noch stärker entfalten konnte. Dennoch gelang es der österreichischen Parteipresse in der ersten Hälfte der Ersten Republik nicht, ihren anfänglichen Marktanteil von 20 Prozent zu behaupten. In Wien war dieser Anteil etwas höher und lag bei 24 Prozent.¹⁷

Die österreichische Tagespresse war in der Zeit zwischen 1918 bis 1920 von einer deutlichen Zäsur geprägt. Vor dem Hintergrund der Fragestellung über eine staatliche Selbständigkeit standen die Massenmedien in der politischen Kommunikation vor einer gewaltigen Herausforderung. Der Tagespresse sollte anlässlich der Ausrufung der Ersten Republik am 12. November 1918 durch das „Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich“¹⁸ die Aufgabe zufallen eine allgemeine politische Öffentlichkeit zu konstituieren. Demgemäß sollte die österreichische Bevölkerung „in das Wechselspiel von politischer Willensbildung und deren Legitimierung“¹⁹ integriert werden. Ein umso bedeutenderer Umstand, da auch die Frauen mit der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung am 16. Februar 1919 erstmals das aktive und passive Wahlrecht erhielten.

Eine brisante Frage warf auch der Artikel zwei des Gesetzes vom 12. November 1918 auf. Die Provisorische Nationalversammlung der Ersten Republik verabschiedete damit einen Beschluss über die Vereinigung „Deutschösterreichs“ mit der „Deutschen Republik“. Obwohl die führenden Politiker und nahezu die gesamte österreichische Presse den Anschluss an Deutschland forderten,²⁰ sprach sich die „Pariser Kommission für die territorialen Friedensbestimmungen“ am 15. März 1919 dagegen aus. Der US-amerikanische Präsident

¹⁷ Gabriele Melischek, Josef Seethaler, Die österreichische Tagespresse der Ersten Republik. In: Matthias Karmasin, Christian Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte Band 2: Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute), (Wiesbaden 2019), 20, cit. *Obwohl die Arbeiter-Zeitung und die Reichspost vergleichsweise hohe Auflagen hatten, betrug der Anteil der Parteipresse 1920 in Wien niedrige 24 Prozent. Daran hatten auch die ersten Bemühungen der beiden großen Parteien, durch Gründung zusätzlicher Mittags- und Abendblätter (A.Z. am Abend, Mittagsblatt, Wiener Stimmen) am Zeitungsmarkt besser Fuß zu fassen, nichts ändern können. Dies gelang erst in der zweiten Hälfte der Ersten Republik, als Sozialdemokraten (ab 1927: Das Kleine Blatt) und Christlichsoziale (ab 1929: Das kleine Volksblatt) Zeitungen herausbrachten, die sich am journalistischen Konzept der auflagenstarken kleinformatigen Boulevardblätter orientierten. Damit sicherten sich die Parteien 1930 einen Anteil von 34 Prozent.*

¹⁸ Österreichische Nationalbibliothek, ALEX Historische Rechts- und Gesetzestexte (ÖNB, ALEX), Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich 1.Stück vom 15. November 1918, 5. Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich, cit. Art. 2, „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik.“ Online unter: <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=sgb&datum=1918&page=26&size=45>.

¹⁹ Max Kaase, Politische Kommunikation – Politikwissenschaftliche Perspektiven. In Otfrid Jarren, Ulrich Sarcinelli, Ulrich Saxer (Hg.), Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft: Ein Handbuch (Opladen, Wiesbaden 1998), 100.

²⁰ Kurt Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte. 1848-1959, Bd. 1 (Wien, Stuttgart 1960), 33, cit. *In Unterschätzung der eigenen Kräfte und Möglichkeiten wurde daher von den führenden Politikern und nahezu der gesamten Presse des Landes der Anschluss an Deutschland gefordert.*

Woodrow Wilson, der britische Premierminister David Lloyd George sowie der französische Premierminister Georges Clemenceau und der italienische Ministerpräsident Vittorio Emanuele Orlando schlossen sich am 22. April dieser Resolution an.

Berücksichtigt man bei der Untersuchung des österreichischen Pressewesens zwischen 1918 und 1938 innenpolitische und außenpolitische Fragen, so ergeben sich zwei Phasen. Zum einen der Zeitabschnitt vom Zusammenbruch der Doppelmonarchie bis zum Beginn des autoritären Regimes am 7. März 1933, zum anderen die Zeit des Austrofaschismus bis zum Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich am 13. März 1938. In der ersten Phase bestimmten vor allem Themen der Innenpolitik die Presse. Angesichts der Rezession am Ende der 1920er Jahre und der Politik des autoritären ständestaatlichen Systems begann man in zunehmenden Maße über außenpolitische Angelegenheiten zu berichten.²¹ Außerdem war aus pressepolitischer Perspektive im Austrofaschismus eine freie Presseentwicklung stark eingeschränkt.

Da diese Studie ein Ereignis der frühen 1920er Jahre behandelt, werden nachfolgend wesentliche Erkenntnisse über die erste Phase des Zeitungswesens dargestellt.

2.1.1 Zäsur und Neuorientierung

Die Umbruchsperiode in der österreichischen Tagespresse wird von zwei Akteurs-Gruppen bestimmt. Einerseits von bereits etablierten, ihre Macht konsolidierenden politischen Parteien und andererseits von sich formierenden politischen Kräften, welche versuchten, ihre politischen Partizipationsmöglichkeiten in der Öffentlichkeit zu erweitern und zu artikulieren. Die erste Gruppe umfasst die Sozialdemokraten und Christlichsozialen. Die Sozialdemokraten versuchten ihre Wählerschaft vor allem durch eine erhöhte Erscheinungsweise ihrer Zeitungen außerhalb Wiens zu mobilisieren. Demgegenüber kam es bei den Christlichsozialen zur Gründung zusätzlicher Ausgaben, wie des „Mittagblattes“ oder der „Wiener Stimmen“.²²

Unter die zweite Kommunikatoren-Gruppe fallen die neuen respektive sich neuformierenden politischen Kräfte, deren medialen Aktivitäten hauptsächlich auf die Metropole beschränkt blieben. Dazu zählen die Kommunisten, die sich bereits im Mai 1918 mit der Gründung des Blattes „Weckruf“ an die Öffentlichkeit wandten. Diese Tageszeitung konnte aber erst ab 30. Oktober 1918 erscheinen, als von der Provisorischen Nationalversammlung die Aufhebung der Zensur beschlossen wurde und am 3. November 1918 die Gründung

²¹ *Paupié*, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 39f.

²² *Melischek, Seethaler*, Die österreichische Tagespresse der Ersten Republik, 14.

der Kommunistischen Partei erfolgte. In der ersten Jahreshälfte 1919 wurde das Medium in den plakativen Titel „Soziale Revolution“ und später in „Die Rote Fahne“ umbenannt. Die bürgerlichen Liberalen formierten sich im Dezember 1918 in mehreren Parteien und publizierten meist kurzlebige Zeitungen wie „Der Neue Tag“, „Der Morgen“ und im Vorfeld der ersten allgemeinen Wahl 1919 „Die Frau“. Hinter der „Wiener Morgenzeitung“, die 1927 in die „Neue Welt“ übergang stand die aus der zionistischen Bewegung hervorgegangenen Jüdisch-Nationalen, die am 4. November 1918 den „Jüdischen Nationalrat für Deutschösterreich“ konstituierten.²³ Die am 2. November 1918 als Partei etablierten Nationaldemokraten gaben den „Wiener Mittag“ oder „Die Republik“ heraus. Nach ihrem Scheitern bei der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung im August 1920 wirkten sie an der Gründung der Großdeutschen Volkspartei (GDVP) mit. Die GDVP führte 1920 mit der „Wiener Deutschen Tageszeitung“ die Tradition des „Alldeutschen Tagblatts“ und der „Ostdeutschen Rundschau“ weiter.²⁴ Wiener Zeitungen wurden auch von Emigranten aus den Nachfolgestaaten der Monarchie veröffentlicht. Darunter fallen beispielsweise das sozialdemokratische Organ der tschechoslowakischen Arbeiterpartei „Dělnické listy“ (Arbeiterblatt), ab 1926 „Videňské dělnické listy“ (Wiener Arbeiterblatt), oder das bürgerlich antifaschistische Blatt ungarischer Exilanten „Bécsi Magyar Ujság“ (Wiener Ungarische Zeitung)²⁵, das zwischen 1919 und 1923 erschien. Somit stand der Wiener Bevölkerung während der Ersten Republik ein breites Spektrum an Tageszeitungen zur Verfügung und die Tageszeitung kann als „das“ politisch-kulturelle Leitmedium der Ersten Republik bezeichnet werden.²⁶ Obwohl der Friedensvertrag von St. Germain zum Verlust früherer Absatzgebiete führte, kam es am Zeitungsmarkt überraschender Weise nicht zu einer tiefergehenden Krise. Natürlich darf man die Auswirkungen der wirtschaftlichen Notsituation im Nachkriegsösterreich, die erhöhten Rohstoffpreise und die damit verbundene Papierknappheit nicht außer Acht lassen. Dennoch kann man feststellen, dass es im Vergleich zwischen 1910 und 1920 zu einem Anstieg der Gesamtzahl der Tageszeitungen gekommen ist. 1910 erschienen von 67 publizierten Zeitungen aus 60 Redaktionen 27 in Wien. Demgegenüber waren es 1920, als Wien zum eigenen Bundesland erklärt wurde, 31 von 79 Zeitungen aus 67 Redaktionen (siehe Abbildung 1; Stichtage: jeweils 1. Dezemberwoche). Dabei lag der Anteil Wiens an

²³ Dieter J. Hecht, Die Stimme und Wahrheit der Jüdischen Welt. Die jüdische Presse in Wien der Zwischenkriegszeit 1918–1938. In: Frank Stern, Barbara Eichinger (Hg.), Wien und die jüdische Erfahrung 1900–1938 (Wien 2009), 99–114.

²⁴ Melischek, Seethaler, Die österreichische Tagespresse der Ersten Republik, 15.

²⁵ Helmut W. Lang (Hg.), Österreichische Retrospektive Bibliographie (ORBI). Reihe 2: Österreichische Zeitungen 1492–1945. Band 2: Helmut W. Lang, Ladislaus Lang, Wilma Buchinger: Bibliographie der österreichischen Zeitungen 1621–1945. A–M. Bearbeitet an der Österreichischen Nationalbibliothek (München 2003), 139.

²⁶ Melischek, Seethaler, Die österreichische Tagespresse der Ersten Republik, 8f.

der Zahl österreichischer Zeitungen konstant bei rund 40 Prozent. Als deutliche Indizien für ein erhöhtes Kommunikations- und Informationsbedürfnis gelten neben der Zunahme der Gesamtzahl der österreichischen Tageszeitungen um 18 Prozent vor allem der Zuwachs der Gesamtauflage im ansehnlichen Ausmaß von gut 30 Prozent – von 1,2 auf knapp 1,58 Millionen.²⁷ Beispielsweise kam es in Wien im Frühjahr 1919, offensichtlich bedingt durch den sozialrevolutionären Charakter gesellschaftlicher Umwälzungen, mit 40 parallel erscheinenden Titeln zu einem in der Ersten Republik nie wieder erreichten Auflagenmaximum von 1,4 Millionen.²⁸

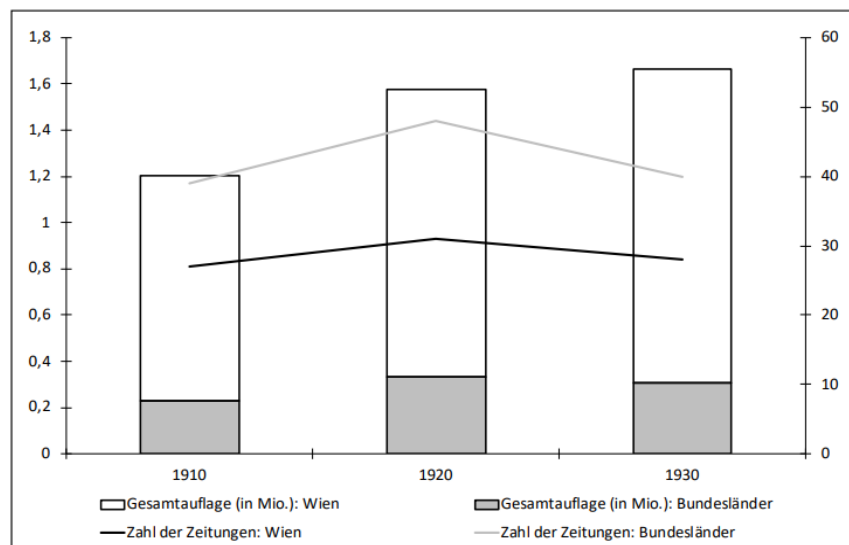


Abb. 1: Die österreichische Tagespresse in den Jahren 1910, 1920 und 1930

Quelle: Melischek, Seethaler, Die österreichische Tagespresse der Ersten Republik, 11.

War der Umbruch am Zeitungsmarkt in der Metropole Wien durch Einstellungen und Gründungen von Tageszeitungen geprägt,²⁹ so stellte die räumliche Ausweitung des Angebots ein wesentliches Charakteristikum der strukturellen Veränderungen der Bundesländerpresse dar.³⁰

Trotz wirtschaftlicher Probleme führten die neuen demokratischen Strukturen sowohl zu einer Belebung der öffentlichen Kommunikation und Umstrukturierung der Tagespresse,

²⁷ Ebda, 11.

²⁸ Gabriele Melischek, Josef Seethaler, Medien und politisches System in der „österreichischen Revolution“ 1918/20. In: Kurt Imhof, Peter Schulz (Hg.), Medien und Revolution (Zürich 1998), 109-129.

²⁹ Melischek, Seethaler, Die österreichische Tagespresse der Ersten Republik, 13, cit. So wurden zwischen 1918 bis 1920 nicht nur eine Reihe traditionsreicher Titel wie das 1847 gegründete Fremdenblatt eingestellt, sondern es wurden genauso viele Tageszeitungen (27 Titel) gegründet als davor bestanden hatten (und von den 20 durchgehend erschienenen Zeitungen waren zwei Fünftel von Änderungen in den Eigentumsstrukturen betroffen).

³⁰ Ebda, 12, cit. dichteste Netz an Tageszeitungen gab es 1920 mit je 10 Titeln in Oberösterreich und der Steiermark, gefolgt von acht Titeln in Kärnten und sieben in Tirol. Das kleine Vorarlberg wies immerhin auch noch fünf Tageszeitungen auf, in Salzburg und Niederösterreich waren es nur je vier [...] nicht nur die Landeshauptstädte zu den Verlagsorten der Tageszeitungen; vielmehr gehörten dazu auch Bezirkszentren wie Villach in Kärnten, Baden und Wiener Neustadt in Niederösterreich.

als auch Erweiterung des Zeitungsangebots. Durch die Nachkriegsinflation und schließlich unter sich stabilisierenden ökonomischen Bedingungen konsolidierte sich der österreichische Zeitungsmarkt. Die Zeitungsdichte pendelte sich bis 1930 bei 68 Titeln und 60 publizistischen Einheiten ein. Die Gesamtauflage stieg geringfügig auf 1,67 Millionen Exemplare.³¹

2.1.2 Die österreichische Presselandschaft

Die Presselandschaft der Ersten Republik lässt nach dem Ansatz des einflussreichen österreichischen Zeitungswissenschaftler und langjährigen Professor an der Universität Wien Kurt Paupié eine starke Tendenz in Richtung „Parteipresse“ und „Gesinnungspresse“³² erkennen. Obwohl die liberal-demokratische „Neue Freie Presse“ ihr hohes Ansehen als führendes internationales Blatt behaupten konnte, gewannen die katholisch-konservative „Reichspost“ und die sozialdemokratische „Arbeiter Zeitung“ immer mehr an Bedeutung. War die Reputation der „Reichspost“ auf ihre enge Beziehung zum Prälaten und christlich-sozialen Politiker Ignaz Seipel zurückzuführen, so verkörperte die „Arbeiter Zeitung“ das Sprachrohr des stellvertretenden Parteivorsitzenden der Sozialdemokratie Otto Bauer. Ferner machte die heftige Polemik zwischen den beiden Blättern den tiefen politischen Gegensatz unter den zwei einflussreichsten Parteien, insbesondere nach dem Koalitionsbruch von 1920, deutlich.³³ Ein weiteres Merkmal der „Wiener Presse“ stellt nach dem österreichischen Journalisten und Historiker Fritz Csoklich die stark vertretene „Boulevardpresse“ dar,³⁴ die auf einen „gut entwickelten politischen Nachrichtenteil und auf ein zum Teil hochstehendes Kulturfeuilleton“ verweisen konnte.³⁵ Beide Formen von Journalismus, Parteipresse als auch Boulevardpresse, konnten die politische Beeinflussung der Rezipienten zielgerichtet forcieren. Eine weitere Besonderheit am Wiener Zeitungsmarkt war die kleinformatige Massenzeitung „Illustrierte Kronenzeitung“³⁶ mit einer Sonntagsauflage von bis zu 200.000 Exemplaren im Jahr 1925. Durch plakative Illustrationen, teilweise auch durch Sensationsjournalismus, erlangte sie in der ganzen Republik Popularität, sollte aber nicht bedenkenlos zu den extremen Boulevardzeitungen gezählt werden. Nach dem Wiener Vor-

³¹ *Ebda*, 17.

³² *Paupié*, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 43; Kurt *Skalnik*, Die österreichische Presse. Vorgestern, gestern, heute (Wien 1964), 13ff.

³³ Fritz *Csoklich*, Presse und Rundfunk. In: Erika Weinzierl, Kurt Skalnik, Österreich 1918 – 1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd.2 (Graz, Wien, Köln 1983), 717.

³⁴ *Csoklich*, Presse und Rundfunk, 718 – Die Stunde, Der Tag oder Der Abend.

³⁵ *Ebda*.

³⁶ *Paupié*, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 173 – erschien ab dem 2. Jänner 1900 unter dem Herausgeber Gustav Davis.

bild gründete der steirische Katholische Pressverein vier Jahre später die „Kleine Zeitung“, dem das liberal-demokratische „Neue Wiener Tagblatt“ mit der Herausgabe der „Kleinen Volkszeitung“ folgte. 1927 erschienen, als weitere Reaktion der Parteipresse, für den Geschmack der breiten Masse und ansatzweise ideologisch ausgerichtet das sozialdemokratische „Kleine Blatt“ und das katholische „Kleine Volksblatt“, die sogenannte „christliche Kronenzeitung“. Bezüglich der Auflagenhöhe überwogen in Wien klar die kleinformatigen Blätter.³⁷

Während einige neuere weiterführende Studien zur Wiener Tagespresse vorliegen, die sich entweder auf die gesamte Zeitungs- bzw. Verlagslandschaft beziehen,³⁸ ist die politische Tagespresse der übrigen Bundesländer noch nicht ausreichend erforscht. Csoklich liefert zwar einen Überblick über ausgewählte Tageszeitungen in den Bundesländern, lässt aber eine vollständige Darstellung vermissen. Bemerkenswert ist, dass die Pressestruktur der Länder mit eigenständiger Tagespresse von deutschnationalen, liberalen oder freisinnigen Blättern dominiert wurde und die katholischen sowie die sozialdemokratischen Zeitungen³⁹ in der Regel eine untergeordnete Rolle spielten. Trotz aller Bemühungen der Verlage und des guten Renommées der konservativen und linken Länder-Presse konnte eine Auflagenhöhe von 10.000 Stück nur selten erreicht werden. Im Durchschnitt lag sie erheblich darunter. In diesem Zusammenhang stellen die „Kleine Zeitung“ (1925: Auflage 29.000) und der sozialdemokratische „Arbeiterwille“ (1925: Auflage 22.000), deren Vertrieb sowohl in der Steiermark als auch in Kärnten erfolgte, eine Ausnahme dar.⁴⁰ Darüber hinaus existierten keine auflagenstarken und überparteilichen Bundesländerblätter nach heutigem Verständnis.⁴¹ Aufgrund ihrer Auflagenstärke und des politischen Einflusses sollen aus den Bundesländern noch das rechtsbürgerlich-deutsch-nationale „Salzburger Volksblatt“ (Auflage 10.000), das ebenfalls deutsch-nationale „Neue Grazer Tagblatt“ (Auflage 18.000) und aus Oberösterreich die „Linzer Tages-Post“ (Auflage 22.500) mit ähnlicher politischer Ausrich-

³⁷ Csoklich, *Presse und Rundfunk*, 719 – Auflagenhöhe 1925: „Kronenzeitung“: 190.000 Stk. wochentags und 200.000 sonntags gefolgt von der „Kleinen Volkszeitung“: 160.000 Stk.

³⁸ Peter Eigner, Andreas Resch, Steyrermühl und Vernay. Die zwei größten Wiener Zeitungskonzerne der Zwischenkriegszeit. In: Herbert Matis, Andreas Resch, Dieter Stiefel (Hg.), *Unternehmertum im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Unternehmerische Aktivitäten in historischer Perspektive. Beiträge gesammelt zu Ehren von Alice Teichova* (=Veröffentlichungen der Österreichischen Gesellschaft ÖGU Bd. 28) (Wien 2010), 143-169; Gabriele Melischek, *Zur Entstehung der Massenblätter am Beispiel der Wiener Tagespresse 1895–1933*. In A. Blome (Hg.), *Zeitung, Zeitschrift, Intelligenzblatt und Kalender. Beiträge zur historischen Presseforschung* (Bremen 2000, edition lumière), 211–222; Christian Oggolder, *Kleines Land – was nun? Kontinuitäten personeller Verflechtungen von Wiener Zeitungsaktiengesellschaften nach 1918*. *Jahrbuch Für Kommunikationsgeschichte* 14/2012, 97–114.

³⁹ ÖNB ANNO, z.B.: Kärntner Landbote, Tiroler Anzeiger, Linzer Volksblatt, Salzburger Chronik für Stadt und Land, Vorarlberger Volksblatt, Arbeiterwille, Volks-Zeitung, Salzburger Wacht etc.

⁴⁰ Csoklich, *Presse und Rundfunk*, 721f.

⁴¹ Ebda, 720.

tung Erwähnung finden.⁴² Forschungsarbeiten zur politischen Bundesländerpresse liegen vor allem in Form von Hochschulschriften vor. In seiner Masterarbeit hat Gernot Göllles (2016)⁴³ die politische Berichterstattung in Grazer Zeitungen untersucht, die eine starke Dominanz der Parteien erkennen lassen. Entsprechend verweist er auf den Unterschied zwischen Parteizeitung und parteinaher Zeitung und versteht seine Arbeit als Basis für weitere Forschungen im Segment der regionalen Tagespresse. Ernst Hanisch stellt in seinem Beitrag über die Salzburger Presse in der Ersten Republik fest, dass ein Strukturwandel zwingend mit der steigenden Bedeutung der Parteipresse verknüpft ist. Mit der Regierungsteilnahme der Sozialdemokratie musste beispielsweise die *„Salzburger Wacht [...] ihre rein oppositionelle Rolle aufgeben und das Konsensverhalten der eigenen Parteielite partiell abstützen“*.⁴⁴ Bekanntlich währte der relativ unabhängige Spielraum für Redaktionen gegenüber den Herausgebern anlässlich dem neu verlautbarten Pressegesetz von 1922 nur kurz; zwischen Kriegszensur des Ersten Weltkrieges und der Polizeizensur der „ständestaatlichen“ Diktatur.

2.1.3 Die Pressegesetzgebung

Durch die Provisorische Nationalversammlung der Ersten Republik erfolgte die Novellierung des seit 17. Dezember 1862 in Kraft stehenden Pressegesetzes. Mit dieser Novelle beschloss das Parlament Deutschösterreichs die Aufhebung der Zensur sowie die Außerkraftsetzung der Bestimmungen über die Einstellung von Druckschriften und deren Postverbot. Gemeinsam mit Artikel 13 des Staatsgrundgesetzes 1867⁴⁵ wurden diese Bestimmungen in die Verfassung von 1920⁴⁶ übernommen und bildeten damit die Grundlage für ein neues Pressegesetz.⁴⁷

Das am 7. April 1922 verlautbarte Pressegesetz⁴⁸ ging auf einen Initiativantrag des sozialdemokratischen Politikers und Chefredakteurs der Arbeiter Zeitung Friedrich Austerlitz⁴⁹ zurück. Es schränkte nicht nur das Einschreiten des Staates gegen die Presse ein, sondern

⁴² Melischek, Seethaler, Die österreichische Tagespresse der Ersten Republik, Anhang, Die österreichischen Tageszeitungen 1910, 1920, 1930 und 1934, 30-36.

⁴³ Gernot Göllles, Die politische Berichterstattung der Ersten Republik in Österreich unter besonderer Berücksichtigung der regionalen Tagesprintmedien am Beispiel Graz (Nicht veröffentlichte Masterarbeit, Universität Graz 2016).

⁴⁴ Ernst Hanisch, Die Salzburger Presse in der Ersten Republik 1918-1938. In: Mitt(h)eilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Band 128, 1988, 350.

⁴⁵ ÖNB, ALEX, Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867, RGBI. Nr. 142, 395.

⁴⁶ Ebda, Bundes-Verfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920, StGBI. Nr. 450, Art. 149, 1809.

⁴⁷ Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 44.

⁴⁸ ÖNB, ALEX, Bundesgesetz vom 7. April 1922 über die Presse. BGBl. Nr. 218/1922.

⁴⁹ Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 44.

schuf auch die Voraussetzung für die Herausgabe und Verbreitung von Zeitungen. Mit seinem Inkrafttreten wurde außerdem das Recht auf Berichtigung und Strafverfolgung eines Berichts geregelt.⁵⁰ Wirtschaftlich brachte das neue Pressegesetz für Verlage mit der Abschaffung des überholten Kolportageverbots und Aufhebung der Konzessionspflicht eine Erleichterung, obwohl die am 12. Dezember 1923 durch der Wiener Gemeindeverwaltung neuerlich eingeführte Inseratensteuer kontraproduktiv wirkte.⁵¹

Nur teilweise können die Ursachen zur Einschränkung der Pressefreiheit und Ausschaltung der Oppositionspresse hinsichtlich der Methoden der Regierung Dollfuß den Presseverhältnissen selbst zugeordnet werden. Vielmehr waren sie ab März 1933 Auswirkung einer Politik, die eine Ausschaltung des Nationalrates verfolgte.⁵² Die als wirtschaftliche Schutzmaßnahme getarnte Presseverordnung (BGBl. Nr. 41/1933) war nur der Anfang einer Reihe von gesetzlichen Maßnahmen,⁵³ die gegen die Presse der Linksparteien und der Nationalsozialisten gerichtet war. Nach dieser Presseverordnung konnte über eine bereits einmal beschlagnahmte Zeitung eine Vorzensur⁵⁴ verhängt werden. Dementsprechend wurde eine Vorlagepflicht zwei Stunden vor der Verbreitung angeordnet, wenn „*durch Verletzung des vaterländischen, religiösen oder sittlichen Empfindens eine Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit*“⁵⁵ nachweisbar war. Als formalrechtliche Basis nutzte Dollfuß nicht nur im Pressewesen die Bestimmungen des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes vom 24. Juli 1917 (RGBl. Nr. 307/1917), wieder verlautbart mit § 7 Abs. 2 des Verfassungs-Übergangsgesetzes 1920 (BGBl. Nr. 2/1920)⁵⁶, für das Erlassen von Notverordnungen. Vielmehr nutzte er die Ermächtigungen des Gesetzes auch dazu, um die parlamen-

⁵⁰ Peter Pelinka, Manfred Scheuch, 100 Jahre AZ (Wien 1989), 73.

⁵¹ Meltschek, Seethaler, Die österreichische Tagespresse der Ersten Republik, 17.

⁵² Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 46.

⁵³ ÖNB, ALEX, Verordnung der Bundesregierung vom 10. April 1933, womit die Verordnung der Bundesregierung vom 7. März 1933, BGBl. Nr. 41, betreffend besondere Maßnahmen zur Hintanhaltung der mit einer Störung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit verbundenen Schädigungen des wirtschaftlichen Lebens, abgeändert wird. BGBl. Nr. 120/1933; Verordnung der Bundesregierung vom 10. Juni 1933, betreffend besondere Maßnahmen gegen den Mißbrauch der Preßfreiheit. BGBl. Nr. 217/1933; siehe auch: Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 47ff.

⁵⁴ Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 47 – Unter Vorzensur: Die „Rote Fahne“ (13. März 1933), „Arbeiter-Zeitung“ und „Das Kleine Blatt“ (24. März 1933) und das NS-Organ die „Deutschösterreichische Tageszeitung“ (4. April 1933).

⁵⁵ ÖNB, ALEX, Verordnung der Bundesregierung vom 7. März 1933, betreffend besondere Maßnahmen zur Hintanhaltung der mit einer Störung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit verbundenen Schädigungen des wirtschaftlichen Lebens. BGBl. Nr. 41/1933, § 3, 296.

⁵⁶ Ebda, Verfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920, betreffend den Übergang zur bundesstaatlichen Verfassung, BGBl. Nr. 2/1920, § 7 Abs. 2, 20f, cit. *Die nach dem Gesetz vom 24. Juli 1917, R.G.Bl. Nr. 307, mit welchem die Regierung ermächtigt wird, aus Anlaß der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse die notwendigen Verfügungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu treffen, der Regierung zustehenden Befugnisse gehen sowohl auf die Bundesregierung als auch auf die einzelnen Bundesminister über.*

tarische Demokratie zu beenden und mit der oktroyierten Maiverfassung⁵⁷ einen diktatorischen Ständestaat zu errichten.

2.2 Österreichs diplomatische Beziehungen zu Sowjetrußland und den ukrainischen Zentralregierungen

Wie das österreichische Pressewesen waren auch die internationalen Beziehungen an der Wende zum „kurzen 20. Jahrhundert“ von tiefgreifenden Veränderungen geprägt. Vor allem war der Erste Weltkrieg ein bedeutsamer Katalysator, der längerfristige Prozesse im Verhältnis zwischen dem Diplomaten (Repräsentanten) und dem Souverän (Repräsentierten) in Bewegung brachte, verstärkte und vorantrieb. Obwohl die Diplomatie in ihrer Funktion als Repräsentant seit jeher „Öffentlichkeit“ besaß, schien sie aufgrund der steigenden Bedeutung der Massenmedien und der wachsenden Ausdifferenzierung in der Politik bereits vor 1914 die Kontrolle über die Öffentlichkeit zu verlieren.

2.2.1 Aufbruch in eine neue Ära

Das Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson setzte unter Punkt eins auf den Wahlspruch der „neuen Diplomatie“, die sich entschieden gegen die bis dahin übliche Geheimdiplomatie⁵⁸ in zwischenstaatlichen Beziehungen wandte und für Transparenz in Entscheidungsprozessen stand. Entwickelt wurde Wilsons Vierzehn-Punkte-Programm vom „Peace Inquiry Bureau“ unter maßgeblicher Mitwirkung des Journalisten Walter Lippmann, der schon längere Zeit eine für die Massen verständliche und zugängliche Außenpolitik propagierte.⁵⁹

Zu deutlich hatten die Ereignisse vor und während des Ersten Weltkrieges das Versagen der Akteure der „alten“ diplomatischen Methoden und ihrer Missionen in der Friedenswahrung

⁵⁷ Anm. des Verfassers: Die Verfassung trat am 1. Mai 1934 in Kraft - der Tag der Arbeiterbewegung wurde bewusst gewählt.

⁵⁸ Woodrow Wilson, Address to a Joint Session of Congress on the Conditions of Peace, 8. 1. 1918, cit. *I. Open covenants of peace, openly arrived at, after which there shall be no private international understandings of any kind, but diplomacy shall proceed always frankly and in the public view.* Online unter: APP, <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-joint-session-congress-the-conditions-peace-the-fourteen-points>.

⁵⁹ Verena Steller, Zwischen Geheimnis und Öffentlichkeit. Die Pariser Friedensverhandlungen 1919 und die Krise der universalen Diplomatie. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 8 (2011), 360; siehe auch: Walter Lippmann, *The Stakes of Diplomacy* (New York 1915), 196 und 198, cit. *So long as foreign politics is reserved for evenings and Sundays democracy will discuss baseball and remain perfunctory. And behind the apathy of the public an invisible diplomacy will be carried on, directed by a small class with special interests and abetted by the routine complacency of old-fashioned diplomats. [...] If people have to declare publicly what they want and why they want [it], they cannot be altogether ruthless.*

aufgezeigt. Immer öfter mussten sich frühere Generationen des diplomatischen Korps, die sich als eine kosmopolitische, kulturell „homogene europäische Familie“ verstanden, vor einer nach politischer Teilhabe strebenden bürgerlichen Öffentlichkeit erklären, wenn nicht rechtfertigen. Im Sinne der „alten Diplomatie“ besaßen Diplomaten und besonders Botschafter als ranghöchste Vertreter einer kleinen „Entscheidungselite“ gewichtigen Anteil am außenpolitischen Entscheidungsprozess. Insofern entstand Außenpolitik aus individueller Anschauung, hinter verschlossenen Türen des Arkanums in einer von der Öffentlichkeit nahezu völlig abgeschirmten Sphäre.

Mit der „Pariser Friedenskonferenz“ 1919/20 ergab sich ein Ereignis, wo erstmals Verhandlungen im Sinne Wilsons transparent voll ins Visier der Öffentlichkeit treten konnten. Durch eine Konferenzpolitik sollten sowohl das Versprechen für eine Neubegründung der Diplomatie eingelöst, als auch eine künftige Friedensordnung in Europa beschlossen werden. Die Analysen der deutschen Historikerin Verena Stellers zeigen aber deutlich, dass die diplomatische Handlungskultur als Basis für den einsetzenden Friedensprozess die Erwartungen einer „neuen Diplomatie“ in der Konferenzorganisation nicht erfüllen konnte, sondern vielmehr die manifeste Krise der Diplomatie in St. Germain und anderen Pariser Vororten widerspiegelte.⁶⁰ Die eigentlichen Neuerungen, so die österreichische Historikerin Verena Moritz, waren *„die überwältigende Präsenz der Medien als Transporteure der Illusion vom Anbruch einer Ära der „neuen Diplomatie“ bei gleichzeitiger Anpassung der Entscheidungsträger an die Anforderungen der medialen Performanz“*, sowie eher negativ konnotiert *„das Ende einer „gemeinsamen Sprache“⁶¹ der Diplomaten“* als Grundlage für den Erfolg von Verhandlungen.“⁶²

Obwohl umfassende Vorbereitungen des „auswärtigen Dienstes“ vorangingen, setzten sich in den Friedensverhandlungen nicht die Berufsdiplomaten, sondern die Politiker des „Obersten Rates“, einer Nachfolgeorganisation des „Alliierten Obersten Kriegsrates“, durch. Mit der sogenannten Konferenzpolitik übernahmen die Staats- und Regierungschefs einen Politikstil, der die Methoden diplomatischen Handelns weiterführte. Letztendlich beschränkte sich das Entscheidungsgremium auf einen Vierer-Rat (Wilson, Clemenceau, Lloyd George, Orlando), der zudem unter Ausschluss der Presse tagte. Als nur das Verhandlungsergebnis veröffentlicht wurde fanden sich Presse und Öffentlichkeit ebenso wie die Berufsdiplomatie marginalisiert. Desgleichen blieb auch die Prämisse Wilsons, Verträ-

⁶⁰ Steller, Zwischen Geheimnis und Öffentlichkeit, 350-372.

⁶¹ Ebda, 363-369.

⁶² Verena Moritz, Julia Köstenberger, Aleksandr Vatlin, Hannes Leidinger, Karin Moser, Gegenwelten. Aspekte der österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918–1938 (St. Pölten, Salzburg, Wien 2013), 28.

ge offen und für alle sichtbar zu schließen, erfolglos, weil das Gelingen der Konferenz Formen der Geheimdiplomatie zur Vertrauenswahrung erforderlich machte.⁶³

Dennoch zeigte sich der österreichische Staatskanzler Karl Renner noch im Juli 1919 zuversichtlich, dass die „neue Diplomatie“ in Saint-Germain Friedensbedingungen generieren würde, die sowohl die Hungersnot in der jungen Republik mildern, als auch ihr wirtschaftliches und politisches Überleben sichern könnten. In seiner Doppelfunktion als Staatskanzler und Staatssekretär für Äußeres verdeutlichte Renner dem Obersten Rat die hoffnungslose Lage Österreichs, die aus dem Verlust wichtiger Industriezentren und landwirtschaftlicher Anbaugelände nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns resultierte. Um die heimische Wirtschaft wieder zu beleben wären nach Ansicht des Außenamtes die Sicherstellung von Rohstoffen für die Industrie, ein Minimum an Lebensmitteln für die Bevölkerung sowie umfangreiche Kredite der alliierten Westmächte unabdingbar. Wie die Regierung Renner richtig erkannte, setzte die materielle Unterstützung durch die Alliierten aber einen politischen Widerstand gegen den Bolschewismus voraus. Obwohl Renners zentraler Kurs von Völkerbundpolitik bestimmt war, identifizierte er dennoch nahezu seine gesamte Außenpolitik mit Wirtschaftspolitik. Darüber hinaus war Renner ein überzeugter Gegner der Geheimdiplomatie elitärer Diplomaten und stand für Offenheit und Transparenz im Auswärtigen Dienst.⁶⁴

Auch die Bolschewiki bekundeten unmittelbar nach ihrer Machtergreifung ihr Missfallen gegenüber der „alten Diplomatie“. Zum einen führten sie per Dekret vom Juni 1918 für ihre Botschafter die Bezeichnung „Bevollmächtigter Vertreter“ (*Polnomočnyj predstavitel'* kurz *Polpred*) ein, zum anderen fokussierten sie sich auf neue Perspektiven in internationalen Fragen. Bereits während des Ersten Weltkriegs riefen sie die Bevölkerung in beteiligten Staaten, insbesondere die Arbeiterschaft in England, Frankreich und Deutschland auf, die Kampfhandlungen ohne „Annexion und Entschädigung aufgrund der Selbstbestimmung der Völker“⁶⁵ zu beenden. Explizit wurde dieser Appell von Lenin dazu benutzt, die „bourgeois-imperialistischen Methoden“ der kriegsführenden Staaten in der Öffentlichkeit bloßzustellen.

⁶³ Steller, Zwischen Geheimnis und Öffentlichkeit, 361-362.

⁶⁴ Ausführlich zur Außenpolitik Renners: Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938 (ADÖ), Band 3: Österreich im System der Nachfolgestaaten, 11. September 1919 bis 10. Juni 1921, Klaus Koch, Arnold Suppan (Hg.), (Wien 1996), 9-14; Moritz, Gegenwelten, 29, zitiert nach Renate Reisel, Karl Renner und die Führung der österreichischen Außenpolitik vom 26. Juli 1919 bis zum 21. Oktober 1920, Diss. Wien 1972, 54, cit. *Der „auswärtige Dienst“*, [...] werde „nicht auf äußeren Glanz und auf Repräsentation“ und „nicht auf gute Beziehungen zu den obersten Schichten der Nachbarländer“ aufbauen, sondern auf „Offenheit und Geradheit gegenüber den Nachbarn“. Er müsse sich „stützen auf den Willen des Volkes selbst, auf die Demokratie, denn er hat keinen anderen Rechtstitel als diese“.

⁶⁵ Alexander Nikolajewitsch Makarov, Das System der Staatsverträge Sowjetrußlands. Zeitschrift für Politik, 1927-01, Vol.16, 334, cit. *russischer Funkspruch an die Völker der Kriegsführenden vom 28. November 1917*. Online unter: <http://www.jstor.org/stable/43349357>.

len. Jedoch blieb der doktrinäre Versuch, mit diesem politischen Programm allgemeine Friedensverhandlungen einzuleiten erfolglos und führte letztlich zum Friedensvertrag von Brest-Litowsk mit den Mittelmächten und ihren Verbündeten. Darüber hinaus entschieden sich die Bolschewiki zur Freigabe respektive Herausgabe von Geheimdokumenten aus zarischen Archiven, die ebenfalls der Diskreditierung des Imperialismus dienen sollten und großes Interesse im Ausland erweckten.⁶⁶

Daneben vollzog sich in Sowjetrußland ein radikaler Bruch mit der „alten Diplomatie“ auch in Hinblick auf die personelle Organisation. So wurde im neu gegründeten „Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten“ (Narkomindel, NKID)⁶⁷ aus ideologischen Gründen grundsätzlich auf Botschaftspersonal des ehemaligen zarischen Außenministeriums verzichtet. Bis auf wenige Experten, die dem neuen System nützlich sein konnten, ließ der erste Volkskommissar für Äußeres Lev Trockij keine personellen Kontinuitäten zu. Folglich rekrutierte sich das neue Personal im diplomatischen Dienst in erster Linie aus Exil-Revolutionären und zum Teil auch aus Nichtrussen, wie dem gebürtigen Polen Mieczysław Bronski. Besonders deutlich trat das Fehlen von qualifiziertem Personal und mangelnder Professionalität in der russischen Telegrafagentur (ROSTA)⁶⁸ zu Tage, was extreme Auswirkungen auf die Qualität der diplomatischen Berichterstattung hatte. Überhaupt entsprachen erste Berichte des NKID eher Propagandaaufrufen oder Leitartikeln, die gewissermaßen einen revolutionären Attentismus erkennen ließen, als diplomatischen Notizen.⁶⁹

Abgesehen von der Bekämpfung vorrevolutionärer russischer Vertretungsbehörden im Ausland kann nach Lenins Dialektik das Wesensmerkmal sowjetrussischer Außenpolitik kurz mit „Rußland zuerst“ oder „Erlaubt ist alles, was der Sowjetmacht nützt“ beschrieben werden. Demnach sollte in Erwartung der kommenden Weltrevolution das kapitalistische System durch Offenlegung von Widersprüchen und Gegensätzen destabilisiert werden.⁷⁰ Als aber die ruinierte sowjetrussische Wirtschaft nach dem Bürgerkrieg ums Überleben kämpfte und im Zuge der „Neuen Ökonomischen Politik“ (NEP) eine Kooperation mit dem kapitalistischen Westen anstrebte, zeichnete sich ein Konflikt zwischen revolutionärer und zunehmend konventioneller Außenpolitik ab. Dementsprechend bemühte sich NKID-Chef

⁶⁶ Moritz, *Gegenwelten*, 29 und 37.

⁶⁷ Anm. des Verfassers: Народный комиссариат иностранных дел (*Narodny komissariat inostrannykh del*)

⁶⁸ Anm. des Verfassers: *Russische Telegrafagentur beim Allrussischen Zentralen Exekutivkomitee*, kurz ROSTA (russisch: Российское Телеграфное агентство при Всероссийском Центральном Исполнительном Комитете, РОСТА)

⁶⁹ Moritz, *Gegenwelten*, 30-34.

⁷⁰ Ebda, 39; Dietrich Geyer, Boris Meissner (Hg.): *Osteuropa-Handbuch: Sowjetunion. Völkerrechtstheorie und Vertragspolitik* (Köln/Wien 1976), 45.

Georgij Čičerin im Widerstreit mit Grigorij Zinov'ev um eine Unabhängigkeit zwischen der Kommunistischen Internationale (Komintern, KI) und diversen Aktivitäten der Geheimdienste. Allerdings blieb der Westen im Spannungsfeld zwischen „friedlicher Koexistenz“ und pragmatischer Interessenspolitik skeptisch.⁷¹

Im österreichischen auswärtigen Dienst bestanden anfänglich alte und neue Strukturen noch nebeneinander, um einen ordnungsgemäßen Übergang von der Monarchie zur Republik sicherzustellen. Bis 8. November 1920 fungierte das k.u.k. Ministerium des Äußeren unter der Leitung von Ludwig Freiherr von Flotow als „liquidierendes Ministerium“ während das Staatsamt für Äußeres die Geschäfte führte. Als erster Staatssekretär amtierte ab dem 30. Oktober 1918 der Vorsitzende der österreichischen Sozialdemokratie, Victor Adler nur für wenige Tage am Ballhausplatz. Nach seinem Tod am 11. November 1918 übernahm der ideologische Führer der Sozialdemokratischen Partei Otto Bauer die Leitung des Staatsamtes. Aus Protest gegen das Anschlussverbot an das republikanische Deutschland trat er am 25. Juli 1919 von seinem Staatsamt zurück und überließ das Ressort Staatskanzler Karl Renner. Außerdem betrachteten die „Alteingesessenen“ am Ballhausplatz Bauers Ernennung zum Leiter des Außenressorts in gewisser Weise als revolutionären Akt und bemängelten seine fehlende Erfahrung als Berufsdiplomat. Dagegen äußerte Bauer Bedenken, das „alte diplomatische Personal“⁷² als Repräsentanten einzusetzen, weil er die Republik nicht als Konkursmasse der Monarchie verstanden wissen wollte. Trotzdem waren Newcomer mit Ausnahme der Gesandten Ludwig Moritz Hartmann in Berlin und Otto Pohl in der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) beziehungsweise später in der Sowjetunion im diplomatischen Dienst der 1920er Jahre eher selten.⁷³

Im Zuge des Inkrafttretens der Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920 erfolgte die Umbenennung des Staatsamtes für Äußeres in „Bundesministerium für Äußeres“ und erhielt per Verordnung vom 2. Mai 1921 eine neue Geschäftseinteilung. Unter dem christlich-sozialen Außenminister Alfred Grünberger erfolgte infolge der Auflagen der Genfer Protokolle vom 4. Oktober 1922 im Kabinett Ignaz Seipel II die Auflösung des Bundesministeriums für Äußeres und die Eingliederung seiner Sektionen und Abteilungen in das Bundeskanzler-

⁷¹ Moritz, *Gegenwelten*, 43-44 – Grigorij Zinov'ev war der Vorsitzende der Kommunistischen Internationale (Komintern, KI). Geheimdienste: Auslandsdienste der Tschecha (Čeka: Außerordentliche Kommission (für den Kampf gegen die Konterrevolution und Sabotage, Geheimdienst später GPU bzw. NKVD (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten). GPU seit 1922 die Bezeichnung für die Geheimpolizei der Sowjetunion, die 1934 in das NKVD integriert wurde.

⁷² Ernst Hanisch, *Der große Illusionist Otto Bauer (1881–1938)* (Wien, Köln, Weimar 2011), 151; Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938 (ADÖ), Band 1: Selbstbestimmung der Republik, 21. Oktober 1918 bis 14. März 1919, Klaus Koch, Walter Rauscher, Arnold Suppan (Hg.), (Wien 1993), 216. cit. „Ich habe immer Bedenken, das alte diplomatische Personal zu verwenden, weil wir dann als Fortsetzung der alten Monarchie erscheinen würden.“

⁷³ Moritz, *Gegenwelten*, 31-33;

amt. Diese Organisation für Auswärtige Angelegenheiten blieb im Wesentlichen bis 1938 bestehen.⁷⁴

2.2.2 Die österreichisch-sowjetrussischen Beziehungen von „Brest-Litowsk“ bis zur „De-jure-Anerkennung der Sowjetunion“

Als Grundlage der österreichisch-sowjetrussischen Beziehungen kann die Entsendung der Gefangenen-Fürsorgemission Österreich-Ungarns nach Petrograd infolge der Ratifizierung des Friedensvertrages von Brest-Litowsk bezeichnet werden. Ein Kuriosum des Vertragswerkes war der Umstand, dass es keinen Passus für das Entsenden einer sowjetrussischen Delegation nach Wien vorsah. Daher setzte NKID-Chef Čičerin auf die normative Kraft des Faktischen und entsandte Ende Juli 1918 auf eigene Verantwortung eine Gefangenenmission unter der Leitung von Jakov Aleksandrovič Berman in die österreichische Hauptstadt, die Anfang Oktober durch die sowjetrussische Rot-Kreuz-Mission Boris Solomonovič Vejsbrods verstärkt wurde. Berichten der k.u.k. Behörden und später des Wiener Polizeipräsidenten Johann Schober zufolge standen die Sowjetdelegierten mit ihren Propagandaaktivitäten von Beginn an unter dem Verdacht der politischen Agitation und Revolutionierung des Donauraums. Anfang 1919 kam es schließlich auf Druck der alliierten Bevollmächtigten in Wien⁷⁵ unter Staatssekretär Bauer zur Abschiebung der Mission Berman-Vejsbrod und für mehrere Monate zum Abbruch der bilateralen Beziehungen.⁷⁶

Demzufolge stieg wegen der pressierenden Repatriierungsfrage der öffentliche Druck auf die österreichische Regierung. Im Rahmen einer Massenkundgebung in Wien verlangten im August 1919 Kriegsgefangenen-Angehörigen-Vereinigungen, unter Beteiligung österreichischer Kommunisten, erneut eine Verständigung mit Moskau. Allerdings war aufgrund der alliierten Isolationspolitik eine Wiederaufnahme zwischenstaatlicher Beziehungen mit dem Sowjetregime vorerst nur schwer realisierbar. Zusätzlich belastete die Haltung der österreichischen Sozialdemokraten gegenüber Béla Kuns ungarischer Räteregierung die Außenpolitik zu den Alliierten. Vor allem angesichts der kommunistischen Unruhen im April (Gründonnerstagsputsch) und Juni 1919, erkannten die Westmächte in der Sozialdemokra-

⁷⁴ ADÖ, Bd. 1, 18-24. Zu den Geschäftseinteilungen des „Staatsamtes für Äußeres“ und „Bundesministeriums für Äußeres“.

⁷⁵ Moritz, *Gegenwelten*, 56, cit. Archibald Cary Coolidge, Thomas Montgomery Cuninghame, Henri Allize und General Roberto Segre eine militärische Intervention nicht ausschlossen, um die Gefahr eines kommunistischen Umsturzes in Österreich abzuwenden.

⁷⁶ Ebda, 47-50 (Die Gefangenensfrage als Grundlage zwischenstaatlicher Beziehungen im Jahr 1918) und 56; zu den Propagandaaktivitäten und konspirativen Machenschaften von Berman und Vejsbrod: Barry McLoughlin, Hannes Leidinger, Verena Moritz, *Kommunismus in Österreich 1918–1938*, (Innsbruck /Wien/Bozen 2009), 27-34.

tischen Arbeiterpartei Österreichs (SDAPÖ) keinen verlässlichen Partner gegen die „rote Flut“ in Ungarn und Bayern. Eine befriedigende Lösung der Gefangenfrage konnte auch nicht nach dem Frieden von Saint Germain erzielt werden, obwohl es verstärkt zu konkreten Hilfestellungen durch das Internationale Rote Kreuz und dem Völkerbund kam. Ferner wirkte sich nachteilig aus, dass die Alpenrepublik außenpolitisch unter strenger Kontrolle der Siegermächte stand und seit dem „Hungerwinter 1918/19“ von alliierten Lebensmittellieferungen abhängig war.⁷⁷ Daher setzte die österreichische Außenpolitik in Anbetracht der schlechten Ernährungslage besonders hohe Erwartungen in die Unterstützung durch die USA. Bereits in einer Note vom 13. November 1918 bat Staatssekretär Bauer Präsident Wilson wegen einer drohenden Hungerskatastrophe um dringend benötigte Lebensmittelhilfe.⁷⁸ Diesbezügliche Bemühungen des Auswärtigen Dienstes führten letzten Endes zwischen 1919 und 1923 zu umfangreichen Hilfsleistungen der „American Relief Administration“ in ganz Österreich.⁷⁹ Das ursprüngliche Kinderhilfswerk unter der Leitung von Captain Gardener Richardson wurde im Laufe seiner Aktivitäten auch auf die Ausspeisung von Erwachsenen ausgedehnt.

Im Jänner 1920 endete die fast zweijährige Blockade der Entente gegen das bolschewistische Russland, die sowohl die Bekämpfung der Revolution, als auch die Abschneidung der Mittelmächte von russischen und ukrainischen Ressourcen zum Ziel hatte. Insbesondere, weil durch die Blockade eine Niederlage der Bolschewiki im Russischen Bürgerkrieg nicht verhindert werden konnte, stellt sie einen Musterfall für das Scheitern von Wirtschaftssanktionen als politische Waffe dar. Jedoch eröffnete sich mit dem Blockadeende für die europäischen Staaten neben der Lösung der Kriegsgefangenenfrage auch eine Möglichkeit zur Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Sowjetrussland.⁸⁰ Nach dem Muster einer Reihe von Verträgen der West- und Mittelmächte schloss auch Österreich am 5. Juli 1920 in Kopenhagen ein Abkommen,⁸¹ welches das Fundament für „quasidiplomatische Beziehungen“ mit Sowjetrussland sowie der Sowjetukraine schaffen sollte. Für die Republik Österreich unterzeichnete der Abgeordnete Paul Richter, „Vizepräsident der Staatskommission für

⁷⁷ Moritz, Gegenwelten, 56-60.

⁷⁸ ADÖ, Bd. 1, 143-144 - Staatssekretär für Äußeres Bauer an Präsident Wilson (Washington) Note (als Telegramm über die k. u. k. Gesandtschaft in Stockholm) - worin an Wilson neben dringend benötigter Lebensmittelhilfe auch betreffend dem Selbstbestimmungsrecht der deutschen Bevölkerung Österreichs appelliert wurde.

⁷⁹ Franz Adlgasser, *American Individualism Abroad. Herbert Hoover, die American Relief Administration und Österreich, 1919 – 1923*, Diss. Salzburg 1992.

⁸⁰ Max Trecker, Friedrich Asschenfeldt, „Den Bolschewismus in der Wiege erdrosseln“. Die Blockade der Entente gegen Sowjetrussland. In: Sanktionen: Ziele, Kosten, Wirkung. Zeitschrift Osteuropa, 71. Jg, 10-12 (2021), 47-58

⁸¹ ADÖ, Bd. 3, 381-382 - Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Regierung für Rußland und die Ukraine über den Austausch der Kriegsgefangenen.

Kriegsgefangene“⁸² und für die beiden Sowjetrepubliken Maksim Maksimovič Litvinov „Delegierter des Rates der Volkskommissäre [sic]“.⁸³

Vertragsgegenstand war nicht nur der beidseitige Austausch Kriegsgefangener ohne Unterschied des Chargengrades, sondern auch die Entsendung eines Interessensvertreters zur „Fürsorge und Mithilfe bei der Repatriierung der Kriegs- und Zivilgefangenen“. Neben dem Status der Exterritorialität erhielten die Vertreter der vertragsschließenden Regierungen auch das Recht auf verschlüsselten Funkverkehr. Außerdem wurde Österreich zur Neutralität im „Polnisch-Sowjetischen Krieg“ und zum absoluten Verbot von Waffen- und Kriegsmateriallieferungen durch sein Gebiet verpflichtet. Des Weiteren wäre die Freizügigkeit der sich noch in der Ersten Republik befindlichen Volkskommissare der ehemaligen ungarischen Räterepublik zu gewähren. Schließlich wurden die obengenannten Vertreter der jeweiligen Regierung zur Wiederherstellung wirtschaftlicher Beziehungen mit besonderen Vollmachten ausgestattet.

Weil Österreich während des „Polnisch-Sowjetischen Krieges“ angeblich Rüstungsgüter an Polen geliefert haben soll, war dieses Ereignis von vorausgegangenen Protesten der Sowjetrepubliken überschattet. Eine Verschlechterung der trilateralen Beziehungen hätte nicht nur die Heimkehr zahlreicher österreichischer Kriegsgefangener verzögert, sondern auch den Abbruch handelspolitischer Verhandlungen bedeutet, die sich im Zuge der britischen Russlandpolitik anzubahnen schienen. Vonseiten der Alliierten erfolgten unmittelbar Proteste an die Adresse der Staatsregierung Mayr I., weil das Abkommen anscheinend nicht dem „Geist des Friedens von Saint Germain“ entspräche. Nach einer kurzfristig verhängten Kreditsperre kündigte Staatssekretär Renner an, etwaige Widersprüchlichkeiten in Bezug auf die Bestimmungen des Friedensvertrages zu revidieren. Letztlich reduzierte sich der Einspruch der Pariser Reparationskommission auf das Recht des verschlüsselten Funkverkehrs.⁸⁴ Für die künftige sowjetrussische Vertretung in Wien bedeutete dies konkret, dass der Funkverkehr des Sowjetrepräsentanten nach Moskau nur Gefangenensachenangelegenheiten betreffen durfte und von Vertretern der Entente kontrolliert wurde. Da sich der Chef der sowjetrussischen Kriegsgefangenenmission Mieczysław Bronski darüber häufig bei NKID-Chef Čičerin beschwerte, kam es erwartungsgemäß zu Protesten seitens der sowjetrussischen Regierung. Moskau protestierte gegen die Missachtung des Kopenhagener Abkom-

⁸² Österreichisches Staatsarchiv, OeStA/AdR MRrang MR 1.Rep. KRP 210, Kabinettsprotokoll Nr. 210 vom 5. August 1920, 5 cit. *Vizepräsident der österreichischen Staatskommission für Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenangelegenheiten*.

⁸³ ADÖ, Bd. 3, 381; Anm. des *Verfassers*: Stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR).

⁸⁴ McLoughlin, Leidinger, Moritz, Kommunismus in Österreich 1918–1938, 40, cit. „*per Chiffre auf dem Weg der drahtlosen Telegraphie*“.

mens und Bronski sah sich veranlasst den Ballhausplatz vor negativen Konsequenzen in Bezug auf die österreichischen Kriegsgefangenen zu warnen.⁸⁵

Als österreichischer Missionschef gemäß § 2 des Kopenhagener Abkommen wurde im August 1920 der Sozialdemokrat, Abteilungsleiter im Staatsamt für Äußeres und Chef des Pressedienstes der Staatskanzlei Otto Pohl entsandt.⁸⁶ Da Pohl von Bronski gegenüber dem NKID als ein Mann charakterisiert wurde, den einige Parteimitglieder der SDAP politisch eher als „zu links“⁸⁷ einordneten, zeigte sich die Sowjetregierung mit seiner Ernennung äußerst zufrieden. Wie sind die quasidiplomatischen Aktivitäten und Kontakte des österreichischen Repräsentanten zu beschreiben? Einerseits waren für Pohl sowohl die Repatriierungsfrage angesichts der chaotischen Zustände auf dem sowjetrussischen Hoheitsgebiet während des Bürgerkrieges, als auch die oft unklaren Kompetenzverhältnisse, mangelhafte Infrastruktur und eine träge Administration eine große Herausforderung. Dennoch verlief seine Arbeit als Leiter der Kriegsgefangenenmission im Endergebnis erfolgreich. Andererseits pflegte er seine Kontakte zum „Volkskommissariat für Außenhandel“ (NKWT) und befasste sich mit der Beschaffung von Informationen über die ökonomische Lage Sowjetrusslands als Basis für die Aufnahme bilateraler Handelsbeziehungen.⁸⁸ Insgesamt gesehen war Pohl während seiner Amtszeit höchst produktiv, was nicht zuletzt auf seine hervorragenden Kontakte zum NKID und dessen Chef Čičerin zurückzuführen war.⁸⁹

Der rasche Amtsantritt Mieczysław Bronskis als designierter Repräsentant der Bolschewiki bereits im Juli 1920 zeigt wie wichtig dem Kreml der Standort Wien war. Bronskis zentrale Aufgabe bestand darin nach dem Ende der Repatriierungsmission reguläre diplomatische Beziehungen zu legalisieren. Da er anfangs weder über entsprechende Geldmittel noch konkrete Anweisungen aus Moskau verfügte, verhielt er sich bezüglich der Repatriierung sowjetrussischer Kriegsgefangener abwartend. Stattdessen wandte er sich zunehmend der Betreuung von Gefangenen zu, die eigentlich unter die Zuständigkeit diplomatischer Vertretungen der Ukraine gefallen wären. Im Sinne des Sowjet-Regimes versuchte er den Kampfeinsatz repatriierter ukrainischer Gefangener, die in Österreich mittels „konterrevolutionärer Propaganda“ indoktriniert wurden, gegen die Bolschewiki zu verhindern. Außer-

⁸⁵ Moritz, *Gegenwelten*, 60-63; OeStA/AdR AAng BKA AA NAR, 318, F7 Russland, Warszawski-Bronski an Karl Renner, Zl. 53485/20, 10.8.1920.

⁸⁶ OeStA/AdR MRang MR 1.Rep. KRP 210, 5-6 - Entsendung einer Regierungskommission nach Russland zur Durchführung des Vertrages über die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen.

⁸⁷ Moritz, *Gegenwelten*, 70; siehe auch: McLoughlin, *Leidinger*, Moritz, *Kommunismus in Österreich 1918–1938*, 42.

⁸⁸ Moritz, *Gegenwelten*, 71.

⁸⁹ Verena Moritz, Hannes Leidinger, „Mission To Moscow“. Der Österreichische Gesandte Otto Pohl In Sowjetrussland/der Sowjetunion (1920–1927). In: Lucile Dreidemy et al. (Hg.), *Bananen, Cola, Zeitgeschichte: Oliver Rathkolb und das lange 20. Jahrhundert* (Köln 2016), 151, Pohls Abberufung erfolgte im Jahre 1927; cit. *Die Beziehungen zu dessen Stellvertreter, Maksim Litvinov, blieben allerdings kühl*.

dem machte er sich durch Kontakte zu in Wien lebenden Kommunisten multinationaler Herkunft sowie zu Mitarbeitern der ROSTA und verbliebenen Mitgliedern der abgeschobenen Mission „Berman-Vejbrod“, verdächtig. Nach der Überzeugung Schobers und der bürgerlichen Presse agierte die sowjetrussischen Kriegsgefangenenmission in Wien als eine Art propagandistische und konspirative „Bolschewikenzentrale“. Trotz Schobers Forderung, Bronski sofort abzurufen, war dieser seit Jänner 1921 in der Funktion eines „Bevollmächtigten Vertreters“ des NKWT tätig. Das Ausbleiben offizieller diplomatischer Beziehungen führte er vorrangig auf die Abhängigkeit Österreichs von den Westmächten zurück. Außer Zweifel steht jedoch, dass Bronskis Berichterstattung wesentlich dazu beitrug, die Opferrolle der Alpenrepublik festzuschreiben und somit das sowjetische Österreichbild der 1920er Jahre nachhaltig zu prägen.⁹⁰

Der Abschluss provisorischer Handelsverträge zwischen der Sowjetregierung und London (16. März 1921) sowie Berlin (6. Mai 1921) bildeten die Grundlage für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit Österreichs mit Sowjetrußland. Durch England respektive Deutschland wurde die Zuständigkeit der sowjetrussischen Kriegsgefangenenmissionen erweitert und ihnen die Stellung von ständigen Vertretungen mit Handels- und Konsularbefugnissen eingeräumt. Diese Abkommen bedeuteten de facto eine Anerkennung der Sowjetregierung, die diplomatische Beziehungen nur insoweit aufgenommen haben, als es für die Handelsbeziehungen notwendig erschien.⁹¹ Nach deutsch-sowjetrussischen Muster schloss nun auch Österreich am 7. Dezember 1921 ein Abkommen mit Sowjetrußland und der Sowjetukraine. Es bedeutete einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur De-jure-Anerkennung der Sowjetmacht und regelte die Wirtschaftsbeziehungen bis zum Jahre 1932. Für die Sowjetukraine unterzeichnete Michail Levickij, für Sowjetrußland Bronski und für Österreich Bundeskanzler Johann Schober. Es trat am 14. Februar 1922 gemeinsam mit einem Ergänzungsabkommen zum Kopenhagener Vertrag in Kraft und betrachtete die Vertretungen der RSFSR und der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (UkrSSR) als einzig legitime Missionen in Österreich.⁹²

Das Zustandekommen des Vertrages war umso bemerkenswerter, weil Pohl noch im Jänner 1921 aus Wien angewiesen wurde, gegenüber den sowjetischen Behörden keine Ge-

⁹⁰ Moritz, *Gegenwelten*, 64-66; McLoughlin, *Leidinger*, Moritz, *Kommunismus in Österreich 1918-1938*, 43-47.

⁹¹ Makarov, *Das System der Staatsverträge Sowjetrußlands*, 338-339.

⁹² ÖNB, ALEX, Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich vom 21. März 1922, Abkommen zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und den Regierungen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik und der Ukrainischen Sozialistischen Sowjet-Republik, BGBl. Nr. 147; AZ (Morgenblatt), 8.12.1921, 4; RP (Morgenblatt), 8.12.1921, 2; NFP (Morgenblatt), 8.12.1921, 6; RF, 9.12.1921, 3; AZ (Morgenblatt), 16.2.1922, 3; RF, 18.2.1922, 1; NFP (Morgenblatt), 22.2.1922, 4.

sprächsbereitschaft über ein angestrebtes Handelsabkommen zu signalisieren und obendrein die Aufnahme ökonomischer Beziehungen mit Blick auf die sowjetrussische Hungerkatastrophe zweifelhaft erscheinen ließen.

Die Ratifizierung des Abkommens verzögerte sich nicht so sehr durch die Politik des „Kommunistenjägers“ Schober, sondern vielmehr dadurch, dass Bronski lange auf „konkrete Instruktionen“ für Verhandlungen mit Österreich⁹³ warten musste. Außerdem wollten die Wiener Diplomaten vorab zu erwartende Unannehmlichkeiten mit der Entente, wie nach dem Kopenhagener Vertrag, durch Konsultation ausschließen. Nicht nur für die österreichischen Wirtschaftstreibenden und die sozialdemokratischen Konsumgenossenschaften, sondern auch für die Ukraine war dieses trilaterale Abkommen von essentieller Bedeutung. Von gewisser Relevanz war auch, dass die Zustimmung für eine offizielle sowjetukrainische Vertretung in Wien durch den Vertreter der Sowjetukraine und ehemaligen k.u.k. Offizier Michail Levickij im Auftrag von Regierungschef Christian Rakovskij bei Bronski durchgesetzt wurde.⁹⁴

Bronskis Amtszeit folgte im März 1922 Aleksandr Grigor’evič Šlichter, der bis zu seiner Ernennung zum Polpred als Leiter der Handelsvertretung fungierte. Auch ihm, einem in der Öffentlichkeit vor allem durch Sabotage, Affären⁹⁵ und Streitigkeiten rund um die beiderseitigen Botschaftsgebäude⁹⁶ bekannten Repräsentanten, standen die Wiener Behörden misstrauisch gegenüber. Außerdem scheiterte Šlichter ebenfalls an seinem Auftrag, endgültig eine De-jure-Anerkennung in den Beziehungen zu Österreich zu erreichen. Nach Moritz kann die formalrechtliche Anerkennung der nunmehrigen Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken (UdSSR)⁹⁷ auch nicht dem Verdienst des Šlichter Nachfolger Levickij,⁹⁸ Polpred in Österreich von 1923–1924, zugeschrieben werden.⁹⁹ Vielmehr orientierte sich Österreich am Vorbild Großbritanniens,¹⁰⁰ das am 2. Februar 1924 mit der Sowjetregierung

⁹³ OeStA/AdR AAng BKA AA HP 14, 670, BM für Äußeres, Niederschrift zu einer Sitzung bez. das Handelsabkommen mit Russland am 2.6.1921.

⁹⁴ Moritz, Gegenwelten, 76-80.

⁹⁵ Ebda, 80, cit. *indem er Vertretern dieser aus österreichischen Unternehmen zusammengesetzten Gesellschaft das Einreisevisum nach Russland verweigerte [...] Šlichters Söhne, Boris und Artëm, die an einer kommunistischen Demonstration vor dem Parlament in Wien teilgenommen hatten:*

⁹⁶ Detaillierter zu den Differenzen über das zaristische Botschaftsgebäude in der Reiserstraße Wien und die ehemalige k.u.k. Botschaft in Petrograd – Ebda, 81-82.

⁹⁷ Thomas M. Bohn, Dietmar Neutatz (Hg.), Studienhandbuch Östliches Europa. Band 2: Geschichte des Russischen Reiches und der Sowjetunion (Köln, Weimar, Wien 2009), 185 – Zeittafel: 27.12.1922 – Gründung der UdSSR.

⁹⁸ Moritz, Gegenwelten, 451, cit. *1920–1922 Vertreter der Sowjetukraine in Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei.*

⁹⁹ Ebda, 79-85; Edgard Haider, Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918–1938 (Diss. Wien 1975), 70.

¹⁰⁰ Makarov, Das System der Staatsverträge Sowjetrußlands, 340, cit. *Am 2. Februar 1924 hat Großbritannien die Sowjetregierung de jure anerkannt und die diplomatischen Beziehungen in vollem Umfange aufge-*

die diplomatischen Beziehungen in vollem Umfang aufgenommen hatte. Im Konnex muss auch erwähnt werden, dass Deutschland mit dem völkerrechtlichen Vertrag von Rapallo (16. April 1922) und seinen Folgeverträgen in der Weiterentwicklung von provisorischen Abkommen eine Sonderstellung zukommt.¹⁰¹ Dennoch bot Rapallo für Österreich keinesfalls ein nachahmenswertes Beispiel. Weil die Hilfe des Völkerbunds zur Sanierung des prekären Staatshaushaltes dringend gebraucht wurde, vermied man daher vorsichtshalber alle Handlungen, welche eine gesteigerte Aufmerksamkeit auf die Alpenrepublik lenken könnten. Die Aufnahme geregelter diplomatischer Beziehungen durch Österreich am 25. Februar 1924 wurde in Moskau in höchstem Maße begrüßt. Zum einen als Beweis für den staatsmännischen Geist des christlich-sozialen Bundeskanzler Ignaz Seipel¹⁰² und zum anderen als würdigungswerter Widerstandsakt, des schwer an den Folgen eines aufgezwungenen Friedens leidenden Kleinstaates. In Wien verband man hingegen mit der Anerkennung die Hoffnung, dass die UdSSR künftig auf propagandistische und weltrevolutionäre Tätigkeiten verzichten werde. Die österreichische Presse reagierte auf konservativer Seite mit Artikeln die in der Anerkennung des Sowjetregimes einen Kniefall vor dem ideologischen Feind zu erkennen glaubten, während die Arbeiter Zeitung die Notwendigkeit geregelter diplomatischer Beziehungen, vor allem aus wirtschaftlichen Gründen,¹⁰³ begrüßte. Als erster Gesandter der UdSSR trat am 13. Mai 1924 Volodymyr Chrustjanovyč Aussem in Wien seinen diplomatischen Dienst an, während Levickij nach Charkiv versetzt wurde.¹⁰⁴

2.2.3 Die diplomatischen Beziehungen der Ersten Republik zu den ukrainischen Zentralregierungen

Als Ottokar Theobald Graf Czernin am 9. Februar 1918 seine Unterschrift unter den Friedensvertrag mit der Ukraine setzte, wurde sie von den Vierbundmächten de jure anerkannt. Drei Wochen später am 3. März 1918 sah sich Sowjetrußland aufgrund der militärischen Lage an der Ostfront gezwungen, ebenfalls in Brest-Litowsk Frieden mit den Mittelmächten zu schließen. Mit diesem Vertragswerk musste die Sowjetmacht den ukrainischen Sepa-

nommen. Ihm folgte Italien (Notenwechsel vom 7. bis 13. Februar 1924). Dann kamen (in chronologischer Reihenfolge) Norwegen (am 15. Februar 1924), Österreich (am 25./26. Februar 1924), Griechenland (am 8. März 1924), Schweden (am 15. März 1924), Dänemark (am 18. Juni 1924), Mexiko (am 4. August 1924), endlich Frankreich (am 28. Oktober 1924).

¹⁰¹ Ebda, cit. *Der Rapallovertrag vom 16. April 1922, die Rechts- und Wirtschaftsverträge vom 12. Oktober 1925, endlich der Berliner Vertrag vom 24. April 1926 bilden ein einheitliches Ganzes, welchem in den übrigen Staatsverträgen Sowjetrußlands kein anderes gleichkommt.*

¹⁰² OeStA/AdR AAng BKA AA NPA 42, Zl. 111/47 Präs. P., 25.2.1924.

¹⁰³ AZ (Morgenblatt), 12.1.1924, 1; AZ (Morgenblatt), 5.2.1924, 1; AZ (Morgenblatt), 23.2.1924, 1; NFP (Morgenblatt), 23.2.1924, 1; RF, 27.2.1924, 1.

¹⁰⁴ Moritz, Gegenwelten, 85-88.

ratfrieden und mit ihm die ukrainische Souveränität anerkennen. Der „Brotfriede“ stellt somit den einzigen Staatsvertrag dar, der von der Ukraine selbständig als souveräner Staat geschlossen wurde. Darüber hinaus bedeutete er einen großen Schritt für die ukrainische Diplomatie, weil sie erstmals seit Jahrhunderten schlagartig ins internationale Rampenlicht rückte und sich zumindest kurzfristig behaupten konnte.¹⁰⁵

Der Staatssekretär des deutschösterreichischen Staatsamtes für Äußeres Otto Bauer gab Anfang März 1919 ein Rundschreiben mit folgendem Wortlaut an seine europäischen Vertretungen heraus: *„Die verschiedensten Regierungen, welche teils nacheinander, teils nebeneinander in den von Ukrainern bewohnten Teilen des einstigen russischen Reiches und der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie entstanden sind, haben bei diversen Anlässen Bevollmächtigte ins Ausland entsendet, deren Mandat und Stellung nicht weniger als geklärt erscheint. In manchen Fällen sind sogar für ein und dieselbe ukrainische Regierung mehrere Vertreter aufgetaucht, ohne daß es möglich ist, deren Vollmacht und Wirkungskreis festzustellen.“*¹⁰⁶ Infolgedessen versuchten die österreichischen Auslandsvertretungen System in das Gewirr der ukrainischen Missionen zu bringen und berichteten anschließend, dass in Europa kein einheitliches ukrainisches diplomatisches Netzwerk existiere. Vielmehr bestünde es in den europäischen Hauptstädten aus Vertretern einer Vielzahl verschiedenster ukrainischer Regierungen. So gab es Repräsentanten der Central'na Rada, des Hetmans und des Direktoriums sowie später auch der Sowjetukraine.¹⁰⁷ Darüber hinaus war neben einer politischen Divergenz auch eine territoriale zu beobachten. Es bestanden zeitgleich Gesandtschaften aus den kurzzeitig existierenden Staaten der Westukrainischen Volksrepublik und der Ukrainischen Volksrepublik, aber auch diplomatische Missionen von Einzelpersonlichkeiten für die Ukrainer in der Nordbukowina und Karpaten-Ukraine. Ferner brachten die österreichischen Missionen in Erfahrung, dass das Direktorium unter einem gewissen Kolitryns'kyj¹⁰⁸ versuchte eine Legation in den USA zu errichten.¹⁰⁹

Die Berichte der österreichischen Auslandsvertretungen lassen zwei wesentliche Erkenntnisse zu: Erstens geben sie Aufschluss über die Komplexität ukrainischer Missionen in den europäischen Staaten und in Übersee. Zweitens verdeutlichen sie das Dilemma der österrei-

¹⁰⁵ Caroline Milow, Die ukrainische Frage 1917-1923 im Spannungsfeld der europäischen Diplomatie (Wiesbaden 2002), 111-113.

¹⁰⁶ OeStA/AdR AAng BKA AA NPA 787, Liasse Ukraine 7/III, Z.I. 2037/3, Deutschösterreichisches Staatsamt für Äußeres, Wien, 7. März 1919.

¹⁰⁷ Milow, Die ukrainische Frage 1917-1923, 21-68 - Ukrainische Volksrepublik, Ukrainischer Staat (Hetmanat unter Pavlo Skoropads'kyj), Das Direktorium der Ukrainischen Volksrepublik, Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik; siehe auch: Andreas Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine (München 2022), 171-183.

¹⁰⁸ Milow, Die ukrainische Frage 1917-1923, 173, cit. Dieser behauptete, der ernannte ukrainische Botschafter für die Vereinigten Staaten zu sein und das Direktorium zu vertreten.

¹⁰⁹ Zu den Legationen der verschiedensten ukrainischen Regierungen in Europa und den USA siehe: Ebda, 172-178.

chischen Regierung in Bezug auf eine allfällige diplomatische Anerkennung vor dem Hintergrund der „Ukrainischen Frage“ und unterschiedlichster ukrainischer Staatsgebilde mit ständig wechselnden Hoheitsgebiet.

Wie für die Diplomaten der RSFSR und später der UdSSR hatte Wien auch für die unterschiedlichen ukrainischen Legationen eine außerordentliche Anziehungskraft. Für die Volksrepublik Ukraine waren im Jahre 1920 als Gesandter und bevollmächtigter Minister Hryhorij Sydorenko mit seinem ersten und zweiten Sekretär Mykola Troc'kyj und Oleksander Semenyv akkreditiert. Darüber hinaus der Attaché Mykola Vark-Vovčenko und die Funktionäre Volodymyr Zalozeč'kyj-Sas sowie Ivan Chomenko.¹¹⁰ Aus der Diplomatenliste vom Juli 1921 geht hervor, dass der Attaché durch Napoleon Bihari ersetzt wurde und die Posten der Funktionäre gestrichen wurden.¹¹¹ 1922 war das Direktorium nur noch durch Sydorenko, Troc'kyj und Semenyv vertreten.¹¹²

Im Vergleich dazu scheinen in der westukrainischen Legation des Jahres 1920 als Gesandter Volodymyr Singalevyč, als Kanzler Kosmas Blyznjuk, als Unterstaatssekretär Maxim Grotter, als Legationsrat Volodymyr Zalozeč'kyj-Sas und als Handelsattaché Charles Jonas auf. Die Funktion der Legationssekretärin übernahm vorerst Frau Mathilde Schneider. Später wurde sie durch Siegmund Katz ersetzt.¹¹³ Ein Jahr später wurde die diplomatische Mission durch den Militärattaché Hauptmann Severyn Krasnopera und den ersten Gesandtschaftssekretär Volodymyr Borodajkevyč ergänzt. Im Dezember übernahm Volodymyr Bandrivs'kyj den Posten des Gesandtschaftssekretärs.¹¹⁴ 1922 vertraten nur mehr die vier Diplomaten Singalevyč, Grotter, Bandrivs'kyj und Blyznjuk die Gesandtschaft in Wien.¹¹⁵

Darüber hinaus tummelten sich in Wien zahlreiche Emigranten aus allen Teilen der ethnischen Ukraine. Einen Beleg dafür lieferte ein Bericht der Polizeidirektion Wien vom Februar 1920 an das Staatsamt des Äußeren. Er enthielt ein Verzeichnis über den Aufenthalt ukrainischer Politiker respektive von Beamten, Offizieren und Rotkreuz-Mitarbeitern in verschiedenen Wiener Hotels.¹¹⁶ Außerdem war Wien auch Sitz des ukrainischen Pressebü-

¹¹⁰ OeStA/AdR AAng BKA AA NPA Präs. 75, Nr. 1743, Legation der Demokratischen Republik Ukraine in Wien an österreichisches Außenministerium, 12. Mai 1920.

¹¹¹ OeStA/AdR AAng BKA AA NPA Präs. 75.

¹¹² *Ebda*, Diplomatenliste Wien, Jänner 1922.

¹¹³ *Ebda*, Nr. 45, Legation der Westukrainischen Volksrepublik an österreichisches Außenministerium, 28. Mai 1920.

¹¹⁴ *Ebda*, ZI. 44/21, Legation der Westukrainischen Volksrepublik an österreichisches Bundesministerium für Äußeres, 22. Dezember 1921.

¹¹⁵ OeStA/AdR AAng BKA AA NPA Präs. 101, 33 Diplomaten 7, ZI. 7/22, Legation der Westukrainischen Volksrepublik an österreichisches Bundesministerium für Äußeres, 13. Jänner 1922.

¹¹⁶ OeStA/AdR AAng BKA AA NPA 787, Liasse Ukraine 7/III – 561, Ukrainische Diplomaten in Wien, 6. Februar 1920, cit. *Hotel Müller, Gluckgasse 1: Dmytro Dorošenko, Universitätsprofessor; Andre Makarenko, Direktoriumsmitglied; Volodymyr Hankiewicz; Gregor Märtel, ukrainischer Attaché; Oleksander Havriliv; Josef Popp, Oberstleutnant; Dr. Michael Koczzerhan, Sektionschef. Hotel Meisl & Schaden: Michael Jev-*

ros unter der Leitung von Valerian Brandzan. Als leitender Redakteur fungierte Georg Serbeniuk, dem neben ukrainischen auch österreichische und tschechische Redakteure unterstellt waren. Für die auswärtige Berichterstattung arbeiteten, mit Ausnahme des Österreichers Erich Prever, in erster Linie ukrainische Frauen.¹¹⁷

Die Vorgänge unter den ukrainischen Missionen in Wien wurden vor allem von den US-Amerikanern gewissenhaft beobachtet. So erkannte der US-amerikanische Historiker, Soziologe und Journalist William Edward Burghardt DuBois im ehemaligen Mitglied des österreichischen Abgeordnetenhauses für Galizien Singalevyč einen Mann mit deutschfeindlicher und antibolschewistischer Einstellung aber ohne Verbindung zur ukrainischen Exilregierung unter Symon Petljura. Hinsichtlich der Dnipro-Ukraine war DuBois der Meinung drei verschiedene Strömungen identifizieren zu können: die sozialrevolutionäre Petljura-Gruppe, die Gegner dieser Gruppe, die einen Brückenschlag zur Tschechoslowakei bevorzugten, und schließlich die Sympathisanten der Bolschewiki.

Diesbezüglich stimmten die Berichte des ersten österreichischen Gesandten in Berlin Ludo Moritz Hartmann in etwa mit denen der Amerikaner überein. Allerdings ergänzte er DuBois drei Strömungen um jene der Bolschewiki unter Rakovskij und Volodymyr Vynnyčenko¹¹⁸ mit ihrem Zentrum in Charkiv. Dass sie von dort aus Zugriff auf die industriellen Ressourcen und Bodenschätze der Ukraine hatten, sollte sich im Verlauf des Russischen Bürgerkriegs zugunsten der Bolschewiki auswirken. Außerdem berichtete der Berliner Gesandte, Petljura werde vornehmlich von Frankreich, der Leiter der Westukrainischen Volksrepublik Jevhen Petruševyč hingegen von Großbritannien unterstützt.¹¹⁹

Ebenso wie die Amerikaner erkannte auch Hartmann in Baron Mykola Vasyl'ko den eigentlichen Drahtzieher der ukrainischen Bewegung, zumal der Baron großen Einfluss auf Petruševyč und Petljura hatte. Vor dem Krieg ein Abgeordneter des österreichischen Reichsrates, erfolgte nach der Niederlage Österreich-Ungarns Vasyl'kos Akkreditierung

remyov, *Diplomat*; Nikolaus Kovalevskyj, *Mitglied des ukrainischen Staatsrates. Hotel Royal: Semen Vityk, ukrainischer Minister*; Oleksander Kandyba, *Schriftsteller. Hotel Residenz: Alexander Mordvinov, Ingenieur.*

¹¹⁷ Milow, *Die ukrainische Frage 1917-1923*, 181-182, cit. *Österreicher Mariz Siegel und Oskar Smetana, die Tschechen Emil und Hugo Oplatka und die Ukrainer Johann Boc, Jozef Tuijanskyj, Marian Brandzan und Oleksander Baremic. [...] Julie Maričak, Melanie Semaka, Josefina Weiersohn und Bertha Günsberg*; OeStA/AdR AAng BKA AA NPA 787, Liasse Ukraine 7/III – 906, Wiener Polizeidirektion an Staatsamt für Äußeres, 4. März 1920, Nr. 2238.

¹¹⁸ Milow, *Die ukrainische Frage 1917-1923*, 538, cit. *einer der zwei Vizepräsidenten der Central'na Rada und erster Präsident des Generalsekretariates; während der Hetman-Regierung Leiter der oppositionellen Ukrainischen Nationalen Allianz; 1918 bis Februar 1919 Leiter des Direktoriums; wegen Meinungsverschiedenheiten („rechte“ und entente-freundliche Politik des Direktoriums) verließ er die Ukraine und ging nach Wien, von wo aus er versuchte, über eine autonome sozialistische Ukraine mit Lenin zu verhandeln; 1920 wieder in der Ukraine: scheiterte mit seinen Bemühungen und emigrierte endgültig nach Frankreich; hielt noch Kontakt zu ukrainischen sozialistischen Politikern, widmete sich jedoch hauptsächlich seiner literarischen Karriere.*

¹¹⁹ *Ebda*, 179-180.

zum ukrainischen Botschafter in Berlin, Bern und Wien. Anfänglich war er ein begeisterter Anhänger der Doppelmonarchie, dessen diplomatischen Bemühungen wesentlich zur Unterzeichnung des Vertrages von „Brest-Litowsk“ beitrugen. Nach dem Zusammenbruch der Monarchie wandelte er sich aber zu einem enthusiastischen Fürsprecher der ukrainischen Unabhängigkeit. Von 1918 bis 1919 wirkte er in Wien als Repräsentant der Westukrainischen Volksrepublik und obwohl er sich vehement gegen die Abtretung Ostgaliziens an Polen aussprach wechselte er später als Realpolitiker in Petljuras Direktorium. Außerdem engagierte sich Vasyl'ko zwecks Realisierung des ukrainischen Nationalstaates auch in der Kapitalbeschaffung. Dementsprechend wollte der Baron bei den ehemaligen Mittelmächten die Refundierung jener finanziellen Erträge der Ukraine durchsetzen, die aus den Wirtschaftsvereinbarungen gemäß dem „Brotfrieden“ stammten und noch immer im Ausland deponiert waren.¹²⁰ Im Gegensatz zu Horthys Ungarn, das der ukrainischen Bewegung 1,8 Millionen Kronen rückerstattete, weigerten sich Österreich und Deutschland an das Direktorium Petljuras Geldmittel auszuzahlen, solange keine gesetzlich anerkannte ukrainische Regierung existiere. Ferner leitete Vasyl'ko eine Spendenaktion in die Wege, die die beträchtliche Summe von einer Million Dollar einbringen sollte. Insgesamt wurden die finanziellen Aktivitäten Vasyl'ko, den DuBois in einem seiner Berichte nach Washington als einen „shrewd unreliable man“ beschrieb, unter den Ukrainern durchaus ambivalent wahrgenommen.¹²¹

Am 23. Dezember 1920 konstituierte sich in Wien der „Allukrainische Nationalrat“ mit dem Ziel die unterschiedlichen ukrainischen Nationalkräfte in einer Organisation zu vereinigen. Nach seinen Gründern dem Politiker Pavlo Čyževs'kyj, Senator Serhij Šeluchyn und Ataman Jevhen Mychajlovyč Konovalec' sollte diese Organisation nicht nur als Autorität für die gesamte ukrainische Nation gelten, sondern international auch als nationale Einheitsfront in Erscheinung treten. Dem Nationalrat traten, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, der linken Sozialrevolutionäre und der Ukrainischen Kommunistischen Partei, alle ukrainische Parteien bei.¹²² Obendrein schlossen sich die „Liga zur Wiederaufrichtung der

¹²⁰ Ebda, 110, cit. *Die Bestimmungen des Friedensvertrages vom 9. Februar 1918 sahen vor: Art. 7: Wirtschaftsvereinbarungen*; 115-166, – 3.3. Wirtschaftliche Vereinbarungen zwischen der Ukraine und den Mittelmächten; 181, cit. *Deutschland erkannte ausdrücklich eine Schuld von 200 Millionen Mark aus den Geschäften mit der Ukraine an*.

¹²¹ Ebda, 179-181, cit. *Den Großteil der ukrainischen Propaganda bezahlte jedoch Vasyl'ko aus eigener Tasche [...] Hartmann [...] erklärte weiter, daß die Kämpfe der ukrainischen Richtungen untereinander hauptsächlich um Geld geführt würden [...] Sicyński verdächtigte nun Vasyl'ko, hinter diesem Geld her zu sein*.

¹²² Ebda, 182, cit. *Partei der Sozialföderalisten (Partei der intellektuellen Kräfte der Dnjepr-Ukraine), Selbstständigkeitssozialisten (Partei des Kleinbürgertums, welche die staatliche Selbstständigkeit der Ukraine zu ihrem Hauptziel erhoben hatte), Sozialrevolutionäre (Vertreter des bäuerlichen Elementes in der Ukraine), Volkspartei (Partei der Bauern, die den Sozialismus ablehnten), Republikanische Volkspartei (Partei des*

Ukraine“, der vorwiegend ukrainische Offiziere angehörten, und der „Ukrainische Frauenverein“ an. Die Intention des Nationalrates war es nicht in die Regierungsgeschäfte der beiden Exilregierungen einzugreifen, sondern als beratendes Organ auf die Tätigkeit der ukrainischen Staatsorgane Einfluss zu nehmen. Bedeutsame Ziele des politischen Organes bildeten die Befreiung der ukrainischen Gebiete von Okkupation und Bekämpfung der Versuche das „einige und unteilbare Russland“ wiederherzustellen. Darüber hinaus waren für den Nationalrat die Realisierung ständiger Beziehungen zu anderen Staaten und die Bemühungen um die internationale Anerkennung der Eigenstaatlichkeit von zentraler Bedeutung. Innenpolitisch verfolgte man Ziele wie die Durchsetzung der Agrarreform auf parlamentarischem Wege oder die Sicherung der Personalautonomie für nationale Minderheiten. Die Bedeutung Wiens als Basis ukrainischer Politik wurde ebenso dadurch deutlich, dass Petruševyč 1921 eine Namensliste von ukrainischen Funktionären mit österreichischer Staatsbürgerschaft an die „Pariser Botschafterkonferenz“¹²³ übermittelte. Anscheinend wollte er damit Vorurteilen entgegenwirken, es handle sich bei den Ukrainern um ein Volk mit geringer Bildung und ohne Intelligenzschicht.¹²⁴

Im Zuge der bevorstehenden Verhandlungen über den Abschluss eines Handelsvertrages mit Polen kam es am 23. November 1922 per Erlass des Präsidialamtes des Bundesministeriums für Äußeres schließlich zur Auflösung der westukrainischen Gesandtschaft.¹²⁵ Um nicht die Versorgung mit dringend benötigten Rohstoffen, insbesondere mit Erdöl, zu gefährden entsprach Österreich dem Ansuchen der polnischen Regierung, die diplomatische Tätigkeit der westukrainischen Legation in Wien zu beenden. Zuvor hatte sich die polnische Regierung mehrmals über Singalevyč und Petruševyč beschwert, weil die westukrainische Exilregierung ihrer Ansicht nach Wien als Zentrum für die gesamte antipolnische Propaganda nutzte. Außerdem hatte Polen, solange die territoriale Frage der West-Ukraine noch einer endgültigen Regelung durch die Westmächte bedurfte, die Vollmacht zur militärischen Besetzung erhalten. Auch nach Ansicht der Rechtssektion des österreichischen Außenamtes handle es sich um keinen Interessenkonflikt, wenn die diplomatische Legation

ukrainischen Kleinkosakentums der linksufrigen Ukraine), Nationale Arbeitspartei Galiziens (Partei des westukrainischen Regierungschefs Petruševyč), Ukrainische Radikale Partei (Partei der galizischen Bauernschaft, an deren Spitze hauptsächlich Intellektuelle standen, die selbst aus dem Bauerntum stammten), Radikaler Bauernbund (der Ukrainischen Radikalen Partei sehr ähnlich) und Ukrainische Demokratische Volkspartei (nationale Partei der Bukowiner Ukrainer).

¹²³ Anm. des Verfassers: „Konferenz der Botschafter der alliierten und assoziierten Regierungen“ oder kurz „Botschafterrat“.

¹²⁴ Milow, Die ukrainische Frage 1917-1923, 183-184.

¹²⁵ OeStA/AdR AAng BKA AA NPA Präs. 101, 33 Diplomaten 22, Österreichisches Bundesministerium für Äußeres 2031, Auflösung der westukrainischen Gesandtschaft 23. November 1922.

eines faktisch nicht existenten Staates liquidiert würde.¹²⁶ Allerdings konnten im Zusammenhang mit der Umsetzung des Auflösungserlasses, wie ein Bericht der Polizeidirektion Wien vom 21. Dezember 1922 belegt, weder im Büro des „Allukrainischer Nationalrates“ noch am Sitz des Pressebüros Unregelmäßigkeiten festgestellt werden.¹²⁷

Etwa zeitgleich mit dem Auflösungsprozess der westukrainischen Gesandtschaft wurde am 7. Dezember 1921 zwischen Österreich und der UkrSSR ein Abkommen über die Errichtung von diplomatischen Vertretungen ratifiziert. In Artikel I. des per Bundesgesetz verlautbarten Abkommens erkannte Österreich die Sowjetukraine als einzige Vertretung des ukrainischen Staates an.¹²⁸ Ein dementsprechender Protest der diplomatischen Mission der Ukrainischen Volksrepublik in Prag gegen die sowjetukrainische Vertretung in Wien blieb erfolglos, denn in Anbetracht der sich anbahnenden Handelsbeziehungen mit Polen hatte man am Ballhausplatz beschlossen, alle nationalukrainischen Vertretungen endgültig zu liquidieren. Ein schlagendes Argument für diese Entscheidung bildeten auch die Berichte des österreichischen Gesandten aus Moskau über die soziale und wirtschaftliche Situation der Ukraine. Aus Gesprächen mit Rakovskij wusste er zu berichten, dass in der Landwirtschaft ein Getreideüberschuss von 10 Millionen Pud (ca. 160.000t) zu erwarten sei. Davon sollte eine Million Pud in den Export gehen, was im Zusammenhang mit der in Österreich vorherrschenden Lebensmittelknappheit eine zentrale Bedeutung hatte. Zudem sollten im Rahmen der Schwerindustrie und des Bergbaues Anlagemöglichkeiten für ausländisches Kapital geschaffen, ferner Exporte von österreichischen Industriegütern ermöglicht werden.¹²⁹ Schließlich unterstrich Rakovskij die außenpolitische Relevanz einer ständigen österreichischen Vertretung in Charkiv und avisierte die Einrichtung einer sowjetukrainischen Vertretung in Wien. In der Diplomatenliste vom Juli 1922 scheint für die UkrSSR die Akkreditierung Michail Levickij als „Bevollmächtigter Vertreter“ mit seinem Ersten Sekretär Naum Halušnyj auf. Als Sekretär der Konsularabteilung wurde V. Semenovs'kyj, als Chef der Handelsabteilung Semen Derevens'kyj und als Kanzleichef Il'ja Rejsin beglaubigt.¹³⁰ Vor Gründung der UdSSR war jede Sowjetrepublik rechtlich befugt, nach dem Vorbild sowjetrussischer Verträge selbständig Staatsverträge zu schließen. Dazu zählte auch das trilaterale Abkommen vom 7. Dezember 1921 zwischen der Republik Österreich und den

¹²⁶ *Ebda*, Diplomaten 22/1, Notiz der Rechtssektion vom Mai 1922.

¹²⁷ *Ebda*, 33 Diplomaten – 2214, Polizeidirektion Wien an Bundesministerium für Äußeres Pr. IV – 3634.

¹²⁸ Siehe Fußnote 92 - BGBl. Nr. 147/1922.

¹²⁹ OeStA/AdR AAng BKA AA NPA 53, Berichte aus Moskau 1922-1925, 256/3, Österreichische Gesandtschaft Moskau an Bundesminister für Äußeres Grünberger, März/April 1923, 8.

¹³⁰ *Ebda*, 465, Österreichische Gesandtschaft Moskau, Chef der Kriegsgefangenenmission an Bundesministerium für Äußeres, 11. Jänner 1922, 8/22; OeStA/AdR AAng BKA AA NPA Präs. 75, Diplomatenliste Wien, Juli 1922.

Regierungen der RSFSR und der UkrSSR. Des Weiteren blieben alle Staatsverträge, die von den einzelnen Sowjetrepubliken vor Gründung der UdSSR geschlossen wurden, für das jeweilige Territorium weiterhin in Kraft. Allerdings zählte seit dem Inkrafttreten der Bundesverfassung der UdSSR das Recht Staatsverträge zu schließen als Bundeskompetenz, die dem Auswärtigen Amt der Union, also dem Volkskommissariat für Auswärtiges der UdSSR übertragen wurde.¹³¹

Mit der Anerkennung der Regierung der UdSSR durch die Erste Republik am 25. Februar 1924, erwiesen sich die Hoffnungen der beiden ukrainischen Volksrepubliken auf eine Anerkennung durch Österreich zunehmend als unrealistisch. Dagegen wurde in Moskau am selben Tag mit der Übergabe der Notifikation durch den österreichischen Gesandten an den stellvertretenden Volkskommissar für Äußeres Litvinov, aus der Bevollmächtigten Vertretung in Wien völkerrechtlich eine Gesandtschaft der Ukrainischen Sowjetrepublik. Nachdem sich wirtschaftliche Notwendigkeiten und Geopolitik gegen die politischen Zielvorstellungen eines Petruševyč oder Petljura gewandt hatten, überreichte im Mai 1924 der erste Gesandte der Sowjetunion Volodymyr Chrystijanovyč Aussem am Ballhausplatz sein Beglaubigungsschreiben.¹³²

¹³¹ *Makarov*, Das System der Staatsverträge Sowjetrußlands, 334.

¹³² *Milow*, Die ukrainische Frage 1917-1923, 190-191.

2.3 Die Schwarzmeerdeutschen (*pričernomorskie nemcy*)

In diesem Abschnitt wird die „planmäßige Besiedlung eines dünn besiedelten Gebietes“ (Peuplierung) durch deutsche Kolonisten in der Südukraine unter der Herrschaft Katharinas II. und Alexanders I. untersucht. Sozusagen die zarischen Bevölkerungs- und Wirtschaftspolitik, die auf eine Bevölkerungsvermehrung sowie agrarische Nutzbarmachung und Erschließung von Ödland abzielte. Ferner wird der Frage nachgegangen, wie sich die politische Anpassung und Teilhabe der schwarzmeerdeutschen Kolonisten von ihrer Erstsiedlung bis zur einsetzenden Zwangskollektivierung entwickelt hat. Abschließend wird ihre demographische und sozioökonomische Situation behandelt.

2.3.1 Die Peuplierungspolitik der russischen Zaren

Die Manifeste Katharinas II. (1763) und Alexanders I. (1804) erfuhren insbesondere in den kriegsgeplagten Territorien Südwestdeutschlands¹³³ großen Anklang. Warum gerade in diesem Teil der deutschen Lande? Eine Erklärung bietet die wirtschaftliche Not der ländlichen Bevölkerung Deutschlands infolge der kriegsbedingten Verwüstungen.¹³⁴ Darüber hinaus hatten neben anderen europäischen Staaten Österreich und Preußen sowie verschiedene deutsche Kleinstaaten die Auswanderung verboten. Beispielsweise erließ Kaiser Joseph II. (reg. 1765–1790, alleinregierend ab 1780) ein entsprechendes Edikt, weil er seine eigene Siedlungspolitik bedroht sah.¹³⁵ Was war die grundlegende Idee der zarischen Bevölkerungspolitik? Aus ökonomischer Perspektive wollte man durch deutsche Mustersiedlungen die rückständigen russischen und andersethnischen Bauern positiv beeinflussen und auf diese Weise im Russischen Reich einen agrarwirtschaftlichen Aufschwung erzielen. Demographisch sollte das dünn besiedelte Gebiet Neurusslands, wo um 1812 nur 190.000 einheimische Bewohner lebten, eine Bevölkerungsvermehrung erfahren. Zudem warteten dort acht Millionen Hektar größtenteils unbebaute Steppe auf eine nachhaltige Bewirtschaftung.¹³⁶

¹³³ Susanne Janssen, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen. Deutsche in Russland und Russland-deutsche in den USA 1871-1928. Die politische, sozio-ökonomische und kulturelle Adaption einer ethnischen Gruppe im Kontext zweier Staaten (gedr. FH Berlin Univ., Diss. Münster 1997), 27, cit. *des 7-jährigen Krieges und später der Napoleonischen Kriege*.

¹³⁴ Eisfeld, 200 Jahre Ansiedlung der Deutschen im Schwarzmeergebiet, 3, cit. *steigende Steuerforderungen und Plünderungen durch fremde Truppen, die 1792 bis 1815 wiederholt durch diese Landschaften zogen*.

¹³⁵ Alfred Eisfeld, Die Russland-Deutschen. Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat, Bd. 2 (München 1992), 17f.

¹³⁶ Alfred Bohmann, Menschen und Grenzen. Bd. 3: Strukturwandel der deutschen Bevölkerung im sowjetischen Staats- und Verwaltungsbereich (Köln 1970), 114.

Die ersten angeworbenen deutschen Siedler verließen zur Regierungszeit Katharinas II. (1762–1796), animiert durch eine Reihe von Privilegien,¹³⁷ ihre Heimat um sich zuerst in den unerschlossenen Gebieten entlang der unteren Wolga und ab 1786 in der südrussischen Steppe und auf der Krim niederzulassen. Die Stellung der Immigranten¹³⁸ war die von Kolonisten und ihre Siedlungen wurden als Kolonien bezeichnet. Rechtlich gehörten die Kolonisten zu den Staatsbauern, mit dem Unterschied, dass die Erbfolge (Minorat), die Besteuerung und die Selbstverwaltung anders geregelt waren. Obendrein legitimierten die in den zarischen Manifesten sanktionierten Vorrechte sowohl den politischen als auch den sozioökonomischen Status der Kolonisten. Vor allem durch die Befreiung vom Militärdienst und die koloniale Selbstverwaltung erlangten sie eine Sonderstellung in der russischen Gesellschaft und gegenüber andersethnischen Minderheiten.¹³⁹

Nach dem 7. russisch-türkischen Krieg (1787–1792, Friedensvertrag von Jassy) fiel auch das Gebiet zwischen den Flüssen Dnjestr und Bug an Russland. 1802 organisierte Alexander I., die neu erworbenen Gebiete „Neurusslands“ (*Novorossija*) in die Gouvernements (*gubernija*) Cherson (Chersonskaja), Taurien (Tavričeskaja) und Ekaterinoslav (Ekaterinoslavskaja). Zur wirtschaftlichen Erschließung der neuen Territorien wurde durch den Zaren abermals europaweit um Siedler geworben.¹⁴⁰ Mit dem Einladungsmanifest Alexanders I. (1804), welches die Sonderrechte von 1763 weitgehend bestätigte, siedelten sich erstmals schwarzmeerdeutsche Kolonisten westlich der Moločna, im Hinterland von Odessa, am unteren Dnipro und auf der Krim als Weizenbauern an. Zwischen 1804 bis 1837 emigrierten ungefähr 50.000 Deutsche, um in „Neurussland“ 209 Kolonien¹⁴¹ zu gründen. Nach Johannes Schleuning wuchs ihre Population bis 1914 auf 600.000 Deutsche¹⁴² in 1.077 Kolonien an. Ihre Emigrationsmotive sind vor allem auf die widrigen politischen Verhältnisse im untergehenden „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“ und die „Napoleonische Herrschaft“ über die deutschen Kleinstaaten zurückzuführen.¹⁴³ Neben hohen Steuerabgaben führten die französischen Besatzer Zwangsrekrutierungen durch und

¹³⁷ Siehe Fußnote 1.

¹³⁸ Janssen, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 2, cit. *hauptsächlich aus Preußen, Württemberg, Baden, dem Elsaß und der Pfalz*.

¹³⁹ *Ebda*, 28.

¹⁴⁰ Anm. des Verfassers: Lutheraner, Reformierte und Katholiken aus dem Südwesten und Westen Deutschlands, dem Elsass und Schweiz.

¹⁴¹ Janssen, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 111.

¹⁴² Johannes Schleuning, Die deutschen Siedlungsgebiete in Rußland (Würzburg 1955), 44; siehe auch: Pin-kus, Fleischhauer, Die Deutschen in der Sowjetunion, 40 – Sie sprechen von 1908: 436.000 1914: 660.000 deutschen Kolonisten.

¹⁴³ Anm. des Verfassers: Reichsdeputationshauptschluss (1803), Politischer Druck durch das „Napoleonische Frankreich“ und Erhebung „Württembergs“ zum Königreich (1805); siehe auch: Eisfeld, 200 Jahre Ansiedlung der Deutschen im Schwarzmeergebiet, 3; Janssen, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 27.

forderten von der Bevölkerung laufend Requisitionen und Kontributionen. Außerdem gehörte Süddeutschland zu den am dichtest besiedelten Regionen Deutschlands und Westeuropas, sodass Landknappheit ein essentielles Problem darstellte.¹⁴⁴

Setzten die Zaren anfänglich auf die Masse der Kolonisten und weniger auf ihre Fähigkeiten, wandte die zarische Regierung unter Alexander I. strengere Auswahlkriterien an. Laut Ukas vom 20. Februar 1804 sollte eine Einreise vorrangig erfahrenen und vermögenden Landwirten sowie auf dem Land unentbehrlichen Handwerkern genehmigt werden.¹⁴⁵ Da sich die ursprünglichen Erwartungen der Regierung eines agrarwirtschaftlichen Aufschwunges nicht erfüllten wurde 1819 die Ausländerwerbung per Gesetz beendet. Das Gesetz bedeutete aber keinesfalls eine absolute Einwanderungssperre, sondern eine selektivere Einwanderungspolitik. Aufgrund von Ausnahmegenehmigungen kam es in den folgenden Jahren noch zur Gründung von Kolonien nördlich von Mariupol und Berdjansk sowie in Sarata.¹⁴⁶

2.3.2 Die politische Adaption und Partizipation der Kolonisten

Von der Erstansiedlung bis zum Beginn der ab 1929 einsetzenden Zwangskollektivierung kann die politische Anpassung und Teilhabe der Kolonisten grob in vier Phasen untergliedert werden.¹⁴⁷

Die erste Phase betraf die „lokale Selbstverwaltung“ in den Kolonien, also die Zeit zwischen dem Manifest Katharina II. (1763) und der Aufhebung der Sonderstellung der Kolonisten per Gesetz vom 16. Juni 1871. Zur politischen Administration der ausländischen Kolonien wurde durch die Zarin am 22. Juli 1763 die „Kanzlei der Vormundschaft der Ausländer“ kurz Tutelkanzlei in St. Petersburg gegründet. Aufgabe dieser Behörde war es rechtliche Forderungen der Einwanderer, in Zusammenhang mit den gewährten Privilegien, zu erfüllen. Um die koloniale Selbstverwaltung und die sozioökonomische Entwicklung der Kolonisten vor Ort zu fördern wurden in der Folge auch regionale Tutelkontore eingerichtet. Nach dem Vorbild des Saratover Kontors in den Wolgakolonien¹⁴⁸ schuf Zar Paul I. per Ukas vom 6. April 1800 das „Vormundschaftskontor für die Neurussischen Ausländischen Siedler“ in der Gouvernements-Hauptstadt Ekaterinoslav. Die Zuständigkeiten des Vor-

¹⁴⁴ Janssen, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 110f.

¹⁴⁵ Eisfeld, Die Russland-Deutschen, 26; siehe auch: Ingeborg Fleischhauer, Die Deutschen im Zarenreich. Zwei Jahrhunderte deutsch-russische Kulturgemeinschaft (Stuttgart 21991), 156ff.

¹⁴⁶ Fleischhauer, Die Deutschen im Zarenreich, 174f.

¹⁴⁷ Janssen, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 28.

¹⁴⁸ Ebda, 101f.

mundschaftskontors¹⁴⁹ betrafen die Schlichtung von Streit- und Rechtsfällen unter den Kolonisten sowie die Ablieferung von Steuern und Abgaben. Dabei erfolgten alle Amtshandlungen ausschließlich in deutscher Sprache.¹⁵⁰ Zudem führte Paul I. am 17. September 1800 eine neue Gemeindeordnung ein, die über siebenzig Jahre unverändert Bestand haben sollte. Sie umfasste die Dorf- oder Gemeindeebene und Kreisebene. Der Schulze, zwei Beisitzer und ein bezahlter Schreiber, die durch die Gemeindeversammlung gewählt wurden, bildeten das Dorf-Amt. Es übte kollektiv die niedere Gerichtsbarkeit aus und der Schulze ad personam war für Angelegenheiten im Steuer- und Abgabewesen zuständig. Bei ihren Amtshandlungen waren sie einer lokalen Kontrollinstanz, verkörpert durch die Gemeindeversammlung, verantwortlich. Die Organe der Kreisämter wurden von den Dorfversammlungen gewählt und bestanden aus einem Oberschulzen, seinen Beisitzern und einem Schreiber. Zu ihren Amtsbefugnissen zählten die richterliche Berufungsinstanz bei leichteren Vergehen und die Leitung der Kolonie in Agrarfragen. Sie wurden von einer Kreisversammlung kontrolliert, die sich aus den verantwortungsvollsten und fähigsten Familienvorständen der Kolonien zusammensetzte. Obwohl in zentralen Angelegenheiten von der Ausländerbehörde abhängig, förderte die koloniale Selbstverwaltung die ökonomische und kulturelle Entwicklung der Kolonisten.¹⁵¹ Infolge steigender Einwandererzahlen kam es zu einer Reorganisation der Ausländerbehörden und die deutschen Siedler wurden ab 1818 der Aufsicht eines „Fürsorgekomitees für die Kolonisten Südrusslands“ unterstellt.¹⁵² Dieser Behörde gehörten ein Präsident und ein Stab von 20 Beschäftigten (Beamte, Übersetzer, Arzt, Tierarzt, Landvermesser) an. Die Amtssprache war Deutsch.

Für diese Phase war sowohl der Paternalismus der russischen Regierung als auch weitverbreitete Korruption und Inkompetenz der russischen Beamtschaft charakteristisch. Durch diese Voraussetzungen wurden die politische Partizipation der Kolonisten und die ansatzweise existierende demokratische Struktur innerhalb der Kolonien stark eingeschränkt. Außerdem verinnerlichten die Kolonisten, indem sie die Zaren als „Vater“ oder „Mutter“ bezeichneten, einen Patriarchalismus, den sie auch auf die Ebene Dorf übertrugen. In diesem Sinne nannten sie ihre gewählten Beamten „Väter des Dorfes“.¹⁵³

¹⁴⁹ *Ebda*, 128, cit. *dieses Amt wurde in den ersten achtzehn Jahren [...] von Kollegienrat Samuel Contentius bekleidet*. siehe auch: *Eisfeld*, 200 Jahre Ansiedlung der Deutschen im Schwarzmeergebiet, 5.

¹⁵⁰ *Fleischhauer*, Die Deutschen im Zarenreich, 128; siehe auch: *Janssen*, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 28f.

¹⁵¹ *Ebda*, 129; siehe auch: *Janssen*, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 30ff.

¹⁵² *Janssen*, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 29, cit. *hatte seinen Sitz von 1818-1822 in Jekaterinoslaw, von 1822-1833 in Kischinev und von 1833-1871 in Odessa, das damit zum geographischen Mittelpunkt der südrussischen Kolonien wurde*; siehe auch: *Fleischhauer*, Die Deutschen im Zarenreich, 226; *Eisfeld*, Die Russland-Deutschen, 29.

¹⁵³ *Janssen*, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 36.

Die Einführung der Zemstvo-Verwaltung (Landschaftsverwaltung) ab 1865 als Teil des mächtigen Reformwerks Alexander II. (Universitäts-, Presse-, Zensur-, Heeres- und Rechtsreform) leitete die zweite Phase, die den Zeitraum zwischen dem Gesetz vom 16. Juni 1871 und der Revolution von 1905 umfasste, ein.

Die Zemstvo-Verfassung vom 1. Jänner 1864 sah die Organisation von regionalen Verwaltungs- und Vertretungsorganen auf Bezirks- und Provinzebene vor und verfügte mit Artikel 1 die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der gesamtrussischen Bevölkerung. Kraft eines umfassenden Katalogs wurden der Zemstvo zusätzlich Pflicht- und Eigenaufgaben übertragen. Auszugsweise fielen unter diese Aufgaben im Fall von Hungerkrisen die Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung sowie die medizinische Versorgung¹⁵⁴ der Bevölkerung. Alle hoheitsrechtlichen Verwaltungsaufgaben blieben weiterhin unter der Rechts- und Fachaufsicht des Gouverneurs und der Provinzverwaltung. Unterhalb der Bezirksebene gab es bis zur Februarrevolution 1917 keine allständischen Verwaltungs- und Vertretungseinrichtungen.¹⁵⁵

Bis zur Verlautbarung der neuen Verwaltung fiel der Vollzug über lokale Angelegenheiten der russischen Bevölkerung unter die Zuständigkeit von Bürokraten, die von den Zaren ernannt und vom örtlichen Adel unterstützt wurden. Stattdessen legitimierte das Reformwerk die lokale Selbstverwaltung, deren Verwaltungs- und Vertretungsorgane durch alle Bevölkerungsschichten gewählt wurden, für den gesamten multiethnischen Staat.

Welche Wirkung hatte nun diese Verwaltungsreform für die deutschen Kolonisten? Zum einen wurden sie durch das Gesetz von 1871, welches die koloniale Selbstverwaltung beendete, der allgemeinen zarischen Verwaltung unterstellt. Konkret bedeuteten die neu geschaffenen Verwaltungsstrukturen ihre administrative Integration auf Ebene *Volost'* (Landkreis), *Uezd* (Bezirk) und *Gouvernement* (Provinz). Zum anderen wurde das Fürsorgekomitee in Odessa aufgelöst und als offizielle Amtssprache auf allen Ebenen das Russische eingeführt, was aufgrund mangelnder Russischkenntnisse der Kolonisten in der Ausübung eines Amtes häufig zu Problemen führte.¹⁵⁶ Das neue Verwaltungsmodell und die Rücknahme der Privilegien brachte somit die rechtliche Gleichstellung der russischen und andersethnischen Landwirte mit den deutschen Bauern. Für die einheimischen Bauern war dahingehend auch die Aufhebung der russischen Leibeigenschaft (1861) ein wichtiger Meilenstein.

¹⁵⁴ Kirk *Mildner*, Lokale Politik und Verwaltung in Russland. Zwischen Neuanfang, Erbe und Korruption (Basel, Boston, Berlin 1996), 46 – siehe Abbildung 3, Aufgaben der Zemstva.

¹⁵⁵ *Mildner*, Lokale Politik und Verwaltung in Russland, 43-46.

¹⁵⁶ *Janssen*, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 34; siehe auch: *Eisfeld*, Die Russland-Deutschen, 46.

Die Kolonisten bezeichnete man ab jetzt als „ausländische Ansiedler mit Eigenbesitz“, die ex lege in die Gesamtheit der russischen Landbevölkerung integriert wurden. Da sich besonders in Südrussland der soziale Kontrast zwischen einheimischen und deutschen Bauern ständig vergrößerte, erhoffte sich die zarische Regierung mit der Verwaltungsreform auch eine Verbesserung der sozialen und ökonomischen Situation der russischen Bauern. Außerdem war man zuversichtlich, dass sich die sozialen Unruhen, die von russischen Nationalisten und Populisten bewusst angeheizt wurden,¹⁵⁷ entspannen würden.

Der liberale und fortschrittliche Charakter der Landschaftsverwaltung ermöglichte allen gewählten Vertretern der russischen Gesellschaft die politische Partizipation. Die deutschen Ansiedler wurden durch die russische Regierung mit Artikel 36 der Zemstvo-Verfassung sogar explizit zur Mitarbeit aufgerufen.¹⁵⁸ Allerdings hatte die neue Verwaltungsorganisation auf der Ebene Bezirk und Gouvernement entscheidende Auswirkungen auf die innere Geschlossenheit der deutschen Siedlungen. Das Risiko in den beiden Verwaltungsebenen von anderen Ethnien dominiert zu werden, motivierte daher die deutschen Siedler aktiv in den Zemstvo-Organen mitzuarbeiten. Erstmals war für sie ein politisches Engagement über die lokale Ebene hinausgehend möglich und auch erforderlich. Bis zur Jahrhundertwende waren die Deutschen in der höheren Zemstvo-Verwaltung jedoch unterrepräsentiert.¹⁵⁹

Für ihr verstärktes politisches Engagement ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren darüber hinaus noch weitere Gründe ausschlaggebend. Einerseits die Einführung des Russischen als Schulsprache und andererseits der Beginn der anti-deutschen Propaganda russischer Nationalisten im Zusammenhang mit den außenpolitischen Spannungen zwischen dem Deutschen und Russischen Reich.¹⁶⁰ Politische Aktivitäten erforderte auch die Heeresreform von 1874. Sie dehnte die Wehrpflicht auch auf deutsche Siedler aus und führte vor allem unter den Mennoniten¹⁶¹ zu einer ersten Auswanderungswelle nach Nordamerika.¹⁶²

Auch dieses Verwaltungsmodell unterlag obrigkeitsstaatlichen Vorgaben, was durch die Verlautbarung des Zemstvo-Gesetzes von 1890, mit dem die juristische und administrative Oberaufsicht über landwirtschaftliche Fragen Landschaftshauptleuten übertragen wurde, deutlich wird. Demnach bedeutete diese gesetzliche Verschärfung eine Einschränkung des Wahlrechts des Bauernstandes zugunsten des Landadels. Ab diesem Zeitpunkt war keine

¹⁵⁷ *Ebda*, 33.

¹⁵⁸ Zitiert bei *Fleischhauer*, Die Deutschen im Zarenreich, 295.

¹⁵⁹ *Janssen*, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 34f.

¹⁶⁰ *Ebda*, 37.

¹⁶¹ Anm. des *Verfassers*: Evangelische Freikirche die u.a. von Gewaltverzicht und Ablehnung des Militärdienstes geprägt ist.

¹⁶² *Eisfeld*, Die Russland-Deutschen, 47-49.

Wahl der Zemstvo-Abgeordneten durch die Volost'-Versammlung, sondern nur mehr die Vorlage einer Kandidatenliste möglich, aus der der Landschaftshauptmann oder Gouverneur die Mitglieder bestimmte.¹⁶³ Der Preis für die administrative Integration der deutschen Ansiedler war die Einschränkung ihrer kulturellen und politischen Eigenständigkeit zugunsten einer stärkeren Russifizierung.¹⁶⁴

Die Landschaftsverwaltung blieb auch im quasi-konstitutionellen Regierungssystem nach der Revolution von 1905 bis zu ihrer Liquidierung durch Lenin im Dezember 1917 in Kraft. In dieser dritten Phase wandelte sich infolge des „Petersburger Blutsonntags“ mit dem politischen System auch die politische Rolle der deutschen Minderheit. Illegale Streiks der Arbeiter und Bauernaufstände erzwangen von Zar Nikolaus II. mit dem Manifest vom 17. Oktober 1905 die Zusicherung bürgerlicher Grundrechte ohne Unterschied von Nationalität und Konfession sowie die Konstituierung einer Reichsduma¹⁶⁵ auf Basis allgemeiner Wahlen. Das Manifest brachte jedoch keine weitreichenden Veränderungen, da sich der Zar ein Vetorecht in der Duma vorbehielt und das alte Kurienwahlrecht beibehalten wurde.

Im Gegensatz zu den landarmen Wolgadeutschen litten die wohlhabenden deutschen Großbauern im Schwarzmeergebiet besonders stark unter den revolutionären Übergriffen ihrer andersethnischen und russischen Nachbarn und waren daher gezwungen Selbstschutzgruppen zu gründen. Warum gab es unter den deutschen Siedlern vorerst keine Intention zur Gründung einer deutschnationalen Partei? Zum einen erwiesen sie sich während der Revolution als konservativ, zarentreu und politisch passiv. Andererseits wurde die politische Teilhabe auf nationaler Ebene nicht nur durch ihre politische Unerfahrenheit, mangelnde Sprachkenntnisse und das fehlende Interesse an gesamtrussischen Politikthemen, sondern auch aufgrund ihrer Siedlungsstruktur erschwert. Eine weitere Ursache war ihre Neigung zu einem obrigkeitstreuen Weltbild, das mit dem politischen System der konstitutionellen Monarchie unvereinbar war. Daher trat in der Anfangsphase die Mehrheit der politisch aktiven Deutschen allgemeinen gesamtrussischen Parteien bei.¹⁶⁶ Lediglich in Moskau, St. Petersburg und Odessa kam es zur Gründung von deutschen Parteien. Beispielsweise gründete Karl Lindemann, ein Rechtsoktobrist mit deutschnationaler Ausrichtung, in Moskau die deutsche Gruppe der Oktobristen. Karl Wilhelm und Ernst Mittelsteiner aus Odessa unterstützten Lindemann, um die dortige Wählerschaft für diese Parteigruppierung zu mobilisie-

¹⁶³ Janssen, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 36; siehe auch: Mildner, Lokale Politik und Verwaltung in Russland, 47.

¹⁶⁴ Ebda, 37.

¹⁶⁵ Anm. des *Verfassers*: Bildet als zweite Kammer gemeinsam mit dem Reichsrat das gesamtrussische Parlament.

¹⁶⁶ Janssen, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 38f.

ren. Grundsätzlich tendierten die wohlhabenden Schwarzmeerdeutschen und die deutschen Großstädter zu den konservativen Oktobristen (Verband vom 17. Oktober) und die wirtschaftlich schwächeren Wolgadeutschen zur links-liberalen Kadettenpartei (Konstitutionell-Demokratische Partei).¹⁶⁷ Entsprechend dem Kurienwahlrecht saßen in den ersten vier Dumen zwischen 1906 und 1917 auch Repräsentanten deutscher Siedler mit überwiegend politischer Erfahrung aus der Landschaftsverwaltung.¹⁶⁸ Zum Beispiel stammte der Parlamentarier und Gutsbesitzer Johann Münch, vormals Oberschulze der Kolonie Großliebenthal, aus dem Gouvernement Cherson. Im Zusammenhang mit der „Deutschen Frage“ wurden deutschstämmige Abgeordnete immer öfter mit Gesetzesentwürfen über die Reduzierung des Grundbesitzes der Kolonisten konfrontiert, die sie aufgrund ihres Einflusses erfolgreich abwehren konnten.¹⁶⁹

Im Zuge einer allgemeinen Politisierung verstärkte sich auch das Engagement der deutschen Siedler in der Zemstvo-Verwaltung. Zum Beispiel standen dem reichen Gouvernement Ekaterinoslav überwiegend deutsche Gouverneure vor. Dort bekleidete kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges der deutsche Gutsbesitzer Hessberg dieses Amt und in der Gouvernements- Landschaftsversammlung saßen drei Abgeordnete deutscher Abstammung.¹⁷⁰

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges bedeutete eine gewaltige Zäsur für die Geschichte der deutschen Siedler. Sie waren während des Krieges nicht nur Vorurteilen, sondern auch Diskriminierungen, in Form von Verleumdungen, Benachteiligungen und schonungslosen Übergriffen, ausgesetzt. Obwohl die deutschen Duma-Abgeordneten in der Loyalitätsfrage traditionell hinter dem Russischen Reich standen verstärkte sich bei Kriegsausbruch das Stereotyp vom „inneren Feind“ oder „Spion des deutschen Kaisers“.¹⁷¹ Eine nicht unwesentliche Rolle spielte dabei die reichsdeutsche Propaganda im Zuge der alldeutschen Bewegung, die in Russland das Bild einer deutschen Ostexpansion provozierte.

Die darauf folgende panslawistische Propaganda führte regelrecht zu einer Deutschenhetze, an der sich auch seriöse Zeitungen, wie die *Novoe Vremja* (Neue Zeit) mit einer Artikelreihe des Journalisten Andrej Rennikov, beteiligten.¹⁷² Gegen die aggressive Propaganda der nationalistischen russischen Presse hatten auch die Loyalitätsbeteuerungen seitens der

¹⁶⁷ *Fleischhauer*, Die Deutschen im Zarenreich, 391-394.

¹⁶⁸ *Janssen*, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 40.

¹⁶⁹ *Eisfeld*, Die Russland-Deutschen, 71; zu weiteren Aktivitäten deutschrussischer Parlamentarier siehe auch: *Fleischhauer*, Die Deutschen im Zarenreich, 397ff.

¹⁷⁰ *Fleischhauer*, Die Deutschen im Zarenreich, 308.

¹⁷¹ *Janssen*, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 243 – Diese Stereotypisierung setzte bereits im Zuge der Russifizierungskampagnen der 1870er Jahre ein.

¹⁷² Karl *Lindemann*, Von den deutschen Kolonisten in Rußland. Ergebnisse einer Studienreise 1919 -1921 (Stuttgart 1924), 103.

deutschsprachigen Presse Russlands, obgleich unterstützt von russischsprachigen liberalen Blättern, keinen Erfolg in der öffentlichen Meinung einen Umschwung herbeizuführen.¹⁷³ Gleichmaßen aussichtslos blieben die Loyalität und der militärische Einsatz russland-deutscher Soldaten. Agitation gegen deutsche Siedler wurde auch von den russischstämmigen Militärs betrieben, wie die 1916 von Generalmajor Aleksej Andreevič Polivanov publizierte Broschüre „Die Deutsche Übermacht“,¹⁷⁴ die in hoher Auflage unter den Frontsoldaten verteilt wurde, deutlich zeigt. Insgesamt wurden für das russische Heer im Ersten Weltkrieg 250.000 Kolonisten mobilisiert. Basierend auf den Daten der Volkszählung von 1897 ergibt das bei einem deutschen Bevölkerungsanteil von 1.790.489¹⁷⁵ einen Prozentsatz von knapp 14 Prozent. Nach den statistischen Aufzeichnungen Lindemanns wurden aus 150 deutschen Kolonien Südrusslands durchschnittlich 60 Prozent der über neunzehnjährigen Männer eingezogen. Trotzdem verringerte sich die Aussaatfläche in den Kolonien nicht und trug damit wesentlich zur Ernährung der russischen Bevölkerung und Armee bei. Die loyale Haltung der deutschstämmigen Soldaten war auch an der gewissenhaften Erfüllung ihrer Dienstpflicht sowie an ihren zahlreichen Beförderungen und Auszeichnungen erkennbar.¹⁷⁶ Nach der Niederlage von Tannenberg wurden sie dennoch durch die Armeeführung an die Kaukasische Front versetzt, wo aufgrund schlechter Verpflegung und fehlender medizinischer Versorgung ca. 40.000 Soldaten an Hungertyphus starben.¹⁷⁷ Auch mit ihrer Gesetzgebung reagierte die russische Regierung auf die deutschfeindliche Stimmung. Zuerst wurde per Ukas vom 18. August 1914 der Gebrauch der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit und in den Schulen verboten. Danach untersagten die russischen Behörden in den Schwarzmeerkolonien auch die deutsche Predigt. Es folgte am 22. September 1914 ein „Erlass über die Aufhebung des Grundbesitzes feindlicher Ausländer“, der außer der Enteignung feindstaatlicher Bürger auch die der Kolonisten ausländischer Abstammung regelte. Die am 2. Februar und 13. Dezember 1915 verlautbarten Liquidations-

¹⁷³ Janssen, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 245f;

¹⁷⁴ Lindemann, Von den deutschen Kolonisten in Rußland, 108, cit. *Der Generalmajor Nik. Demet. Polivanow [...]* „Der heutige Deutsche, sei er östlich oder westlich von unserer Grenze, ist überall eine moralische Ausgeburt, ein Degenerat, eine physikalische Person ohne moralischen Inhalt, ohne Ehrenhaftigkeit, ohne edle Regungen, ohne Herz.“

¹⁷⁵ Henning Bauer, Gabriele Drop, Guido Hausmann, Sabine Heinzl, Andreas Kappeler, Claudia Pawlik, Brigitte Roth (1991). Die Nationalitätenfrage im Russischen Reich: Auswertung der Volkszählung von 1897. *Historical Social Research*, 16 (2), 175.

Online unter: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-33198>.

¹⁷⁶ Lindemann, Von den deutschen Kolonisten in Rußland, 92f – siehe tabellarische Zusammenstellung; 94-97.

¹⁷⁷ Janssen, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 261; siehe auch: Lindemann, Von den deutschen Kolonisten in Rußland, 98; Schleuning, Die deutschen Siedlungsgebiete in Rußland, 61-63.

gesetze¹⁷⁸ verschärften die Bestimmungen des obigen Erlasses. Demnach mussten die Betroffenen ihren Grundbesitz in einer 150 Werst-Zone¹⁷⁹ entlang der Grenze zu Deutschland und Österreich-Ungarn sowie in einer 100 Werst-Zone entlang der Ostsee, des Schwarzen und Asowschen Meeres innerhalb von zehn bzw. sechzehn Monaten verkaufen. Waren vom ersten Liquidationsgesetz die Deutschen in den Westgouvernements (Wolhynien, Padolien und Kyiv) betroffen,¹⁸⁰ bedrohte das zweite Gesetz nun auch die Schwarzmeerdeutschen. Wesentlich für die Kolonisten war, dass mit den zweiten gesetzlichen Bestimmungen auch das bei der Erstansiedlung übergebene Land liquidiert werden sollte. Vor allem staatswirtschaftliche Gründe waren ausschlaggebend, dass dieses Gesetz nicht zur Ausführung kam. Eine Vertreibung der Schwarzmeerdeutschen hätte die bestehende Versorgungskrise an Lebensmittel noch verstärkt, die von der russischen Armee und der notleidenden Zivilbevölkerung nicht mehr verkraftbar gewesen wäre. Durch die Ereignisse der Februarrevolution konnte aber die geplante Ausweitung der Liquidationsgesetze auf innerrussische besonders auf die Wolgakolonien verhindert werden.¹⁸¹

Der Verlust nahezu aller Bürgerrechte und die zahlreichen Diskriminierungen im Zuge der antideutschen Kampagnen während des Ersten Weltkrieges brachten eine zunehmende Politisierung der Russlanddeutschen mit sich. Bereits am 11. März 1917 hatte die Provisorische Regierung die Einstellung der obigen Liquidationsgesetze und Aussetzung der Kriegsgesetzgebung verfügt. Daher begrüßten auch die Schwarzmeerdeutschen die Februarrevolution und das Freiheitsdekret vom 20. März 1917, das allen Völkern Russlands die nationale Gleichberechtigung garantierte.¹⁸²

Im sogenannten „Russischen Völkerfrühling“ entstand unter den heterogenen Gruppen der Russlanddeutschen neben ersten Einigungstendenzen auch das Bedürfnis nach politischer Repräsentation. In dieser Aufbruchsstimmung kam es in den deutschen Kolonien allorts zur Gründung lokaler Komitees für ihre Interessensvertretung und zu Tagungen politischer Gruppierungen. Vor allem die deutschen Aktivisten Südrusslands betonten im Geiste des Völkerfrühlings ihre Loyalität gegenüber der Provisorischen Regierung sowie ihr Bekenntnis zur Demokratie.¹⁸³ Insgesamt war die Einigungsbewegung durch regionale Rivalitäten, besonders zwischen der national-konservativen Moskauer Gruppe (Oktobristen) und dem

¹⁷⁸ Alfred Eisfeld, *Die Deutschen in Russland und in der Sowjetunion* (Wien 1986), 71-73; siehe auch: Schleuning, *Die deutschen Siedlungsgebiete*, 62.

¹⁷⁹ Anm. des Verfassers: 1 Werst = 1,067 km.

¹⁸⁰ Eisfeld, *Die Russland-Deutschen*, 72, cit. *Insgesamt wurden 1915/16 190.000 bis 200.000 Deutsche [...] in die Gouvernements Samara, Saratov, Orenburg und nach Sibirien verbracht.*

¹⁸¹ Janssen, *Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen*, 264-267.

¹⁸² Fleischhauer, *Die Deutschen im Zarenreich*, 529f.

¹⁸³ Ebda, 540, cit. *Der Geist des allgemeinen Völkerfrühlings – und weit weniger tiefliegende nationale Gefühle [...] führten diese Deutschen [...] zusammen.*

liberalen Verband (Kadetten) der südrussischen Kolonisten geprägt. Der erste gesamtdeutsche Kongress tagte vom 20. bis 23. April 1917 in Moskau unter dem Vorsitz von Lindemann („Kongreß der russischen Bürger deutscher Nationalität“). Am 16. und 17. Mai fand erstmalig auch ein Kongress der südrussischen Einigungsbewegung in Odessa statt, an dem 2.000 Vertreter unterschiedlichster sozialer Schichten und politischer Gesinnung teilnahmen. Dort beschlossen die Delegierten die Bildung eines „Allrussischen Verbandes der Russischen Deutschen und Mennoniten“ mit einem Zentralkomitee.¹⁸⁴ Allrussisch trifft diesbezüglich nicht zu, da dieser Verband in Konkurrenz zur Moskauer Gruppe stand, die bereits ein Hauptkomitee zur Vertretung der Russlanddeutschen in St. Petersburg gegründet hatte. Die mangelhafte Koordination und Rivalität zeigte sich beispielsweise auch daran, dass Lindemann bei einem weiteren Kongress der Nationalkonservativen im September 1917 ohne Einvernehmen mit dem Zentralkomitee Südrusslands in den Wahllisten Kandidaten für die Schwarzmeer-Gouvernements nominierte.¹⁸⁵ Letztendlich reichte die kurze Zeit des Völkerfrühlings nicht, um die regionalen und inhaltlichen Gegensätze zu überwinden und eine einheitliche deutsche Autonomiebewegung zu etablieren.

Die Machtergreifung der Bolschewiki, die Auswirkungen des Kriegskommunismus und die NEP bestimmten die vierte Phase. Die Aprilthesen Lenins besiegelten das Ende von 53 Jahren Zemstvo-Verwaltung, woran auch das dritte Zemstvo-Statut vom Juni 1917 und die Einführung der allständischen lokalen Selbstverwaltung nichts mehr ändern konnte. Als Rettungsversuch der Provisorischen Regierung gedacht, wirkten diese Maßnahmen weder konsolidierend noch staatsbildend.¹⁸⁶

Seit dem Dritten Universal gehörten die südrussischen Gouvernements mit Ausnahme der Krim offiziell zu der von der Central'na Rada proklamierten Ukrainischen Volksrepublik.¹⁸⁷ Jedoch war der Herrschaftsbereich jeder Zentralregierung entscheidend vom Verlauf der Bürgerkriegsfront abhängig. Insgesamt gesehen war das Schwarzmeergebiet, vor allem der Raum Odessa, nach dem Sturz des Zaren (12. März 1917) bis zur endgültigen Machtübernahme durch die Bolschewiki im Februar 1920 von häufigen Machtwechsel geprägt.¹⁸⁸

¹⁸⁴ Janssen, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 43f.

¹⁸⁵ Eisfeld, Die Russland-Deutschen, 80.

¹⁸⁶ Mildner, Lokale Politik und Verwaltung in Russland, 49.

¹⁸⁷ Milow, Die ukrainische Frage 1917-1923, 30f, cit. *die Gouvernements Kiew, Podolien, Wolhynien, Cernihiv, Poltava, Charkiv, Cherson und Taurien ohne die Krim; Teile der Gouvernements Kursk, Cholm, Voronez und anderer Gouvernements sollten später nach Abkommen mit den Nachbarn hinzugefügt werden können.*

¹⁸⁸ Eisfeld, 200 Jahre Ansiedlung der Deutschen im Schwarzmeergebiet, 11, cit. *Vom Sturz des Zaren (12. März 1917) bis Februar 1920 wechselte die Macht in Odessa und Umgebung sieben Mal. Cherson erlebte fünf Machtwechsel. Machtwechsel in Odessa: 1. Provisorische Regierung: 12.3.1917 - 27.1.1918, 2. Sowjetmacht, 1. Phase: 27.1.1918 - 13.3.1918, 3. Österreichische und deutsche Besatzung: 13.3.1918 - 18.12.1918,*



Abb. 2: Die Ukrainische Volksrepublik

Quelle: Caroline Milow, Die ukrainische Frage 1917-1923 im Spannungsfeld der europäischen Diplomatie (Wiesbaden 2002), 545.

Nach dem Oktoberputsch der Bolschewiki wurde umgehend am 8. November 1917 per Verordnung des „2. Allrussischen Sowjetkongresses“ das „Dekret über Grund und Boden“¹⁸⁹ und der Übergang der lokalen Macht auf die Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets) angenommen bzw. verlautbart.¹⁹⁰ Welche Folgen hatten diese Regierungsmaßnahmen nun für die Schwarzmeerdeutschen? Auswärtige Bolschewiki kamen in die Provinz, und setzten mit Waffengewalt und Hilfe örtlicher Sympathisanten anstelle der alten Verwaltungsorgane Sowjets als Machtorgane¹⁹¹ zur Durchsetzung der bolschewistischen Politik im Dorf ein. Um der Sowjetmacht die völlige Unterordnung der lokalen Ebene zu garantieren, spielte dabei das Prinzip der „doppelten Unterstellung“¹⁹² entsprechend Lenins Doktrin des „Demokratischen Zentralismus“¹⁹³ eine wichtige Rolle. Die neu entstandenen Kreis- und Bezirksowjets dienten daher als Akteure der Staatsmacht und sahen ihre revolutionäre Pflicht sowohl in der erpresserischen Eintreibung von Kontributionen als auch in der gewaltsamen Konfiskation von Getreidevorräten und Industrieprodukten. Im Gegensatz zu den einfachen

4. Französische Interventionstruppen: 18.12.1918 - 4.4.1919, 5. Sowjetmacht, 2. Phase: 4.4.1919 - 23.8.1919, 6. Freiwilligenarmee (die Weißen): 23.8.1919 - 8.2.1920, 7. Sowjetmacht: ab 8.2.1920.

¹⁸⁹ Institut Marksisma-Leninisma pri CK KPSS, Institut istorii Akademii Nauk SSSR (Hgg.), Dekrety sovet-skoj vlasti (kurz DSV). Bd. 1 (Moskau 1957), 17ff. In: Helmut Altrichter, Heiko Haumann (Hg.), Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, Bd. 2: Wirtschaft und Gesellschaft (München 1987), 25.

¹⁹⁰ Ebda, 11. In: Helmut Altrichter (Hg.), Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, Bd. 1: Staat und Partei (München 1986), 27.

¹⁹¹ Eisfeld, Die Deutschen in Russland und in der Sowjetunion, 78.

¹⁹² Mildner, Lokale Politik und Verwaltung in Russland, 59, cit. Die Hauptaufgabe der lokalen Vertretungs- und Verwaltungsorgane im System des „demokratischen Zentralismus“ bestand also in erster Linie in der Implementation von Entscheidungen, die auf zentraler Ebene gefällt worden waren.

¹⁹³ Ebda, 58, cit. Die Doktrin der des demokratischen Zentralismus geht von der Einheit der Staatsmacht aus.

Bauern und Kosaken bedeutete das „Dekret über Grund und Boden“ für alle Gutsbesitzer, und damit auch für die deutschen Siedler, de facto die entschädigungslose Aufhebung der Eigentumsrechte über ihren Grundbesitz. Da der Großteil der Schwarzmeerdeutschen von April bis Dezember 1918 unter der Herrschaft des Ukrainischen Staates (Hetmanat) und dem militärischen Schutz der Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn stand, kam dort die Nationalisierung von Grund und Boden vorerst nicht zur Durchführung. Der sogenannte „Brotfriede“ von Brest-Litowsk (9. Februar 1918) zwischen den Mittelmächten und der Ukrainischen Volksrepublik sanktionierte diese militärische Intervention und sicherte den Mittelmächten als Gegenleistung dringend benötigte Nahrungsmittellieferungen. Darüber hinaus enthielt dieser Friedensvertrag auch Zusatzvereinbarungen betreffend die Rückwanderung der Kolonisten unter Mitnahme ihres Eigentums nach Deutschland.¹⁹⁴ Durch diese Friedensverhandlungen wurden die deutschen Siedler erstmalig zum Gegenstand diplomatischer Initiativen. Insgesamt wanderten in den Zeiten von Revolution, Bürgerkrieg und Besatzungszeit ca. 120.000 Russlanddeutsche, davon je die Hälfte nach Deutschland respektive Übersee, aus.¹⁹⁵ Nach den militärischen Erfolgen der deutsch-österreichischen Truppen während der Operation „Faustschlag“ musste Sowjetrußland in einem eigenen Frieden mit den Mittelmächten in Brest-Litowsk (3. März 1918) die Ukrainische Volksrepublik offiziell anerkennen. Da aber die politische Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Volksrepublik nicht wie gewünscht verlief, löste die deutsch-österreichische Besatzungsmacht am 28. April 1918 die Central'na Rada auf und setzte das Regime Pavlo Skoropads'kyjs ein.

Wie stand es nun um die politische Teilhabe der deutschen Siedler zur Zeit des Kriegskommunismus? In den Wirren des Russischen Bürgerkrieges kam es auf ukrainischem Boden bereits zwischen Dezember 1917 und Januar 1918 zur Gründung von Sowjetrepubliken in Ekaterinoslav und Odessa,¹⁹⁶ wo die Schwarzmeerdeutschen erstmals mit der bolschewistischen Politik und deren Verwaltungsorganen konfrontiert wurden. Jedoch erfolgte die Enteignungs- und Verfolgungspolitik der an die Macht drängenden Bolschewiki ohne Beteiligung der schwarzmeerdeutschen Siedler. Bereits während und nach dem Oktoberputsch waren prosowjetische Aktivitäten durch die Schwarzmeerdeutschen auf allen politischen Ebenen selten. Mit Ausnahme des Russlanddeutschen Emmanuel Quiring,¹⁹⁷ späterer Parteichef der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU) von 1923 bis 1925, war die politi-

¹⁹⁴ Eissfeld, *Die Rußland-Deutschen*, 82ff.

¹⁹⁵ Pinkus, *Fleischhauer*, *Die Deutschen in der Sowjetunion*, 156.

¹⁹⁶ Milow, *Die ukrainische Frage 1917-1923*, 57, cit. mit folgenden Zentren: Kiew, Charkiv, Kryvyj Rih, Odessa und Katerynoslav.

¹⁹⁷ Eissfeld, *Die Rußland-Deutschen*, 103.

sche Teilhabe hauptsächlich auf deutsche und österreichische Kriegsgefangene in „Revolutionskomitees der deutschen Kolonisten“ beschränkt.¹⁹⁸ Außerdem ist die geringe Repräsentanz in staatlichen Organen und Einrichtungen sowohl auf historische als auch soziale Aspekte zurückzuführen. Einerseits litten die deutschen Siedler während dem Ersten Weltkrieg unter starken Repressalien, die ihre Selbstbehauptung im Vergleich zu anderen Nationalitäten schwächte. Andererseits dominierte in der sozialen Struktur das bäuerlich-konservative Element gegenüber einer aktiven politischen Führungsschicht.¹⁹⁹ Während der NEP²⁰⁰ entstanden ab 1923 erste deutsche Dorfsowjets in rein deutscher Zusammensetzung und mit deutscher Amtssprache. In der UkrSSR gab es der Anzahl nach 98 (1925), 273 (1927) und 254 (1930/31) deutsche Sowjets. Die nächste territoriale Verwaltungsebene bildeten die Rayons vergleichbar mit Kreisen oder Bezirken. Beispielsweise konnten 500 Schwarzmeerdeutsche als Minderheit einen nationalen Sowjet bilden und es bedurfte einer bestimmten Anzahl nationaler Sowjets um ein Rayon zu organisieren. So entstanden in der UkrSSR 1925 fünf deutsche Rayons, 1926 sieben und 1931 acht bei einer Gesamtzahl von 25 bzw. 26 nationalen Rayons. Amtssprache sollte die Muttersprache der nationalen Mehrheit eines Rayons sein.²⁰¹ Unter anderen existierten deutsche Rayons in Odessa, Cherson und Mariupol mit bezeichnenden Namen, wie Friedrich Engels, Karl Liebknecht oder Rosa Luxemburg.²⁰²

Daneben wurden Volksgerichte und Volksmilizen für die Interessen nationaler Minderheiten eingerichtet, um Unzulänglichkeiten im ukrainischen oder russischen Sprachgebrauch zu kompensieren. Inoffiziell bekämpften diese Institutionen aber die religiösen und bürgerlichen Anschauungen der Siedler.

Von den 393.924 Deutschen, die 1926 in der UkrSSR lebten, waren nur 1.096 Mitglieder der KPU. 1925 stellten die Deutschen 1,3 Prozent der Delegierten auf dem IX. Kongress der KPU und 1929 machten die Vertreter der deutschen Bevölkerung 1,5 Prozent aller in die staatlichen Verwaltungs- und Regierungsorgane Gewählten der UkrSSR aus. Im Verhältnis zu anderen Nationalitäten unterschritten diese Wahlwerte den proportionalen Anteil der deutschen Land- und Stadtbevölkerung deutlich. Beispielsweise stellten auf dem IX.

¹⁹⁸ Pinkus, *Fleischhauer*, Die Deutschen in der Sowjetunion, 81f.

¹⁹⁹ Janssen, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 56.

²⁰⁰ Altrichter, Haumann, Die Sowjetunion, Bd. 2, 117, cit. auf dem 10. Parteitag hatte Lenin (im Februar und März 1921) durchgesetzt, daß das Zwangssystem der staatlichen Lebensmittel- und Rohstoffbeschaffung (*razverstka*) abgeschafft und durch eine Naturalsteuer ersetzt wurde; siehe auch: 136 - Dekret des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees, 21. März 1921, SU RSFSR 1921, Nr. 26 Art. 147.

²⁰¹ Pinkus, *Fleischhauer*, Die Deutschen in der Sowjetunion, 78-80.

²⁰² Brandes, Von den Verfolgungen im Ersten Weltkrieg, 174.

Kongress der KPU die Polen 2,3 Prozent und die Juden sogar 10,8 Prozent der Delegierten.²⁰³



Abb. 3: Die Ukrainische Sowjetrepublik

Quelle: Milow, Die ukrainische Frage 1917-1923, 547.

Wenn auch die „Deklaration der Rechte der Völker Russlands“²⁰⁴ von Lenin und Iosif Vissarionovič Stalin in Bezug auf die Deutschen Russlands dahingehend interpretiert wurde, dass ihnen kein Recht auf Nationenbildung und Selbstbestimmung zustand, so waren beide einer regionalen bzw. Gebietsautonomie gegenüber offen, sofern die deutsche Minderheit keine Sezession anstrebte. Außerdem wurde, um die bolschewistische Macht in der RSFSR zu festigen, ein „Volkskommissariat für Nationalitätenfragen“ geschaffen und Stalin unterstellt.²⁰⁵ Da die Schwarzmeerkolonien räumlich kein zusammenhängendes Gebiet bildeten, kam es nicht zur Gründung einer „Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik“ nach wolgadeutschen Vorbild. Im Fall der Schwarzmeerdeutschen führte die Integration der

²⁰³ Pinkus, *Fleischhauer*, Die Deutschen in der Sowjetunion, 81-83.

²⁰⁴ Altrichter, *Die Sowjetunion*, Bd. 1, 135-137, cit. *Deklaration der Rechte der Völker Rußlands Proklamation des Rates der Volkskommissare 15. November 1917 [...] 1. Gleichheit und Souveränität der Völker Rußlands. 2. Recht der Völker Rußlands auf freie Selbstbestimmung, bis hin zu einer Loslösung und Bildung eines selbständigen Staates. 3. Aufhebung aller und jeglicher nationaler und nationalreligiöser Privilegien und Einschränkungen. 4. Freie Entfaltung nationaler Minderheiten und ethnographischer Gruppen, die das Gebiet Rußlands bewohnen.*

²⁰⁵ Janssen, *Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen*, 48. Zur Nationalitätenfrage und deutschen Autonomie siehe auch: Pinkus, *Fleischhauer*, Die Deutschen in der Sowjetunion, 57 und 68.

deutschen Verwaltungsorgane in die Staatsverwaltung zu autonomen Landkreisen. Außerdem wurde ihnen nach mehr als 50 Jahren Assimilierungsdruck und Russifizierung unter kommunistischer Ideologie im Sinne der Einwurzelungs-Politik (Korenizacija) ein deutschsprachiges Kulturleben mit deutschen Zeitungen, Theatern und Schulen erlaubt. Die NEP, die nach dem verheerenden Bürgerkrieg vorübergehend Elemente der Marktwirtschaft legalisierte und eine wirtschaftliche Beruhigung in den deutschen Siedlungsgebieten nach sich zog, fand mit der Zwangskollektivierung unter Stalin ein jähes Ende.²⁰⁶

2.3.3 Die demographische und sozioökonomische Situation der Kolonisten

Im Vergleich zum Gouvernement Poltava mit der höchsten Dichte an Ukrainern von 93 Prozent betrug ihr Anteil in der Südukraine neben 21,4 Prozent Russen, 7,6 Prozent Juden und 4,4 Prozent Deutschen lediglich 56,1 Prozent.²⁰⁷

Der Bevölkerungsanteil der Kolonisten machte nach dem Zensus von 1897 ca. eine Million, rund 56 Prozent aller Deutschen Russlands aus. Davon lebten 37 Prozent aller Kolonisten im Schwarzmeergebiet wozu damals auch Bessarabien und das ostukrainische Doneck-Gebiet gehörten. Zur Zeit der Hungerkrise existierten von den 370.000 deutschen Ansiedlern noch etwa 347.000 Landbewohner (2,4 Prozent der Gesamtbevölkerung) in den Gouvernements der Südukraine. Für den Bevölkerungsrückgang von ursprünglich 3,5 auf 2,4 Prozent waren hauptsächlich die Deportationen und Diskriminierungen infolge der anti-deutschen Kampagnen im Ersten Weltkrieg ausschlaggebend.²⁰⁸ Die Daten des deutschen Statistikers Alfred Bohmanns belegen nahezu exakt die Zahlen der ukrainischen Historikerin Svetlana Bobyleva und Kappeler. Seine Forschungen ergeben für das Jahr 1897 im Schwarzmeergebiet eine deutsche Bevölkerung von 377.800 Personen (3,5 Prozent) bei einer Gesamtbevölkerung von 10,8 Millionen. Ihr prozentueller Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug in den Gouvernements Ekaterinoslav, Cherson und im Don-Gebiet 3,22 Prozent, in Taurien 5,42 Prozent und in Bessarabien 3,11 Prozent. Bis 1914 wuchs die

²⁰⁶ Janssen, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 134f.

²⁰⁷ Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 146.

²⁰⁸ Andreas Kappeler, Die Deutschen im Rahmen des zaristischen und sowjetischen Vielvölkerreiches. In: Andreas Kappeler, Boris Meissner, Gerhard Simon (Hg.), Die Deutschen im Russischen Reich und Sowjetstaat (Köln 1987), 11; siehe auch: Svetlana Bobyleva, Die Hungersnot in deutschen Siedlungen der Südukraine in den Jahren 1920-1923. Wahrnehmung und Verhalten der Hungernden. In: Eissfeld, Hausmann, Neutatz, Hungersnöte in Russland, 96f.

deutsche Bevölkerung im Schwarzmeergebiet außerordentlich auf 600.000 Menschen, 24,8 Prozent aller Russlanddeutschen, an.²⁰⁹



Abb. 4: Die deutschen Siedlungen im Schwarzmeergebiet

Quelle: Edmund Schmid, Die deutschen Kolonien im Schwarzmeergebiet Südrußlands (Berlin 1919), Anhang.

Obwohl im Jahre 1912 der Bevölkerungsanteil der schwarzmeerdeutschen Siedler in den Gouvernements Ekaterinoslaw, Cherson und Taurien nur 6,7 Prozent der gesamten interethnischen ländlichen Bevölkerung betrug, lag ihr Landbesitz an Kulturland, worunter nur anbaufähiges Land zu verstehen ist, bei außerordentlichen 27,3 Prozent. In absoluten Zahlen besaßen die deutschen Kolonisten rund 3,62 von 13,77 Millionen Hektar Kulturland. Demnach hat sich ihr Landbesitz im Vergleich zu den 671.000 Hektar, die ihnen bei der Erstansiedelung im gesamten Südrussland als Kronland zugewiesen wurden, allein in dieser Region mehr als verfünffacht.²¹⁰

Die folgende Tabelle nach dem deutschen Autor und Kolonialexperten Edmund Schmid²¹¹ soll das Verhältnis zwischen Bevölkerungsanteil und Landbesitz mit Stand des Jahres 1912 verdeutlichen.

²⁰⁹ In Bessarabien lebten 1897 nach Bobyleva und Bohmann 60.200 Deutsche; *Bobyleva*, Die Hungersnot in deutschen Siedlungen der Südukraine in den Jahren 1920-1923, 97; *Bohmann*, Menschen und Grenzen. Bd. 3, 51.

²¹⁰ *Pinkus, Fleischhauer*, Die Deutschen in der Sowjetunion, 40.

²¹¹ Edmund Schmid, Die deutschen Kolonien im Schwarzmeergebiet Südrußlands (Berlin 1919), 21f; siehe auch: *Kappeler*, Die Deutschen im Rahmen des zaristischen und sowjetischen Vielvölkerreiches, 13.

Gouvernement	Landbevölkerung alle Ethnien	Deutsche Bevölkerung	Prozent	Kulturland in Quadrat-Werst ²¹²	Deutscher Landbesitz in Quadrat-Werst	Prozent
Ekaterinoslav	2.326.400	124.605	5,4	38.486	9.642	25
Cherson	2.558.500	169.313	6,6	48.526	9.194	18,8
Taurien	1.543.500	135.875	8,8	33.953	12.985	38,2
Gesamt:	6.428.400	429.793	6,7	120.965	31.821	27,3

Tabelle 1: Eigene Tabelle nach: Edmund Schmid, Die deutschen Kolonien im Schwarzmeergebiet Südrusslands, 24.

Da Schmidts deutsche Bevölkerungszahlen auch die Stadtbevölkerung inkludieren, müssen sie kritisch betrachtet und revidiert werden. Nach Kappeler betrug die deutsche urbane Bevölkerung gemäß der Volkszählung von 1897 in der Provinz Ekaterinoslav 2,94 Prozent, in Taurien 5,24 Prozent und in Cherson 10,37 Prozent. Auf Basis dieser Daten lebten somit insgesamt 28.341 Deutsche (6,6 Prozent) in der Stadt und 401.452 Deutsche (93,4 Prozent) auf dem Land. Im Gouvernement Cherson hatten gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil die Juden mit 69,38 Prozent den höchsten Verstädterungsgrad gefolgt von den Russen mit 61,65 Prozent. In den Provinzen Ekaterinoslav und Taurien betrug er bei der jüdischen und russischen Bevölkerung knapp über 60 Prozent bzw. durchschnittlich 30 Prozent. Die Deutschen lagen mit Ausnahme im Gouvernement Ekaterinoslav prozentuell geringfügig vor den Ukrainern, die damit die geringste Verstädterungsquote aufwiesen.²¹³ Überhaupt wuchsen in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg die Städte Südrusslands rasant. Am Ende des 19. Jahrhunderts zählte Odessa über 400.000, davon etwa 10.000 Deutsche, und 1914 über 650.000 Einwohner, Ekaterinoslav wuchs im gleichen Zeitraum von 113.000 mit ungefähr 2.500 Deutschen²¹⁴ auf 218.000 Städter an. Wesentlich ist, dass die Urbanisierung der Ukraine weitgehend ohne Ukrainer erfolgte und die größeren Städte russisch geprägt waren. Die russische Stadtbevölkerung machte beispielsweise in Odessa 49 Prozent aus und bildete generell im urbanen Raum die administrative, militärische, ökonomische und kulturelle Elite, wie auch den Großteil des städtischen Proletariats. In den stetig wachsenden Zentren der Schwerindustrie und des Bergbaus dominierte sie auch in der qualifizierten Arbeiterschaft, wie etwa in Doneck, Ekaterinoslav und Kryvyj Rih. Vor dem Ersten Weltkrieg kamen fast 70 Prozent der Steinkohle-, 75 Prozent der Erzförderung und 55 Prozent der Stahlproduktion Gesamtrusslands aus dem Doneck-Becken bzw. aus dem Eisenerzbe-

²¹² Anm. des Verfassers: 1 Quadrat-Werst = 1,1381 Quadratkilometer.

²¹³ Kappeler, Die Deutschen im Rahmen des zaristischen und sowjetischen Vielvölkerreiches, 14f.

²¹⁴ Schleuning, Die deutschen Siedlungsgebiete in Rußland, 20 – Ungefähre Zahlen vor der Jahrhundertwende.

cken um Kryvyj Rih.²¹⁵ Neben Odessa waren es vorrangig letztgenannte Regionen in denen die Bolschewiki nach der Revolution erstmals Fuß fassen konnten.

Zieht man einen Vergleich zwischen den Bevölkerungszahlen Schmidts und den Daten Bobilevas, so ergibt sich zwischen 1912 und der Zeit der Hungerkrise ein ruraler Bevölkerungsrückgang von etwa 54.500 Kolonisten. Welche Erklärungen gibt es dafür? Einerseits ist das Bevölkerungsdefizit auf die Emigrationswelle nach Übersee, ausgelöst durch Russifizierung und Landknappheit, in den letzten zwei Jahrzehnten vor dem „Großen Krieg“ zurückzuführen. Andererseits beruht es, neben den bereits oben erwähnten Vertreibungen und Deportationen anlässlich der Kriegsgesetzgebung, auch auf den zivilen Todesopfern und gefallenen deutschrussischen Soldaten während des Ersten Weltkriegs. Obendrein kostete der spontane Agrarterror der Sozialrevolutionäre, Mord und Brandstiftung durch die Machno-Bewegung wie auch die Praxis der Zwangs-Requirierung durch die Roten Garden im Bürgerkrieg unzählige Menschenleben.²¹⁶

Der sowjetische Zensus von 1926 ergab im Gebiet der UkrSSR bei einer Gesamtbevölkerung von 29 Millionen Einwohnern²¹⁷ nur mehr 393.924 Russlanddeutsche, wovon 34.253 in Städten (8,7 Prozent) und 359.671 (91,3 Prozent) auf dem Land lebten.²¹⁸ Die deutschen Siedler im Schwarzmeergebiet machten davon mit 277.392 Einwohnern beachtliche 70,4 Prozent aus. Basierend auf den obigen Prozentangaben wären demnach 24.133 Personen der Stadtbevölkerung und 253.259 der Landbevölkerung zuzurechnen. Der Bevölkerungsrückgang im Vergleich zur Vorkriegszeit erklärt sich außerdem noch durch den Verlust Bessarabiens an Rumänien.²¹⁹

Den wirtschaftlichen Aufstieg der Kolonisten prägte von Anfang an ihre rechtlich-soziale Sonderstellung, die aus den gewährten Privilegien der zaristischen Manifeste resultierte (Kolonialkodex), und eine umfassende Unterstützung durch lokale russische Regierungsbeamte. Kraft der festgelegten Kredite, Landgarantien und Steuerbefreiungen waren die schwarzmeerdeutschen Kolonisten den russischen und ukrainischen Bauern wirtschaftlich überlegen und konnten durch Landzukauf von den benachbarten ukrainischen bzw. russischen Staatsbauern und Großgrundbesitzern ihren örtlichen Besitz laufend erweitern. Zusätzlich kauften sie für ihre landlose Nachkommenschaft sowie bei Landknappheit in der Peripherie Ländereien und gründeten Tochterkolonien nach dem Vorbild der Mutterkolonien. So dehnten sie ihr Siedlungsgebiet entlang des Schwarzen Meeres bis auf die Halbin-

²¹⁵ Kappeler, *Kleine Geschichte der Ukraine*, 151f. und 157.

²¹⁶ Pinkus, *Fleischhauer*, *Die Deutschen in der Sowjetunion*, 52.

²¹⁷ Bohmann, *Menschen und Grenzen*. Bd. 3, 21.

²¹⁸ Ebda, 54.

²¹⁹ Ebda, 66-67.

sel Krim und den Nord-Kaukasus aus. Da die Schwarzmeerdeutschen auch erheblichen Anteil an der Kolonisationsarbeit in Sibirien und Zentralrussland hatten können sie als die eigentlichen Kolonisatoren Russlands²²⁰ bezeichnet werden. Infolge von zunehmendem Landmangel und stetig steigenden Zahlen an Landlosen kam es auch zu stärkeren wirtschaftlichen Unterschieden und sozialen Spannungen in der typisch deutschen patriarchalischen Familien- und Dorfstruktur, die stark von Religiosität, Arbeitseifer und Disziplin geprägt war. Im Gegensatz zu den Wolgadeutschen übernahmen die Schwarzmeerdeutschen nicht das russische Mir-System,²²¹ sondern bewahrten die von Katherina II. verfügte Landesgesetzgebung. Demnach hatte die Gemeinde das alleinige Verfügungsrecht über die Ländereien. Durch ein Erbgesetz (Erbhofrecht) blieb das individuell zugewiesene Land an die Familie gebunden und wurde an den jüngsten Sohn vererbt.²²² Das an die Bauernfamilien zugewiesene Land betrug in der Regel zwischen 48 und 65 Desjatinen,²²³ wovon nur die Gebäude, Hof- und Gartenstücke in den dauernden Besitz übergingen, während Ackerland, Heuschlag und Wald alle 15-20 Jahre in Gewannen neu vermessen und verlost wurden. Da die Kolonisten kinderreich waren, mussten die älteren Söhne entweder ein Handwerk erlernen oder als Knechte am Bauernhof des jüngeren Bruders arbeiten. Dadurch brachte das Festhalten am Erbhofrecht viele Landlose hervor, von denen die meisten es vorzogen Land zu pachten und eigene Wirtschaften zu gründen. Ein weiteres Indiz für den steigenden wirtschaftlichen Aufschwung der Kolonisten war die Schaffung von sozialen Einrichtungen in Form von landwirtschaftlichen Vereinen, Feuerversicherungen, Waisenkassen und kommunalen Getreidevorräten. Insgesamt gesehen war Weizen das wichtigste Agrarprodukt der Kolonisten und der Getreideverkauf machte 1868 bereits 89 Prozent ihrer Gesamteinnahmen aus. Daher glichen sie ihre Wirtschaft den ständig steigenden Weizenpreisen an.²²⁴

Zur ökonomischen Prosperität der deutschen Bauern trugen auch das vorteilhafte Klima und die fruchtbare „Schwarze Erde“ wesentlich bei. Diese Faktoren sicherten ihnen hohe landwirtschaftliche Erträge und machten das zweimalige Ernten von Weizen (Sommer- und Winterweizen) möglich, was maßgeblich dazu beitrug, dass das vormals riesige südrussische Steppengebiet zur „Kornkammer“ Russlands wurde. Nach modernster Agrartechnolo-

²²⁰ *Ebda*, 115.

²²¹ Genauer zur Mir (Obščina) siehe: *Mildner*, Lokale Politik und Verwaltung in Russland, 52-54 – Die Bauerngemeinde-Urkommunismus oder Modernisierungsbarriere? *Eisfeld*, Die Rußland-Deutschen, 29f. – Agrarordnung und Wirtschaft der Kolonien; *Schleuning*, Die deutschen Siedlungsgebiete in Rußland, 27f. – Landfrage und Neusiedlungen.

²²² *Janssen*, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 112-118.

²²³ *Schleuning*, Die deutschen Siedlungsgebiete in Rußland, 41.

²²⁴ *Eisfeld*, Die Rußland-Deutschen, 30-35.

gie bauten sie neben Weizen, Obst, Gemüse und Tabak entlang der Schwarzmeerküste und auf der Krim auch Wein an. Darüber hinaus waren sie in der Zucht und im Handel mit dem „deutschen Pferd“, der „deutschen roten Kuh“ und dem Merinoschaf äußerst erfolgreich.²²⁵ Die meisten ukrainischen und russischen Landwirte der Schwarzmeerregion waren Kleinbauern, besaßen wenig Ackerland und wandten primitive Agrartechnologien und Anbaumethoden an, was eine niedrige Produktivität an landwirtschaftlichen Erzeugnissen zur Folge hatte. Sie waren daher sowohl auf Nebenverdienste in der Heimarbeit (Töpferei, Weberei, Gerberei), als auch auf Nebengewerbe wie das des Lohnfuhrmanns (Čumak) angewiesen. Grundsätzlich lebten sie in einer Dorfgemeinschaft (Mir, Obščina) mit Kollektiveigentum und periodischer Umverteilung vom bewirtschafteten Grund und Boden. Da die Obščina aus wirtschaftlicher Sicht im Widerspruch zu einer rationellen Betriebsweise stand, wurde aber in vielen Dörfern die Landumverteilung nicht durchgeführt. Außerdem verharrte die ukrainische Bauernschaft in der traditionellen „Welt des Dorfes“, die von Familie und Gehöft sowie von altem Brauchtum und dem Wandel der Jahreszeiten geprägt war. Obwohl die Schwarzmeerdeutschen die ukrainischen Bauern, die häufig als Gesinde auf deutschen Höfen arbeiteten, nicht als gleichwertig betrachteten, kam es bis zum Ersten Weltkrieg selten zu Konflikten.²²⁶ Aufgrund der Bauernbefreiung war der russische und ukrainische Landadel gezwungen, einerseits seine Güter zu verkleinern, wovon wie oben erwähnt die deutschen Siedler durch Landzukauf profitieren konnten, und andererseits verlor er vielerorts einheimische Arbeitskräfte, die in die Städte und Industriezonen abwanderten. Der Aufbau der Schwerindustrie und die Erschließung der Kohle- und Eisenressourcen im Raum Doneck respektive Kryvyj Rih sowie der Bau der Transsibirischen Eisenbahn²²⁷ bildeten Zentren dieser Arbeitsmigration. Ukrainer dienten aber auch als Knechte und Saisonarbeiter bei deutschen Großbauern, wobei das Verhältnis zwischen den beiden Ethnien nicht nur von Animositäten bestimmt war. Nach deutscher „Manier“ kauften oder pachteten manche ehemaligen ukrainischen Knechte und Saisonarbeiter Land, gründeten Genossenschaften und nutzten insbesondere im Süden der Provinz Ekaterinoslav moderne landwirtschaftliche Geräte (Eisenpflug, dreischariger Saatpflug, Mähmaschine) sowie künstliche Düngemittel. Ihre Zugochsen ersetzten die ukrainischen Bauern durch Pferde einschließlich deutscher Wagen und wechselten in der Viehhaltung vom „grauen ukrainischen Rind“ auf die „deutsche rote Kuh“.²²⁸ Die letzten Betrachtungen unterstreichen die Erkenntnisse neue-

²²⁵ Janssen, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 112.

²²⁶ Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 148-151.

²²⁷ Eisfeld, Die Rußland-Deutschen, 49.

²²⁸ Detlef Brandes, Einwanderung und Entwicklung der Kolonien. In: Stricker, Deutsche Geschichte im Osten Europas. Russland, 96-100.

rer Forschungsarbeiten, die ukrainische Bauern nicht ausschließlich als „Hungerleider“ wahrnehmen, und zeigen, dass zumindest in einigen Regionen Südrusslands die einheimische Bauernschaft von den deutschen Kolonien agrarwirtschaftlich profitierte.²²⁹

Im Zuge der Industrialisierung und Modernisierung Russlands während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts konnten die Schwarzmeerdeutschen trotz Aufhebung des Kolonisten-Status ihre ökonomische Führungsrolle im Agrarbereich sogar noch ausbauen.²³⁰ Der durch die Regierung forcierte Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, vor allem des Eisenbahnnetzes, bewirkte auch einen Wandel im Agrarsektor und Handel mit landwirtschaftlichen Produkten. Zum Beispiel steigerte die Eisenbahnverbindung zwischen den großen Hafenstädten Odessa, Sevastopol' und Rostov am Don und den zentralen Provinzen den Getreideabsatz erheblich. Außerdem kam es in dieser Zeit zum Aufbau größerer Fabriken zur Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen und Ausbau von Vertriebssystemen, die landlosen Bauern Beschäftigung boten. Höchst erfolgreich war Johann Hoehn in Odessa, der im Jahre 1913 die größte Pflugfabrik Russlands, mit einer Jahresproduktion von 200.000 Pflügen und 150.000 Eggen, besaß. Auch im Gouvernement Ekaterinoslav wurden außerordentliche Geschäftserfolge erzielt. Acht mennonitische Großbetriebe erzeugten 1911 landwirtschaftliche Maschinen und Geräte im Ausmaß von etwa 10 Prozent der südrussischen und 6,2 Prozent der gesamtrussischen Jahresproduktion. Weitere Beispiele für die ökonomische Prosperität deutscher Betriebe waren die Maschinenbaufirma J.G. Niebuhr mit Niederlassungen im Gouvernement Ekaterinoslav und Taurien sowie das Unternehmen W.F. Tröster & Ko. in Cherson, das außer landwirtschaftlichen Maschinen auch Kunstdünger erzeugte. Daneben gab es in Odessa vor Kriegsausbruch deutsche Speditionen, Brauereien, Weinbauwerkstätten, Weinhandlungen und Fabriken zur Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produktionsgütern.²³¹ Überdies entwickelte sich Odessa auch zum größten russischen Handels- und Umschlagplatz für Weizen.

Als der soziale Gegensatz zwischen den einheimischen und deutschen Bauern aber immer größer wurde, erhöhten die russischen Slawophilen den Druck auf die Regierung und es kam am Ende des 19. Jahrhunderts zur Verlautbarung einer Reihe von Ausländergesetzen, die den deutschen Siedlern den Landerwerb und das wirtschaftliche Leben enorm erschwerten. Mit der Stolypinschen Landreform²³² wurden zwar die gesetzlichen Bestimmungen für den Landerwerb vorübergehend gelockert, jedoch führten im Ersten Weltkrieg aus ökonomischen

²²⁹ Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 149.

²³⁰ Janssen, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 123.

²³¹ Eisfeld, Die Rußland-Deutschen, 49-61.

²³² Schleuning, Die deutschen Siedlungsgebiete in Rußland, 30, cit. *Auf Grund dieser Reform konnte das Gemeindeland auf Beschluß der Gemeinde aufgelöst und in Privatbesitz überführt werden.*

mischer Sicht der Erlass über die Aufhebung des Grundbesitzes und die Liquidationsgesetze zur völligen Entrechtung der deutschen Siedler.²³³

Schließlich war in den deutschen Kolonien die sozioökonomische und ethnisch-kulturelle Segregation von außerordentlicher Relevanz. Entgegen der Intention der Zaren war die soziale und kulturelle Isolation der deutschen Siedler das Ergebnis des Kolonialkodex. Mit dem Angleichungsgesetz von 1871 und der nachfolgenden Russifizierung kam es zwangsläufig zum Aufbruch dieser Isolation. Vor allem durch die Entwicklung der Getreidewirtschaft, des Handwerks und der Industrie ergaben sich vermehrt sozioökonomische Interaktionen mit der andersethnischen Umgebung. Allerdings waren ukrainische und russische Handwerker sowie Arbeiter, die innerhalb der deutschen Kolonien lebten, aus rechtlicher und religiöser Perspektive von der Dorfgemeinschaft ausgeschlossen. Darüber hinaus bildeten die deutschen Kolonisten eine ökonomisch gut gestellte nichtadelige Mittel- und Oberschicht,²³⁴ die sich von der eher ärmlichen anders-ethnischen ländlichen Grundschicht abhob. Gleichzeitig bestand in den deutschen Kolonien auch eine inner-ethnische Segregation. Da jede Kolonie getrennt nach Konfessionen, ein geschlossenes ökonomisches und religiöses System verkörperte, gab es zwischen den Protestanten, Mennoniten und Katholiken nur wenige Interaktionen.²³⁵ Lediglich mit den Tochterkolonien innerhalb der eigenen Glaubensgruppe wurde die Verbindung aufrechterhalten und ein intensiver Kontakt gepflegt. Der unterschiedliche soziale Charakter der einzelnen Siedlergruppen ist zudem auch daran erkennbar, dass die bäuerlichen Kolonisten kaum engere Kontakte zu den städtischen Deutschen, vor allem zu den oberen Ständen und zur gehobenen Bürgerschicht, unterhielten,²³⁶ was sich im Zuge der allgemeinen Politisierung für sie als Nachteil erweisen sollte. Für die ukrainischen und russischen Bauern bewirkte die Segregation wie auch die soziale Stratifikation, dass sie aus ökonomischer Perspektive nicht so stark von den deutschen Mustersiedlungen profitieren konnten und ihr agrarwirtschaftlicher Aufschwung entgegen den Planungen der Regierung weitgehend ausblieb.

²³³ Janssen, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 126-128.

²³⁴ Kappeler, Die Deutschen im Rahmen des zaristischen und sowjetischen Vielvölkerreiches, 13.

²³⁵ Janssen, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 115.

²³⁶ Bohmann, Menschen und Grenzen. Bd. 3, 52.

2.4 Die sowjetische Hungersnot als Aktionsfeld des internationalen Humanitarismus

Historiker und Zeitzeugen bezeichnen die sowjetische Hungersnot von 1921–23 als entscheidenden Moment in der Geschichte der humanitären Hilfe. Erkennbare Indikatoren stellen die außergewöhnlichen Verwüstungen sowie das Ausmaß und die internationale Dimension der Hilfsmaßnahmen dar.²³⁷ Nach dem bevollmächtigten Vertreter der Russischen Regierung bei den ausländischen Hilfsaktionen Alexander Wladimir Eiduck betrug die Bevölkerung in den Hungergebieten im Mai 1922 insgesamt 42.356.000 Personen wovon 9.665.000 auf die sowjetukrainischen Gouvernements entfielen. Die Anzahl der Hungernden beziffert er in Sowjetrussland mit 20.215.000 (davon 9.053.000 Kinder) und in der Sowjetukraine mit 3.680.000 (davon 1.894.000 Kinder).²³⁸ Unter den deutschen Kolonisten in den südlichen Hungerbezirken der Sowjetukraine zählte man im Jänner 1922 bereits 156.000 Hungernde oder Unterernährte.

Der aktuelle Forschungsstand zu den Opferzahlen unter der sowjetrussischen und -ukrainischen Bevölkerung liefert stark divergierende Daten. Nach seriösen Schätzungen bedrohte diese humanitäre Katastrophe etwa 20 Millionen Menschen mit dem Hungertod und forderte durch Hunger und Seuchen zwei Millionen Todesopfer.²³⁹ Andere Zahlen sprechen von 20 bis 40 Millionen Betroffenen und mindestens fünf Millionen Toten.²⁴⁰ Die Forschungen der US-amerikanischen Historikerin Anne Applebaum berichten von etwa 33,5 Millionen Menschen, die an Hunger litten oder von Lebensmittelengpässen betroffen waren. Davon hungerten in der Ukraine 7,5 Millionen Menschen, wovon allein in der Südukraine zwischen 250.000 und 500.000 Todesopfer zu beklagen waren.²⁴¹ Nach dem ukrainischen Historiker Oleksandr Beznosov starben dort auch etwa 10.000 deutsche Kolonisten den Hungertod.²⁴²

Im Unterschied zum Holodomor von 1932/33 versuchte das bolschewistische Regime diese katastrophale Hungersnot nicht geheim zu halten, sondern den Hungernden zu helfen. Mit

²³⁷ Norbert Götz, Gorgina Brewis, Steffen Werther, Case Studies. In: Humanitarianism in the Modern World. The Moral Economy of Famine Relief (Cambridge 2020), 44 und 51.

²³⁸ Alexander Wladimir Eiduck, Die russische Hungersnot 1921-1922 und ihre Bekämpfung im Lichte der Tatsachen. In: Internationale Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland (Hg.), Arbeiterhilfe und Sowjetrußland, Bd. 3, (Berlin 1922), 7 und 14-15.

²³⁹ Bruno Cabanes, The Great War and the Origins of Humanitarianism, 1918–1924 (Cambridge 2014), 239-240; siehe auch: Patenaude, Big Show, 197.

²⁴⁰ Cornelia Witz, „Brüder in Not!“ Der Deutsche Caritasverband und die reichsdeutschen Hilfsaktionen für die hungernden Reichsdeutschen. In: Eisfeld, Hausmann, Neutatz, Hungersnöte in Russland, 275.

²⁴¹ Anne Applebaum, Roter Hunger. Stalins Krieg gegen die Ukraine (München 2017), 97-98.

²⁴² Oleksandr Beznosov, Holod 1921-1922 rr. i Borot'ba z nym u Nimec'kych ta Menonits'kych Poselennjach Pivdnja Ukrajiny. In: Svetlana Bobyleva (Hg.), Voprocj Germans'koj Istorii (Dnipropetrowsk 2007), 165f.

einem dramatischen Appell des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Sowjetrusslands baten die Bolschewiki in der Pravda vom 21. Juli 1921 alle Parteimitglieder um Hilfe. Einen Tag später erfolgte durch die Komintern im selben Blatt ein Hilfsaufruf an alle Arbeiter der Welt, der die Gründung der „Internationalen Arbeiterhilfe“ zur Folge hatte. Schließlich richtete sich am 4. August 1921 noch der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Georgij Čičerin an die Weltöffentlichkeit um Hilfe für das hungernde Russland. Einige Wochen zuvor, nämlich am 11. Juli 1921, verfasste auch das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche Patriarch Tichon (Vasilij Ivanovič Bellavin) einen Hilferuf an den Westen, der sogar in der New York Times veröffentlicht wurde. Selbst die KPU zog in Betracht, ukrainische Emigranten in Kanada und den USA um Hilfe zu bitten. Am bekanntesten ist wohl der von Lenin genehmigte internationale Hilfsappell Maxim Gorkis „*Give bread and medicine*“ im Namen der russischen Kulturelite vom 12. Juli 1921. Darin ersuchte er „*alle ehrenwerten Menschen*“ in Europa und Amerika um Lebensmittel und medizinische Hilfsleistungen für die russischen Hungergebiete. „*Düstere Tage*“ schrieb Gorki „*sind über das Land Tolstois, Dostojewskis, Mendelejews, Pawlows, Mussorgskys und Glinkas*“ hereingebrochen. Somit war die sowjetische Hungersnot innerhalb weniger Monate zu einer internationalen Frage geworden.²⁴³

Die dadurch ausgelösten umfangreichen internationalen Hilfsmaßnahmen verweisen auf Trends, die um die Wende zum 20. Jahrhundert ihren Ursprung hatten und während und nach dem Ersten Weltkrieg professionalisiert wurden. Sie stellten ein Paradigma für einen organisierten Humanitarismus dar, der einerseits das Kinderhilfswerk stärker in den Fokus rückte. Andererseits bedeutete seine Professionalisierung eine effiziente Umsetzung der Logistik durch Experten. Das galt sowohl für die Beschaffung von Hilfsgütern (Nahrungsmittel, Medizin, Bekleidung) und die Buchhaltung, als auch für das Marketing und die Öffentlichkeitsarbeit. Erfolgreich für die Beschaffung von Ressourcen erwies sich auch die Entscheidung für eine symbiotische Mischwirtschaft aus Mitteln der Regierungen und privaten Hilfsorganisationen.²⁴⁴

Wie das Rote Kreuz und andere Non-Government Organisationen (NGOs) nutzte auch die „American Relief Administration“ (ARA) unter der Leitung des Bergbauingenieurs und Unternehmers Herbert Hoover,²⁴⁵ sowie das „International Committee for Russian Relief“

²⁴³ Applebaum, Roter Hunger, 90-91; siehe auch: Pinkus, *Fleischhauer*, Die Deutschen in der Sowjetunion, 158; Bertrand M. Patenaude, Joan Nabseth Stevenson, *Bread + Medicine: American Famine Relief in Soviet Russia, 1921-1923* (Stanford 2023), 3; Cabanes, *The Great War*, 204.

²⁴⁴ Götz, *Brewis, Werther*, Case Studies, 45-46.

²⁴⁵ Anm. des Verfassers: Politiker der Republikanischen Partei - 1921 zum US-Handelsminister ernannt/1928 zum 31. Präsidenten der USA gewählt.

(ICRR), geleitet vom norwegischen Polarforscher und Diplomaten Fridtjof Nansen,²⁴⁶ massiv Fotografie und Film, um die Mittelbeschaffung zu optimieren und an die Solidarität der Massen zu appellieren. Zu diesem Zweck setzte man kraftvolle Bilder, berührende Einzelgeschichten und moralistische Erzählungen ein, die an die visuelle Propaganda im Ersten Weltkrieg erinnerten. Als Novum erwies sich ferner der professionelle Einsatz der Public Relations (PR), mit dem Ziel der internationalen Hungerhilfe durch Steuerung der Massen (Lobbyismus, Wording und Framing) Legitimität vor einem westlichen Publikum zu verleihen. Das mediale Programm umfasste ganzseitige Anzeigen in Tageszeitungen sowie fast 60 Dokumentarfilme des „International Committee of the Red Cross“. Die wichtigste Methode zur Verbreitung humanitärer Propaganda war der Schock des Bildes: *„Wahnsinnige Kinderaugen, unter Verdacht ihre Eltern gegessen zu haben, um nicht zu verhungern, verwandelten sich in ikonische Figuren menschlichen Elends“*. Beispielsweise gab die „Internationale Vereinigung für Kinderhilfe“ eine neunteilige Postkarten-Sammlung heraus, die weltweit veröffentlicht wurde und alle Phasen des Hungers bis hin zum Tod darstellte. Besonders erfolgreich war der Stummfilm „Famine: A Glimpse of the Misery in the Province of Saratov“²⁴⁷ von George H. Mewes, einem Kriegsreporter des Daily Mirror an der Ostfront während des Ersten Weltkrieges, der im Auftrag des „Save the Children Fund“ produziert wurde.²⁴⁸ Diese Bilder fanden beim internationalen Publikum enormen Anklang, überzeugten es von der verheerenden Dimension der Hungerkatastrophe und waren entscheidend für die Spendenaktionen humanitärer NGOs. Nach dem japanstämmigen Soziologen Fuyuki Kurasawa haben die medialen Kampagnen im Rahmen der sowjetrussischen Hungersnot durch ihren Einsatz von „Personifizierung“ wie auch „Massifizierung“ einen bahnbrechenden Moment in der Entwicklung der humanitären Ikonographie dargestellt.²⁴⁹

Während humanitäre Propagandafilme die Sensationslust und das Mitleid des Westens erregten, suchten die Experten der Wohltätigkeitsorganisationen nach einer wissenschaftlichen Methode, um den Grad der Unterernährung eines Menschen messen und die richtigen Heilmittel anwenden zu können.²⁵⁰ Dahingehend stellt neben den Forschungen des britischen Physiologen Edward Mellanby, die vom österreichischen Kindearzt Clemens Pirquet

²⁴⁶ Anm. des *Verfassers*: Friedensnobelpreisträger (1922).

²⁴⁷ Jeremy Hicks, Documentary Film and the Volga Famine. Save the Children Fund's Famine (1922). In: Historical Journal of Film, Radio and Television, 43 (3) (2023), 645–667. Online unter: <https://doi.org/10.1080/01439685.2023.2173377>.

²⁴⁸ Cabanes, The Great War, 220–221; siehe auch: Daniel Maul, Appell an das Gewissen-Fridtjof Nansen und die Russische Hungerhilfe 1921–23, Themenportal Europäische Geschichte (Berlin 2011), 10. Online unter: www.europa.clío-online.de/essay/id/artikel-3604.

²⁴⁹ Fuyuki Kurasawa, The Making of Humanitarian Visual Icons. On the 1921–1923 Russian Famine as Foundational Event. In: Jeffrey C. Alexander, Dominik Bartmański, Bernhard Giesen (Hg.), Iconic Power. Materiality and Meaning in Social Life (New York 2012), 72–73.

²⁵⁰ Cabanes, The Great War, 222.

1919 in Wien entwickelte und auch bei Kinderausspeisungen der ARA in Städten angewandte „Pelidisi-Formel“ einen Meilenstein dar. Während der sowjetischen Hungersnot 1921 wurde die „Pelidisi-Formel“ nur anfangs verwendet und die Entdeckungen britischer Wissenschaftler waren noch zu neu, um wirksam für die humanitäre Hilfe eingesetzt zu werden.²⁵¹

Das Modell des organisierten Humanitarismus gewann zu Beginn des Ersten Weltkriegs erheblich an Dynamik, als Hoover in Belgien die Hilfskommission „Commission for Relief in Belgium“ (CRB) gründete, die auch als Muster für die Hilfsmaßnahmen der USA nach dem Krieg dienen sollte. Demnach setzte Hoover seine Arbeit mit der ARA, die bis 1919 auch ein Regierungsunternehmen war, zunächst im kriegsversehrten Mittel- und Osteuropa und während der Hungersnot in Sowjetrußland fort. Die ARA und ihre angeschlossenen Organisationen, wie das „American Red Cross“ (ARC), verfolgten das Ziel im Nachkriegseuropa durch den Einsatz von „food as a weapon“²⁵² den Kommunismus einzudämmen und den Nationen- und Institutionenbildungsprozess zu beeinflussen. Jedoch wurde durch die Verschiebung des globalen Machtgleichgewichts hin zu den USA und die Entstehung des ersten kommunistischen Staates in Rußland die Frage humanitärer Hilfe zunehmend politisiert. Eine Konsequenz davon war der 1920 gegründete „European Relief Council“ (ERC), der sich vorrangig auf die Hilfe für Kinder konzentrierte und neben der ARA und dem ARC auch NGOs wie das „American Friends Service Committee“ (AFSC)²⁵³ umfasste. Mit einigen Änderungen wurde diese organisatorische Zusammenarbeit auch während der ersten sowjetischen Hungersnot fortgeführt.²⁵⁴

Eine entscheidende Rolle für die Hilfsaktion spielten auch das „International Committee of the Red Cross“ (ICRC)²⁵⁵ und die „League of Red Cross Societies“ (LORCS)²⁵⁶. Bis heute ist das 1863 gegründete ICRC eine private unabhängige Schweizer Organisation²⁵⁷ und

²⁵¹ *Ebda*, 225 und 228, Pelidisi-Formel cit. *“the cubic root of the tenfold weight of the body divided by that body’s sitting weight,” Pirquet had managed to establish the level of malnutrition in the Viennese population. A healthy adult level was 100, children were 94.5. During the Russian crisis, children’s level generally fell to 92, or even lower.*

²⁵² *Ebda*, 195.

²⁵³ Götz, Brewis, Werther, Case Studies, 50 – daneben auch den „Federal Council of Churches“, das „Jewish Joint Distribution Committee“ (JDC), die „Knights of Columbus“, das „National Catholic Welfare Council“ (NCWC) und die „Young Men’s and Women’s Christian Associations“ (YMCA und YWCA).

²⁵⁴ *Ebda*, 45-51.

²⁵⁵ Anm. des *Verfassers*: Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK); gegr. Februar 1863 in Genf in der Schweiz; Zur Entstehung der internationalen Rotkreuz-Bewegung: Henry Jean *Dunant*, Eine Erinnerung an Solferino (1862); Zur historischen Analyse der frühen Jahre des ICRC: David P. *Forsythe*, The Humanitarians: The International Committee of the Red Cross (Cambridge 2005), 13-41.

²⁵⁶ Anm. des *Verfassers*: Liga/Föderation der Rotkreuz-Gesellschaften.

²⁵⁷ Ulrike von *Pilar*, Alles Brüder? Eine kurze Geschichte der humanitären Hilfe. In: Jürgen *Lieser*, Dennis *Dijkzeul* (Hg.), Handbuch Humanitäre Hilfe (Berlin 2013), 36 – Henry Dunant (1828–1910), der aufgrund

gemäß den Genfer Konventionen als „Subjekt des humanitären Völkerrechts“ für Hilfsmaßnahmen auf dem Gebiet militärischer Sanitätsdienste in Kriegszeiten zuständig. Daneben existieren in den Signatarstaaten der Genfer Konvention unabhängige Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften,²⁵⁸ die untereinander nur lose vernetzt waren und sich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges in erster Linie nationalen Aufgaben widmeten. Im Konnex fiel dem ICRC die Aufgabe zu als zentrales Gremium unter den nationalen Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften sowohl im Konfliktfall zu vermitteln, als auch die Kommunikation aufrechtzuerhalten.

Als es am 5. Mai 1919 auf Initiative des ARC unter Henry P. Davison und mit Unterstützung des damaligen US-Präsidenten Woodrow Wilson zur Gründung der LORCS kam, veränderte sich die Rolle des Roten Kreuzes entscheidend. Basierend auf demselben Konzept, aber unterschiedlich in der Durchführung hatte das Rote Kreuz fortan zwei spezifische Tätigkeitsfelder. Als Dachverband der nationalen Rotkreuz-Gesellschaften, war die Liga analog dem Völkerbund organisiert und für humanitäre Einsätze auf dem Feld Gesundheit, Hygiene und Katastrophenhilfe in Friedenszeiten jenseits kriegerischer Konflikte bestimmt. Zu ihren Gründungsmitgliedern gehörten die nationalen Rotkreuz-Gesellschaften der USA, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Japans. Als Nachteil erwies sich vor allem, dass auf politischen Druck der assoziierten Macht USA und unter Verletzung des Rotkreuzprinzips der Universalität die Gründungsmitglieder einen Sonderstatus besaßen. Darüber hinaus hatten sie auch das Recht Rotkreuzverbände der besiegten Mittelmächte und Sowjetrusslands von einer Mitgliedschaft auszuschließen. Außerdem erkannte das ICRC in der Liga eine existentielle Bedrohung und benutzte gezielt sein diplomatisches Geschick, um die Autorität und das Mandat der Föderation zu reduzieren.

Hingegen ist im Abkommen vom 1. April 1921 zwischen dem ICRC und der Liga, das zur Einrichtung einer „Joint Commission“²⁵⁹ führte, eine positive Entwicklung erkennbar. Mit dieser Konvention verfolgte man die Intention durch Kompetenzüberschneidungen auszulösen Mehrfachaufwand und Effizienzverlust entgegenzuwirken. Die Gründung dieser ge-

seiner Erinnerungen an die Schlacht von Solferino (1859) die Rotkreuzbewegung gründete, erhielt 1901 zusammen mit Frédéric Passy den ersten Friedensnobelpreis.

²⁵⁸ Forsythe, *The Humanitarians*, 20-21 – Nach Forsythe ist die völlige Unabhängigkeit oder Autonomie aller Rotkreuzgesellschaften ein Mythos, weil sie nicht nur in totalitären Systemen quasi-öffentlich und der Staatsgewalt verpflichtet sind.

²⁵⁹ Anm. des *Verfassers*: Ab 1928 wurde auch eine „Standing Commission“ eingerichtet sowie in Den Haag gemeinsame Statuten verabschiedet. Demnach erkannten sowohl die Nationalen Rotkreuz-Gesellschaften, als auch die Liga und das ICRC die „Internationale Konferenz des Roten Kreuzes“ als höchste beratende Autorität an; André Durand, *Origin and Evolution of the Statutes of the International Red Cross*. In: *International Review of the Red Cross*, 1983-08, Vol.23 (235), 189, cit. *were approved by the ICRC and the Board of Governors and adopted, on 28 October 1928, at The Hague, by the Commission of Delegates, then registered by the Thirteenth Conference.*

meinsamen Kommission ermöglichte erstmals die Durchführung international groß angelegter Hilfsmaßnahmen und fungierte auch als Plattform für die Zusammenarbeit mit der „Nansen-Mission“²⁶⁰ des Völkerbundes.²⁶¹ Demzufolge reagierten beide Dachverbände auf Hilferufe aus der Zemstvo und den russischen Städten, indem sie am 15. August 1921 in Genf eine Konferenz organisierten, wo das ICRR mit Fridtjof Nansen als Hochkommissar ins Leben gerufen wurde. Aus politischen Gründen lehnte der Völkerbund bei einer Sitzung des „Supreme Council of the Allies“ im Oktober jede staatliche Hilfe für Sowjetrussland ab²⁶² und verwies zur Aufbringung von Hilfsmittel für die „Nansen-Mission“ auf private Institutionen.

Der Erste Weltkrieg und die unmittelbare Nachkriegszeit verstärkte die internationale Bedeutung des Roten Kreuzes enorm. Ohne Frage hatten sich die unterschiedlichen nationalen Rotkreuz-Gesellschaften bei der Unterstützung von Zivilisten in Kriegsgebieten sowie in der Versorgung von Kriegsgefangenen und deren Repatriierung bestens bewährt. Durch diese Erfahrungen erlangte das Rote Kreuz nicht nur internationale Legitimität, sondern auch Fachkompetenz für die Organisation massiver Hilfseinsätze und für die Überwachung der von Regierungen und Wohltätigkeitsverbänden bereitgestellten Hilfe. Der Einsatz des Roten Kreuzes während der sowjetischen Hungersnot hatte noch einen weiteren Vorteil. Es erlaubte Staaten, die die bolschewistische Regierung nicht anerkannten - und das waren fast alle westlichen Regierungen - Hilfsleistungen unter Umgehung traditioneller diplomatischer Kanäle.²⁶³

Auch Rom konnte vorerst keine direkte Hilfe leisten, weil auch der Vatikan Sowjetrussland die diplomatische Anerkennung verweigerte. Dennoch gelang der Kurie nach zähen Verhandlungen mit den Sowjets am 12. März 1922 eine Vereinbarung, die die Entsendung einer „Papal Relief Commission“ ermöglichte. Erst nachdem mit päpstlicher Erlaubnis der US-amerikanische „National Catholic Welfare Council“ dem Dachverband der ARA beigetreten war, konnte schließlich auch die „Papal Relief Commission“ das logistische Netzwerk der ARA nutzen.²⁶⁴

Daneben wurde die Russlandhilfe auch zum Präzedenzfall für den „Save the Children Fund“ (SCF). Durch die britischen Philanthropinnen Eglantyne Jebb und Dorothy Buxton

²⁶⁰ Maul, Appell an das Gewissen, 3, cit. *als welche die ICRR-Hilfe gewöhnlich titulierte wurde.*

²⁶¹ Forsythe, *The Humanitarians*, 35-37; siehe auch: Durand, *Origin and Evolution of the Statutes*, 181-191.

²⁶² Witz, „Brüder in Not!“, 277, cit. *solange Russland seinerseits noch Getreide und landwirtschaftliche Produkte exportierte [...] Frankreich und Großbritannien, belegten deshalb russische Waren mit strengen Einfuhrlicenzen oder sogar einem Verbot.*

²⁶³ Cabanes, *The Great War*, 191-192.

²⁶⁴ Witz, „Brüder in Not!“, 284 – Papst Benedikt XV. der bereits dem Internationalen Kinderhilfswerk in Genf eine großzügige Privatspende überwiesen hatte, stellte für die „Papal Relief Commission“ ein beachtliches Hilfsvolumen von zwei Millionen US-Dollar zur Verfügung.

im Jahre 1919 gegründet, war diese Hilfsorganisation anfänglich dazu gedacht, um Kinder in den ehemaligen Feindstaaten Deutschland und Österreich-Ungarn vor dem Hungertod zu retten. Wie auch die in der Tradition des internationalen Pazifismus stehenden Quäker verstand der SCF Humanitarismus als Werkzeug für eine Versöhnungspolitik jenseits der Unmenschlichkeit der „hohen Politik“.²⁶⁵

In mehrfacher Hinsicht einzigartig war die von Deutschland geleitete Aktion „Brüder in Not“, die alle namhaften deutschen Wohlfahrtsverbände sowie konfessionelle und überkonfessionelle Hilfsorganisationen vereinte und für eine Solidarität mit den hungernden Russlanddeutschen stand. Insbesondere der „Deutsche Caritasverband“ als Schaltzentrale für auswärtige Hilfe versorgte in etwa 200.000 deutschstämmige Katholiken in den Hungerbezirken, verteilte Geld- und Sachspenden aus Übersee und übernahm auch pastorale Aufgaben vor Ort.²⁶⁶

Die junge Weimarer Republik unter dem späteren Außenminister Walther Rathenau war eines der ersten Länder des Westens, welches sich für eine zentrale Hunger- und Medikamentenhilfe einsetzte. Da Nahrungsmittelhilfe aus Mitteln der Regierung im Nachkriegsdeutschland schwer durchsetzbar war, entschied man sich unter Außenminister Friedrich von Rosen für medizinische Hilfsleistungen. Daher bemühte man sich das außenpolitische Handeln, in Abstimmung mit dem „Deutschen Roten Kreuz“, ausschließlich auf karitative Zwecke und seuchenhygienische Vorsorge zu beschränken und jeden Verdacht einer politischen Unterstützung Sowjetrusslands vorsichtig zu vermeiden. Immerhin sollten durch einen Reichsfonds 10 Millionen Mark zur „Abwehr der Seuchengefahr aus dem Osten“ zur Verfügung gestellt werden.²⁶⁷ Am 29. August 1921 wurde diesbezüglich zwischen der Deutschen Reichsregierung und der Sowjetregierung ein Vertrag über Hilfsmaßnahmen durch das „Deutsche Rote Kreuz“ unterzeichnet.²⁶⁸

Relevante Ausnahmen stellten die Kommunisten, wie die in Berlin ansässige „Workers' International Relief“ (WIR) und ihr US-Zweig, die „Friends of Soviet Russia“ (FSR) oder die sozialdemokratische „International Federation of Trade Union“ (IFTU) in Amsterdam dar. Beispielsweise griff das WIR bei Spendenaktionen auf die Unterstützung weltbekannter Künstler oder Vertreter der intellektuellen Linken, wie Käthe Kollwitz, George Bernard Shaw und Albert Einstein zurück. Darüber hinaus entwickelte sich in Deutschland für die

²⁶⁵ Maul, Appell an das Gewissen, 4.

²⁶⁶ Witz, „Brüder in Not!“, 283 und 296.

²⁶⁷ Wolfgang U. Eckart (Hg.), Medizin und Krieg. Deutschland 1914–1924 (Paderborn 2014), 412–413; AZ (Morgenblatt), 4.8.1921, 5 – Die deutsche Hilfsaktion; RF, 10.8.1921, 3 – Hilfe des „Deutschen Roten Kreuzes“.

²⁶⁸ Witz, „Brüder in Not!“, 279; siehe auch: Pinkus, Fleischhauer, Die Deutschen in der Sowjetunion, 159; AZ (Morgenblatt), 15.9.1921, 6 – Deutsche Ärzte nach Russland.

sozialistische Hungerhilfe unter ihrem geschäftsführenden Sekretär Wilhelm Münzenberg eine lebhaft Propaganda in Presse, Broschüren und Buchpublikationen. Dementsprechend lobte Lenin in mehreren Reden die Arbeit der WIR und wollte damit demonstrieren, dass der bedeutsame Erfolg der Hungerhilfe nicht auf den Durchbruch humanitärer Werte, die vom Marxismus-Leninismus als bürgerlich abgelehnt wurden, sondern auf die Stärke der proletarischen Solidarität und die permanente Fortführung der „Russischen Revolution“ zurückzuführen sei. Mit anderen Worten: Im Gegensatz zu Hoover und Nansen verfolgten die Hilfsorganisationen der Arbeiterbewegung eine Agenda, die ihre Hilfe als Teil des internationalen Klassenkampfes und nicht als humanitäre Initiative betrachteten.²⁶⁹

Hauptsächlich wurde die Hilfe für Sowjetrußland und Sowjetukraine jedoch von zwei Dachorganisationen getragen, die beide Verträge mit den bolschewistischen Regierungen unterzeichneten: Hoovers ARA für Sowjetrußland am 20. August 1921 in Riga (Riga Agreement)²⁷⁰ und für die Sowjetukraine, weil diese auf ihren souveränen Status bestand, am 10. Jänner 1922 in Moskau. Der Vertrag mit dem ICRR unter der Leitung Nansens wurde am 27. August 1921 in Moskau ratifiziert.²⁷¹ Trotz Konflikten zwischen den unterschiedlichen Hilfsorganisationen blieben nur wenige außerhalb der Nansen- und Hoover-Sphäre. Neben der Deutschen Reichsregierung unterzeichneten beispielsweise auch der SCF und die Quäker ihre eigenen Hilfsverträge mit der Sowjetregierung.²⁷²

Zwischen Ende 1921 und Anfang 1923 verschifft die ARA rund 718.770 Tonnen Hilfsgüter in die Hungersnotgebiete, wobei der aus den Sowjetrepubliken finanzierte Anteil 169.689 Tonnen betrug. Der Großteil von 709.500 Tonnen entfiel dabei auf Verpflegung (Kakao, Zucker, Milch, Mehl, Erbsen, Bohnen, Reis, Maisgrießfette) und Saatgetreide (Mais und Weizen in der Höhe von 155.332 Tonnen); der Rest betraf medizinische Versorgungsgüter, Seifen und Bekleidung. Davon erhielten im Schwarzmeergebiet die Bezirke Odessa 26.357, Ekaterinoslaw 14.817, Zaporizžja 9.227 und Mykolajiv 4.665 Tonnen an Hilfsgütern.²⁷³

²⁶⁹ Cabanes, *The Great War*, 239; siehe auch: Götz, *Brewis, Werther*, Case Studies, 53; Pinkus, *Fleischhauer*, *Die Deutschen in der Sowjetunion*, 161; RF, 23.12.1922, 3 - Lenin über die Bedeutung der internationalen Arbeiterhilfe.

²⁷⁰ RP (Morgenblatt), 21.8.1921, 4; NFP (Morgenblatt), 23.8.1921, 3, cit. „*Nya Dagliga Allehanda*“ [konservative schwedische Tageszeitung (Stockholm 1859-1944)] *meldet aus Riga: Das Uebereinkommen zwischen Rußland und Amerika über die amerikanische Hilfeleistung an die Hungernden in Rußland ist gestern vormittag von Brown und Litwinow unterzeichnet worden*; AZ (Morgenblatt), 24.8.1921, 5.

²⁷¹ Harold H. Fisher, *The famine in Soviet Russia: 1919 – 1923. The operations of the American Relief Administration* (New York 1927), 62-67, Other Proposals for Russian Relief; 507-510, *RIGA AGREEMENT*; 528-531, *AGREEMENT BETWEEN THE AMERICAN RELIEF ADMINISTRATION and the UKRAINIAN SOVIET REPUBLIC*; siehe auch: Maul, Appell an das Gewissen, 6-7; Patenaude, Big Show, 745-748.

²⁷² Götz, *Brewis, Werther*, Case Studies, 52-53.

²⁷³ Fisher, *The famine in Soviet Russia*, 554-555.

Laut einem Bericht Hoovers an Präsident Harding vom 16. Juli 1922, umfasste das Verwaltungspersonal im In- und Ausland zu diesem Zeitpunkt etwa 200 Amerikaner und 80.000 lokale Hilfskräfte, die 15.700 Küchen und Ausgabestationen betrieben und täglich rund 3.250.000 Kinder und 5.300.000 Erwachsene versorgten. Außerdem gelang es Typhus-, Pocken- und Hungerfieber-Epidemien dank medizinischer Versorgung sowie geplanter Impfkationen und Hygienemaßnahmen einzudämmen respektive zu kontrollieren.²⁷⁴ Durch den Einsatz medizinischer Versorgungsgüter aus US-Kriegsbeständen, deren Verwendung vom US-Kongress zweckgebunden genehmigt wurden, und die Unterstützung des Roten Kreuzes konnten letztendlich 12.000 Krankenhäuser ausgestattet und über 5.000.000 Menschen geimpft werden.²⁷⁵

Auf dem Höhepunkt der Hilfsmission im August 1922 wurden durch die ARA täglich 10,5 Millionen Menschen gepflegt, davon allein in der Ukraine 979.000 Kinder und 976.000 Erwachsene. Bis Dezember sank die Gesamtzahl der Verpflegten auf 896.000, in der Sowjetukraine auf 218.455 Kinder und 14.112 Erwachsene, und stieg bis Juni 1923 wieder auf 2,9 Millionen an (für die Sowjetukraine 508.317 Kinder und 17.194 Erwachsene).²⁷⁶

Budgetär wurden während der Hilfsmission von der ARA insgesamt 61.566.231,53 USD, inklusive sowjetrussischer und sowjetukrainischer Goldreserven in der Höhe von 12 Millionen USD,²⁷⁷ verwaltet. Vom Gesamtbudget betrug der Aufwand für das „ARA Food Remittance Program“ 9,3 Millionen USD. Es ermöglichte Einzelpersonen Lebensmittelpakete²⁷⁸ im Wert von 10 USD für Verwandte und Freunde in bestimmten europäischen Ländern zu kaufen, die in ARA-Lagerhäusern bereitgestellt wurden. Für die medizinische Versorgung wurden 7,8 Millionen USD aufgewendet.

Die bereitgestellten Mittel aus dem Goldfonds der RSFSR und UkrSSR wurden überwiegend für die Beschaffung von Saatgetreide verwendet.²⁷⁹ Dank internationaler humanitärer Hilfe konnten nach Angaben der ARA zwischen fünf und zehn Millionen Russen und Ukrainer vor dem Hunger- oder Seuchentod gerettet werden.²⁸⁰ Bis Juli 1923 leistete die ARA einschließlich ihrer unterstellten Hilfsorganisationen 90 Prozent der internationalen humanitären Hilfe.²⁸¹

²⁷⁴ *Ebda*, 547-551, *INTERIM REPORT ON THE RUSSIAN RELIEF SITUATION*.

²⁷⁵ *Ebda*, 539-543, *Letter from Herbert Hoover to C. V. Hibbard of the Y.M.C.A.*, March 23, 1923; hier 542.

²⁷⁶ *Ebda*, 556-557.

²⁷⁷ *Ebda*, 154-159, *TWELVE MILLION FROM THE SOVIET GOVERNMENT*; Abkommen mit der RSFSR vom 30.12.1921 und mit der UkrSSR vom 01.02.1922.

²⁷⁸ *Cabanes*, *The Great War*, 229, cit. *a package containing flour, rice, oil, milk, sugar, and tea was held for the Russian recipient at the ARA center closest to his home*.

²⁷⁹ *Fisher*, *The famine in Soviet Russia*, 553; siehe auch: *Patenaude*, *Big Show*, 196.

²⁸⁰ *Patenaude*, *Big Show*, 198.

²⁸¹ *Cabanes*, *The Great War*, 193.

Die Dachorganisation ICRR, die bis zum 15. August 1923 im Einsatz war, lieferte nach dem norwegischen Historiker Carl Emil Vogt insgesamt ca. 13 Prozent aller Hilfsgüter. Davon betrug der Eigenanteil des Nansen-Komitees im ersten Jahr geschätzt knappe drei Prozent der Gesamtsumme, im zweiten Jahr sogar noch weniger. Insgesamt wurden vom ICRR 59.196 Tonnen Verpflegung, 216 Tonnen Bekleidung und 305 Tonnen medizinische Artikel sowie 1.400 Tonnen an Lebensmittelpaketen im Wert von 300.000 USD verteilt. Im Vergleich dazu distribuierte die ARA 59.000 Tonnen Pakete um fast 12 Millionen USD. Darüber hinaus annähernd das Zehnfache an Nahrungsmittel inklusive Saatgetreide (540.144 Tonnen) und Bekleidung (2.184 Tonnen) sowie das 21-fache an medizinischen Versorgungsgütern (6.478 Tonnen). Zusätzlich beschaffte und transportierte die ARA aus den von den souveränen Sowjetrepubliken finanzierten Mitteln Hilfsgüter im Ausmaß von 169.363 Tonnen an Verpflegung und Saatgetreide sowie 326 Tonnen Seife.²⁸² Im Juni 1922 speiste das Nansen Hilfswerk täglich 850.951 Hungernde aus. Davon entfielen auf den SCF 241.851, diverse Rote Kreuz Organisationen 142.522, die britischen Quäker 307.600 sowie auf das Nansen Komitee 135.983 Verpflegungsteilnehmer.²⁸³

Nach dem Finanzbericht über die Tätigkeit der Hohen Kommission Nansens vom 15. Juli 1924²⁸⁴ verfügte die Mission über ein Budget von 1,2 Millionen USD aus dem summa summarum ca. 15.800 Tonnen Hilfsgüter und 11.500 Standardpakete für die Hungersnotbezirke beschafft wurden. Wie diese Zahlen belegen, war der Beitrag der Nansen-Mission im Vergleich zur Hilfsarbeit der ARA wesentlich geringer und von limitierter Bedeutung. Auch seine Effizienz wurde von angeschlossenen Hilfsorganisationen fallweise in Frage gestellt,²⁸⁵ da sich einzelne Mitarbeiter des Moskauer Büros für das herausfordernde Aufgabenspektrum als inkompetent erwiesen. Das bedeutet aber nicht, dass Nansens Hilfsarbeit bedeutungslos war. Einerseits wurden dadurch mindestens 100.000 Menschen vor dem sicheren Hungertod gerettet. Andererseits diente sein Abkommen mit den Sowjets vielen Hilfsorganisationen als Türöffner für eine transnational wirkende Hilfsgemeinschaft.²⁸⁶

Im Gegensatz zu den beiden Hauptakteuren hat die Hungerhilfe österreichischer Hilfsorganisationen zu keiner Zeit in den Hungerbezirken vor Ort stattgefunden. Die Hilfsleistungen aus der Ersten Republik beschränkten sich ausschließlich auf Sach- und Geldspenden. Nach

²⁸² Carl Emil Vogt, "Fridtjof Nansen og kampen mot hungersnøden i Russland 1921-23." Nordisk østforum, vol. 16, no. 2, 2002, 188; siehe auch: Fisher, The famine in Soviet Russia, 554.

²⁸³ Eiduck, Die russische Hungersnot 1921-1922, 20-21.

²⁸⁴ Zitiert bei Vogt, Fridtjof Nansen, 189, cit. *Compte rendu financier de l'activité du Haut Commissariat du Dr. F. Nansen et de l'action du Dr. F. Nansen pour le secours à la Russie de Septembre 1921 au 15 Juillet 1924, date de sa clôture.*

²⁸⁵ Ebda, 189 - wie beispielsweise vom SCF, von den Quäkern oder vom Schwedischen Roten Kreuz.

²⁸⁶ Ebda, 192.

dem österreichischen Historiker Hannes Leidinger waren für staatliche Hilfsaktionen oder die Schaffung eines einheitlichen Hilfskomitee vor allem die Debatten und Gegensätze zwischen der KPÖ und SDAPÖ über die Umsetzung der durch die KI beschlossenen Einheitsfronttaktik hinderlich.²⁸⁷ Zudem beeinflusste die auflagenstarke Arbeiter-Zeitung die öffentlichen Meinung, indem sie die bolschewistische Misswirtschaft scharf kritisierte. Obwohl in der österreichischen Bevölkerung grundsätzlich ein Misstrauen gegenüber den humanitären Aktivitäten in Sowjetrußland überwog, kam es dennoch zu außerordentlich hohen Geldspenden, die aber in getrennte Fonds flossen.²⁸⁸ Erschwerend für eine effektive und koordinierte Hilfsaktion Österreichs wirkte sich auch aus, dass die Erste Republik selbst von einer Hungersnot betroffen war und daher stark von Hilfsleistungen der ARA abhängig war.²⁸⁹

Da der Antikommunismus stark die öffentliche Meinung der Nachkriegszeit dominierte, lehnte die europäische Presse, insbesondere in Frankreich und Großbritannien, die Hilfe für Rußland entschieden ab. Man befürchtete, dass monetäre Spenden sowie Lieferungen von Medizin, Kleidung und Lebensmittel das bolschewistische Regime stabilisieren und stärken würden. Auch Hoovers instinktiver Antikommunismus wurde durch US-amerikanische Sozialisten auf besondere Weise gewürdigt; Sie bezeichneten den republikanischen Politiker als „den hartnäckigsten Antibolschewisten“ der Harding-Administration.²⁹⁰

Insgesamt gesehen wurde „Humanitäres Handeln“ nach dem Ersten Weltkrieg zu einem Aktionsfeld, auf dem staatliche, nichtstaatliche und internationale Akteure mit ganz unterschiedlichen, gegebenenfalls entgegenstehenden Motiven interagierten. Einerseits erschwerten ideologische und politische Faktoren die Lage, weil das immer noch fragile bolschewistische Regime von den meisten westlichen Regierungen diplomatisch nicht anerkannt wurde. Andererseits waren bilaterale Vereinbarung kompliziert und führten zu einer Privatisierung humanitären Einsätze.²⁹¹

²⁸⁷ RF, 7.3.1922, 3, Zur Frage der Einheitsfront, cit. *Die Sozialdemokraten der ganzen Welt würden mit Freuden die Ablehnung der Einheitsfront seitens der Exekutive der Kommunistischen Internationale begrüßen*; AZ (Morgenblatt), 26.4.1922, 3; RF, 27.4.1922, 5.

²⁸⁸ McLoughlin, Leidinger, Moritz, Kommunismus in Österreich 1918–1938, 197–198; AZ (Morgenblatt), 20.12.1921, 3; AZ (Morgenblatt), 16.2.1923, 5.

²⁸⁹ Adlgasser, *American Individualism Abroad*.

²⁹⁰ Cabanes, *The Great War*, 192 und 195.

²⁹¹ Maul, Appell an das Gewissen, 1; siehe auch: Götz, Brewis, Werther, *Case Studies*, 51.

3 Methode und Datenkorpus

3.1 Qualitative Inhaltsanalyse

Da die Analyse von Massenmedien Aussagen über deren Wirkungen beim Lesepublikum anstrebt, wurden die Quellen mittels qualitativer Inhaltsanalyse nach dem deutschen Soziologen Philipp Mayring²⁹² untersucht. Das Kategoriensystem nach dem Modell der „Induktiven Kategorienbildung“, als zentrales Instrument der Analyse, wurde bezogen auf die Fragestellungen zur österreichischen Presse konkretisiert und soll dadurch eine intersubjektive Nachvollziehbarkeit des Vorgehens ermöglichen. Die Kategorien wurden direkt aus dem Material in einem Verallgemeinerungsprozess abgeleitet, ohne sich im Vorfeld auf formulierte Theorienkonzepte zu beziehen.²⁹³ Es soll eine möglichst naturalistische sowie gegenstandsnahe Abbildung des Materials ohne Verzerrungen durch Vorannahmen erreicht werden - eine Erfassung des Gegenstands in der Sprache des Materials.²⁹⁴

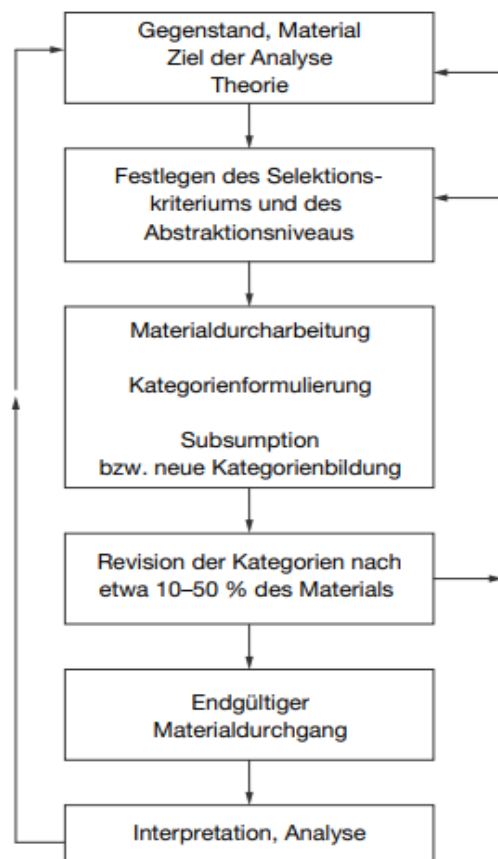


Abb. 5: Prozessmodell induktiver Kategorienbildung

Quelle: Philipp Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken (Weinheim ¹²2015), 86.

²⁹² Philipp Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken (Weinheim ¹²2015).

²⁹³ Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, 85.

²⁹⁴ Ebd., 86.

Anschließend wurden die Ergebnisse in Richtung der Hauptfragestellung hermeneutisch interpretiert und deren Aussagekraft anhand inhaltsanalytischer Gütekriterien bewertet (Objektivität, Reliabilität und Validität), wobei der Fokus in der qualitativ-rekonstruktiven Forschung auf das „Verstehen“ gerichtet war. Qualitative Inhaltsanalyse ist immer ein Verstehensprozess von vielschichtigen Sinnstrukturen im Material und muss daher auch auf latente Sinngehalte abzielen.²⁹⁵ Darüber hinaus stellt inhaltsanalytisches Vorgehen mit kommunikationswissenschaftlicher Verankerung einen besonderen Vorteil im Vergleich zu anderen Textanalyseansätzen dar, weil das Material immer in seinem Kommunikationszusammenhang verstanden wird.²⁹⁶ Abschließend wurden im Zuge der Kategorien-Revision Erkenntnisse aus der Untersuchung selektierter Primärquellen und Sekundärliteratur zusammengeführt. Dadurch konnten neue Perspektiven respektive ein neues Verständnis gegenüber dem historischen Phänomen generiert werden.

Qualitative Sozialforschung, so die deutsche Soziologin Christel Hopf, ist sowohl durch ein „Interesse an der Analyse von Deutung, Wahrnehmungen und komplexen Deutungssystemen“ als auch durch ein „Interesse an der Analyse von in sich strukturierten sozialen Gebilden und das Interesse an einer möglichst umfassenden Analyse der Handlungskontexte von Individuen“²⁹⁷ gekennzeichnet. Demnach kann die Methodik, von Hopf als „typisch qualitative Vorgehensweise“ bezeichnet werden, da sie auch die Erhebung und Analyse von Dokumenten unterschiedlichster Natur (Biografien, formalen Regelungen in Bürokratien, Zeitungen etc.) umfasst. Im Fall der Dokumentenanalyse nähert sich nach Hopf die Arbeit des Soziologen essentiell der des Historikers.²⁹⁸

3.2 Datenkorpus

Als Datenkorpus dienten digitalisierte österreichische Tageszeitungen aus der Datenbank ANNO (Historische Zeitungen und Zeitschriften, Suchmaschine der österreichischen Nationalbibliothek). Vorteil dieser Datenbank ist, dass beinahe alle Zeitungen in digitaler Form archiviert sind. Beispielsweise ergab eine Abfrage hinsichtlich der ukrainischen und sowjet-russischen Hungerskatastrophe unter dem Suchbegriff „Hungersnot Rußland Ukraine“ für den Zeitraum 1919 bis 1922 vom Medium Zeitung 936 Datensätze.²⁹⁹ Die Wiener Tages-

²⁹⁵ *Ebda*, 32.

²⁹⁶ *Ebda*, 50.

²⁹⁷ Christel Hopf (Hg.), *Qualitative Sozialforschung* (Stuttgart 1979), 18.

²⁹⁸ Hopf (Hg.), *Qualitative Sozialforschung*, 14f.

²⁹⁹ ÖNB ANNO, z.B.: Arbeiter Zeitung, Die Rote Fahne, Neues Wiener Tagblatt, Neue Freie Presse, Wiener Zeitung, Reichspost, Linzer und Grazer Tagblatt, Salzburger Volksblatt etc.

Online unter: <https://anno.onb.ac.at> .

presse beträgt davon mit 553 Ausgaben 59 Prozent. Die folgende Analyse umfasst vier Blätter der Wiener Tagespresse. Dazu zählen die wirtschaftsnah und liberal-demokratisch ausgerichtete „Neue Freie Presse“ (Auflage 72.000), die Sprachrohr des liberalen Bildungsbürgertums war und auf Unabhängigkeit Wert legte. Außerdem die katholisch-konservative „Reichspost“ (Auflage 55.000), die eng mit der Christlichsozialen Partei verbunden, aber kein Parteiorgan darstellte. Aus dem linken Spektrum wurden die „Arbeiter Zeitung“ (Auflage 105.000), als offizielles Organ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, und „Die Rote Fahne“ (Auflage 10.000), als Zentralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs, für die Untersuchungen herangezogen.³⁰⁰ Diese Zeitungen hatten an der Berichterstattung zur sowjetrussischen/ukrainischen Hungerkatastrophe mit insgesamt 183 Ausgaben in Wien einen Anteil von 33,1 und österreichweit von 19,6 Prozentpunkten. Mit anderen Worten: Mehr als ein Drittel aller diesbezüglichen Presseberichte Wiens bzw. fast ein Fünftel der Artikel Österreichs wurden in diesen vier Wiener Tagesblättern publiziert.

Um das Forschungsziel zu erreichen, war es im Laufe der Untersuchungen erforderlich, während der Revision der Kategorien noch weitere Suchbegriffe zu definieren. In der Datenbank wurden unter anderem Presseberichte über die Lebensumstände schwarzmeerdeutscher Kolonisten und die ihnen entgegengebrachten österreichischen Hilfsleistungen erforscht. Außerdem war eine Recherche bezüglich des Kriegskommunismus sowie der klimatischen Verhältnisse und Seuchen nötig.³⁰¹ Bei der Auswahl des Datenmaterials musste jedoch auf die Realisierbarkeit insofern Rücksicht genommen werden, dass kein holistischer Ansatz verfolgt werden konnte. Schließlich repräsentiert diese Analyse insgesamt 876 Ausgaben der vier selektierten Wiener Tagesblätter.

Da entsprechend der Fragestellung der Schwerpunkt für die Analyse auf dem Siedlungsgebiet schwarzmeerdeutscher Kolonisten in der Südukraine liegt, wurde auch versucht eine pauschale Ansicht von Zeitungen zu widerlegen, die häufig weder zwischen Russland oder Ukraine noch russischen, ukrainischen oder schwarzmeerdeutschen Bauern unterscheidet.

³⁰⁰ Melischek, Seethaler, Die österreichische Tagespresse der Ersten Republik, Anhang, Die österreichischen Tageszeitungen 1910, 1920, 1930 und 1934, 30-36.

³⁰¹ Anm. des *Verfassers*: weitere Suchbegriffe waren auch über die Agrarpolitik der Bolschewiki und die Bauernaufstände, den Russischen Bürgerkrieg, die American Relief Administration, das Internationale Hilfskomitee für die Hungernden Russlands, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, die Liga der Rotkreuz-Gesellschaften notwendig.

4 Die Quellen

Dieses Kapitel widmet sich den untersuchten historischen Quellen. Es folgt ein kurzer Abriss über die Geschichte dieser Wiener Tageszeitungen mit Fokus auf die politische Richtung und Auflagenhöhe.

In Bezug auf die politische Tagespresse liefert die Einteilung Kurt Paupié für den Zeitraum von 1918 bis 1933 wertvolle Erkenntnisse.³⁰² Seine Klassifizierung für Wien erfolgt in vier Kategorien. Die erste Gruppe bildet die Regierungspresse, zu der offiziell nur die „Wiener Zeitung“ zählt, die wenig publizistischen Einfluss hatte. Die Gründe liegen vor allem darin, dass die politischen Parteien der Zeit eigene Presseorgane besaßen, um ihre Ideologien zu verbreiten. Zur zweiten Kategorie zählen die liberalen Blätter, die aus der Großpresse und aus Boulevardblättern bestanden. Sie wiesen in politischer Hinsicht keine Geschlossenheit auf und übernahmen zunehmend den Rang der ehemals konservativen Presse. Als dritte Gruppe hatte naturgemäß die Parteipresse einen großen Anteil an der politischen Presselandschaft.

Unter der Parteipresse werden sozialdemokratische, christlich-soziale, großdeutsche, nationalsozialistische, kommunistische und sonstige Zeitungen (Heimwehr, zionistische etc.) zusammengefasst. Am Ende der Einstufung steht die unpolitische Presse, gewissermaßen die richtungsmäßig nicht festgelegten Blätter teilweise auch die Populärpresse.³⁰³

Die folgende Tabelle zeigt die Charakterisierung der politischen Tagespresse nach Paupié.

Radikale Zeitungen	Gemäßigte, ab und zu mit radikalen Auswüchsen	Gemäßigte	Sehr gemäßigte Zeitungen
Abend	Arbeiter Zeitung	Allgemeine Zeitung	Wiener Zeitung
Deutschösterreichische Tageszeitung	Morgen	Illustriertes Wiener Extrablatt	Illustrierte Kronenzeitung
Freiheit	Wiener Neueste Nachrichten	Mittagszeitung	
Neues Wiener Journal	Reichspost	Montag	
Kleines Blatt	Kleines Volksblatt	Montagspost	
Montagsblatt		Montagszeitung	
Rote Fahne		Neue Zeitung	
Welt am Montag		Neue Freie Presse	
		Stunde	
		Neues Wiener Tagblatt	
		Volkszeitung	
		Weltblatt	

Tabelle 2: Eigene Tabelle nach: Kurt Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte. 1848-1959, Bd. 1 (Wien, Stuttgart 1960), 43.

³⁰² Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 42.

³⁰³ Ebda, 26.

In der Analyse der Auflagenzahlen sind zusätzlich die Auflagenklassen nach der quellenkritischen Bearbeitung der beiden österreichischen Kommunikationswissenschaftler Gabriele Melischek und Josef Seethaler erfasst, die sich wie folgt darstellen:

Klasse 1:	≤ 25.000 Exemplare
Klasse 2:	25.001 – 50.000 Exemplare
Klasse 3:	50.001 – 100.000 Exemplare
Klasse 4:	> 100.000 Exemplare ³⁰⁴

Zudem werden als Vergleich jeweils die publizierten Auflagenzahlen von Paupié den Forschungsergebnissen von Melischek und Seethaler gegenübergestellt.

4.1 Die „Arbeiter Zeitung“

Am 12. Juli 1889 erschien die Arbeiter Zeitung (AZ) als offizielles „Organ der Sozialdemokratie“ und stand in der Nachfolge der verbotenen „Gleichheit“,³⁰⁵ deren Herausgeber Viktor Adler war. Die AZ kam ab Juli 1889 14-tägig, ab Oktober 1889 wöchentlich und schließlich ab dem 1. Jänner 1895 täglich heraus.³⁰⁶ Erste Herausgeber waren Julius Popp und Adolf Pokorny. Als verantwortlicher Redakteur zeichnete Ludwig Bretschneider. Der Schwerpunkt der Zeitung lag im politischen Teil, wobei anfänglich die Innenpolitik dominierte. Herz und Kopf des Blattes war Adler, der durch seine Artikel das Niveau der Zeitung beachtlich an hob. Neben ihm war Friedrich Austerlitz³⁰⁷, Chefredakteur von 1901 bis zu seinem Tod 1931, die gestaltende Kraft der AZ.³⁰⁸ Der sozialdemokratische Abgeordnete war nicht nur Mitglied des Höchstgerichtes (als Nichtjurist), sondern auch Schöpfer der Presse- und Journalistengesetzgebung.³⁰⁹

Ziel des Blattes war der stufenweise Aufbau einer schlagkräftigen Redaktion, die den zentralen Herausforderungen der Massenorganisationen und der dazu erforderlichen Strategien

³⁰⁴ Gabriele Melischek, Josef Seethaler, Arbeitsberichte der Kommission für historische Pressedokumentation. Nr. 1. Auflagenzahlen der Wiener Tageszeitungen 1885 – 1933 in quellenkritischer Bearbeitung. Österreichische Akademie der Wissenschaften (Wien 2001), 4. Online unter: https://www.oeaw.ac.at/fileadmin/Institute/CMC/PDF/Publications/Research_Papers/KMK_Arbeitsbericht_No_1.pdf.

³⁰⁵ Pelinka, Scheuch, 100 Jahre AZ, 11-13.

³⁰⁶ Ebda, 62 – zwischen 1914 und 1918 kam zusätzlich eine anfangs erfolgreiche Abendausgabe (AZ AM ABEND) heraus, deren Tagesauflage kontinuierlich aufgrund von Einberufungen, Zensur und materieller Schlechterstellung der Bevölkerung im Kriegsverlauf sank.

³⁰⁷ Ebda, 32f; siehe auch: Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, 20er Jahre, Zeitschriftendokumentation, Arbeiter-Zeitung, cit. weitere Redaktionsmitglieder waren u.a. David J. Bach (ab 1904) Otto Koenig (ab 1908), Engelbert Pernerstorfer, Arthur Roessler (Kunst, ab 1908), Stefan Grossmann (ab 1904), Josef Luitpold Stern (ab 1902) und Max Winter. Online unter: <https://litkult1920er.aau.at/litkult-lexikon/arbeiter-zeitung>.

³⁰⁸ Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 88f.

³⁰⁹ Pelinka, Scheuch, 100 Jahre AZ, 73.

gerecht werden sollte. Demnach wurde die AZ als klassenkämpferisches Kampfblatt konzipiert, das sich einerseits dem „Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Knechtseligkeit“³¹⁰ und andererseits der Aufklärung im Sinne kritischer Bildungsarbeit „Freiheit durch Bildung“ verschrieben hatte.³¹¹ 1911 wurde Otto Bauer, der damalige Sekretär des sozialdemokratischen Abgeordnetenklubs, sozialpolitischer Redakteur des Zentralorgans. Später übernahm er aufgrund seiner journalistischen Erfahrung, sowohl in der Sozialpolitik als auch Gewerkschaftsbewegung, das gesamte politische Ressort.³¹² In der Kolonialismus-Debatte der Zweiten Internationale vertrat die AZ die politische Richtung Eduard Bernsteins. Sie stand daher der Bosnischen Annexion taktisch aber nicht prinzipiell ablehnend gegenüber. Entsprechend der Linie der Partei trug das Blatt 1914 den allgemeinen Kurs der Kriegsbegeisterung mit. Im Zusammenhang erregte der als „Sündenfall“ bekanntgewordene und von Austerlitz verfasste Leitartikel über die Zustimmung der Sozialdemokraten zu den Kriegskrediten³¹³ internationales Aufsehen.³¹⁴

Während des Ersten Weltkrieges unterlag die AZ strenger staatlicher Zensur. Mitunter wurden bis zu 60 Prozent der Beiträge zensuriert. Aufgrund des pazifistischen Umschwungs in der öffentlichen Meinung gewann das Blatt im Verlauf des Krieges zunehmend an Einfluss. Überwiegend positiv bewertet und von Austerlitz enthusiastisch begrüßt wurden die russischen Februarrevolution 1917 und der Oktober-Putsch. Jedoch war das Presseorgan von revolutionären Intentionen im Inland während des ebenfalls durch Hunger ausgelösten Jänner-Streiks weniger begeistert und nahm dem Ausstand sogar die revolutionäre Spitze. Hinsichtlich der Staatsbildung im Verlauf des Zerfalles Österreich-Ungarns vertrat die AZ die Auffassung von einer friedlichen Revolution, die dem Proletariat auf der Grundlage von Wahlkämpfen die Mehrheit in den Vertretungskörpern und die Macht in Legislative und Exekutive sichern sollte.³¹⁵

Ab 1918 galt die AZ als das auflagenstärkste Blatt der Ersten Republik, nicht nur aufgrund ihrer pazifistischen Haltung in den letzten Kriegsjahren, sondern auch wegen des Bedürfnisses der Bevölkerung nach politischer Orientierung und der gestärkten Position der Sozialdemokraten. Vergleichbar mit der „Neuen Freien Presse“ in der Doppelmonarchie rückte sie zum politisch führenden und international vielbeachteten Blatt auf. Als kurzzeitiges „de facto“ Regierungsblatt war die AZ das Sprachrohr der Republik und einer eindrucksvollen

³¹⁰ AZ (Morgenblatt), 1.1.1925, 9 und 49, cit. *Viktor Adlers Aufruf zum Erscheinen der Arbeiter-Zeitung als Tagblatt* [...] nachgedruckt und handschriftlich.

³¹¹ *Alpen-Adria-Universität Klagenfurt*, Arbeiter-Zeitung.

³¹² Pelinka, Scheuch, 100 Jahre AZ, 56f.

³¹³ AZ (Morgenblatt), 5.8.1914, 1, *Der Tag der deutschen Nation*.

³¹⁴ Pelinka, Scheuch, 100 Jahre AZ, 58f.

³¹⁵ Ebda, 62-66.

demokratischen und sozialen Reform. Personell blieb das Zentralorgan weiterhin mit der politischen Partielite, unter anderen mit dem ersten österreichischen Gesandten in Moskau Otto Pohl, eng vernetzt.³¹⁶

In der Nachkriegszeit bildete der politische Teil ebenfalls den Kern der Berichterstattung. Innenpolitisch wurde gegen die Christlichsozialen und Liberalen später die Faschisten und vor allem die Nationalsozialisten scharf Stellung genommen. Darüber hinaus waren auch Konfrontationen mit der linksradikalen und kommunistischen Presse unvermeidlich.³¹⁷

Außenpolitisch war die AZ bis 1933 Befürworter des Anschlusses an Deutschland. Entsprechende Bemühungen waren dem ersten Staatssekretär für Äußeres und Leitartikler Otto Bauer zuzuschreiben, der aus Protest gegen das Anschlussverbot im Juli 1919 von seinem Staatsamt zurücktrat. Unter Bauer entwickelte sich das Blatt auch zum Linienorgan der Partei.³¹⁸

Ebenso wandte sich die AZ gegen den Imperialismus der Entente und verlangte die Rückgabe Südtirols. In Fragen zur Donauföderation blockierte die AZ zunehmend Restaurationsbestrebungen und stand Ungarn feindselig, der Tschechoslowakischen Republik (ČSR) freundschaftlich gegenüber. Die Haltung zu Sowjetrussland und später zur Sowjetunion war zuerst kühl und wurde unter dem Einfluss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zunehmend feindlicher und ablehnender. Mit dem Zusammenbruch der Weimarer Republik kann man insoweit von einer Wende sprechen, als sich die AZ für Fragen der sowjetischen Außenpolitik einsetzte und für das Prinzip der kollektiven Sicherheit Europas eintrat.³¹⁹ Unter dem Strich nahm in der internationalen Berichterstattung des Blattes Sowjetrussland respektive die Sowjetunion einen großen Raum ein, den ebenfalls Bauer durch seine journalistischen Fähigkeiten und Sprachkompetenz im Russischen dominierte.³²⁰ Als sozialdemokratische Antwort auf die Boulevardpresse erschien ab 1927 das „Kleine Blatt“, um „neue Schichten der Arbeiterschaft zur geistigen Beeinflussung durch die Arbeiter-Zeitung reif zu machen.“³²¹

Nach der Einführung des autoritären Ständestaates 1933 stand die AZ seit dem 25. März 1933 unter Vorzensur und ab dem 21. Jänner 1934 endgültig unter Kolportageverbot. Aufgrund der Ereignisse des Februaraufstandes wurde sie am 12. Februar 1934 verboten³²² und

³¹⁶ *Ebda*, 67f.

³¹⁷ *Paupié*, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 90f.

³¹⁸ *Pelinka, Scheuch*, 100 Jahre AZ, 79f.

³¹⁹ *Paupié*, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 91.

³²⁰ *Pelinka, Scheuch*, 100 Jahre AZ, 83.

³²¹ *Ebda*, 93.

³²² *Paupié*, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 91.

erschien in der Folge als Exilzeitung. In Brünn als Wochenblatt³²³ mit dem Untertitel „Organ der österreichischen Sozialisten“ und in Paris als vierzehntägige Ausgabe. Von Brünn aus erreichte das nach Österreich eingeschmuggelte Blatt eine beachtliche Auflage von bis zu 60.000 Exemplare. Am 5. August 1945 wurde die AZ als Parteizeitung der Sozialistischen Partei Österreichs wiedergegründet.³²⁴ Jedoch geriet die AZ durch den Bedeutungsverlust der Parteipresse ab den 1960er Jahren in eine finanzielle Krise, erschien ab September 1989 als parteiunabhängige Zeitung und stellte am 31. Oktober 1991 ihre Redaktion ein.³²⁵

Über die Entwicklung der Auflagenhöhe der AZ ergibt sich bis 1933 folgendes Bild:

JAHR	AUFLAGENHÖHE		AUFLAGENKLASSE
	Wochentag	Sonntag	
1890		9.000	1
1895		15.000	1
1900		24.000	1
1914		54.000	3
1924		107.000	4
1926	113.000	123.000	4
1930	98.000	108.000	3/4

Tabelle 3: Eigene Tabelle nach: *Paupié*, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 88.

JAHR	AUFLAGENHÖHE	AUFLAGENKLASSE
1895	25.000	1
1900	25.000	1
1905	32.000	2
1910	54.000	3
1915	*48.000	2
1920	105.000	4
1925	99.000	3
1930	81.500	3
1933	83.000	3

* zusätzlich AZ am Abend - Schätzwert: 24.000 Exemplare

Tabelle 4: Eigene Tabelle nach: *Melischek, Seethaler*, Arbeitsberichte der Kommission für historische Pressedokumentation. Nr. 1, 5-14.

Paupié ordnet die AZ in seiner Einstufung den gemäßigten ab und zu mit radikalen Auswüchsen in Erscheinung tretenden Publikationen zu.

³²³ Datenbank ANNO, Thematischer Einstieg, Tageszeitung, Arbeiter-Zeitung, cit. *Die „Brünner“ Arbeiter-Zeitung wurde vermutlich am 3. Februar 1937 eingestellt, die „Pariser“ Arbeiter-Zeitung am 15. März 1938.* Online unter: https://anno.onb.ac.at/info/aze_info.htm.

³²⁴ *Paupié*, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 92; siehe auch: *Pelinka, Scheuch*, 100 Jahre AZ, 115ff.

³²⁵ *Demokratiezentrum Wien*, Ressourcen, Lexikon, Arbeiter Zeitung. Online unter: <https://www.demokratiezentrum.org/ressourcen/lexikon/arbeiter-zeitung>.

4.2 Die „Reichspost“

Die Reichspost (RP) kann als die Stimme des regierungstreuen konservativ-klerikalen Lagers bezeichnet werden. Entsprechend dem einflussreichen österreichischen Journalisten und Publizisten Friedrich Funder sollte sie „nach dem Willen des Linzer Katholikentages die große moderne, in zwei Ausgaben täglich erscheinende, volkstümliche katholische Tageszeitung für ganz Österreich-Ungarn“³²⁶ werden. Sie erschien erstmals am 1. Jänner 1894 und kam aus organisatorischen und finanziellen Gründen bis 17. Dezember 1895 nur als Abendblatt heraus. Die sechsmal wöchentlich erscheinende Zeitung trug im Zeitungskopf den Untertitel „Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk“.³²⁷ Anfänglicher Chefredakteur war Anton Weimar, dem Paul Massiczek und ab 1902 Friedrich Funder folgten.

Nach der Gründung der RP setzte ein langer zermürender Kampf mit der einen konservativen Katholizismus vertretenden christlichen Tageszeitung „Vaterland“ ein. Als Folge dieser Auseinandersetzung wurde das „Vaterland“ am 31. Dezember 1911 eingestellt.

Der politische Teil bildete den Hauptinhalt der RP. Er bestand aus einem Leitartikel auf der Titelseite, aus einem Nachrichtenteil, mit den Rubriken „Politische Rundschau“ und „Telegramme“, und einer kirchenpolitischen Spalte. Die RP polemisierte heftig gegen Sozialdemokraten, Liberale und Deutschnationale. Während der Kämpfe um das allgemeine Wahlrecht unterstützte das Blatt jedoch die Linie der Sozialdemokraten. Außerdem stand sie dem Antisemitismus Karl Luegers nahe, verurteilte aber den Rassenantisemitismus eines Georg von Schönerer. Sie vertrat auch die Großmachtstellung der Doppelmonarchie sowie das Bündnis mit dem Deutschen Kaiserreich. In der Julikrise war das Blatt in der antiserbischen Propaganda meinungsbildend und zählte im Ersten Weltkrieg zu den tonangebenden Kriegstreibern.

In der Ersten Republik dominierten referierende Nachrichten den politischen Teil und es erschienen ab und an auch aktuelle Rubriken, beispielsweise 1919 zur Verfassungsfrage. Innenpolitisch unterstützte sie die christlich-soziale Regierung und stand der Politik des parteilosen Johann Schobers kritisch und der Anschlussfrage an Deutschland reserviert gegenüber. Hinsichtlich der Donauföderation verschrieb sich die RP einer großösterreichischen Lösung und später dem Legitimismus. Außerdem waren neben den Kommunisten die Sozialdemokraten weiterhin die größten Gegner.

³²⁶ Friedrich Funder, *Vom Gestern ins Heute, aus dem Kaiserreich in die Republik* (Wien 1952), 157ff.

³²⁷ Paupié, *Handbuch der österreichischen Pressegeschichte*, 98, cit. *unabhängig von Regierung und Finanzkapital, von christlichen Grundsätzen geleitet, nicht irgendeinem Stande dienstbar, wohl aber dem christlichen Volke dienend.*

Außenpolitisch positionierte sich das Blatt entschlossen gegen Sowjetrußland respektive die Sowjetunion. Seine Haltung gegenüber Ungarn war freundschaftlich, das Verhältnis zur ČSR korrekt-kühl und zu Jugoslawien unfreundlich. Nach der Lösung der „Römischen Frage“ wurde über die Rückgabe Südtirols nicht weiter berichtet. In der Zeit des Austrofaschismus war die RP engagierter Fürsprecher ständestaatlicher Grundsätze, erhob aber vielfach Bedenken gegen die Einschränkung der Pressefreiheit. Nach den Märzereignissen des Jahres 1938 wurde die RP auf Druck des NS-Regimes am 30. September 1938 eingestellt.³²⁸

Infolge der Papierzuteilungsbestimmungen der Alliierten wurde das Wiedererscheinen der RP nach dem Zweiten Weltkrieg verhindert. Als Nachfolgerin wurde unter Funder am 1. Dezember 1945 das kulturpolitisch namhafte Wochenblatt „Die Furche“ herausgegeben.³²⁹ Die Entwicklung der Auflagenhöhe der RP stellt sich bis 1933/1935 wie folgt dar:

JAHR	AUFLAGENHÖHE	AUFLAGENKLASSE
1895	5.000	1
1901	6.000	1
1910	23.000	1
1914	36.000	2
1923	50.000	2
1927	45.000	2
1931	28.000-36.000	2
1935	*30.000-38.000	2

* Sonntagsausgabe je 10.000 bis 20.000 Exemplare mehr

Tabelle 5: Eigene Tabelle nach: *Paupié*, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 97.

JAHR	AUFLAGENHÖHE	AUFLAGENKLASSE
1895	7.000	1
1900	7.000	1
1905	7.000	1
1910	23.000	1
1915	36.000	2
1920	55.000	3
1925	42.300	2
1930	28.900	2
1933	29.100	2

Tabelle 6: Eigene Tabelle nach: *Melischek, Seethaler*, Arbeitsberichte der Kommission für historische Pressedokumentation. Nr. 1, 5-14.

Wegen ihrer politisch konservativen und wirtschaftlich antisemitischen Linie fällt die RP ebenfalls unter die gemäßigten ab und zu mit radikalen Auswüchsen in Erscheinung tretenden Publikationen.

³²⁸ *Ebda*, 97-101.

³²⁹ Friedrich *Funder*, Als Österreich den Sturm bestand, aus der ersten in die zweite Republik (Wien, München 1957), 339ff.

4.3 Die „Neue Freie Presse“

Die zweimal täglich erscheinende „Neue Freie Presse“ (NFP) wurde unter der Leitung der ehemaligen „Presse“ Redakteure Michael Etienne und Max Friedländer nach einem Zerwürfnis mit dem despotischen „Presse“ Verleger August Zang³³⁰ gegründet. Das von Zang und Leopold Landsteiner am 3. Juli 1848 gegründete Blatt die „Presse“ verband den hohen Standard des westeuropäischen Journalismus mit der Wiener Tradition und wurde dadurch zum ersten repräsentativen Weltblatt der Monarchie. Die Einführung technischer Innovationen, wie die erste Schnellpresse und Anwendung der Stereotypie gingen ebenfalls auf dieses Blatt zurück. Am 31. Oktober 1896 stellte die „Presse“, die wesentlich zur Entwicklung des Wiener Zeitungswesen beigetragen hat, ihr Erscheinen ein.³³¹ Rückblickend ist es erforderlich die Historie der „Presse“ und NFP nicht isoliert zu betrachten. Folgt man dem Ansatz des österreichischen Historikers und Journalisten Adam Wandruszka ist sie als eine kollektive Geschichte zu verstehen, weil eine ungebrochene Kontinuität im Wandel von der alten „Presse“ über die NFP bis zur Neugründung nach dem Zweiten Weltkrieg erkennbar ist.³³²

Die Erstausgabe der NFP erschien am 1. September 1864, vertrat eine großbürgerlich-liberale Linie und grenzte sich entschieden gegenüber reaktionären und radikaldemokratischen Tendenzen ab. Sie konnte bereits im ersten Jahr ihres Bestehens die Auflagenhöhe von 10.000 Exemplaren erreichen und nach drei Jahren mit 18.000 Stück die „Presse“, die laufend an Bedeutung verlor, übertreffen. War anfänglich die finanzielle Unabhängigkeit der NFP durch einen Verwandten Friedländers sichergestellt,³³³ so sicherte künftig ein enormer Geschäftserfolg die materielle Grundlage.

Ursprünglich unterschied sich das Blatt redaktionell, stilistisch und sprachlich nur wenig von der „Presse“, was nicht verwundert, denn fast die gesamte Redaktion war zur NFP übergewechselt. Mit Ausnahme des Titels und den Eigentumsverhältnissen war sie die geradlinige Fortsetzung der alten „Presse“. Den politischen Teil dominierte der Leitartikel. Um ihm und dem Nachrichtenteil mehr Bedeutung einzuräumen wurden sie unter dem

³³⁰ Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 137.

³³¹ Ausführlicher zur „Die Presse“: *Ebda*, 135ff; auch: Günter Dürriegl, 150 Jahre Die Presse. Ein Stück Österreich (Wien 1998).

³³² Adam Wandruszka, Geschichte einer Zeitung. Das Schicksal der „Presse“ und der „Neuen Freien Presse“ von 1848 bis zur Zweiten Republik (Wien 1958).

³³³ Adam Wandruszka, Neue Freie Presse (1848-1939). In: Heinz Dietrich Fischer (Hg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Band 2 der Reihe Publizistik-historische Beiträge (Berlin, Boston 1972), 231, cit. eine Viertelmillion Gulden [...] die ein Verwandter Friedländers, Konsul Friedland, zur Verfügung stellte.

Chefredakteur Moritz Benedikt mit wirtschaftlichen und kulturellen Berichten ergänzt.³³⁴ Insgesamt gesehen konnte Benedikt durch ständige Verbesserung des technischen Inventars, Vielfalt in der Ausgestaltung des Inhalts und den Ausbau des telegraphischen Nachrichtendienstes die führende Stellung des Blattes gegenüber anderen Zeitungen mehr als behaupten.³³⁵

Durch den Kauf modernster Rotationsmaschinen (1869) aus den USA und erstmaligen Druck endlosen Papiers auf dem europäischen Kontinent (1872) wurde die NFP auf der Wiener Weltausstellung 1873 mit dem Ehrendiplom der internationalen Jury ausgezeichnet. Seit dieser internationalen Anerkennung galt die NFP als „der“ Repräsentant der österreichischen Presse im Ausland. Unter Benedikt, der nach dem Ableben Etiennes (1879) gemeinsam mit Eduard Bacher die Chefredaktion übernahm, stieg sie zum Weltblatt und zur einflussreichsten österreichischen Zeitung auf. Es ist bezeichnend für den Einfluss des Blattes, dass es bis zum Zusammenbruch der Doppelmonarchie keinen Minister gab, der einen Antrittsbesuch in der Fichtegasse 11 im 1. Bezirk³³⁶ versäumt hätte.³³⁷ Darüber hinaus verdankte das Blatt sein sehr gutes Image ausgezeichneten Mitarbeitern, unter anderen Eduard Hanslick, Ludwig Speidel oder Theodor Herzl.³³⁸ Jedoch zeichnete sich für die liberale Presse, allen voran für die NFP, mit dem Niedergang der deutschliberalen Verfassungspartei und der Entstehung antiliberaler, demokratischer Massenbewegungen in den letzten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts der Verlust ihres politischen Rückhalts ab. Das im In- und Ausland angesehene Weltblatt und Organ des Großbürgertums sowie des „jüdischen Bank- und Finanzkapitals“ wurde durch die Christlichsozialen, Sozialdemokraten und Deutschnationalen zum gemeinsamen Feindbild erklärt.³³⁹

Die NFP war betont deutschfreundlich, verurteilte die Diktatur Napoleons III. verteidigte aber den Zwei- und Dreibund. Innenpolitisch verfolgte die NFP eine zentralistische Haltung, bekämpfte das Konkordat und stellte sich gegen den Ausgleich von 1867. Sozialpolitisch erkannte das Blatt die sozialen Forderungen des Arbeiterstandes an und trat für die Durchsetzung der Rechte der Arbeiterbewegung und die erforderlichen Wahlrechtsreformen³⁴⁰ ein. 1897 rief sie sogar ihre Leser auf sozialdemokratisch zu wählen. Nach der Ermordung des Thronfolgers Franz Ferdinand verfolgte sie einen scharfen antiserbischen

³³⁴ Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 144.

³³⁵ Wandruszka, Neue Freie Presse (1848-1939), 234.

³³⁶ Ebda, 231, cit. *Fichtegasse, an der Ecke des Kolowrat-Ringes, wo Redaktion, Administration und Druckerei vereinigt waren.*

³³⁷ Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 145f.

³³⁸ Ebda, 146ff.

³³⁹ Wandruszka, Neue Freie Presse (1848-1939), 234f.

³⁴⁰ Dürriegl, 150 Jahre Die Presse, 37ff, Die „Neue Freie Presse“ und die Arbeiterbewegung in Österreich.

Kurs und legte während des Ersten Weltkriegs auf eine seriöse Kriegsberichtserstattung wert, für die angesehene Journalisten wie Roda Roda³⁴¹ oder gelegentlich Militärs tätig waren. Sie kritisierte die Kriegszensur befürwortete aber 1917 die Wiedereinberufung des Reichsrates.

Ab 1918 blieb das Layout der NFP, mit Ausnahme eines Übergewichts im Nachrichtenteil gegenüber dem Leitartikel, nahezu unverändert. Ernst Benedikt übernahm nach dem Tode seines Vaters Moritz ab 1921 die Funktion des Chefredakteurs. Sein Stellvertreter und Redakteur für Politik wurde der Journalist, Historiker und Diplomat Ernst Molden.

Trotz der Bemühungen politisch unabhängig zu bleiben unterstützte die NFP die Genfer Protokolle und Ignaz Seipel. Gelegentlich engagierte sie sich auch für sozialdemokratische Forderungen. Die NFP trat als Mahner imperialistischer Interventionen der Entente und aus ökonomischen Gründen als Gegner Sowjetrusslands respektive der Sowjetunion auf. Die deutschfreundliche Linie wurde solange wie möglich beibehalten.³⁴²

Im Gegensatz zur Mehrheit der bürgerlich-liberalen Zeitungen, die den „Bürgerblock“³⁴³ unterstützten, befürwortete die NFP, ebenso wie die populären Zeitungen „Die Stunde“ oder „Der Tag“, eine Koalition zwischen den Christlichsozialen und Sozialdemokraten. Infolge des „Linzer Programms“ näherte sich die NFP 1927 zwar der christlich-sozial-großdeutschen „Einheitsliste“³⁴⁴ an, veröffentlichte aber 1930 eine Aufruf für den „Schober-Block“.³⁴⁵ Von der politischen Realität eingeholt rief sie 1932 gemeinsam mit den anderen bürgerlichen Blättern und der linken Tagespresse zum Kampf gegen den Austrofaschismus und Nationalsozialismus auf.³⁴⁶ Der Politik NS-Deutschlands stand die NFP abwartend gegenüber, lehnte aber deren antiklerikalen sowie antisemitischen Kurs entschieden ab.

Das Blatt befand sich seit Eduard Bachers Tod (1908) im Alleinbesitz der Familie Benedikt und konnte seine Unabhängigkeit bis 1934 bewahren. Infolge der schlechten Wirtschaftslage war man aber gezwungen zwischen 1931 und 1934 100 Prozent der Anteile an den bisherigen Wirtschaftsredakteur Stephan von Müller zu verkaufen. Da hinter Müller der Bun-

³⁴¹ *Österreichische Akademie der Wissenschaften*, Österreichisches Biographisches Lexikon (ÖBL), Roda, Alexander (Sándor); früher Rosenfeld, Ps. Roda Roda (1872-1945), Schriftsteller, ÖBL 1815-1950, Bd. 9 (Lfg. 43, 1986), 193. Online. unter: <http://www.biographien.ac.at>.

³⁴² *Paupié*, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 148f.

³⁴³ Anm. des *Verfassers*: Regierungskoalition zwischen der „Christlich-sozialen Partei“ und den beiden deutschnationalen Parteien, der „Großdeutschen Volkspartei“ und „Landbund“.

³⁴⁴ Anm. des *Verfassers*: Wahlbündnis der „Christlich-sozialen Partei“, mit der „Großdeutschen Volkspartei“, dem „Deutschsozialen Verein“ der nationalsozialistischen „Schulzgruppe“ und der „Mittelständischen Volkspartei“.

³⁴⁵ NFP (Morgenblatt), 12.10.1930, 1.

³⁴⁶ *Melischek, Seethaler*, Die österreichische Tagespresse der Ersten Republik, 22, cit. „Die Stunde“, das „Neuen Wiener Tagblatt“ und „Videňský Obdeník“.

despressedienst stand wurde die NFP ab diesem Zeitpunkt zum Regierungsblatt.³⁴⁷ Die NFP erschien am 31. Jänner 1939 zum letzten Mal und wurde am folgenden Tag mit dem „Neuen Wiener Tagblatt“ und dem „Neuen Wiener Journal“ fusioniert.³⁴⁸ Unter Ernst Molden erfolgte 1946 die Neugründung der alten „Presse“ in der geistigen Tradition ihrer Vorgängerzeitungen; vorerst nur als Wochenzeitschrift. Nach Überwindung der Ressourcenknappheit der Nachkriegszeit kam sie ab 1949 wieder als Tageszeitung heraus.³⁴⁹ „Die Presse“ war eines der ersten unabhängigen Blätter der Zweiten Republik und vertritt nach Eigendefinition bis heute eine bürgerlich-liberale Grundlinie.³⁵⁰ Die Auflagenzahlen haben sich bis 1933 respektive 1938 wie folgt entwickelt:

JAHR	AUFLAGENHÖHE	AUFLAGENKLASSE
1864	10.000	1
1867	18.000	1
1870	25.000	1
1879	35.000	2
1890	40.000	2
1895	45.000	2
1901	55.000	3
1914	*50.000	2
1924	72.000	3
1926	75.000	3
1930	78.000	3
1935	60.000	3
1938	**50.000	2

* Ab 1914 im Durchschnitt (zuzüglich Abendblatt 35.000 Exemplare)

** Sonntag um 15.000 bis 20.000 Exemplare mehr

Tabelle 7: Eigene Tabelle nach: *Paupié*, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 144.

JAHR	AUFLAGENHÖHE	AUFLAGENKLASSE
1895	42.000	2
1900	52.000	3
1905	55.000	3
1910	66.000	3
1915	71.000	3
1920	72.000	3
1925	55.700	3
1930	57.400	3
1933	51.400	3

Tabelle 8: Eigene Tabelle nach: *Melischek, Seethaler*, Arbeitsberichte der Kommission für historische Pressedokumentation. Nr. 1, 5-14.

³⁴⁷ Wandruszka, Neue Freie Presse (1848-1939), 238.

³⁴⁸ *Paupié*, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 150.

³⁴⁹ Wandruszka, Neue Freie Presse (1848-1939), 238.

³⁵⁰ *DiePresse.com*, Die Presse"- Blattlinie, cit. *Die Presse vertritt in Unabhängigkeit von den politischen Parteien bürgerlich-liberale Auffassungen auf einem gehobenen Niveau. Sie tritt für die parlamentarische Demokratie auf der Grundlage des Mehrparteiensystems und die Rechtsstaatlichkeit ein.* Online unter: <https://www.diepresse.com/613276/die-presse-blattlinie>.

Entsprechend der politischen Charakterisierung ist die NFP eine gemäßigte Tageszeitung.

4.4 „Die Rote Fahne“

Die Presse der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) ist wie bereits unter Kapitel 2.1.1 erwähnt der Kommunikatoren-Gruppe der neuen respektive sich neuformierenden politischen Kräfte zuzuordnen. Sie nimmt eine Sonderstellung ein, weil sie als Parteipresse erst nach Aufhebung der Zensur und der Gründung der KPÖ nach dem Ersten Weltkrieg erscheinen konnte. Der „Weckruf“ und die „Soziale Revolution“ stellten die Vorläufer der erstmals am 26. Juli 1919 täglich erscheinenden „Die Rote Fahne“ (RF) dar. Am rechten Kopf der Titelseite ist plakativ das Motto „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ abgedruckt.³⁵¹ Die Redaktion hatte laufend mit personellen und wirtschaftlichen Ressourcen zu kämpfen und war maßgeblich von Arbeiterkorrespondenten, Bezirksberichterstatern und den Nachrichtendiensten innerhalb der Komintern abhängig. Wurde die RF ursprünglich finanziell aus Moskau unterstützt übernahmen ab 1921 zunehmend Funktionäre der Kommunistischen Partei Deutschlands die Organisation des Blattes. Die Wirkung des ideologischen Parteiorgans war überwiegend auf Wien begrenzt und auf Massenagitation im Klassenkampf ausgerichtet.³⁵² Dem ursprünglich nur aus einem politischen Teil mit Leitartikel bestehenden Blatt folgten bald ein Lokalteil, eine Frauenseite und ein Feuilleton, in dem Beiträge von kommunistischen Größen wie Lenin oder Trotzki zu lesen waren. Vor allem Nikolaj Ivanovič Bucharin, als führender Theoretiker der Komintern, übte maßgeblichen ideologischen Einfluss auf das Tagesblatt aus.

Die Sprache des Blattes war aggressiv und sehr polemisch und führte dadurch häufig zur Beschlagnahme. Ideologisch vertrat die RF energisch die Politik der Komintern und die Interessen Sowjetrusslands respektive der Sowjetunion.³⁵³ Konstante Größe des Blattes war ihr Einsatz um die Abgrenzung von der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Presse, was meist in Form von Pressekritik, in der Politikberichterstattung oder durch satirische Beiträge im Feuilleton geschah. In Anbetracht ideologischer Flügelkämpfe wechselte die redaktionelle Leitung häufig.³⁵⁴

³⁵¹ Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 112f.

³⁵² Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, 20er Jahre, Zeitschriftendokumentation, Die Rote Fahne. Online unter: <https://litkult1920er.aau.at/litkult-lexikon/die-rote-fahne>.

³⁵³ Paupié, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 113.

³⁵⁴ Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Die Rote Fahne, cit. Führten zunächst Karl Tomann, Franz Koritschoner, Paul Friedländer, Elfriede Friedländer-Eisler (später bekannt als Ruth Fischer), Josef Strasser und kurzzeitig auch Leo Lania Die Rote Fahne, so wirkten u.a. Hilde und Johannes Wertheim, Friedrich

Die linksgerichtete RF stand von März bis Juli 1933 unter Vorzensur bis sie schließlich am 10. Juli 1933 mit einem Kolportageverbot belegt und am 22. Juli desselben Jahres endgültig verboten wurde. Die Ausgaben ab Juli 1933 erschienen in der Illegalität und in unregelmäßigen Abständen in der ČSR, Belgien und Frankreich.³⁵⁵ Angeblich soll die Pariser Ausgabe als Vorlage für eine, nach dem Zweiten Weltkrieg unter sowjetischer Herrschaft, geplante Zeitung mit dem Titel „Österreichische Zeitung“ gedient haben.³⁵⁶ Doch es kam anders. Ab 5. August 1945 erschien das Nachfolgeorgan „Die Volksstimme“ bis März 1991. Die Volksstimme ist heute ein politisches Printmagazin mit begleitendem Blog.³⁵⁷

Nach der Einteilung von Paupié fällt die RF unter die radikalen Blätter, dessen Verbreitung sehr gering war. Für die RF sind von Paupié keine Auflagenhöhen verfügbar. Daher können hier nur die Daten des Arbeitsberichtes der Kommission für historische Pressedokumentation abgebildet werden.

JAHR	AUFLAGENHÖHE	AUFLAGENKLASSE
1920	10.000	1
1925	25.800	2
1930	21.700	1
1933	20.000	1

Tabelle 9: Eigene Tabelle nach: *Melischek, Seethaler*, Arbeitsberichte der Kommission für historische Pressedokumentation. Nr. 1, 11-14.

Hexmann, Josef Frey, Frida Rubiner und Richard Schüller im Verlauf der Zwanziger prägend auf die Ausgestaltung der Blattlinie.

³⁵⁵ Österreichische Volksstimme, 15.8.1948, 3, Othmar Strobel, *Mit der Roten Fahne über die Grenze*.

³⁵⁶ *Paupié*, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte, 113.

³⁵⁷ *Volksstimme Österreich*, Offizielle Webseite. Online unter: www.volksstimme.at.

5 Die Hungersnot in schwarzmeerdeutschen Siedlungen aus medialer Perspektive

5.1 Ursachen und Eskalation der Hungersnot (1920-1923)

Vor der industriellen Revolution waren für gewöhnlich Dürreperioden und Missernten Auslöser von Hungersnöten, die im 17. und 18. Jahrhundert noch durch Kriege verschärft wurden. Mit dem bolschewistischen Kriegskommunismus trat ein neuer und wirkmächtiger Faktor für die Entstehung von Hungerkatastrophen in Erscheinung. Eine Entwicklung, die in der Zwangskollektivierung des Stalin-Regimes kulminieren sollte.³⁵⁸ Mit Blick auf den zeitlichen Rahmen folgt der Autor der These Bobylevas, nach der die Hungersnot in der zweiten Hälfte des Jahres 1920 begann und im Oktober 1923 endete, und sich in einer verdeckten, relativen sowie offenen, absoluten Hungersnot manifestierte.³⁵⁹

Was waren nun die zentralen Ursachen, die zur Hungersnot im Schwarzmeergebiet führten und was berichtete die Wiener Tagespresse darüber? Anschließend offenbaren repräsentative und erschütternde Presseberichte ihre Eskalation, die Ausmaße wie in den Wolgakolonien annehmen sollte.

5.1.1 Klimatische Verhältnisse, Dürren und Missernten

Rekrutierungen und hohe Verluste durch Gefallene sowohl im Ersten Weltkrieg, als auch im folgenden Bürgerkrieg führten zu einem drastischen Defizit an Männern, die in den Dörfern bei der landwirtschaftlichen Feldarbeit fehlten. Außerdem reduzierten Massaker unter der Zivilbevölkerung, verübt durch die Bürgerkriegsparteien, und Epidemien die Verfügbarkeit von Landarbeitern. Schließlich hatte die bolschewistische Agrarpolitik mit ihrer erzwungenen Lebensmittelabgabe (Prodrazwěrstka) auf die Leistungsbereitschaft der südukrainischen Bauern und Kolonisten maßgeblichen Einfluss.

Alles in allem führten diese Faktoren dazu, dass die Bauern im Frühjahr 1920 viel weniger Land bestellten. Ferner vertrocknete infolge einer Hitzeperiode und geringerer Niederschläge im folgenden Sommer und Winter zwischen 20 und 25 Prozent der Saat. Die Dürre betraf ungefähr die Hälfte der Anbaufläche, was in den Schwarzmeer-Gouvernements zu

³⁵⁸ Viktor Kondrašın, Hungersnöte in Russland und in der Sowjetunion. Wahrnehmungen und Verhaltensstrategien der Dorfbevölkerung. In: *Eisfeld, Hausmann, Neutatz*, Hungersnöte in Russland, 39.

³⁵⁹ Bobyleva, Die Hungersnot in deutschen Siedlungen der Südukraine in den Jahren 1920-1923, 100, cit. *relativen Hungersnot [...] ist gleichzusetzen mit Unterernährung und einem Mangel an lebenswichtigen Komponenten in einer Essenration*; zu Beginn und Ende der Hungersnot, 101f, – siehe die dafürsprechenden Argumente.

einem Ernteausfall von ca. 95 Prozent führte. In Odessa wurden 1921 nur 12,9 Prozent der gewohnten Menge an Getreide geerntet. Noch schlimmer war die Lage in Ekaterinoslav, Zaporizžja und Mykolajiv wo nicht mehr als 3,7 bis 5,1 Prozent der normalen Ernte eingebracht werden konnte. Bereits in früheren Hungerjahren hatten die ukrainischen und deutschen Bauern Überlebensstrategien entwickelt, um Schlechtwetterperioden und regelmäßige Dürren zu überstehen. In diesem Zusammenhang legten sie auch Lager mit überschüssigen Getreide an, auf die sie in Notzeiten³⁶⁰ zurückgreifen konnten. In Neurussland richteten die Kolonisten dafür einen kommunalen Getreidevorrat ein, an den jeder Bauer seinen Anteil abliefern musste. Doch im Frühjahr 1921 gab es aufgrund des Kriegskommunismus nahezu keine Vorratslager mehr.³⁶¹

Die AZ berichtete im August 1921, dass die Hitze und Dürre dieses Sommers „eine allgemeine europäische Erscheinung“ war: „Die Merkmale des trockenen Hitzesommers sind in diesem Jahre umso auffälliger, als sie sich nicht allein auf Mitteleuropa beschränken [...] In dieser Hinsicht ist der Sommer 1921 in der Witterungsgeschichte der letzten Jahre ohne Beispiel. Und wie in West- und Mitteleuropa, so herrscht auch, wie die Berichte über die drohende russische Hungersnot nur zu deutlich erkennen lassen, im Osten des Erdteils abnorme Dürre [...] im Südosten Rußlands ähnliche Hitze und Trockenheit wie in West- und Mitteleuropa“.³⁶² Die RP druckte im Juli desselben Jahres einen Funkspruch aus Paris, worin die Moskauer Zeitung „*Ekonomičeskaja Gazeta*“ zitiert wurde: „Infolge der seit langem herrschenden Hitze bilden sich große Sprünge im Erdreich; die Quellen sind versiegt, die Bäche eingetrocknet.“³⁶³ Korrespondenten der NFP telegrafierte am 18. Juli 1921 aus Riga beziehungsweise Moskau, dass es in Südrussland infolge einer Heuschreckenplage zu einer katastrophalen Missernte gekommen sei. Außerdem verdorre in Ekaterinoslav, Cherson und Odessa die Saat auf den Halmen. Im Juli 1922 wurde ein Artikel von August Müller, deutscher Staatssekretär a. D. veröffentlicht, der die Schilderungen deutscher Kolonisten aus der Südukraine wiedergab: „Sie [die deutschen Kolonisten] hatten im Herbst 1921 ihr ganzes Feld bestellt. Aber der letzte Regen fiel am 20. März 1921 und dann blieb es trocken bis zum Dezember. Die Mißernte war so groß, daß man sich vielfach gar nicht die Mühe machte, die Frucht ein zubringen. Den Sommer über ernährte die Bevölkerung sich mit Gemüse und Gartenfrüchten, im Herbst aber begann das Hungern.“ In einem anderen

³⁶⁰ Kondrašin, Hungersnöte in Russland und in der Sowjetunion, 46-56 – Die Bauerngemeinde als System der kollektiven Sicherheit; Die Rolle der Kulaken; Spontane Migration; Mobilisierung der inneren Ressourcen der Familie; Schutz der arbeitsfähigen Familienmitglieder.

³⁶¹ Janssen, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen, 113; siehe auch: Applebaum, Roter Hunger, 88f.

³⁶² AZ (Morgenblatt), 6.8.1921, 5-6.

³⁶³ RP (Morgenblatt), 21.7.1921, 6-7.

Beitrag schrieb er zum Grad der Missernte: „*Verhängnisvoll ist aber der Umstand, daß neben den am Ural gelegenen Gouvernements und Westsibirien der ganze Südosten, das fruchtbare Steppengebiet, nahezu ganz, das Gebiet der Schwarzerde, der südliche Teil der Ukraine, der Küstenstrich am Schwarzen Meer, die Krim und Odessa eingeschlossen, zum Hungergebiet gehören.*“³⁶⁴

Die RF schrieb im Juli 1921: „*Dazu kommt noch, daß in den vier Sommern, seitdem die Bolschewiki an der Macht sind, kein Erntejahr als besonders günstig zu bezeichnen war. Heuer ist die Mißernte besonders stark aufgetreten. Es wurden von ihr die Gouvernements Cherson, Schwarzes-Meer-Gouvernement [...] heimgesucht*“; In einer Ausgabe vom August: *Sowjetrußland ist wie im Jahre 1891 von großen Naturmißgeschicken heimgesucht.* Im Dezember desselben Jahres teilte das kommunistische Zentralorgan im agitatorischen Ton mit: „*Die Not in Rußland ist eine Folge der Dürre, des sozialdemokratischen Verrats in den kapitalistischen Ländern und des Hasses der [...] imperialistischen Staaten*“.³⁶⁵

Im Gegensatz zur radikal-ideologisierenden RF konnte man in der katholisch-konservativen RP lesen, dass in einem von der Sowjetregierung verbreiteten Funkspruch behauptet wurde: „*Die Gegner des Sowjetsystems benützten dieses Naturereignis, um an dem Sturze der Bolschewiken zu arbeiten*“ und die Hungerkatastrophe sei ausschließlich auf die „*klimatischen Verhältnisse und die kulturelle Rückständigkeit des Landes, die dem alten Regime zur Last falle*“ zurückzuführen. Dem entgegnete die RP kritisch, dass die Bolschewiki versuchten „*den Anteil der mörderischen Zerstörungsarbeit des Bolschewismus [...] totzuschweigen.*“³⁶⁶

Diese Ansicht vertrat auch der russisch-deutsche Journalist und Autor Georg Popoff in einem für die NFP verfassten Artikel über die Wirkungen der Sowjetverwaltung im sowjet-russischen Dorf. Zur Hungersnot und zu den kommunalen Vorratslagern meinte der Auslandskorrespondent: Der Hunger sei zwar eine Folge der Dürre des Jahres 1921 gewesen, aber auch „*zum großen Teil eine Folge der durch die Sowjetregierung gewaltsam erzwungenen, übermäßigen Getreideabgaben der Bauernschaft, die sich mit Eintritt der Dürre des Saatgetreides beraubt sah.*“³⁶⁷ Auch Müller betont in seinen Schilderungen über deutscher Kolonisten, dass es neben der Nahrung für die Hungernden vor allem an Saatgetreide fehle. Außerdem müsse dafür Sorge getragen werden, dass „*das gelieferte Saatgetreide auch wirklich ausgesät und nicht zu einem guten Teil verzehrt wird.*“³⁶⁸

³⁶⁴ NFP (Morgenblatt), 19.7.1921, 4; NFP (Morgenblatt), 26.7.1922, 2; NFP (Morgenblatt), 9.7.1922, 3-4.

³⁶⁵ RF, 20.7.1921, 4, RF, 17.8.1921, 1 und RF, 25.12.1921, 2.

³⁶⁶ RP (Morgenblatt), 21.7.1921, 4.

³⁶⁷ NFP (Morgenblatt), 22.7.1923, 4.

³⁶⁸ NFP (Morgenblatt), 26.7.1922, 2.

5.1.2 Die Schwäche der politischen Ordnungsmacht

Seit jeher ist der Bezug auf die frühe Staatlichkeit Kyivs und Orthodoxie³⁶⁹ im national-ukrainischen Narrativ von zentraler Bedeutung. Im Gegensatz dazu gilt in Russland gemäß der Konzeption des dreieinigen russischen Volkes (Groß-, Weiß- und Kleinrussen) das Kyiver Reich als Vorläufer des Moskauer Staates und des Russischen Reiches. Demgegenüber erklärte die Leitfigur der ukrainischen Nationalbewegung, der Historiker Mychajlo Hruševs'kyj, bereits 1904 in einem Artikel der „Revue politique internationale“, dass die Geschichte des ukrainischen Volkes in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht völlig getrennt von der des russischen Volkes zu betrachten sei.³⁷⁰ Unlängst hat der russische Präsident Vladimir Putin durch seinen Überfall auf die Ukraine diese Kontroverse neu angeheizt. Schon zwischen 1917 und 1921 gelang weder durch Diplomatie noch durch Kriege³⁷¹ eine Lösung der „Ukrainische Frage“.³⁷² Keine der ukrainischen Zentralregierungen,³⁷³ weder die Ukrainischen Volksrepublik (Ukraïns'ka Narodna Respublika (UNR, 1917 bis 1921),³⁷⁴ noch die Westukrainischen Volksrepublik (Zachidno-Ukraïns'ka Narodna Respublika, (ZUNR, 1918 bis 1919)³⁷⁵ konnte sich als souveräner Staat behaupten.

³⁶⁹ Andreas Kappeler, Das historische Erbe der Ukraine. Schichten und Elemente. Ein Essay. Layers and Elements. An Essay. In: Osteuropa, 71 (7), 2021, 87-90.

³⁷⁰ Michael Hruschewskyj, Die ukrainische Frage in historischer Entwicklung (Wien 1915), 4, cit. *dass das ukrainische Volk ganz selbständig ist, eine tausendjährige Geschichte und selbständige nationale Ueberlieferung besitzt und dass es infolgedessen mit dem russischen Volke weder verwechselt noch identifiziert werden darf.*

³⁷¹ Anm. des Verfassers: Sowjetisch-Ukrainische Krieg (1917-1918), Polnisch-Ukrainischer Krieg (1918-1919) und Polnisch-Sowjetischer Krieg (1919-1921).

³⁷² Weiterführende Literatur zur „Ukrainischen Frage“: Leon Wasilewski, Die Ostprovinzen des alten Polenreiches (Lithauen u. Weissruthenien, die Landschaft Chelm Ostgalizien – Die Ukraina (Krakau 1917); Helga Grebing, Österreich-Ungarn und die „Ukrainische Aktion“ 1914-18. Zur österreichisch-ungarischen Ukraine-Politik im ersten Weltkrieg. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Neue Folge, Bd. 7, H. 3 (1959); Wolf-dieter Bihl, Die Ruthenen. In: Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Band III. Die Völker des Reiches (Wien 1980), Teilband 1, 557 und 577; Henryk Batowski, Die Polen. In: Wandruszka, Urbanitsch (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918, 522–554; Ricarda Vulpius, Ukrainische Nation und zwei Konfessionen. Der Klerus und die ukrainische Frage 1861-1921. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas. Neue Folge, Bd. 49, H. 2, Themenschwerpunkt: Die ukrainische Nationalbewegung vor 1914 (2001); Andreas Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine (München 82022); Börries Kuzmany, Der Galizische Ausgleich als Beispiel moderner Nationalitätenpolitik? In: Elisabeth Haid, Stephanie Weismann und Burkhard Wöller (Hg.), Galizien. Peripherie der Moderne - Moderne der Peripherie? (Marburg 2013), 123-141; Vladyslav Starodubtsev, The Progressive Legacy of the Ukrainian People's Republic, 6-12. Online unter: <https://www.fes.de/themenportal-geschichte-kultur-medien-netz/geschichte/das-fortschrittliche-erbe-der-ukrainischen-volksrepublik>.

³⁷³ Siehe Fußnote 107.

³⁷⁴ Milow, Die ukrainische Frage 1917-1923, 54-55, zum Ende der UNR: cit. *mit dem Vertrag von Riga vom 18. März 1921 [...] Die Reste der Armee Petljuras, die Kämpfe und Typhus überlebten, retteten sich über die polnische Grenze, wo sie in speziellen Lagern interniert wurden. Das war das Ende der Ukrainischen Volksrepublik und ihres Versuches, ein demokratisches Staatswesen aufzubauen.*

³⁷⁵ Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 174, zum Bestehen der ZUNR: cit. *In Lemberg formierte sich Oktober im 1918 ein Ukrainischer Nationalrat. [...] und proklamierte am 13. November die Westukrainische Volksrepublik. [...] worauf eine Zentrale ruthenische Rada am 8. Mai 1919 die Vereinigung mit der Tschechoslowakei vollzog.*

Hruševs'kyj und seinen Anhängern gelang es nach dem Vierten Universal³⁷⁶ nicht eine funktionsfähige Bürokratie, Verwaltung und schlagkräftige Armee aufzubauen, um die geplanten Reformen vor allem die Agrarfrage, die eine entschädigungslose Enteignung der Grundbesitzer vorsah, durchzusetzen. Außerdem konnten sie die Grenzen des neuen Staates militärisch nicht umfassend sichern. In der Folge wurde die Ukraine sowohl zum Operationsgebiet der Mittelmächte, der Roten und Weißen Armee, als auch von französischen und britischen Truppen der Entente.³⁷⁷ Was erzählen uns die untersuchten Tageszeitungen über diese Forschungs-Kategorie?

Das Morgenblatt der AZ vom 21. Dezember 1917 berichtet in einem Artikel über Sowjetrussland und die Ukraine die ukrainische Rada habe von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch gemacht und ein Universal veröffentlicht, in dem die „Ukrainische Volksrepublik“ proklamiert wurde. Mit dem Manifest wurden auch zwei große soziale Reformen verkündet: *„es erklärt allen landwirtschaftlich nutzbaren Boden in der Ukraina für Staatseigentum, wobei die Enteignung der bisherigen Eigentümer ohne Entschädigung erfolgt, und es sichert allen Arbeitern der Ukraina den Achtstundentag zu.“* Außerdem erfuhren die Zeitungsleser, das Schicksal der Ukraine sei an das der russischen Revolution gebunden und *„eine siegreiche Kontrerevolution würde der ukrainischen Republik schnell und gründlich ein Ende machen.“* Ferner ist aus heutiger Sicht der fast prophetische Kommentar zu lesen, dass *„ein großer Bürgerkrieg im Süden [...] die Petersburger Arbeiterregierung ernsthaft gefährden“* könnte.³⁷⁸

Der damalige Professor für Geschichte Osteuropas an der Wiener Universität Dr. Hans Uebersberger verfasste ebenfalls einen Artikel über die ukrainische Republik, der im Jänner 1918 in der NFP veröffentlicht wurde. Neben seinen Darstellungen zu den geplanten Reformen gewährte er auch Einblicke in die innerstaatliche Gegnerschaft, den Mangel an ukrainischen Intellektuellen und deutete zudem Schwächen in der militärischen Schlagkraft an: *„Die Stadtduma der Hauptstadt Kiwys selbst besitzt eine antiukrainische Majorität. Großrussen aller Parteien, Polen und Juden sind hier die entschiedenen Gegner der ukrainischen Republik. Auch die Schwarze Meer-Flotte ist eher bolschewikisch als ukrainisch.“* Zur Agrarfrage führte er aus: *„Auf dem Gebiete der ukrainischen Republik wird gleichzeitig jedes Eigentumsrecht auf Privat-, Hof-, Kabinetts-, Klöster- und Kirchenländereien mit*

³⁷⁶ Milow, Die ukrainische Frage 1917-1923, 11, cit. *Durch vier Universale (Dekrete) vollzog die Rada den Schritt von der Eigenverantwortlichkeit des ukrainischen Volkes für sein Schicksal (Erstes Universal vom 23. Juni 1917) über die Schaffung der Grundlage einer Konstitution (Zweites Universal vom 16. Juli 1917) und die Proklamation der Ukrainischen Volksrepublik (Drittes Universal vom 19. November 1917) zur endgültigen Trennung der Ukraine als selbständiger Staat von Rußland (Viertes Universal vom 22. Januar 1918).*

³⁷⁷ Applebaum, Roter Hunger, 33f.

³⁷⁸ AZ (Morgenblatt), 21.12.1917, 2.

Ausnahme jener, die selbst ihren Anteil bearbeiten, aufgehoben. Alles Land gehört künftighin dem arbeitenden Volke ohne Entschädigung an seine bisherigen Besitzer. Bis zur ukrainischen, Konstituante geht das Land in die Verwaltung der Agrarkomitees über, die von der Landbevölkerung gewählt werden.“ In einem Zeitungsartikel vom Mai desselben Jahres erörterte er den Umsturz in der Ukraine während der Besatzung durch die Mittelmächte. Einerseits thematisierte er die Gründe, die zum Widerstand der ukrainischen Bauern gegen das Agrargesetz vom 18. Januar 1918 führten. Seiner Ansicht nach musste dieses Gesetz *„mit seiner Sozialisierung des gesamten Grund und Bodens [...] in der Ukraine, wo der russische Gemeindebesitz niemals Wurzel fassen konnte, auf den Widerstand des an seinen Eigenbesitz eifersüchtigen Bauern, ob er nun Groß- oder Kleinbauer war, stoßen. Die Konfiskation des Großgrundbesitzes, war ihm so lange recht, als er sich dadurch sein Land vergrößern konnte. Aber er war nicht zu haben, wenn es galt, nur so viel Land zu nehmen, als er mit seiner und seiner Familie Hände Arbeit bebauen konnte oder gar anzu-erkennen, daß das Verfügungsrecht auch über seinen Boden der Republik, beziehungsweise den Agrarkomitees zustehe.“* Durch diese Agrarpolitik, so Uebersberger, wurden die Bauern, als eine Hauptstütze der ukrainischen Parteien, ins feindliche Lager getrieben. Andererseits leitete er die Schwäche der politischen Ordnungsmacht davon ab, dass die Central’na Rada schon lange vor ihrer Auflösung von großrussischen Parteien³⁷⁹ dominiert respektive unterminiert wurde.³⁸⁰

Zu den Kampagnen der Mittelmächte nach dem „Brotfrieden“ informiert ein Artikel der NFP vom 19. Februar 1918. Während des Vormarsches von Truppen der deutschen Heeresgruppe Linsingen im Raum Kowel soll es im Zuge eines von den Bolschewiki angezettelten Aufstandes gegen die Ukrainische Volksrepublik zu heftigen Ausschreitungen gekommen sein. Nach einer Meldung aus dem Kriegspressequartier stelle der bolschewistische Kampf gegen die Rada nur einen politischen Deckmantel, hingegen Raub und Plünderung den Hauptkriegszweck dar. Die Bolschewiki seien *„im Wesen längs den Bahnen und den wichtigsten Straßen“* militärisch aktiv *„indem sie“* mit von der russischen Front abgezogenen Panzerzügen und Panzerautos *„siegend und brennend durch das reiche, noch beträchtliche Mengen der 1914er Ernte bergende Land ziehen.“* Daher begegne diese Schreckensherrschaft *„bei den Mittelmächten größter und wärmster Aufmerksamkeit.“* Über die Truppenstärke der ukrainischen Verbände wurde gemeldet, sie seien *„an der ganzen Front*

³⁷⁹ NFP (Morgenblatt), 9.5.1918, 3-4, cit. *die russischen sozialistischen Parteien, die Menschewiki, die Sozialistenrevolutionäre und der Bund.*

³⁸⁰ NFP (Morgenblatt), 4.1.1918, 2-3; NFP (Morgenblatt), 9.5.1918, 3-4.

noch aus der Zarenzeit her so zersplittert, daß für die Rada das Zusammenziehen größerer Verbände unter den gegenwärtigen Verhältnissen“ nur schwer durchführbar wäre.³⁸¹

Im Zusammenhang mit der „Operation Faustschlag“ wurde am 15. März 1918 in der AZ, der NFP und in der RP sogar auf der Titelseite der amtliche Kriegsbericht des österreichisch-ungarischen Generalstabs über den Einmarsch von Truppen der Mittelmächte in Odessa veröffentlicht: *„Odessa ist seit gestern nachmittag in der Hand der Verbündeten. Während von Westen her deutsche Bataillone vorgingen, drang über den Frachtenbahnhof die vom Generalmajor Alfred v. Zeidler geführte Vorhut einer österreichisch-ungarischen Division in die Stadt ein.“*³⁸²

Aus einem Beitrag in der „Sozialen Revolution“ vom 12. März 1919 über die Lage in der Ukraine ist zu entnehmen, dass es auch dem Direktorium aufgrund zahlreicher Bedrohungen nicht gelänge seine politische Macht zu konsolidieren. Im Westen führe die ukrainische Regierung einen Kampf gegen die Polen, welche *„das Polesie, das Cholmer Land und Ostgalizien für sich in Anspruch nahmen und dabei von der Entente Unterstützung fanden.“* Außerdem stünde sie im Süden ebenfalls Truppen der Entente, darüber hinaus in den ukrainischen Teilen der Bukowina und Bessarabiens den Rumänen, gegenüber. Zur Verstärkung der Freiwilligenarmee unter General Anton Ivanovič Denikin befänden sich Verbände der Entente auch in Odessa und auf der Krim. Im Osten gelänge auch keine Verständigung mit dem gegenrevolutionären General der Donkosaken Pëtr Nikolaevič Krasnov, der außerdem das erzeiche Doneck-Becken in fester Hand hielt. Ferner wurde berichtet, dass nach einem entscheidenden Hauptstoß ukrainischer Rätetruppen aus dem Norden Charkiv, Poltava, Ekaterinoslav und Kyiv erobert werden konnten, wodurch sich *„mehr als zwei Drittel der Ukraine in den Händen der „Ukrainischen Räterepublik“ befänden.* Schließlich teilte das radikale Tagesblatt mit, dass die Ukrainische Volksrepublik *„deren Machtgebiet schon recht klein geworden ist, nun doch mit den Imperialisten der Entente ein Abkommen abgeschlossen“* habe, welches die *„Anerkennung der ukrainischen Selbständigkeit und militärische sowie finanzielle Unterstützung von Seiten der Entente enthält.“* Eine erfolgreiche Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Sowjetmacht wurde seitens der kommunistischen Redaktion in Zweifel gezogen.³⁸³

Jedoch gingen im Widerspruch zur kommunistischen Berichterstattung die militärische Operationen des Oberbefehlshabers und Regierungschefs Symon Petljura gegen Sowjetrußland und die Sowjetukraine noch bis November 1920 unvermindert weiter. Unter der

³⁸¹ NFP (Morgenblatt), 19.2.1918, 2.

³⁸² RP (Morgenblatt), 15.3.1918, 1; AZ (Morgenblatt), 15.3.1918, 5; NFP (Morgenblatt), 15.3.1918, 6.

³⁸³ Die Soziale Revolution, 12.3.1919, 3.

Schlagzeile „*Die russischen Kriege*“ wurde in der AZ ein Frontbericht vom 24. November 1920 sowie eine Meldung der Polnischen Telegrafagentur während des Polnisch-Sowjetischen Krieges herausgegeben: „*In den letzten Kämpfen gegen Petljura wurden insgesamt 12.000 Gefangene gemacht, 300 Maschinengewehre und große Munitionsvorräte erbeutet.*“ Des Weiteren erfuhren die Leser: „*Die Reste der ukrainischen Armee und der Armee Permykin, etwa 20.000 Mann, wurden [...] von den polnischen Truppen entwaffnet, so daß diese beiden Armeen als nicht mehr bestehend angesehen werden können.*“³⁸⁴

Ein Artikel der katholisch-konservativen RP vom März 1921, worin eine Erklärung Petljuras veröffentlicht wurde, ist mit Blick auf die Schwäche der ukrainischen Ordnungsmacht für die Zeitungsleser besonders erkenntnisreich: „*Die bolschewikische Anarchie, die sich sowjetistische Verfassung nennt, wurde zu uns aus der Fremde eingeschleppt. Eine Voraussetzung der Einführung der Ordnung und sicheren Organisation in der Ukraine ist deshalb die Befreiung von der Herrschaft und von dem Einflusse fremder Elemente. Wir werden im Kampfe um unsere Unabhängigkeit nicht erlahmen, bis wir unser Ziel erreicht haben.*“ Des Weiteren hebt Petljura hervor, die Ukrainer seien nicht mehr länger bereit „*Europa zuliebe lediglich als Futter für die bolschewikischen Kanonen und Bajonette zu dienen.*“ Eine Erklärung, die durchaus auf Parallelen zur heutigen geopolitische Lage aufmerksam macht.³⁸⁵

Schließlich publizierte die RF einen Bericht der „Česko Slovo“³⁸⁶ über die Lage in der Ukraine worin es zur Etablierung einer Ukrainischen Ordnungsmacht hieß: „*Die bürgerlichen Parteien haben in der Ukraine den Einfluß verloren. Weder Skoropadskyj, noch Win-nitschenko, noch Tschechowskyj, noch Petljura gelang es, in der Ukraine irgendeine größere Macht zu bilden.*“ Des Weiteren erfuhr die Leserschaft: „*Nach dem Sturz des Zarismus, nach Herrn Kerenski, nach dem Sturz Skoropadskyjs wurden die ukrainischen Bolschewiki wirklich die stärkste Partei im Lande.*“³⁸⁷

5.1.3 Bauernaufstände

Eine Folge der schwachen politischen Ordnungsmacht waren auch zahlreiche, das Land verwüstende, Bauernaufstände. Die „Landfrage“, das heißt die Forderung der Kleinbauern und Landlosen nach einer gerechten Aufteilung des Großgrundbesitzes, bedrohte auch die Existenz der wohlhabenden deutschen Siedler. Infolgedessen kam es nicht nur in den deut-

³⁸⁴ AZ (Morgenblatt), 26.11.1920, 3.

³⁸⁵ RP (Morgenblatt), 6.3.1921, 2.

³⁸⁶ RF, 28.1.1920, 2 - Presseorgan der tschechischen Nationalsozialisten.

³⁸⁷ Ebda.

schen Kolonien verbreitet zu Zerstörungen von Gutshöfen, Vertreibungen der Besitzer und barbarischen Plünderungen. Insgesamt gesehen leisteten die Bauern aller Ethnien Widerstand gegen die Requisitionen der in ihrem Gebiet operierenden Militärmächte. Im Folgenden werden die Landfrage und Bauernaufstände, als Auslöser der Hungerkatastrophe, aus medialer Perspektive vorgestellt.

In einer Ausgabe vom April 1917 veröffentlichte die AZ einen Artikel von ihrem Auslandskorrespondenten Karl Leuthner mit dem Titel „*Das Dorf und die Revolution*“ worin er die Lösung der Landfrage seit der Bauernbefreiung von 1861 analysierte und zum Schluss kam: „*Das Dorf ist noch jetzt wie 1905 weit mehr eine Kraft der Revolution als der Reaktion.*“ Des Weiteren schrieb die AZ in ihrem Artikel „*Rußland und die Ukraina*“, dass die Bauernaufstände der Rada große Schwierigkeiten bereiteten: „*In einzelnen Teilen der Ukraina tobt nämlich ein wilder Bauernkrieg [...] Die ukrainischen Bauern rächen die jahrhundertelange Bedrückung durch die polnischen Feudalherren, indem sie die Meierhöfe der Gutsherren niederbrennen, nicht selten auch Gutsherrenfamilien ermorden.*“³⁸⁸

Professor Uebersberger vertrat zur Agrarfrage in der NFP folgende Meinung: Für die ukrainischen Politiker sei „*die Verkündung der Aufhebung des Privateigentums an anbaufähigen Land, sehr einfach, da in den ukrainischen Gouvernements der Großgrundbesitz nicht ukrainisch ist.*“³⁸⁹ Demnach ist die logische Folgerung zulässig, dass unter den reichen Grundherrn neben russischen und polnischen Minderheiten auch deutsche Kolonisten sein mussten.

Aus einem Gespräch der NFP mit dem damaligen Außenminister der Ukrainischen Volksrepublik Volodymyr Temnytskyj vom 12. Juni 1919 erfuhren die Leser, dass das ukrainische Volk durch die bolschewistische Gewaltherrschaft rücksichtslos ausgebeutet und ausgeplündert würde, wodurch es bereits seit März in mehreren Orten der Ukraine zu unorganisierten Bauernaufständen käme. Bereits im folgenden April führten die aufständischen Bauern unter dem Kommando bewährter Befehlshaber und besser organisiert einen energischen Guerillakrieg.³⁹⁰

Im Zusammenhang mit der ukrainischen Kriegserklärung an die weiße Freiwilligenarmee veröffentlichte die RF im Oktober und November 1919 propagandistische Zeitungsberichte über Bauernaufstände hinter den Linien Denikins in den Gouvernements Cherson, Poltava und Ekaterinoslav.³⁹¹

³⁸⁸ AZ (Morgenblatt), 15.4.1917, 2-3; AZ (Morgenblatt), 21.12.1917, 2.

³⁸⁹ NFP (Morgenblatt), 4.1.1918, 2.

³⁹⁰ NFP (Morgenblatt), 13.6.1919, 4.

³⁹¹ RF, 8.10.1919, 2; RF 1.11.1919, 1.

Im folgenden Jahr berichtete die NFP über Bauernaufstände, die nach einer Meldung des ukrainischen Pressedienstes vom 23. März 1920 von Offizieren der ukrainischen Armee angezettelt wurden: *„In den Gouvernements Tschernigow und Poltawa sind heftige Bauernaufstände ausgebrochen, die die Bolschewisten mit Hilfe von Artillerie und Kavallerie zu unterdrücken trachten.“*³⁹²

Sowohl die RP, als auch AZ publizierten in ihren Morgenausgaben vom 6. Juni 1920 eine Meldung des ukrainische Pressedienstes aus Vynnyčja, dass in der Südukraine, hauptsächlich im Gouvernement Ekaterinoslav, heftige Bauernaufstände gegen die Bolschewiki ausgebrochen seien.³⁹³

Auf der Titelseite der RP vom 7. Juli 1921 äußerte sich Peter Georgieff zu den Bauernaufständen in Verbindung mit den politischen Zielen der Bolschewiki folgendermaßen: *„Wenn es den Bolschewiken durch Waffengewalt gelungen ist, die überall unaufhörlich ausbrechenden Bauernaufstände niederzuschlagen, so konnten sie doch nicht den passiven Widerstand der Bauernschaft, gegen die Sowjetrepublik mit Maschinengewehren unterdrücken.“* Nach Georgieff führe dieser Widerstand zu einer Verringerung der Anbaufläche auf ein Minimum sowie der Produktion von Lebensmittel ausschließlich für den bäuerlichen Eigenbedarf. Gegenüber den Städten und Industriezentren käme dies einer Hungerblockade gleich.³⁹⁴

Die NFP meldete im November 1921, basierend auf Informationen aus ukrainischen Quellen, große Erfolge in militärischen Operationen durch die ukrainischer Truppen Petljuras vereint mit aufständischen Bauern gegen die Sowjets. Demnach habe ein gewisser *„General Hulej“* in der südlichen Ukraine *„Tiraspol (100 Kilometer nordwestlich Odessa) besetzt“* und *„die Verfolgung des Gegners auf Odessa aufgenommen“*. Auch deutsche Kolonisten sollen *„an der Seite der Aufständischen gekämpft haben.“*³⁹⁵

Im Vergleich dazu hielt die RF an ihrer anti-bürgerlichen und propagandistischen Linie fest. Der Vorsitzende der sowjetrussischen Handelsdelegation in Schweden dementierte gegenüber der Stockholmer Rosta angebliche Gerüchte der bürgerlichen Presse Europas über die Bauernaufstände in Sowjetrussland: *„Wir in Moskau können nur lachen, wenn wir in der bürgerlichen Presse Europas die Meldungen über Matrosenrevolten in Kronstadt, über Bauernaufstände usw. lesen. Man sollte meinen, daß die westeuropäische Presse Ge-*

³⁹² NFP (Morgenblatt), 24.3.1920, 4.

³⁹³ AZ (Morgenblatt), 6.6.1920, 3; RP (Morgenblatt), 6.6.1920, 3.

³⁹⁴ RP (Morgenblatt), 7.7.1921, 1.

³⁹⁵ NFP (Morgenblatt), 17.11.1921, 5.

*legenheit genug hatte, sich durch die Berichte von Augenzeugen, die in Rußland gewesen sind, überzeugen zu lassen, wie falsch diese Gerüchte sind.*³⁹⁶

Ab 1919 kämpfte im Raum der Südostukraine zudem noch die Machnovščina, eine anarchistische Bauern- und Partisanenbewegung unter der Führung von Nestor Machno, für die Idee eines Sozialismus ohne Bolschewismus. Zeitweise konnte Machno eine Streitmacht von 50.000 Mann aufbieten, die sowohl gegen das Direktorium Petljuras als auch gegen die Weiße und Rote Armee vorging. Außer der Machno-Bewegung agierte zeitgleich, neben vielen anderen Partisanengruppen, auch die Bauernarmee von Ataman Matvij Hryhor'ev mit ähnlich linker, revolutionärer und antibolschewistischer Ausrichtung. Immerhin konnte auch er mitunter 6.000 bis 8.000 Kämpfer aufbringen. Die Erhebung der Bauern gegen das Sowjetregime wurde in der Rhetorik der Bolschewiki scharf verurteilt, etwa mit „Kulaken-Aufstand“, „Kulaken-Banditen“ oder „Kulaken-Verräter“.³⁹⁷

Außerdem erklärte Machno die deutschen Siedler aufgrund ihrer Kollaboration mit der Weißen Armee und ihrer restaurativen Gesinnung zum Feindbild. Folglich plünderten seine Partisanen deutsche Kolonien und verübten auch häufig Gräueltaten unter den mennonitischen Siedlern.³⁹⁸ Erstmals in ihrer Geschichte mussten die Mennoniten in den Bezirken Prišib und Moločnaja vom Gewaltverzicht abrücken und ihre Dörfer mit Waffen verteidigen. Beispielsweise organisierten sie gemeinsam mit der katholischen Kolonie Blumental eine Verteidigung gegen die Angriffe der Machno Banden.³⁹⁹ Machno wollte mit den Massmorden und Plünderungen die Zerstörung von Tochterkolonien und Khutoren (Khutor = Siedlung mit nur einem Gehöft) sowie die Destabilisierung der deutschen Siedlergemeinschaft erreichen. Sein übergeordnetes Ziel war es die Einwohnerzahlen in den Mutterkolonien durch Flüchtlinge in die Höhe zu treiben, um die Lebensmittelsituation der deutschen Siedler zu verschlechtern und ihre wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu schwächen.⁴⁰⁰

1919 erschienen über die Machno-Bewegung in der Wiener Tagespresse nur vier Artikel, einer in der „Wiener Zeitung“ zwei in der „Wiener Morgenzeitung“⁴⁰¹ und einer im sozialdemokratischen Zentralorgan. Die AZ berichtete in Odessa und Mykolajiv operieren „die Atamane Grigorjew und Machnow“ die „sich von der ukrainischen Regierung unabhängig erklärt“ hätten und „ihre Banden gegen die Rote Garde“ führen. Außerdem erfuhren die Leser über den grenzenlosen Gruppen- und Bandenkrieg, dass die Zahl der Kämpfer relativ

³⁹⁶ RF, 4.3.1921, 6.

³⁹⁷ Applebaum, Roter Hunger, 66-73; siehe auch: Anm. des *Verfassers*: Eine interessante Transformation der Bedeutung „wohlhabender Bauer“ mit Blick auf die Zwangskollektivierung Stalins in den 1930er Jahren.

³⁹⁸ *Ebda*, 72.

³⁹⁹ Eisfeld, Die Rußland-Deutschen, 90.

⁴⁰⁰ Bobyleva, Die Hungersnot in deutschen Siedlungen der Südukraine in den Jahren 1920-1923, 102f.

⁴⁰¹ Wiener Zeitung, 5.12.1919, 7; Wiener Morgenzeitung, 23.8.1919,3; Wiener Morgenzeitung, 26.10.1919, 4.

gering sei und die Kampfführung an frühere Jahrhunderte erinnere. Im Großen und Ganzen werde dadurch die Kulturverwüstung, die mit dem Ersten Weltkrieg begann, täglich verstärkt.⁴⁰²

Ab 1920 wurden Nachrichten über den Ataman auch in der RP sowie RF veröffentlicht. Die NFP berichtete ab 1921 und die AZ erst wieder in einer Ausgabe von 1923 während des Prozesses gegen Machno vor dem Warschauer Strafgericht.⁴⁰³ In den untersuchten Quellen sind Nachrichten über die Machnovščina spärlich und sie enthalten nahezu keine Berichte betreffend die Plünderungen in deutschen Kolonien oder die politischen Intentionen des Atamans gegenüber den deutschen Kolonisten. In den meisten Fällen wurde von der Wiener Tagespresse über Machnos Plünderungsexzesse nicht nach Ethnien differenziert berichtet. Da es aber in den südlichen Gouvernements viele deutsche Kolonien gab erscheinen die Raubzüge Machnos und anderer Bauernführer gegen deutsche Siedler und Großgrundbesitzer wahrscheinlich. Außerdem kann angenommen werden, dass die Wiener Leserschaft über die Existenz deutscher Kolonisten Bescheid wusste. Für diese These spricht der Bericht eines Wiener Industriellen anlässlich seiner Geschäftsreise nach Kyiv und in die Südostukraine. In der Morgenausgabe der NFP vom 19. Juli 1922 konnte man lesen, dass sich „in Südrußland, speziell in den Gouvernements Taurien, Cherson und Charkow starke deutsche Kolonien“ befinden.⁴⁰⁴ Einer der wenigen Berichte über Verwüstungen Machnos in deutschen Kolonien während des Bürgerkrieges stammt von einem gewissen Willy Masche, der von den Bolschewiki beauftragt wurde die Bewohner von 33 deutsche Kolonien⁴⁰⁵ in der Ukraine zu ideologisieren. Die RF veröffentlichte aus seiner Beschreibung „Bei den deutschen Kolonisten“ folgendes: „Berdjansk, früher das kleine Odessa, heute eine Stadt der Ruinen, Machnow hat einen Trümmerhaufen aus der einst sauberen, lustigen Hafenstadt gemacht!“⁴⁰⁶

Dagegen waren die Wiener Leser ausreichend über Machnos Bündnispolitik und seine blutigen Kämpfe gegen die Bolschewiki oder Freiwilligenarmee informiert.⁴⁰⁷ Interessante Details über die ukrainischen Mitstreiter Machnos verrät das Gespräch Temnytskyjs mit der NFP vom Juni 1919. Gegenwärtig sei die größte antibolschewistische Armee „die Armee Hrihorijews, der die Stadt Odessa besetzt hat und von hier aus das ganze Gouvernement

⁴⁰² AZ (Morgenblatt), 28.5.1919, 3.

⁴⁰³ AZ (Morgenblatt), 28.11.1923, 4; siehe auch: RP, 3.12.1923, 5; NFP (Nachmittagblatt), 3.12.1923, 3-4.

⁴⁰⁴ NFP (Morgenblatt), 19.7.1922, 2.

⁴⁰⁵ RF, 12.8.1923, 5, cit. *Schulen, Bibliotheken zu organisieren und reorganisieren, die Alten und Jungen zum Kommunismus zu bekehren, politische, wirtschaftliche und kulturelle Aufklärung zu bringen.*

⁴⁰⁶ *Ebda.*

⁴⁰⁷ Anm. des *Verfassers*: Indessen fanden seine Kämpfe gegen Petljura in den untersuchten Quellen explizit keine Erwähnung.

Cherson“ beherrsche. Über die Stärke der Aufständischen präsentierte Temnytskyj folgende Angaben: Matvij Hryhor’ev,⁴⁰⁸ verfüge über 40.000 Mann, die militärisch gut organisiert seien. Darüber hinaus stünden in der Umgebung von Kyiv nachstehende Truppen: „*Auhel mit 12.000 Mann, Hontschar-Batrak mit 6000 bis 8000 Mann, Sokolowskyj mit 10.000 Mann, Struk mit 6000 Mann, Karmeluk mit 10.000 Mann und andere kleinere Gruppen.*“ Außerdem erfuhr man, dass die politische Führung der Aufständischen „*in den Händen eines geheimen, aus Vertretern aller ukrainischen Parteien gebildeten Komitees*“ liege. In politischer Hinsicht habe sich das Komitee dem Direktorium untergeordnet und sein Programm sei „*die Errichtung einer selbständigen, unabhängigen, demokratischen ukrainischen Volksrepublik.*“⁴⁰⁹

In der Geschichte der ukrainischen Rebellenbewegung zwischen 1917 und 1923 sind auch Frauen bekannt. Unter dem Namen „Atamanin Marussja“ führten sie Rebellentruppen. Eine ihrer bewährtesten Verfechterinnen war die ehemalige Lehrerin Marussja Sokolovska, die nachdem ihr Bruder der bekannte Rebellenführer Dmytro Sokolowskyj im Sommer 1919 gegen die Rote Armee gefallen war, die Führung seiner Einheiten übernahm. Ebenfalls eine bedeutende Kämpferin war „die schwarze Marussja“ auch „Tante Marija“ genannt. Sie leitete eine kleine Partisanenabteilung in der Machno-Armee, die erfolgreich in den Regionen Poltava, Černihiv sowie Ekaterinoslav operierte.⁴¹⁰ Bedauerlicherweise liefern die untersuchten Quellen über dieses Phänomen keine Informationen.

Im Mai 1920 informierte ein Zeitungsartikel die katholisch-konservativen Leser der RP über „*Massenerhebungen gegen Moskau*“ am linken Dnipro-Ufer. Nach Warschauer Meldungen sollen die Hetmans Machno und Tjutjusik jeweils eine Streitmacht von 30.000 Mann befehligen. Überdies soll sich „*diese Erhebung unter ausgesprochen monarchistischer Losung*“ abspielen. Über schwere Kämpfe in der Ukraine gegen die Rote Armee und die Eroberung von Mykolajiv durch die Aufständischen wurde im April des folgenden Jahres berichtet. Laut der Zeitung „Krasnaja Gazeta“ gelang es Machno Ekaterinoslav zurückzuerobern.⁴¹¹

Entsprechend einer Meldung des Ukrainischen Pressedienstes berichtete die NFP im Jänner 1921 über die „*Vernichtung von zwei bolschewistischen Divisionen durch ukrainische Aufständische*“ unter der Führung Machnos im Raum Ekaterinoslav. Am 8. September dessel-

⁴⁰⁸ Anm. des *Verfassers*: Machno ließ seinen Bündnispartner wegen Meinungsverschiedenheiten am 27. Juli 1919 von seinen Schergen ermorden.

⁴⁰⁹ NFP (Morgenblatt), 13.6.1919, 4.

⁴¹⁰ Aleksander Kriwoschij, Die Frauen in der Armee von Nestor Machno. In: Ukraine Nachrichten vom 12. November 2014. Online unter: https://ukraine-nachrichten.de/frauen-armee-nestor-machno_4120.

⁴¹¹ RP (Morgenblatt), 12.5.1920, 2; RP (Morgenblatt), 9.4.1921, 3.

ben Jahres verbreitete die NFP eine Meldung der Petrograder Pravda, wonach „*Machno samt seinen Unterführern getötet worden sei*.“⁴¹² Dabei handelte es sich entweder um eine Falschmeldung oder um Fake News der russischen Presse, denn schon am 27. September erfuhr man aus der RF, dass Čičerin und Rakovskij von Rumänien die Auslieferung Machnos samt seiner Helfershelfer forderten. Außerdem diffamierte ihn das Zentralorgan der KPÖ als Räuberhauptmann, der „*ganze Dörfer ausplünderte und in Brand steckte, friedliche Einwohner tötete und ihnen durch unmenschliche Foltern ihr Eigentum erpreßte*.“⁴¹³

Zwischen 1920 und 1921 wurden die meisten Nachrichten über die Machnovščina durch die RF veröffentlicht, wobei in der Berichterstattung der typisch agitatorische Stil unübersehbar war.

Im Oktober 1920 publizierte die RF nach einer Meldung der Rosta Wien einen Beitrag über eine Stimmungsänderung in der Armee des sowjetfeindlichen Bauernführers. Demnach soll der Ataman vom Sowjetkommando der Südfront Befehle erhalten haben, gegen General Pëtr Nikolaevič Vrangeli militärisch vorzugehen. In einem anderen Artikel über die Lage an der Vrangeli-Front wird eine Meldung der „*Kommunističeskij Trud*“ wiedergegeben in der behauptet wird Machno orientiere „*sich zweifellos nur nach dem künftigen Sieger*“ und sein Positionswechsel sei auf die militärischen Erfolge der Roten Armee bei Mariupol und Ekaterinoslav zurückzuführen. Schließlich zeige Machnos Übereinkommen mit der Sowjetmacht „*den vollkommenen Bruch zwischen der Landeigentümer clique, die sich um Wrangeli gruppiert, und der Bauernschaft. Auf Wrangels Seite bleiben nur die Gentry, die Bourgeoisie und die Konterrevolutionäre*.“⁴¹⁴ Im Dezember 1920 erreichte die RF eine Meldung der Rosta Wien, die unter der Schlagzeile „*Machnos letzter Verrat und Ende*“ im Druck erschien. Demnach hätten „*die Machno-Truppen ohne den Kampfbefehlen des Kommandos der Roten Armee zu folgen, fortgesetzt, friedliche Einwohner*“ geplündert und verantwortungslos verschiedene Räuberbanden in ihre Verbände integriert. Ferner hätten die Banden „*regelrechte Ausplünderungen von Städten und Dörfern*“ durchgeführt und „*die reichen Bauern, die die Getreideablieferungen an die hungernden Gouvernements sabotiert haben, militärisch unterstützt*.“⁴¹⁵ Der letzte Presseartikel lässt einerseits die Intention der Bolschewiki erkennen die Bewegung nach der Niederlage Vrangeli's zu zerschlagen. Andererseits verweist er bezüglich den Großgrundbesitzern auf eine differierende Rolle Machnos im antikommunistischen Feldzug. Somit stellen die oben zitierten For-

⁴¹² NFP (Morgenblatt), 12.1.1921, 4; NFP (Morgenblatt), 8.9.1921, 4.

⁴¹³ RF, 27.9.1921, 2.

⁴¹⁴ RF, 7.10.1920, 7; RF, 12.10.1920, 2.

⁴¹⁵ RF, 7.12.1920, 1.

schungsergebnisse Appelbaums, Bobylevas und Einfelds, die von einer Destabilisierung und Vernichtung der deutschen Siedlergemeinschaft sprechen, keinen Widerspruch dar, sondern zeigen nur eine Facette der Kampagnen des Atamans auf. Ob Machno auch deutsche Grundherrn, die Getreideablieferungen in die Hungergebiete sabotierten, unterstützt hat kann aus den untersuchten Wiener Medien nicht erschlossen werden.

Indirekt verweist auch ein Artikel in der AZ, von dem unter dem Pseudonym „Rafail Abramovič“ schreibenden russischen Menschewiken und Bundisten⁴¹⁶ Rafael Rein, mit dem Titel *„Die neue Bauernklasse“* auf den Anarchismus und Opportunismus Machnos: *„in der Ukraine, wo der Bauer von jeher freier und stärker gewesen ist) versuchte man gleichzeitig gegen beide feindlichen Mächte zu kämpfen, Aufstände zu organisieren, einen Gegner gegen den anderen auszuspielen, auch selbständig bewaffnete Banden und Freischaren zu bilden (so die Bauern von Machno in Südrußland)“*.⁴¹⁷

Um die Bauernschaft zu zwingen ihr Getreide abzuliefern und die Konterrevolution zu bekämpfen setzte Lenin die Tscheka (erste sowjetrussische Geheimpolizei)⁴¹⁸ ein. Noch in der ersten Hälfte des Jahres 1921 tötete die Tscheka 444 Anführer der aufständischen Bauern,⁴¹⁹ bevor die Rote Armee die Bauernaufstände im Sommer 1922 endgültig niederschlagen konnte. Die Organisation und Rolle der Tscheka konnte nicht treffender als von Popoff in der NFP formuliert werden: *„Auf dem Lande sieht man es mit besonderer Deutlichkeit, daß die „Tscheka“ die eigentliche Verwaltungsbehörde ist. Jedes Dorf hat wohl ein Exekutivkomitee - „Ispolkom“ -, aber der Dorftschekist führt im Ispolkom das große Wort, und sollte jemand sich ihm widersetzen, so beruft er sich auf seine von Dsersyinski unterzeichnete außerordentliche und unbegrenzte Vollmacht und droht, jeden „an die Wand zu stellen“ oder „in den Keller zu werfen“, der sein Mißtrauen erregt.“*⁴²⁰ Mit Blick auf die Einführung der NEP gelang es den Bauern trotzdem ihre Interessen gegen den Terror der Tscheka durchzusetzen. Dazu berichtete die AZ: *„Der zähe Widerstand des hundertmillionenköpfigen Bauernvolkes hat sich als stärker erwiesen als der Terror der Tscheka, als die Todesurteile der Revolutionsgerichte, als die Bajonette der Roten Armee.“*⁴²¹

Nach Kappeler waren die ukrainischen Bauern eine wichtige Kraft im Bürgerkrieg und die Agrarrevolution eine ihrer wichtigsten Triebkräfte. Daher versuchten sowohl die jeweils

⁴¹⁶ Anm. des *Verfassers*: Mitglied des „Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes von Polen und Russland“. Eine Gesellschaft jüdischer Sozialisten, die international mit Otto Bauer, Rosa Luxemburg, Lenin u.a. vernetzt war.

⁴¹⁷ AZ (Morgenblatt), 24.7.1923, 3.

⁴¹⁸ Anm. des *Verfassers*: Allrussische außerordentliche Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution Spekulation und Sabotage.

⁴¹⁹ Applebaum, Roter Hunger, 85.

⁴²⁰ NFP (Morgenblatt), 22.7.1923, 4.

⁴²¹ AZ (Morgenblatt), 5.11.1921, 1.

herrschenden ukrainischen Nationalregierungen und die Machno-Bewegung, als auch die Roten und Weißen Garden sich die Unterstützung der breiten Masse der Bauernschaft zu sichern.⁴²² Welche gehaltvollen Meldungen erschienen dazu in der Wiener Tagespresse?

Die NFP publizierte im Dezember 1921 einen Bericht ihres Spezialkorrespondenten aus Moskau mit dem Titel „*Das Land, die Bauern und die Sowjets.*“ Über die Landbevölkerung, ihr Verhältnis zur Revolution und Sowjetmacht sowie über ihre zentrale Bedeutung für die Machthaber war zu lesen: „*Nach den neuesten amtlichen Veröffentlichungen der Regierung entfallen von den 131 Millionen der Gesamtbevölkerung 110 auf das Land und 21 auf die Stadt. Arbeiter im engeren Sinn gibt es 5 Millionen. Bei einem solchen Aufbau der Gesellschaft liegt der Schwerpunkt des Gebäudes in der Bauernschaft. In allen seinen Reden weist Lenin auf die ungeheure Wichtigkeit dieses Verhältnisses hin. Ohne die Bauern geht es nicht - aber mit den Bauern allein auch nicht. Die wenigen Millionen Arbeiter oder noch besser die halbe Million Kommunisten unter ihnen haben durch ihre straffe Organisation und feste Entschlossenheit die Herrschaft im Lande an sich gerissen und behauptet.*“ Von Relevanz für die Leserschaft dürfte auch die Information gewesen sein, dass eine ernsthafte Bauernrevolte die Macht der Sowjets gefährden könnte. Demnach sei die Möglichkeit eines Bauernkrieges „*eine reine Frage der Agrarpolitik der Regierung. Gelingt es ihr, die Landwirtschaft wieder auf die Höhe zu bringen, dann wird sie mit den Bauern auskommen können.*“⁴²³

Die RF berichtete entsprechend der Rosta Wien vom 11. April 1921 von einer Mitteilung Rakovskijs gegenüber dem britischen „Daily Herald“. Ihm zufolge sei im laufenden Jahr die vollständige Befriedung der Ukraine zu erwarten. Außerdem teilte er mit: „*Wir haben auch die weißen Banden Machnos erledigt. Machno selbst wurde verwundet*“. Aus den von den Rebellen erbeuteten Papieren ginge hervor, dass der Grund für die Auflösung seiner Armee der „*Mangel an Unterstützung seitens der Bauern*“ wäre.⁴²⁴

In Bezug auf die Agrarrevolution ist insbesondere auch der Artikel von Abramovič in der sozialdemokratischen AZ erkenntnisreich, wonach die Bauern vor die Alternative gestellt wurden: „*Denikin oder die Kommunisten. Unterstützten sie Denikin, so waren sie die Bolschewiki los, mußten aber, zum größten Teil wenigstens, auf das Land der Großgrundbesitzer verzichten. Unterstützten sie die Bolschewiki, so wurde ihnen ihre Ernte geraubt, sie behielten aber immer noch das Stückchen Land. Und das letzte Argument überwog schließ-*

⁴²² Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 180f.

⁴²³ NFP (Morgenblatt), 16.12.1921, 1-2.

⁴²⁴ RF, 12.04.1921, 3.

lich.“⁴²⁵ Diese Entwicklung führte in weiterer Folge auch zur Vernichtung der deutschen Großgrundbesitzer, die in der südukrainischen Kornkammer großen Anteil an der Nahrungsmittelproduktion hatten. Das erkannten, wie ein Wiener Industrieller in der NFP berichtete, auch deutsche Unternehmer. Um eine drohende Hungersnot in der Südukraine abzuwenden entschieden sie daher Agrarland von deutschen Kolonisten auf 10 bis 15 Jahre zu pachten sowie „ganze Schiffsladungen landwirtschaftlicher Maschinen und Saatgut nach Odessa“ zu liefern.⁴²⁶

5.1.4 Der Russische Bürgerkrieg

Nach dem Abzug der Truppen der Mittelmächte setzte auch in Südrussland der Bürgerkrieg mit voller Härte ein und die Schwarzmeerdeutschen bildeten bewaffnete Selbstschutzeinheiten gegen die aufständischen Bauern, Verstaatlichung des Bodens und Konfiszierungen von Getreide, Vieh und landwirtschaftlichem Gerät.

Eine Beruhigung der Lage, vor allem für die deutschen Großgrundbesitzer, trat vorübergehend nach der „Denikin-Offensive“ auf Moskau im Sommer 1919 ein, die Teile der Südukraine und Ostukraine weitgehend dem Einfluss der Sowjets entzog.

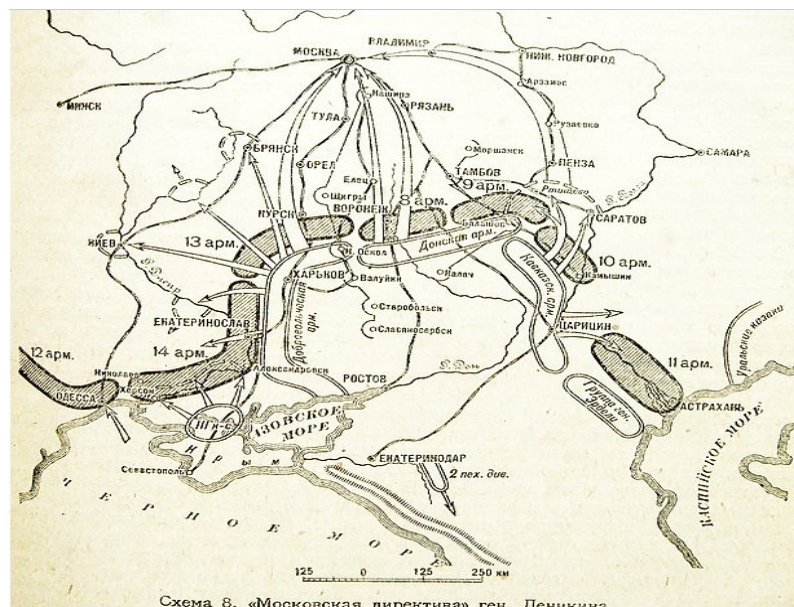


Abb. 6: Denikins Offensive auf Moskau im Sommer 1919

Quelle: Aleksandr Il'ich Egorov, Razгром Denikina, Moskovskaya derektiva denikina (*Denikins Offensive auf Moskau*), (1934).
online unter: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Московская_директива_деникина.jpg

In der Ukraine überrollte die Bürgerkriegsfront gleich mehrmals die deutschen Kolonien, wobei die Gouvernements Ekaterinoslav , Zaporizžja, Mykolajiv und Doneck am härtesten

⁴²⁵ AZ (Morgenblatt), 24.7.1923, 3.

⁴²⁶ NFP (Morgenblatt), 19.7.1922, 2.

von den Kämpfen betroffen waren. Die Bürgerkriegsparteien rekrutierten in den deutschen Siedlungen Soldaten und requirierten so viel Getreide, Vieh und Pferde wie möglich.

In den Jahren 1919/1920 eroberten die Truppen der Weißen Armee insgesamt dreimal die Südukraine und verloren sie wieder an die Roten.⁴²⁷ Dementsprechend war jeder Machtwechsel mit der Politik der jeweiligen Kriegspartei verbunden. Die Weißen unter General Denikin machten die Enteignungen der Großgrundbesitzer rückgängig und verfolgten konsequent ihren Kurs betreffend die Restauration des Ancien Régime. Jedes Mal, wenn die Rote Armee den Raum zurückeroberte, organisierte sie ein Blutbad an den Adeligen und Bürgerlichen und unterstützte die örtlichen Sowjets bei der Plünderung wohlhabender Siedler.

Auch auf Seiten der Freiwilligenarmee kam es zu regelrechten Plünderungsexzessen. Gleichzeitig wurden die deutschen Siedler von den Partisanengruppen der Bauernarmeen ausgeplündert und massakriert.⁴²⁸ Auf ihren Kriegszügen schleppten die Soldaten und Banditen zudem noch Seuchen, wie Cholera, Flecktyphus oder Pocken ein, die beispielsweise in der Siedlung Chortyzja 4.400 Opfer bei einer Einwohnerzahl von 18.000 Menschen forderten. Insgesamt reduzierten die Kampagnen der Aggressoren die Agrarproduktion respektive im Jahr 1920 das Einbringen der bereits ausgereiften Ernte. Auch wurde die deutsche Landwirtschaftsmaschinenerzeugung im Krieg auf Rüstungsproduktion umgestellt oder während der Kämpfe zerstört. Alles in allem ruinierten sämtliche militärische Aktionen und kriegswirtschaftliche Maßnahmen auch viele deutsche Bauern und begünstigten dadurch die Entstehung der Hungersnot.⁴²⁹ Welche Erkenntnisse und Ergebnisse sind zum Bürgerkrieg als Ursache der Hungersnot aus den untersuchten Quellen ableitbar?

Die AZ berichtete am 20. Dezember 1919 auf der Titelseite in ihrem Beitrag *„Der Krieg um die Erde“*, dass die von der Entente bestens ausgerüstete Konterrevolution die Sowjetrepublik von drei Seiten angreife. Vom Ural stoße Admiral Aleksandr Vasil'evič Kolčak und *„vom Süden her, aus der Ukraine [...] General Denikin gegen Moskau vor“*. Außerdem führe General Nikolaj Nikolaevič Judenič im Nordwesten einen Angriff gegen Petrograd.⁴³⁰

Neben der Unterstützung durch die südukrainischen Großgrundbesitzer dürfte für Denikin die Waffenhilfe Großbritanniens von größter Bedeutung gewesen sein. Wie die RP und RF

⁴²⁷ Eissfeld, Die Deutschen in Russland und in der Sowjetunion, 80.

⁴²⁸ Applebaum, Roter Hunger, 71; siehe auch eine genaue Darstellung der Zerstörungen, Zwangs-Requirierungen und Epidemien während des Russischen Bürgerkriegs: Johannes Schleuning, Aus tiefster Not. Schicksale der deutschen Kolonisten in Rußland (Berlin 1922), 40-76.

⁴²⁹ Bobyleva, Die Hungersnot in deutschen Siedlungen der Südukraine in den Jahren 1920-1923, 102-105.

⁴³⁰ AZ (Morgenblatt), 20.12.1919, 1.

berichteten, versorgte das Britische Weltreich die Konterrevolutionäre mit Munition, entsandte Truppen und investierte enorme finanzielle Mittel. Aus dem kommunistische Tagblatt Österreichs konnte man erfahren, dass durch die britische Regierung für die militärischen Operationen der See- und Landstreitkräfte auf allen Fronten des Bürgerkrieges insgesamt 70 Millionen Pfund Sterling (ungefähr 18 Milliarden Kronen) verausgabt wurden. Davon floss dem Kommandanten der Südfront Denikin die beträchtliche Summe von 26.050.000 Pfund Sterling zur Bekämpfung des Bolschewismus zu. Erst dadurch wurde er, wie man auf der Titelseite der RP vom 23. August lesen konnte, in die Lage versetzt militärisch-operativ siegreich vorzugehen. Dementsprechend war die Besetzung des Kohlebeckens von Doneck und großer Teile des fruchtbarsten Getreidegebietes der Ukraine aus gesamtstrategischer Sicht von hoher Bedeutung. Die RP berichtete dazu Denikin sei es gelungen „*beiderseits von Jekaterinoslaw den Dnjepr in breiter Front zu überschreiten*“ um sich mit den aus Westen vorrückenden Truppen General Petljuras zu vereinen, die „*im Süden Odessa, Cherson und Nikolajew den Bolschewiken entrissen*“ haben. Vermutlich wegen exorbitanter Ausgaben und oppositioneller Kritik erklärte Premierminister Lloyd George am 19. November 1919 im englischen Unterhaus schließlich die Einstellung der Unterstützung sowie den Rückzug britischer Truppen. Schon Ende Juli hatte sein Rivale, der liberale Politiker Herbert Henry Asquith, die „*Verschleuderung britischen Blutes und britischen Geldes*“ kritisiert. Ein weiterer Grund für die Einstellung dürfte auch das Scheitern der „Denikin-Offensive“ gegen Moskau gewesen sein.⁴³¹

Warum wurden die Kämpfe in der Ukraine so heftig geführt? Darüber ist ein Aufsatz vom österreichischen Generalmajor Karl Korzer, veröffentlicht in der NFP am 26. August 1920, höchst erkenntnisreich. Zu Beginn des Zeitungsartikel führte er aus, dass sich die russische Kriegsberichterstattung in letzter Zeit wiederholt auf die Ereignisse in der Südukraine konzentriert hätte, wo „*der einer altschwedischen Familie entstammende Baron Wrangel als Nachfolger des anti-bolschewistischen Generals Denikin seine Herrschaft allmählich über ein Gebiet ausgedehnt*“ habe „*welches nach seiner eigenen Angabe größer als Frankreich ist und sich über die südrussische Steppe, die Halbinsel Krim und die Küstengegenden des Schwarzen und Asowschen Meeres zwischen Dnjepr und Don erstreckt.*“ Anschließend wies Korzer darauf hin, dass bei der Kultivierung der Steppe zum Getreideland „*den zahlreichen deutschen Kolonisten ein großes Verdienst*“ zufalle. Nach seiner militärischen Beurteilung war Wrangel's Erfolg bei der Vertreibung der bolschewistischen Truppen aus dem Raum Zaporizžja sowie vom südlichen Ufer des Dnipro von strategisch wichtiger Bedeu-

⁴³¹ RP (Morgenblatt), 31.7.1919, 2-3; RP (Morgenblatt), 23.8.1919, 1; RF, 30.09.1919, 2; RP (Morgenblatt), 20.11.1919, 3.

tung. Zum einen musste die Sowjetregierung um den Verlust der reichen Kornkammern und großen Kohlenlager am Siverskyj Doneck fürchten. Außerdem waren die Bolschewiki gezwungen zu verhindern, dass „er [Vrangel'] die reichen Vorräte dieses Gebietes zum Ankauf von Kriegsmaterial und zur Unterstützung seiner gegenrevolutionären Zwecke verwende.“ Zum anderen konnte Vrangel' in diesem Gebiet Freiwillige zur Ergänzung seiner Truppen rekrutieren und in den Schwarzmeerhäfen dringend benötigtes Kriegsmaterial umschlagen. Neben anderen wichtigen Waffen wurden durch die Entente auch Militärflugzeuge zugeschoben.⁴³²

Im Vergleich dazu war die militärische Kraft Sowjetrußland größtenteils auf die Agrarrevolution zurückzuführen. Im Grunde genommen unterstützten alle Kleinbauern die Bolschewiki, da sie von ihnen als Garanten der Sozialisierung des Bodens wahrgenommen wurden. Dazu berichtete die AZ ihrer Leserschaft, dass „Die erste und folgenschwerste Tat der bolschewikischen Revolutionsregierung [...] die Konfiskation des großen Grundbesitzes“ war. Von hoher Relevanz für die Entstehung der Hungersnot erscheint folgende Information: „Diese gewaltige Umwälzung der Grundeigentumsverhältnisse hat riesige Bestände wertvoller Produktionsmittel zerstört.“ Schließlich hieß es zur Zusammensetzung der Roten Armee: „Trotzky hat vor kurzem mitgeteilt, daß die rote Armee jetzt zu vier Fünfteln nicht aus Arbeitern, sondern aus Bauern bestehe.“⁴³³

Abramovič schrieb über die Grundeigentumsverhältnisse folgendes: „Die große russische Agrarrevolution, wohl die größte der Weltgeschichte, hat die ganze Klasse der Großgrundbesitzer, die bis dahin über die russischen Bauern geherrscht hatte, spurlos vom Erdboden weggefeht“. Ferner argumentierte er in Bezug auf die Unterstützung der Bolschewiki durch die Kleinbauern: „im großen und ganzen hatte sich die Bauernschaft trotz ihres Hasses gegen den Kommunismus auf die Seite der Räteregierung geschlagen; denn diese hatte ja schließlich das getan, was der Bauer brauchte: sie hatte die Grundherren vertrieben.“⁴³⁴

In seinem Beitrag über die „Eindrücke aus Sowjetrußland“ betonte Müller, dass es falsch wäre „alle Uebel, an denen Rußland leidet, einfach dem Kommunismus und Bolschewismus in die Schuhe zu schieben.“ Auch Revolution und der durch die Entente geschürte Bürgerkrieg hätten zum Zusammenbruch der russischen Landwirtschaft beigetragen.⁴³⁵ Das sozialdemokratische Tagblatt vertrat zur Intervention der Entente-Mächte und Konterrevolution eine Meinung, die es auf den Punkt brachte: „Vergebens rüstet die Entente immer neue

⁴³² NFP (Morgenblatt), 26.8.1920, 3.

⁴³³ AZ (Morgenblatt), 20.12.1919, 1.

⁴³⁴ AZ (Morgenblatt), 24.7.1923, 3.

⁴³⁵ NFP (Morgenblatt), 26.7.1922, 2.

Vasallenheere aus, Rußland niederzuwerfen. Sie könnte siegen, hätte sie es nur mit dem wenig zahlreichen, ausgehungerten Proletariat der russischen Städte zu tun. Sie ist ohnmächtig, weil ihr die achtzig Millionen des russischen Bauernvolkes gegenüberstehen. Aus der Erde, deren sich der russische Bauer bemächtigt hat, sprießt die Kraft, an der immer wieder der Ansturm der Konterrevolution zerschellt.“⁴³⁶

In den analysierten Quellen sind Meldungen über Seuchen und Exzesse der Kriegsparteien im Raum der Südukraine selten. Besonders selten sind Zeitungsartikel, die deutsche Kolonisten betreffen.

Zuerst einige Forschungsergebnisse zur Berichterstattung über Seuchen und deren Verbreitung. Generell haben die Untersuchungen ergeben, dass in der Wiener Tagespresse zwischen Frühjahr 1920 und Herbst 1923 relativ wenig über Epidemien, verursacht durch Soldaten und Banditen, publiziert wurde. Eher fanden sich Presseberichte über die Ausbreitung von Seuchen infolge des Zuges der Hungerflüchtlinge.⁴³⁷ Die folgende Auswahl soll kurz gefasst die relevantesten Zeitungsartikel wiedergeben.

Im Juli 1921 versorgte die NFP ihre Leserschaft mit folgenden Nachrichten: *„Hunger und Cholera stehen am Ende des Herrschaftstraumes von Lenin und Trotzki.“* Laut einer Meldung der Moskauer Izvestija seien die sanitären Maßnahmen des Landes trostlos und zeigten ein erschütterndes Bild der hygienischen Zustände. *„trotz der Trockenheit sind die Straßen der Städte voll Kot, eine Kanalisation besteht nicht mehr, und aus dem fließenden Wasser sind Tümpel geworden, die eine ungeheure Ansteckungsgefahr bilden. Hiezu gesellt sich eine noch nie dagewesene Wanderung der Landbevölkerung die ihre Ursache in der Hungersnot hat. Millionen hungernder Bauern verlassen ihre Heimat und bringen Ansteckung und Tod über Tausende von Kilometer.“* Außerdem soll nach einer Meldung der „*Ekonomičeskaja Žizn*“ (Ökonomisches Leben) der Viehbestand fast völlig vernichtet und die Zahl der Hungerflüchtlinge bereits auf über zwei Millionen angestiegen sein. Die Auswanderung aus den notleidenden Gebieten ginge *„panikartig und unorganisiert unter den schlimmsten hygienischen Verhältnissen vor sich“*. Daher bedeute die flüchtende Bevölkerung als Verbreiterin der Cholera eine außerordentliche Gefahr. Schließlich erfuhren die Leser des liberal-demokratischen Tagblattes, dass deutsche Kolonisten aus den Wolgakolonien und der berühmten Kornkammer der Südukraine versuchten sich bis Deutschland

⁴³⁶ AZ (Morgenblatt), 20.12.1919, 1.

⁴³⁷ Anm. des *Verfassers*: Nach völkerrechtlicher Definition in der Genfer Flüchtlingskonvention ist Hunger kein anerkannter Fluchtgrund.

durchzuschlagen, um dort Rettung zu finden. Auch aus dem Nordkaukasus, Sibirien und Turkestan kamen Karawanen deutscher Bauern mit demselben Ziel.⁴³⁸

Das sozialdemokratische Zentralorgan berichtete zum Zug der Hungerflüchtlinge aus einem Artikel der Pravda: „*Es wandern Hunderttausende Menschen aus, Männer, Frauen, Kinder und Greise. Man kann sich gar nicht vorstellen, wie viele auf dem Wege aus Erschöpfung und an Seuchen zugrunde gehen.*“ Ferner wurde verlangt die Auswanderung so zu steuern, dass arbeitsfähige Männer im Donbass und der Ukraine als Arbeiter eingesetzt werden konnten. Im Jänner 1922 informierte die AZ ihre Leser über eine Typhusepidemie und Fälle von Skorbut in Mariupol, Grischino und Taganrog. Im Februar erschien ein Artikel mit dem Titel „*Rußland eine Gefahr für die europäische Gesundheit!*“ Darin war von Millionen an Cholera und Flecktyphus Erkrankten und der bestehenden Seuchenzone zwischen Sowjetrussland und Polen zu lesen. Außerdem werde befürchtet, dass aufgrund dieser humanitären Katastrophe „*700.000 russische Flüchtlinge im nächsten Frühjahr an den Grenzen Polens und der baltischen Staaten*“ stehen würden. Über Maßnahmen gegen eine weitere Ausbreitung von Infektionskrankheiten informierte ein Artikel der RP vom April 1922. Demnach suchte Polen beim Völkerbund um die Einberufung einer europäischen Sanitätskonferenz in Warschau an. Als Grund wurden die seit Jänner 1922 eintreffenden Berichte über die hohe Zunahme der epidemischen Erkrankungen, insbesondere von Fleckfieber, Ruhr, Typhus und Cholera sowie über die Hungersnot in der Südukraine angegeben.⁴³⁹

Aufmerksamkeit musste auch der in der NFP im metaphorischen Stil verfasste Beitrag „*Die apokalyptischen Reiter. Im Hungergebiet Südrußlands*“ vom österreichischen Journalisten und Kriegsberichterstatte Colin Ross erregen. In Bezug auf die drohende Flüchtlingswelle vertrat er eine völlig konträre Meinung: „*Europa braucht also nicht zu fürchten, daß die Hungernden raubend in seine Grenzen einfallen. Aber eine andere Gefahr droht: die der Seuche.*“ Außerdem argumentierte er, dass die Grenze zu den Sowjetrepubliken viel zu lang wäre, um Europa wirksam gegen Epidemien schützen zu können. Schließlich äußerte sich auch Müller in seinen Schilderungen über die Lage der deutschen Kolonisten in der südlichen Ukraine: „*Der Typhus in allen Formen wütete schon im Frühjahr [1922], für den Sommer wird sich als unheimlicher Gast die Cholera hinzugesellen.*“⁴⁴⁰

Diese Forschungsergebnisse haben deutlich gezeigt, dass die wenigen relevanten Zeitungsberichte nichts über die Verbreitung von Seuchen durch Soldaten oder Guerillas verraten.

⁴³⁸ NFP (Morgenblatt), 20.7.1921, 4; NFP (Morgenblatt), 21.7.1921, 1,3; NFP (Morgenblatt), 26.7.1921, 3.

⁴³⁹ AZ (Morgenblatt), 10.8.1921, 4; AZ (Morgenblatt), 25.1.1922, 3; AZ (Morgenblatt), 6.2.1922, 3; RP (Morgenblatt), 22.4.1922, 6.

⁴⁴⁰ NFP (Morgenblatt), 16.7.1922, 3; NFP (Morgenblatt), 26.7.1922, 2.

Lediglich ein Artikel der RP vom 13. März 1921 lässt indirekt Rückschlüsse auf die Verseuchung der Zivilbevölkerung durch militärische beziehungsweise paramilitärische Einheiten zu. Er befasst sich mit Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von seuchenartigen Krankheiten auf Basis von Erfahrungen die im Ersten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit gemacht wurden. Unter anderem hieß es: „*Die schrecklichen gesundheitlichen Verhältnisse, unter denen die kämpfenden Truppen leben mußten, zeitigten schon in kurzer Zeit Verlausung und epidemische Krankheiten wie Cholera, Typhus, Flecktyphus und Ruhr.*“ Da, wie oben dargestellt, sowohl ukrainische Dörfer und Städte, als auch deutsche Kolonien wiederholt von den Kriegsparteien geplündert und überfallen wurden, erscheint die Verbreitung dieser Krankheiten durch reguläre Truppen oder Freischaren schlüssig. Vor allem in der Etappe und im Hinterland muss es häufig zu Ansteckungen gekommen sein. Dementsprechendes Wissen dürfte unter den österreichischen Zeitgenossen verbreitet gewesen sein, wenn sie von Seuchen in der Südukraine lasen. Ein interessantes Resultat dieser Studie betraf auch den Verlauf von Seuchen innerhalb militärischer Einheiten. So wurde festgestellt, dass Choleraepidemien bei nichtgeimpften Russen schneller erloschen als bei prophylaktisch geimpften Deutschen.⁴⁴¹

Welche Nachrichten erreichten nun Wien in Bezug auf die Kämpfe und Exzesse anderer Kriegsparteien? Wie bei den Nachrichten über die Machnovščina wurde auch hier, abgesehen von Pogromen gegen die Juden, größtenteils nicht nach Ethnien differenziert von Raubzügen der kämpfenden Truppen berichtet. Ist die Annahme zulässig, dass die zeitgenössischen Wiener Leser von der Existenz deutscher und österreichischer Siedlungen und Landgüter in der Südukraine wussten und dadurch die Aktionen der Kriegsparteien in der Ukraine auch mit den deutschen Kolonisten assoziierten? Dafür spricht einerseits die häufige Berichterstattung in der Wiener Tagespresse über die Deutschenhetze oder die Enteignung und Vertreibung deutscher Kolonisten im Zusammenhang mit den Liquidationsgesetzen von 1915.⁴⁴² Andererseits lieferten andere zeitgenössische Quellen, wie beispielsweise vom russland-deutschen Autor und Vertriebenenfunktionär Johannes Schleuning oder vom Interessensvertreter deutscher Minderheiten in Russland Karl Lindemann, ausreichende Belege.

⁴⁴¹ RP (Morgenblatt), 13.3.1921, 10-11.

⁴⁴² RP (Nachmittagsausgabe), 15.1.1915, 1; AZ (Morgenblatt), 3.2.1915, 4; NFP (Morgenblatt), 2.3.1915, 1; RP (Morgenblatt), 20.2.1915, 2; NFP (Abendblatt), 24.4.1915, 2; NFP (Morgenblatt), 23.3.1916, 6; RP (Nachmittagsausgabe), 6.4.1916, 2; NFP (Morgenblatt), 12.4.1916, 7; RP (Morgenblatt), 14.4.1916, 2; AZ (Morgenblatt), 18.4.1916, 4; NFP (Morgenblatt), 18.4.1916, 5; RP (Morgenblatt), 20.4.1916, 3; RP (Morgenblatt), 12.7.1916, 10.

Die Forschungsergebnisse über die Verwüstungen in deutschen Kolonien durch Bauernrevolten sowie durch die Machno-Bewegung wurden bereits oben ausführlich dargestellt. Bleibt noch eine Untersuchung der Plünderungsexzesse und Zwangs-Requirierungen seitens der restaurativen Freiwilligen- beziehungsweise Roten Arbeiter- und Bauernarmee. Eine eingehende Analyse in Bezug auf die Kampagnen der Bolschewiki erfolgt im Unterkapitel Kriegskommunismus.

Zur Situation der Weißen Truppen und Kulaken schrieb die auflagenstarke AZ folgendes: *„Aber wenn die Konterrevolution droht, wenn die Armeen der zaristischen Generale anrücken, dann erhebt sich der russische Bauer für Moskau, dann kämpft er mit wahrer Leidenschaft gegen die Weißen. Denn der Sieg der Generale, die Wiederkehr des Zarismus, das würde ja die Wiederkehr der Grundherren, den Verlust des vor kurzem erst errungenen Bodens bedeuten!“*⁴⁴³ Auf gleicher Argumentationslinie lag das „Unabhängige Tagblatt für das christliche Volk“ das im September 1919 entsprechend einer Meldung des Ukrainischen Pressedienstes einen Beitrag über das herrschende Chaos in Sowjetrussland veröffentlichte, worin die Restauration des Ancien Régimes und die bedrohliche Lage der Großgrundbesitzer thematisiert wurde. *„Die aufständischen Bauern verjagen von neuem die Großgrundbesitzer, die Denikin mit Waffengewalt zurückgebracht hatte und bekriegen die Abteilungen Denikins, die mit Feuer und Schwert das Bauernland „pazifizieren“ wollen.“*⁴⁴⁴

Ebenfalls auf eine Meldung des Ukrainischen Pressedienstes bezog sich die auf Agitation ausgerichtete RF nach dem Scheitern der „Denikin-Offensive“ auf Moskau. In der Ausgabe vom 26. November 1919 wurde berichtet, es habe Aufstände an allen Orten der Südukraine gegeben. Zum Beispiel hieß es aus dem Raum Odessa: *„Auf dem ganzen von Denikin besetzten Gebiete sind Aufstände ausgebrochen. Der gesamten Bevölkerung ist Denikin wegen seiner zaristischen Tendenzen verhaßt“*. Außerdem wurde berichtet: Aufgrund *„der tatsächlichen Lage gilt die Unternehmung des Generals Denikin, Groß-Rußland vom Süden aus wieder aufzurichten, als vollständig gescheitert.“* Daneben erschien ein ideologisch und agitatorisch motivierter Artikel mit dem Titel *„Denikins Lügenberichte“*, der Meldungen über seinen Durchbruch im Frontabschnitt Orel-Tambov infrage stellte. Entsprechend einem Bericht der regierungsnahen „Izvestija“ erfuhr man in der Ausgabe vom 16. Dezember 1919: *„Der Bürgerkrieg [...] ist ein in der Geschichte noch nie da gewesener [...] nur in einem so rein agrarischen Lande bestehen Bedingungen, unter denen jede der kriegführenden Parteien gezwungen war, die neutralen Bauernmassen zwangsweise einzuziehen.“*

⁴⁴³ AZ (Morgenblatt), 20.12.1919, 1.

⁴⁴⁴ RP (Morgenblatt), 11.9.1919, 4.

*Jetzt aber ist das ganze Bauerntum freiwillig auf unsere Seite [der Bolschewiken] gegangen, es steht geschlossen hinter uns“.*⁴⁴⁵

Als Teil des prosperierenden Bauerntums unterstützten die wohlhabenden deutschen Ansiedler eher die Weißen Garden Denikins und Vrangels, die sowohl für eine restaurative Agrarpolitik als auch gegen die Herrschaft der Bolschewiki und die anarchistische Bewegung Machnos kämpften. Viele deutsche Kolonisten zogen es daher vor unter ihrem Kommando zu dienen. Auf der Krim kam es sogar zur Aufstellung eines rein deutschen Jägerbataillons unter der Führung des deutschen Oberleutnants G. von Homeyer.⁴⁴⁶ Einer seiner Mitstreiter soll E. Prosche ein Reserve-Leutnant der österreichischen Armee gewesen sein.

Einem Beitrag der RP vom Juli 1919 über das „*Vordringen Denikins in der Ukraine*“ war zu entnehmen, dass die Offensive des antibolschewikischen Armeeführers Denikin so erfolgreich fortschreite, dass man noch vor dem Herbst mit einer Besetzung der gesamten Ukraine rechnen könne. Zur Truppenstärke und Unterstützung durch die wohlhabenden Bauern erfuhr man: „*Die Armee Denikins zählt 200.000 Mann und wächst im Laufe des Vormarsches infolge des Anschlusses der vermögenden Bevölkerung immer mehr an.*“⁴⁴⁷

Zur militärischen Stärke Sowjetrussland und Unterstützung der Weißen Garden durch das prosperierende Bauerntum äußerte sich Abramovič in der AZ folgendermaßen: „*Die Kommunisten saßen fest im Sattel und führten einen erbitterten Kampf gegen die aufständischen zaristischen Generale und die ihnen verbündeten ehemaligen Grundbesitzer.*“⁴⁴⁸

Zu Weihnachten 1919 veröffentlichte die RF unter der Schlagzeile „*Hinter der Denikinischen Front*“ den Bericht eines soeben aus Südrussland zurückgekehrten Kenners der dortigen Verhältnisse. In Bezug auf die Reorganisation der Gouvernements-Verwaltung und Rekrutierung von Soldaten durch die Konterrevolutionäre sowie deren Anhängerschaft wusste er folgendes zu berichten: „*Die Polizei und alle Organe des Nikolausschen Regimes sind wieder eingesetzt worden [...] Die Behörden waren kaum imstande, ein Drittel der einberufenen einzuziehen [...] Im Allgemeinen sind das Proletariat und Bauerntum bolschewistisch, der größte Teil der Intelligenz, die Großbauern, die Geistlichen reaktionär.*“ Darüber hinaus informierte er die Leser über Plünderungsexzesse durch Weißgardisten: „*Die Armee lebt von dem, was sie erobert. In der Armee besteht Raubfreiheit, und die Räubereien nehmen einen unglaublichen Umfang an.*“⁴⁴⁹

⁴⁴⁵ RF, 26.11.1919, 1 und RF, 16.12.1919, 2.

⁴⁴⁶ *Schleuning*, Aus tiefster Not, 50.

⁴⁴⁷ RP (Morgenblatt), 17.7.1919, 5.

⁴⁴⁸ AZ (Morgenblatt), 24.7.1923, 3.

⁴⁴⁹ RF, 24.12.1919, 2-3.

Nach einer Meldung des „Journal“ aus Katerynodar (seit 1920 Krasnodar) berichtete die RP von einem Befehl General Denikins bezüglich der Rekrutierung deutscher und österreichischer Kolonisten: *„In dem von ihm besetzten Gebiet müssen sich Deutsche, Oesterreicher, Türken und Bulgaren beim Platzkommandanten zur Eintragung in Listen melden.“*⁴⁵⁰

Über eine *„Erfolgreiche Erhebung der deutschen Kolonisten in Südrußland gegen die Bolschewisten“* berichtete die NFP im August 1919. Demnach meldete das Rumänische Pressebüro, dass *„sich die Deutschen in Odessa, Wigoda, Marikki und in den deutschen Kolonien am Schwarzen Meere gegen die Bolschewisten erhoben haben. Eine aus 3000 Mann bestehende Armee wurde bereits gebildet, die die bolschewistischen Truppen aus der ganzen Gegend vertrieb. In Lusdorf gelang es den deutschen Truppen, den Kommandanten der Roten Truppen in Odessa Mijiwjecz gefangen zu nehmen.“*⁴⁵¹

Resümierend lässt sich festhalten, dass die Massaker, Zerstörungen, Zwangs-Requirierungen und Epidemien während des Bürgerkriegs zu einem starken Rückgang der Saatflächen in den Kolonien, bedingt durch den Ausfall von menschlichen und materiellen Ressourcen, führten. In Verbindung mit der Missernte von 1920 bahnte sich eine Hungerkatastrophe von ungeheurem Ausmaß an.

5.1.5 Kriegskommunismus (Die Wirtschaftspolitik Sowjetrusslands)

Eine wesentliche Ursache für die Entstehung der Hungersnot in der Südukraine war die andauernde Schwächung der deutschen Kolonien durch den Kriegskommunismus. Angelpunkt für die Wirtschaftspolitik Lenins war die seit dem Ersten Weltkrieg andauernde Versorgungskrise mit Lebensmitteln. Um diese Krise zu überwinden, versuchten die Bolschewiki durch eine neue Wirtschaftsordnung die Versorgung der Roten Armee und des städtischen Proletariats mit ausreichender Nahrung sicherzustellen. Das „Dekret über Grund und Boden“, welches nur einen Tag nach dem Oktoberputsch erlassen wurde, entzog auch den wohlhabenden deutschen Siedlern die Existenzgrundlage und zielte von Anfang an auf die Zerstörung ihrer Siedlergemeinschaft ab. Dieses Gesetz legitimierte nicht nur die revolutionäre Landaufteilung der Bolschewiki, sondern auch die barbarischen Aktionen der Kleinbauern und Landlosen an den dörflichen Großbauern (Kulaki). Auf Grundlage des Gesetzes über „Die Verteilung des Bodens durch die Landkomitees“⁴⁵² und des Dekretes über „Die

⁴⁵⁰ RP (Morgenblatt), 22.8.1919, 3.

⁴⁵¹ NFP (Morgenblatt), 23.8.1919, 6.

⁴⁵² Sbornik dokumentov po zemel'nomu zakonodatel'stvu SSSR i RSFSR, 1917-1954, 13f.; Sobranie zakonov i rasporjazenij Raboce-krest'janskogo Pravitel'stva (kurz SU RSFSR) 1917 Nr. 2 Art. 20. In: *Alt-richter, Haumann*, Die Sowjetunion, Bd. 2, 30f.

Etablierung der Sowjetmacht auf dem Lande“⁴⁵³ sollten die Räte der Bauerndeputierten als bevollmächtigte Organe der Staatsmacht vor Ort die rasche Übergabe der Ländereien an die armen Bauern (Bednota) organisieren. Da die Exekutive der Sowjetmacht zu dieser Zeit in der Ukraine noch schwach ausgeprägt war, kam es im Zuge der Übergaben auch häufig zu Übergriffen, Plünderungen und Streitigkeiten unter den Bednota sowie zu Amtsmissbrauch durch die örtlichen Bauerndeputierten. Scheinbar erfolgte die Aufteilung von Grund und Boden zumeist durch die Kleinbauern selbst im Sinne einer „schwarzen Umverteilung“ nach den ortsüblichen Normen der jeweiligen Landgemeinde. Der Abschluss der Umverteilung der ländlichen Besitzungen war regional unterschiedlich, je nach dem wer gerade die Herrschaft über die Schwarzmeerdeutschen ausübte.⁴⁵⁴ Welche Berichte der Wiener Tagespresse über den Kriegskommunismus und seine Folgen waren der Leserschaft zugänglich? Vorab einige erläuternde Bemerkungen zu den durchgeführten Untersuchungen. Sie erfolgten gestützt auf die bereits oben angeführte These, wonach die zeitgenössischen Wiener Leser von der Existenz deutscher und österreichischer Siedlungen und Landgüter in der Südukraine Kenntnis hatten. Obwohl die Kolonisten in Presseberichten über den Kriegskommunismus nicht explizit erwähnt wurden, dürfte die Wiener Öffentlichkeit Maßnahmen, die aufgrund der bolschewistischen Gesetzgebung gegen den Großgrundbesitz erfolgten, auch mit den deutschen Kulaki assoziiert haben. Außerdem war zu bedenken, dass die Masse der deutschen Kolonisten aufgrund der Größe ihres Grundbesitzes als Kulaki galten und die Schwarzmeer-Gouvernements, als die Hungerkatastrophe eskalierte, bereits gänzlich unter bolschewistischer Herrschaft standen.

Im Dezember 1917 gab die AZ einen Artikel vom Sozialrevolutionär Nikolaj Rubakin⁴⁵⁵ heraus, worin er über die Bauerndeputierten folgendes schrieb: *„Außerdem gibt es einige tausend Bauerndeputiertenräte (Gouvernements-, Kreis-, Gemeinde- und Dorfräte), eine Menge Agrarcomités, die das Material zu einer bis jetzt unerhörten Agrarreform durcharbeiten und hauptsächlich aus einfachen Bauern bestehen“*. Diese seien vielfach Analphabeten, die sich aber mit erstaunlicher Genauigkeit in den komplizierten Agrarfragen zurechtfinden und sich zur *„Sache der schwarzen Verteilung - wie zu einer religiösen Zeremonie verhalten.“* Zudem wurde berichtet, dass *„die Agrarcomités, indem sie, gemäß den örtlichen Besonderheiten [...] praktische Methoden und Wege zur Verwirklichung der Reform suchen, zweifellos schöpferische Arbeit tun.“* Schließlich argumentierte das Tagesblatt tref-

⁴⁵³ SU RSFSR 1917 Nr. 2 Art. 23; Sbornik dokumentov po zemel'nomu zakonodatel'stvu, 15. In: *Ebda*, 32.

⁴⁵⁴ *Ebda*, 16.

⁴⁵⁵ Historisches Lexikon der Schweiz, Nikolaj Rubakin, cit. *Der Pädagoge und Bibliograf R. [...] verfasste 280 millionenfach verkaufte Bücher und Broschüren zur Förderung der Volksbildung*. Online unter: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/028384/2010-05-17/>.

fend: Diese Agrarpolitik wäre aus Sicht der Gutsbesitzer Anarchie, aus Sicht der Bauern „die Schaffung einer neuen Ordnung auf der Grundlage der Gerechtigkeit.“⁴⁵⁶

Die RP veröffentlichte am 23. November 1918 unter der Schlagzeile „Die Kommunistenrepublik des Ostens“ zur Versorgungskrise mit Nahrungsmitteln und Brennstoffen folgenden Inhalt: „Der Bürgerkrieg, der die Folge des von den Bolschewiken auf die Spitze getriebenen kommunistischen Klassenkampfes ist, entspricht durchaus nicht dem Geschmack der friedensbedürftigen Bevölkerung. Er führt zu einer vollkommenen Desorganisation des Verkehrswesens, zur Isolierung des Nordens Rußlands von den getreide- und kohlenreichen südlichen Gouvernements und in weiterer Folge zur Hungersnot in den beiden Hauptstädten und im ganzen Nordwesten Rußlands.“ Außerdem wurde die Leserschaft über die bevorstehende Konstituante, die Landaufteilung und den Konflikt zwischen Lenin und dem sozialrevolutionären Parteiführer Viktor Michajlovič Černov informiert.⁴⁵⁷

Nach Meldungen aus Kopenhagen und Stockholm publizierte die AZ im Frühjahr 1919 zur Ernährungslage des städtischen Proletariats folgende Berichte: In Petrograd soll es zu einer Hungerrevolte mit heftigen Barrikadenkämpfen gekommen sein, wo die Reihen der Arbeiter durch Maschinengewehrfeuer chinesischer Soldaten des Roten Heeres stark gelichtet wurden. In einem weiteren Presseartikel bezeichnete Lenin die Ernährungslage Russlands als verzweifelt und „Er warf den Bauern vor, daß sie die Getreidevorräte zugrunde gehen lassen, anstatt sie nach Petersburg zu schicken.“⁴⁵⁸

Im Wirtschaftsteil der NFP (Der Economist) vom 23. Juli 1921 konnte man in einem Artikel vom Pädagogen und Philologen Viktor Püttner zum „Dekret über Grund und Boden“ und seiner Verankerung in der sowjetrussischen Verfassung lesen: „Durch das Heer, also durch bäuerliche Elemente, kamen am 25. Oktober 1917 die Bolschewisten zur Macht. Bereits am folgenden Tage, am 26. Oktober, erschien das Dekret über „Grund und Boden“, das den Uebergang des ganzen Bodens an die Bauernschaft verfügte. Das Grundgesetz vom 19. Februar 1918 hob jedes „Eigentumsrecht an dem Boden, den Bodenschätzen, den Gewässern, Forsten und allen lebendigen Naturkräften“ auf; Grund und Boden wurden zur Nutzung dem werktätigen Volke übergeben.“⁴⁵⁹

Aus einer Ausgabe der NFP vom Dezember desselben Jahres war in Bezug auf die revolutionäre Landaufteilung zu erfahren: „Die Vorstellung, daß die Revolution allen Grund und Boden verstaatlicht hätte, ist zwar weit verbreitet im Ausland, aber falsch. Im Grunde stellt

⁴⁵⁶ AZ (Morgenblatt), 29.12.1917, 2.

⁴⁵⁷ RP (Morgenblatt), 23.1.1918, 1.

⁴⁵⁸ AZ (Morgenblatt), 2.4.1919, 3; AZ (Morgenblatt), 4.4.1919, 5.

⁴⁵⁹ NFP (Morgenblatt), 23.7.1921, 10.

die Agrarpolitik der Regierung nur eine logische Fortsetzung der seit einem halben Jahrhundert im Gange befindlichen Bauernbefreiung dar. Die Bauern selbst haben mit der revolutionären Aneignung eines großen Teiles des Großgrundbesitzes tüchtig aus eigener Initiative mitgeholfen. Sie sind bei dieser Operation sogar blindwütig vorgegangen, haben Gebäude und Anlagen zerstört und mit der ungeordneten Verteilung auch die Wirtschaftlichkeit des Ackerbaues schwer geschädigt.“ Zu den ortsüblichen Normen der jeweiligen Landgemeinde bei der Landverteilung führte der Korrespondent an: *„Je nach den örtlichen Besitz- und Wirtschaftsverhältnissen eigneten sich die Bauern das Land der Grundherren als Privateigentum oder als Zuwachs zum Gemeinbesitz der Gemeinden an.“*⁴⁶⁰ Über die barbarischen Aktionen der Kleinbauern und Landlosen gegenüber den Kulaki waren aus den analysierten Quellen folgende Artikel für die Leserschaft besonders informativ:

Von den doktrinären Wirtschaftsreformen der Bolschewiki erfuhren die Leser der NFP aus einem Artikel mit dem Titel *„Die Zustände in Rußland“* vom Jänner 1918. Er beruhte auf Darstellungen eines mit den russischen Verhältnissen vertrauten und der russischen Sprache mächtigen österreichisch-ungarischen Offiziers. Darin hieß es die Aufteilung des Großgrundbesitzes erfolge scheinbar nach keinen festen Prinzipien, sondern *„via facti durch Zugriff der landhungrigen Bevölkerung, die sich eben den Besitz der großen Grundherren aneignet.“* Demnach solle die Reform unter entsetzlichen Begleitumständen stattgefunden haben: *„Mord, Plünderung, Vernichtung der landwirtschaftlichen Geräte, ja selbst der Erntevorräte sind an der Tagesordnung. Die Grundbesitzer sind in großer Zahl ins Ausland geflohen, sie sind völlig ruiniert.“*⁴⁶¹

Die AZ berichtete dazu folgendermaßen: *„Die russischen Bauern haben sich auf den Großgrundbesitz gestürzt, sie haben die Gutshöfe niedergebrannt, den Boden und das Inventar untereinander aufgeteilt. Das war keine sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft: die Bauern weit entfernt davon den Boden als Gemeinbesitz zu übernehmen und zu bewirtschaften, haben sich des Bodens der Grundherren bemächtigt, um ihn auf einander als Privateigentum aufzuteilen.“*⁴⁶²

Popoff meinte in der NFP zur Aufteilung von Grund und Boden: *„In der Praxis artete die „Landaufteilung“ unter der Herrschaft der Bolschewisten einfach in einen unorganisierten Raub aus: die Bauern stürzten sich auf die Ländereien ihrer Gutsbesitzer oder Pächter und*

⁴⁶⁰ NFP (Morgenblatt), 16.12.1921, 2-3.

⁴⁶¹ NFP (Morgenblatt), 22.1.1918, 2.

⁴⁶² AZ (Morgenblatt), 20.12.1919, 1.

schlossen den „neuerworbenen“ Besitz einfach ihrem bisherigen Gemeindelande an. “ Weiter hieß es die Landaufteilung habe viel zur späteren Hungerkatastrophe beigetragen.⁴⁶³

In den von den ukrainischen Zentralregierungen beherrschten Gebieten gestaltete sich die Grundenteignung etwas demokratischer beziehungsweise restaurativer. So erfuhr man aus der RP vom Aufschub der Grundenteignung aufgrund des Protestes polnischer Großgrundbesitzer. Auf der Titelseite der Nachmittagsausgabe vom 22. Dezember 1917 konnte man lesen: *Da die geplante Agrarreform „aber auch ukrainische, deutsche und russische Großgrundbesitzer und zwar in einem ungleich höheren Maße als die Polen“ betraf, lud „der ukrainische Regierungschef Wladimir Wynytschenko die Vertreter des Großgrundbesitzes und der Agrarindustrie zu einer Konferenz, in welcher die Frage der Enteignung eingehend erörtert wurde.“* Im Endergebnis durfte der Großgrundbesitz bis zu einer endgültigen Beschlussfassung durch die ukrainischen Regierung nicht beschlagnahmt werden.⁴⁶⁴

Gegenüber der NFP erklärte der ukrainische Friedensdelegierte und Sozialrevolutionär Aleksandr Sevrjuk, die Ukrainische Volksrepublik jage in der Landfrage nicht wie die Bolschewiki Phantomen nach, sondern halte sich an das Mögliche und Erreichbare. Ferner meinte er: *„Wir haben in der wichtigsten und brennendsten Frage, der Agrarreform, begonnen. Der Grund und Boden wurde sequestriert und inventarisiert.“* Im Gegensatz zur Bodenverteilung unter sowjetrussischer Herrschaft, habe es keine Unruhen und Kämpfe gegeben. Außerdem sei es in der landwirtschaftlichen Produktion zu keinen Mindererträgen gekommen, *„da die Bebauung des Bodens, den bei uns so zahlreichen und gut organisierten landwirtschaftlichen Genossenschaften und Komitees übertragen wurde, die vortrefflich funktionieren und die das Reinertragnis an die Landwirte verteilen.“* Schließlich sei der Getreideverkehr monopolisiert worden, was künftig auch mit der Zuckerproduktion geschehen solle. Gegenüber den Bolschewiki unterschied man sich vor allem dadurch, dass Gewerbe, Industrie und Finanzwesen in den Händen der Privatwirtschaft bleiben sollten.⁴⁶⁵

Warum die ukrainischen Sozialrevolutionäre letztlich an der Durchsetzung ihrer Agrarreform scheiterten, vermittelte Uebersberger in einem Artikel der NFP besonders treffend: *„Das dritte Universal und das Agrargesetz vom 18. Januar 1918 mit seiner Sozialisierung des gesamten Grund und Bodens mußte in der Ukraine, wo der russische Gemeindebesitz niemals Wurzel fassen konnte, auf den Widerstand des an seinen Eigenbesitz eifersüchtigen Bauern, ob er nun Groß- oder Kleinbauer war, stoßen.“*⁴⁶⁶

⁴⁶³ NFP (Morgenblatt), 19.9.1923, 11.

⁴⁶⁴ RP (Nachmittagsausgabe), 22.12.1917, 1.

⁴⁶⁵ NFP (Morgenblatt), 19.2.1918, 2-3.

⁴⁶⁶ NFP (Morgenblatt), 9.5.1918, 3-4.

Eine konsequente Agrarreform im Interesse aller betroffenen Parteien sollte auch zur Zeit des Ukrainischen Staates misslingen.

Am 5. Mai 1918 brachte die RP einen Pressebericht über die Erhebung General Skoropads'kyjs zum Hetman der Ukraine heraus, der gegen die politischen und sozialen Pläne der bisherigen Regierung auftrat. In einem weiteren Artikel derselben Nummer berichtete das katholisch-konservative Tagesblatt auch über die Hauptaufgabe des neuen Kabinetts: die nationale Wiedergeburt und die Agrarreform. Über die Bodenreform erfuhren die Leser, dass es zu einer auf bürgerlicher Gesellschaftsordnung basierenden Agrarpolitik kommen werde, mit dem Ziel verbindliche Rechtsnormen zu schaffen und den Niedergang der Wirtschaft aufzuhalten. Zum Zustand einer fehlenden politischen Ordnungsmacht hieß es wörtlich: *„Die Bauernmassen warteten die endgültige Regelung der Agrarfrage durch die Konstituante nicht ab, sondern verteilten die Güter untereinander, wobei es zu argen Plünderungen der Gutshöfe, Brandstiftungen und Morden kam. Die Wälder wurden ausgerodet, die blühende landwirtschaftliche Industrie vernichtet. Die geraubten Güter wurden meistens nicht bebaut.“*⁴⁶⁷

Ähnlich äußerte sich auch Stephan von Dobay gegenüber der NFP. Sein Artikel *„Persönliche Erfahrungen in der Ukraine“* schloss auch ein kurzes Gespräch mit dem Hetman und reichsten Grundbesitzer der Ukraine Skoropads'kyj über sein politisches Programm ein. Nach Dobay habe die Central'na Rada *„die Art und Weise und das Maß der Bodenverteilung nicht festgesetzt, gesetzlich nicht geregelt.“* Darüber hinaus hätten die Bauern in den folgenden Wirren ohne gesetzliche Verfügungen abzuwarten, große Besitztümer sofort zerstückt und verteilt. Ferner führte er aus: Als Antwort auf das Plündern und Morden sei es durch die Großgrundbesitzer und reichen Bauern zur Gründung einer reaktionären Partei sowie von Selbstschutzeinheiten gekommen. Außerdem soll die Regierung Skoropads'kyjs an einer neuen Gesetzesvorlage zur Agrarreform, die sowohl den Schutz des Privateigentums, als auch die Befriedigung der Bodengier ukrainischer Bauern vorgesehen hätte, gearbeitet haben. Letztlich blieb diese Gesetzesinitiative, aufgrund des Widerstandes seitens der nationalistischen Opposition, erfolglos.⁴⁶⁸

1920 berichtete das kommunistische Zentralorgan über eine Agrarreform Vrangels, die er in seinen kontrollierten Gebieten plante. Durch eine auf der Krim gebildete Regierung Südrusslands unter dem Vorsitz von Aleksandr Vasil'evič Krivošein, sollte ein von den Gutsbesitzern diktiertes Gesetz umgesetzt werden. Allerdings würde diese Reform nach Meinung der Tageszeitung zu keiner gerechten Landaufteilung, sondern zurück zur Ausbeutung

⁴⁶⁷ RP (Morgenblatt), 5.5.1918, 3-4.

⁴⁶⁸ NFP (Morgenblatt), 1.8.1918, 2-3.

des Bauerntums führen. Im gewohnt propagandistisch-agitatorischen Stil wurde behauptet, an der Spitze der Gutsbesitzer stünde der Großgrundbesitzer und ehemalige zaristische reaktionäre Minister Krivošein, was beweisen würde, dass „in den „agrarischen Institutionen“ Gutsbesitzerkreaturen oder auch die Gutsbesitzer selbst am Ruder stehen werden. Und unter solchen Bedingungen wird der größte Teil des Bodens in den Händen der Gutsbesitzer bleiben.“ Außerdem erfuhr die Leserschaft: Um die Weißgardisten stehe es schlecht, wenn sie mit der Dummheit der ländlichen Bevölkerung spekulieren, denn der Bauer werde Vrangeli „nachdem er von seinem „Gesetz“ erfahren hat [...] noch zehnmal so stark schlagen“. ⁴⁶⁹

Presseberichte über eine ukrainische Agrarreform während des Direktoriums konnten in den untersuchten Quellen nicht gefunden werden. ⁴⁷⁰ Ein Hinweis auf das Scheitern der ukrainischen Agrarpolitik in dieser Ära ist in einem Artikel von Colin Ross aus dem Jahre 1922 zu finden. Wie er in der NFP berichtete, habe die Hungerkatastrophe alle Agrarprogramme und Theorien der Regierung über den Haufen geworfen. Zum Unterschied zwischen russischen und ukrainischen Bauern sowie zur Landaufteilung meinte er: „Der ukrainische Bauer stand wirtschaftlich ja von jeher auf einer wesentlich höheren Stufe als der russische. Es gab Großbauern unter ihnen, die nach deutschen Begriffen bereits recht große Güter besaßen von 20, 50, 100 und mehr Desjatinen Land. Allen diesen kam nicht wie in Nord- und Mittelrußland die bolschewistische Revolution als die große Befreierin, sondern sie mußten vielmehr einen Teil ihres Landes hergeben.“ Darüber hinaus erfuhren die Leser, dass durch die Landaufteilung, die in der Ukraine keineswegs überall durchgeführt wurde, Bauernwirtschaften mit einer Durchschnittsgröße von 2,5 bis 12 Desjatinen geschaffen werden sollten. Außerdem könne jeder Bauer zwecks landwirtschaftlicher Produktionssteigerung so viel Land erhalten, als er erfolgreich zu bewirtschaften versprach. Schließlich äußerte sich Ross zur landwirtschaftlichen Konzessionspolitik der ukrainischen Regierung: „Die ukrainische Regierung bietet dem fremden Kapital Ackerfläche in beliebiger Größe zur Bewirtschaftung an für eine Konzessionsdauer von 24 Jahren und gegen einen Pacht-schilling von 20 bis 25 Prozent der Ernte.“ ⁴⁷¹

Lenin erkannte schon während der ersten Besetzung Kyivs im Februar 1918 die Bedeutung der landwirtschaftlichen Ressourcen der Ukraine für das kommunistische Projekt. Auf die Ukraine, die über ein Drittel der Anbaufläche des europäischen Russlands verfügte, entfiel

⁴⁶⁹ RF 1.9.1920, 3.

⁴⁷⁰ NFP (Abendblatt), 31.12.1918, 3 - Lediglich über die Zusammensetzung des neuen Kabinetts, mit dem Sozialrevolutionär Mykyta Šapoval als Minister für Ackerbau wurde berichtet.

⁴⁷¹ NFP (Morgenblatt), 2.7.1922, 5.

in der Vorkriegszeit fast die Hälfte der gesamtrussischen Weizenproduktion. Insgesamt gesehen stammten aus der Ukraine nahezu 40 Prozent aller anderen landwirtschaftlichen Produkte sowie über 50 Prozent der Getreide- und 90 Prozent der Weizenexporte Russlands, die für die Staatseinnahmen von höchster Bedeutung waren.⁴⁷² Gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil und Landbesitz stellten die Schwarzmeerdeutschen in der Agrar- und Tierproduktion einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar.⁴⁷³ Unmittelbar verlegte Lenin Truppen der Roten Armee eskortiert von Requirierungsabteilungen in die Ukraine, und weil sich die Versorgungskrise Sowjetrusslands zunehmend verschärfte, wurden im Frühjahr 1918 weitere legistische Maßnahmen gesetzt. Zum einen erneuerte Lenin das Getreidemonopol und zum anderen stattete er das Volkskommissariat für Versorgung durch das Dekret vom 13. Mai 1918 „Über die Errichtung der Versorgungsdiktatur“⁴⁷⁴ mit autoritären Vollmachten aus. Dementsprechend mobilisierten die Bolschewiki bewaffnete Arbeiterbrigaden zur Unterstützung der Requirierungsabteilungen im „Kampf gegen die Dorfbourgeoisie“.⁴⁷⁵ Zur Dorfbourgeoisie äußerte sich Uebersberger in einem Artikel über den Umsturz in der Ukraine folgendermaßen: „*Von einem Sozialismus aber ist auf dem russischen Dorfe nichts mehr zu sehen, denn der Sozialismus hat im russischen Dorfe den Bourgeois gezeugt.*“ Außerdem würde sie gegenüber den arbeitenden Klassen ein unbarmherziger Herr werden, wenn diese nicht der Politik des russischen Dorfes folgen werde. Lenin selbst warnte vor diesem inneren Feind, der „*die elementare Bewegung nach dem kleinen Eigenbesitz*“ sei.⁴⁷⁶ Als die Bolschewiki im Jänner 1919 Kyiv ein zweites Mal besetzten, begannen sie auch in der Ukraine Grund und Boden zu verstaatlichen, Kommunen und Kolchosen zu gründen und gewaltsam Getreide zu requirieren. Maßnahmen worauf die ukrainischen und deutschen Bauern mit antibolschewistischer Rebellion reagierten.⁴⁷⁷ Dieser Widerstand brachte ihnen den Ruf von Saboteuren des Getreidemonopols ein und belastete ihre künftige Beziehung zur Stadtbevölkerung nachhaltig. Im Grunde genommen konnte das bolschewistische System des „Konfiszierens und Umverteilens“ aber nicht den Hunger der städtischen Bevölkerung und deren massenhafte Abwanderung in ländliche Gebiete verhindern. Außerdem etablierten sich in den Städten illegale Märkte wo die Bauern überlebensnotwendige Nahrungsmittel verkauften. Anstelle die Schuld an ihrem Scheitern eigenen Maßnahmen

⁴⁷² Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 156.

⁴⁷³ Detaillierte Daten zur Agrar- und Tierproduktion siehe: Edmund Schmid, Die deutschen Bauern in Südrußland (Berlin 1917) 46-48.

⁴⁷⁴ DSV Bd. 2, 264 ff. In: Altrichter, Haumann, Die Sowjetunion, Bd. 2, 56-59.

⁴⁷⁵ Ebda, 20.

⁴⁷⁶ NFP (Morgenblatt), 9.5.1918, 3.

⁴⁷⁷ Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 178.

zuzuschreiben diffamierten die Bolschewiki die Klein- und Schwarzmarkthändler als Spekulanten des Kapitalismus.⁴⁷⁸

Über die Anbauflächen und Ernteerträge erfuhren die Wiener Leser der NFP von Müller folgende Daten: *„Auf seiner Gesamtfläche, also unter Einbeziehung von Westsibirien, hat Rußland nun im Jahre 1921 2002 Millionen Pud⁴⁷⁹ Getreide geerntet auf 53,444.000 Deßjatinen⁴⁸⁰ bestellter Fläche bei einem Ernteertrag von 37.5 Pud per Deßjatine. 1913 belief sich der Ernteertrag auf das Doppelte, rund 4 1/2 Milliarden Pud. 1917 betrug er noch 3387 Millionen Pud bei 80,614.000 Deßjatinen bestellter Fläche oder 42.0 Pud per Deßjatine.“*⁴⁸¹

Stellt man diese Daten den Forschungsergebnissen Kappeler über die landwirtschaftlichen Ressourcen der Ukraine⁴⁸² gegenüber ist erkennbar, dass dort vor dem Ersten Weltkrieg ungefähr so viel Getreide produziert wurde wie 1921 in den Sowjetrepubliken Russland, Ukraine und Weißrussland zusammen.

Auch in der RP konnte sich die Leserschaft in Bezug auf Produktionsrückgänge in Verbindung mit der herrschenden Hungersnot informieren: Der Anbau für den Eigenbedarf und *„die sinnlose Zerstörung der meist gut eingerichteten Herrengüter, führten zu einem Produktionsrückgange, bis weit unter die Hälfte der Vorkriegszeit, als dessen äußerste Auswirkung wir nun alljährlich eine durch Mißernten noch gesteigerte Hungersnot in weiten Teilen des Reiches erleben.“*⁴⁸³

Das kommunistische Zentralorgan meinte in einer Ausgabe vom 22. August 1920 zum Rückgang der Weltgetreideernte, dass Russland sowohl aufgrund des Welt- und Bürgerkrieges, als auch des jahrelangen Wirtschaftsboykotts als großer Weizen- und Gersteexporteur erst dann wieder in Frage käme, wenn *„die Arbeiterschaft in allen Ländern es durchsetzt, daß der wirtschaftliche Aufbau Räterußlands von den Nachbarn nicht mehr gehemmt, sondern gefördert wird.“*⁴⁸⁴

Zur zentralen Rolle Neurusslands im Getreideexport berichtete die Wirtschaftsruhr der NFP folgendes: Nachdem die Leser über bevorstehende Getreideexporte im Jahre 1923 informiert wurden, erfuhren sie, dass in guten Zeiten von *„je 1000 Tonnen exportierten Getreides [...] 400 aus dem sogenannten Neurußland [Cherson, Taurien, Jekaterinoslaw, Don-Gebiete und Bessarabien]“* stammten. Beim Export von Weizen und Gerste sei das

⁴⁷⁸ Applebaum, Roter Hunger, 50-52.

⁴⁷⁹ Anm. des Verfassers: 1 Pud = 16,38 kg.

⁴⁸⁰ Anm. des Verfassers: 1 Desjatine= 1,0925 Hektar.

⁴⁸¹ NFP (Morgenblatt), 9.7.1922, 3-4.

⁴⁸² Siehe Fußnote 472.

⁴⁸³ RP (Morgenblatt), 22.2.1923, 1-2.

⁴⁸⁴ RF, 22.8.1920, 3.

Verhältnis noch deutlicher gewesen. Demnach habe „*Neurußland zwischen 50 und 70 Prozent des Exports*“ geliefert. Infolgedessen seien „*die Ostseehäfen und die westliche Grenze mit 13 bis 22 Prozent, die Häfen des Schwarzen und Asowschen Meeres [Odessa, Nikolajew, Rostow am Don und Noworossijsk] mit 77 bis 86 Prozent am Export beteiligt*.“⁴⁸⁵

Die auflagenstarke AZ nahm zu den geplanten Getreideausfuhren und die Hungersnot wie folgt Stellung: Die Anstrengungen, die „*die Sowjetregierung macht, um die Naturalsteuer durchzuführen und dadurch Getreide für den Export frei zu bekommen*“, bedeute für die noch Getreidevorräte besitzenden Regionen, dass auch sie „leergesogen“ und dem Hunger ausgeliefert würden. Folglich sei es verständlich, dass die Naturalabgabe bei der ländlichen Bevölkerung äußerst unbeliebt ist, und „*der aus den Erträgen dieser Steuer gebildete Getreideausfuhrfonds als ein Raub am Volke bezeichnet wird*.“⁴⁸⁶

Zum Schleichhandel und zur Korruption der Sowjetbürokratie wusste die sozialdemokratische AZ folgendes zu berichten: „*Der Schleichhandel, der trotz den Todesurteilen der Tscheka nie unterdrückt werden konnte, hat vielen Gelegenheit zur Bereicherung geboten. Viele sind in der Zeit der Blockade am Schmuggel reich geworden*.“ Ferner hätte die Sowjetregierung während des Bürgerkrieges Heeresmaterial bei Privatfirmen bestellt und nicht in sozialisierten Kleinbetrieben erzeugen lassen. Schließlich sei die Sowjetbürokratie, besonders die Verwaltung der sozialisierten Unternehmen, von vielen fragwürdigen Elementen unterwandert gewesen, „*die aus Bestechungsgeldern und aus hinterzogenem Staatsgut bedeutende Reichtümer aufgehäuft haben*.“ In einer weiteren Ausgabe berichtete das auflagenstärkste Tagesblatt, die besten Männer des Proletariats seien im Bürgerkrieg gefallen, als Beamte in der Sowjetbürokratie oder als Soldaten in der Roten Armee beschäftigt. Nach Lenin wäre der Rest unter dem Druck der Not „*zu Schleichhändlern und Straßenverkäufern*“ geworden.⁴⁸⁷

Auch über das Verhältnis zwischen den Bauern und der Stadtbevölkerung respektive über die gewaltsame Requisition von Getreide ist ein Pressebericht der AZ besonders informativ. „*Die innere Geschichte der Sowjetrepublik*“, erfuhren die Leser, „*war die Geschichte des zähen und brutalen Kampfes zwischen der Stadt und dem Dorfe um die Lebensmittel*.“ Demnach waren die Bauern nicht bereit „*für entwertete Papierrubel, die gegen Industrieprodukte nicht auszutauschen waren*“ ihr Getreide zu verkaufen. In der Folge sah sich die Stadt vom Dorf blockiert und begann mit Gewalt Lebensmittel zu erbeuten. Wörtlich hieß es dazu: „*Nach der Oktoberrevolution stürzten sich bewaffnete Arbeiterabteilungen auf die*

⁴⁸⁵ NFP (Morgenblatt), 2.8.1923, 10.

⁴⁸⁶ AZ (Morgenblatt), 13.5.1923, 4.

⁴⁸⁷ AZ (Morgenblatt), 5.11.1921, 2; AZ (Morgenblatt), 8.11.1921, 2.

Dörfer und nahmen den Bauern gewaltsam ihr Getreide weg. Aus diesen spontanen Requisitionen hungernder Arbeiter entwickelte sich das militärische Requisitionssystem der Sowjetrepublik. Die ganze Ernte wurde beschlagnahmt. Militärische Requisitionsabteilungen brachten sie ein. Oft zwang die bittere Not der Armee und der Städte die Requisitionsabteilungen, den Bauern nicht einmal so viel zu lassen, als sie zu ihrer eigenen Ernährung, als Saatgut und als Viehfutter brauchten. Die Bauern setzten sich gegen dieses Requisitionssystem durch Einschränkung der Anbauflächen, Verstecken der Vorräte, bewaffneten Widerstand gegen die Requisitionsabteilungen, durch Aufstände zur Wehr“. Schließlich sollten die Bauern ihren Kampf gegen die Sowjetregierung gewinnen und ihre Forderungen durchsetzen. Das Dekret vom 21. März 1921 bedeutete für sie die Wiederherstellung des freien Handels mit Getreide, es „bedeutete die Kapitulation der Sowjetregierung vor der Bauernschaft, der Stadt vor dem Dorf, des Proletariats vor dem bäuerlichen Privateigentum.“⁴⁸⁸

Dass sich Lenin der Gefahr bewusst war, die von den Bauern ausging, belegt ein Artikel auf der Titelseite der NFP vom 15. März 1921. Nach einer Meldung aus Helsingfors (Helsinki) habe Lenin in Moskau eine Rede gehalten, die sich mit der drohenden Gefahr eines Aufstandes befasste. Zur allgemeinen Wirtschaftskrise und Realisierung der kommunistischen Idee meinte er: *„Die Aufrührerbewegung ist sehr gefährlich. Sie ist dadurch entstanden, daß wir gezwungen waren, strenge Requisitionen bei den Bauern vorzunehmen, ohne in der Lage zu sein, diese hiefür zu entschädigen.“* Außerdem kündigt sein Statement *„Rußland kann ohne europäische Hilfe nicht wieder gesunden“* deutlich die Einführung der „Neuen Wirtschaftspolitik“ an.⁴⁸⁹

Wie bereits obenerwähnt beuteten die Bolschewiki während des Kriegskommunismus vor allem die wohlhabenden Bauern für die Versorgung der hungernden Städte und deren industrielle Betriebe sowie für die personell immer stärker anwachsende Rote Armee systematisch und rücksichtslos aus. Lenin versprach nach dem zweiten Fehlschlag der bolschewistischen Herrschaft in der Ukraine im Dezember 1919 neben einer föderativen Verbindung mit Sowjetrussland und freier Entwicklung von Sprache und Kultur auch die Verteilung des Bodens an die Bednjaki. Diese flexiblere Politik kam den ukrainischen Nationalisten entgegen und befriedigte gleichzeitig auch die Bedürfnisse der ländlichen Grundsicht aller Ethnien.⁴⁹⁰ Nachdem die polnisch-ukrainischen Truppen im Juni 1920 durch die Rote Armee aus Kyiv vertrieben wurden regierte in der Ukraine schließlich die KPU. Da die ukrainische Politik maßgeblich von Moskau bestimmt und kontrolliert wurde, bedeutete das

⁴⁸⁸ AZ (Morgenblatt), 5.11.1921, 1.

⁴⁸⁹ NFP (Morgenblatt), 15.3.1921, 1.

⁴⁹⁰ Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 178f.

in der Praxis vorerst die konsequente Weiterführung des Kriegskommunismus und damit die Rückkehr der verhassten Prodravzverstka. Von dieser Maßnahme, die als Grundlage für ein Klassensystem diene und Klassengewalt hervorrufen sollte, erhoffte sich das bolschewistische Regime eine Optimierung in der Zwangseintreibung von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Produkten. Ursprünglich umfasste die Prodravzverstka nur Getreide und Futtermittel, die aber in der Beschaffungskampagne von 1919/20 auch auf Fleisch und Kartoffel und schließlich auf fast alle landwirtschaftlichen Produkte ausgedehnt wurde.

Die Schwarzmeerdeutschen wehrten sich dagegen mit ihren Selbstschutz-Einheiten, so gut sie konnten. Erschwerend für die deutschen Ansiedler wirkte sich auch aus, dass die Bolschewiki eine Einteilung der Bauern in Kulaken (wohlhabende Bauern), Serednjaki (Mittelbauern) und Bednjaki (arme Bauern) vornahmen. Im Sinne des „Roten Terrors“ trugen die von Aleksandr Grigor'evič Šlichter⁴⁹¹ gegründeten „Komitees der Dorfarmut“ (Komnesamy) maßgeblich dazu bei die Kulaken für das Scheitern der bolschewistischen Agrarpolitik verantwortlich zu machen und als Ausbeuter der armen Bauern zu diffamieren.⁴⁹² Die „Komnesamy“ waren lokale Regierungsbehörden mit der zentralen Aufgabe, Getreideüberschüsse, Vieh und landwirtschaftliches Gerät der wohlhabenden und mittleren Bauern zu beschlagnahmen. Dafür rekrutierte man bevorzugt das unterste Dorfproletariat, lockte sie mit Macht, Privilegien und einem Anteil des requirierten Landes. Wer mehr als 7,3 Desjatinen (7,9 Hektar) Land besaß, wurde als Kulak und Klassenfeind titulierte.⁴⁹³ Wenn man bedenkt, dass der durchschnittliche Landbesitz einer deutschen Bauernfamilie im Schwarzmeergebiet ungefähr 56 Desjatinen betrug, konnte man in Summe alle Kolonisten als Kulaken bezeichnen.

Zu den Komnesamy war in der NFP zu lesen, dass die Masse der Bauern ihrer Ideologie nach durch und durch kleinbürgerlich war. Dies zeige sich insbesondere bei der Umsetzung der Dekrete zur Landaufteilung, wonach die wohlhabenderen und einflussreicheren Mitglieder der Dorfgemeinde die besten Anteile der Herrengüter unter sich aufteilten. Der Rest blieb dem Dorfproletariat überlassen. *„Um eine Korrektur dieser Verhältnisse durchzuführen wurde die kommunistische Propaganda durch Einsetzung der „Komitees der Dorfarmut“ ins Dorf getragen. Diese Komitees, die sich aus den ärmsten Bauern und den landlosen Dorfproletariern, „Bobyli“, zusammensetzen, nahmen eine neue Verteilung des gesamten Gemeindelandes also auch des Besitzes der Großbauern vor, wobei auch der Viehbestand und das tote Inventar aufgeteilt wurden.“* Über die Versorgung der hungernden Städ-

⁴⁹¹ Applebaum, Roter Hunger, 56 – Volkskommissar für Ernährung in der Ukraine.

⁴⁹² Ebda, 57f, cit. Komitety Nesamoschnich Selian.

⁴⁹³ Milow, Die ukrainische Frage 1917-1923, 64; siehe auch: Applebaum, Roter Hunger, 58.

te sowie Roten Arbeiter- und Bauernarmee erfuhren die Leser folgendes: *„Man schritt nun, um die Armee und die Stadtbevölkerung halbwegs zu ernähren, zur zwangsweisen Enteignung der Getreideüberschüsse; die Gewerkschaftsverbände entsandten bewaffnete „Verpflegsabteilungen“ aufs Land, um die Requisitionen, wenn nötig, gewaltsam durchzuführen.“* Jedoch wären die Resultate für die Bolschewiki unbefriedigend, da die Bauern passiven Widerstand leisteten und nur so viel Getreide ansäten, wie sie zum Eigengebrauch benötigten. Außerdem verkauften sie im Herbst die Pferde, um das Korn nicht an die Ablieferungsstellen transportieren zu können. Schließlich konnte man lesen: *„Die „Raswjorstka“, die gleichmäßige Verteilung der Kornfrucht, die durch die zwangsmäßige Requisition der Getreideüberschüsse bewerkstelligt wurde, erwies sich als unhaltbar, sie scheiterte am Widerstande der Bauernschaft.“*⁴⁹⁴

Die AZ beschrieb das Verhältnis zwischen hungernden Kleinbauern und reichen Großbauern folgendermaßen: *„Wohl haben die Bolschewiki den Versuch unternommen diese erste Agrarrevolution nachträglich durch eine zweite zu korrigieren, die „Dorfarmut“ gegen die Großbauern zu organisieren und auf die Dorfarmut gestützt eine zweite Agrarrevolution, den Uebergang von dem bäuerlichen Privateigentum zu kommunistischer Bodenbewirtschaftung zu erzwingen.“* Zur Versorgung der hungernden Städte wurde ausgeführt, dass den russischen Bauer die Vorgänge in Moskau wenig interessierten, jedoch setze er sich zur Wehr, *„wenn man ihm zumutet Lebensmittel für die Städte zu liefern.“*⁴⁹⁵

Auch das „Unabhängige Tagblatt für das christliche Volk“ informierte seine Leser über die „Komitees der Dorfarmut“. Im Wesentlichen veröffentlichte es dieselben Inhalte wie die NFP oder AZ. Allerdings sollte ein Presseartikel über eine dreimonatige Studienreise nach Russland durch den italienischen Publizisten Italo Zingarelli besondere Erwähnung finden. Seine Forschungsergebnisse vom Sommer 1922 wurden ein Jahr später als Buch mit dem Titel *„L' agonia del bolscevismo“*⁴⁹⁶ publiziert. Auszugsweise erfuhren die Leser der RP aus dem Buchkapitel „Der Sieg des Muschik“ über den Verlauf von Zwangsrequisitionen durch die Bolschewiki folgendes: *„Der größte Stein des Anstoßes bei den Bauern war die Ablieferung ihrer Produkte, die durch brutale Requisitionen erzwungen wurde. Wenn die Kommissionen erschienen, griffen die Bauern vielfach zu den Waffen. Waren sie größeren Abteilungen der roten Truppen nicht gewachsen, so flohen sie aus den Dörfern und führten*

⁴⁹⁴ NFP (Morgenblatt), 23.7.1921, 10.

⁴⁹⁵ AZ (Morgenblatt), 20.12.1919, 1.

⁴⁹⁶ Anm. des Verfassers: Italo Zingarelli, L' agonia del bolscevismo. Impressioni di viaggio in Russia (Milano 1923).

einen grausamen Guerillakrieg. Versprengte wurden mit dem Kopfe nach unten lebend begraben, den Kommissären der Unterleib geöffnet und mit Getreide gefüllt.“⁴⁹⁷

Erwartungsgemäß erschienen in der RF keine Beiträge über Gewaltverbrechen durch die Komnesamy. Allerdings kam es diesbezüglich oft zu Dementis durch die Redaktion des kommunistischen Zentralorgans. *„Es ist eine unsinnige Lüge, was Petljuras Pressebureaus über Gewalttaten der russischen und ukrainischen Bolschewiki verbreiten.*“⁴⁹⁸ Dagegen berichtete das Tagesblatt im gewohnten agitatorischen Stil von der Entwicklung des ausbeuterischen Großgrundbesitzes und dem Zusammenschluss der besitzenden Klassen weltweit. Dabei fällt vor allem die häufige Berichterstattung zur polnischen Agrarstruktur auf, wie sie auch in den ukrainischen Gubernien Wolhynien und Poltawa üblich war. Wenn von der Razvörstka die Sprache war, dann hauptsächlich zur Rechtfertigung des bolschewistischen Kampfes gegen die Restauration. So hieß es beispielsweise: *„Die bewaffnete Konterrevolution niederzuwerfen, war das Ziel beider Klassen! Um dies zu erreichen, mußten aber die Bauern nicht nur eine große Anzahl Soldaten liefern, sie hatten auch die Aufgabe, die Armee und die hauptsächlich für die Armee produzierende Arbeiterschaft zu ernähren.*“⁴⁹⁹ Aus einem Aufsatz des in Lemberg geborenen Politikers und Journalisten Karl Radek erfuhren die Leser: *„Um das Getreide zu bekommen, mußte sie [die Sowjetregierung] die Arbeiter und die Dorfarmut bewaffnen, Komitees der Dorfarmut zur Bekämpfung des Hauswuchers schaffen.“* Zu Lenins Wirtschaftspolitik meinte Radek: *„Wenn aber [...] unsere Wirtschaftspolitik in den Jahren 1920 zum Siege notwendig war“,* so konnte auf dem flachen Lande *„die Politik der Requirierungen nur eine Uebergangspolitik sein.*“⁵⁰⁰

Anlässlich des fünfjährigen Jubiläums zum Oktoberputsch wurde durch das kommunistische Zentralorgan in Bezug auf den Kriegskommunismus unter der Schlagzeile *„Der siebente November“* wie folgt Stellung genommen: *„An die Stelle des von den Kriegsnotwendigkeiten diktierten Requisitionssystems trat das System der Naturalabgaben, das die schwere Opfer bringende Bauernschaft etwas aufatmen ließ.“* Pathetisch hieß es in einem weiteren Artikel mit dem Titel *„Aus den Lehren der Oktoberrevolution“*: *„Unter Hungerqualen, Kälte und Elend erkämpfte das russische Proletariat während der vergangenen fünf Jahre das Recht der sozialistischen Selbstbestimmung seines Landes, gegen alle Anschläge der russischen Gegenrevolutionäre und gegen die würgende Einkreisung vonseiten der kapitalistischen Länder der ganzen Welt. Die glorreiche Rote Armee, der der russische*

⁴⁹⁷ RP (Morgenblatt), 22.2.1923, 1-2.

⁴⁹⁸ RF, 28.1.1920, 2.

⁴⁹⁹ RF, 19.8.1921, 1.

⁵⁰⁰ RF, 5.1.1922, 6; RF, 6.1.1922, 4.

Bauer sein Brot und das Proletariat - seine besten Söhne gaben, beschützte und verteidigte auf unzähligen Kampffronten die Errungenschaften der Oktoberrevolution.“ Schließlich hieß es im Artikel *„Fünf Jahre Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung“* zum exzessiven Verlauf der Agrarpolitik rechtfertigend: Da die Rote Armee verpflegt werden musste und die Bauern nicht angemessen entschädigt werden konnten wurde *„brutal requiriert und mußte brutal requiriert werden. Das gab große Reibungen auch mit Mittelbauern, das gab sogar sehr schmerzhaft Fehlschläge in der Ukraina.*“⁵⁰¹

Da die schwarzmeerdeutschen Bauern über erheblich mehr Grundbesitz als die einheimischen Landwirte verfügten, schienen zwischen den Ethnien Konflikte vorprogrammiert. Einerseits im Sinne des obigen Klassensystems und andererseits wegen der in deutschen Siedlungen üblichen Segregation. Nach dem deutschen Historiker für Osteuropäische Geschichte Helmut Altrichter misslang jedoch der Versuch die Solidarität unter den Bauern zu untergraben und den Klassenkampf in das Dorf zu tragen.⁵⁰²

Dazu war im Zentralorgan der Sozialdemokratie zu lesen, dass die Bolschewiki den Versuch unternommen hätten die erste Agrarrevolution nachträglich durch eine zweite zu korrigieren. Auf die Dorfarmut gestützt sollte der Übergang vom bäuerlichen Privateigentum zur kommunistischen Bodenbewirtschaftung erzwungen werden. Dieser Versuch sei aber misslungen. Des Weiteren erfuhr die Leserschaft: *„Auf dem achten Rätekongreß am 30. März 1919 wurde er ausdrücklich aufgegeben. Die Sowjetrepublik erkennt seither das durch die gewaltsame Aufteilung des Herrenlandes neuentstandene Privateigentum der Bauern an und sie lehnt jeden weiteren gewaltsamen Eingriff in die ländlichen Eigentumsverhältnisse ab.*“⁵⁰³

Abramovič formulierte es in seinem Artikel über die neue Bauernklasse ähnlich. Auch er vertrat die Meinung, dass der Versuch die entstandene Ungleichheit des Bauernbesitzes durch die Komunesamy zu nivellieren scheiterte. Wörtlich war dort zu lesen: *„Auf Grund der ihnen übertragenen Gewalt haben sie eine gewisse Angleichung des Besitzes vorgenommen, bei der die Dorfreichen, aber auch die Dorfarmen verschwanden und keine Elemente übrigblieben, aus denen die Komitees der armen Bauern hätten gebildet werden können. Somit ist dem Klassenkampf innerhalb des Bauerntums der Boden entzogen worden und es hat sich infolgedessen eine gewisse Nivellierung der sozialen Verhältnisse vollzogen.*“⁵⁰⁴

⁵⁰¹ RF, 7.11.1922, 1-4.

⁵⁰² Altrichter, Haumann, Die Sowjetunion, Bd. 2, 63.

⁵⁰³ AZ (Morgenblatt), 20.12.1919, 1.

⁵⁰⁴ AZ (Morgenblatt), 24.7.1923, 3.

Für die Entstehung der Hungersnot spielten auch die Flurbereinigung in den Kolonien und das Verhältnis der Sowjetmacht zu den deutschen Siedlern eine bedeutende Rolle. Die Flurbereinigung, die ab 1920 aktiv begonnen und bis 1922 abgeschlossen wurde, verkörperte eine schlecht geplante und übereilte Reform, die zusätzlich von der Willkür der zuständigen Behörden bestimmt war. Beispielsweise lag die Norm der „schwarzen Umverteilung“ in der Kolonie Kronstal bei zwei und in Rosental bei zehn Desjatinen. Mit Blick auf die Lösung der Landfrage wurden Flurstücke der Kolonisten willkürlich zu Gunsten der ukrainischen Bauern abgetrennt, was Auswirkungen auf die traditionelle Fruchtfolge und somit auf die Ertragssicherung und Ertragssteigerung hatte. Zudem führten diese Maßnahmen der Bolschewiki zu einem Anstieg der Landlosen und Kleinbauern. Die sozioökonomische Situation der deutschen Siedler verschärfte sich obendrein, als Flüchtlinge aus den zerstörten Kolonien und Vertriebene, die infolge der Liquidationsgesetze ihre Kolonien verlassen mussten, aus Sibirien zurückkehrten.⁵⁰⁵ Die damit einhergehende Überbevölkerung in den deutschen Kolonien begünstigte ebenfalls die Entstehung der Hungerkatastrophe. Zur Flurbereinigung und Flüchtlingswelle konnten aufgrund der Quellenlage keine Belege gefunden werden.

Seitens russischer und ukrainischer Behörden wurde die Hungersnot in der Südukraine im Herbst 1921 nur in den Gouvernemets Ekaterinoslav, Zaporizžja, Mykolajiv und Doneck, wo auch die Bürgerkriegskämpfe am heftigsten getobt hatten, offiziell bestätigt.

Die hungernde deutsche Bevölkerung (Januar 1922)

Gouvernements	Deutsche Bevölkerung	Hungernde deutsche Bevölkerung in Prozent
<i>Zaporizžja</i>	90.000	80%
<i>Mykolajiv</i>	30.000	80%
<i>Doneck</i>	60.000	50%
<i>Ekaterinoslav</i>	60.000	50%

Tabelle 10: Eigene Tabelle nach: Svetlana Bobyleva, Die Hungersnot in deutschen Siedlungen der Südukraine in den Jahren 1920-1923. Wahrnehmung und Verhalten der Hungernden. In: Alfred Eisfeld, Guido Hausmann, Dietmar Neutatz (Hg.), Hungersnöte in Russland und in der Sowjetunion 1891-1947. Regionale, ethnische und konfessionelle Aspekte (Essen 2017), 102.

Im Jänner 1922 hungerten bereits 156.000 deutsche Kolonisten und die Verstaatlichung des Bodens zeigte bereits Wirkung. Schon längst verfügten die Schwarzmeerdeutschen nicht mehr über den Grundbesitz sowie über die landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen wie in Vorkriegszeiten.⁵⁰⁶ Da die Politik der Bolschewiki die deutschen und mennonitischen Siedler als klassenfremd und als Kollaborateure der Mittelmächte und Freiwilligenarmee

⁵⁰⁵ Bobyleva, Die Hungersnot in deutschen Siedlungen der Südukraine in den Jahren 1920-1923, 106.

⁵⁰⁶ Ebd., 102.

Denikins betrachtete, mussten die deutschen Ansiedler im Gegensatz zu den ukrainischen Bauern eine höhere Steuerlast tragen und das Fehlen des Ablieferungssolls der ukrainischen Dörfer ausgleichen. Darüber hinaus erfolgte für die Schwarzmeerdeutschen die Berechnung der Steuern unabhängig von der Saatfläche auf Basis der gesamten Ackerfläche. Hinsichtlich der laufenden Verwaltungs- und Gebietsreform konnte es auch zu einer ungerechten Erhöhung des Ablieferungssolls kommen. Zum Beispiel musste die Volost' Rastatt im Kreis Odessa, ihre Ablieferung zweimal erfüllen, weil sie im Zuge einer Reorganisation in den Kreis Voznesensk eingegliedert wurde. Schließlich kam es zu einer massenhaften „Entkulakisierung“ deutscher Bauernhöfe, da nach bolschewistischer Ideologie auch Mittelbauern unter die Kategorie „kulakische Elemente“ fielen.⁵⁰⁷

August Müller, der die Gelegenheit hatte, mit einer Deputation deutscher Kolonisten zu sprechen, beschrieb die erschütternden Zustände in den deutschen Kolonien der südlichen Ukraine wie folgt: *„Es handelt sich um etwa 150.000 Deutsche, die in 250 Dörfern und einigen hundert Weilern zerstreut in der Ukraine leben [...] Ende Februar hungerten 90 Prozent der Gesamtbevölkerung. Es begann ein Massensterben. Die Leichen wurden nicht mehr ordnungsgemäß beerdigt, sondern in Schluchten und Wasserläufe geworfen.“* Des Weiteren fehle es der an Typhus und Cholera leidenden Bevölkerung an *„Nahrung, Kleidung, Wäsche, Medizin.“* Um nicht zu verhungern waren sie gezwungen *„Oelkuchen, Spreu, Sonnenblumen- und Maisstengel, Baumrinde, Kleie und Kaolin“* zu essen.

Obendrein bedrohte 1921 auch noch eine aus der Kirgisen-Steppe eingeschleppte Rinderpest die Kolonisten. Zum Viehbestand gaben sie an, im Februar 1922 seien vom Pferdebestand nur noch 10 Prozent, vom Rinderbestand 50 Prozent, vom Schafbestand 25 Prozent erhalten und Schweine wären vollständig verschwunden.⁵⁰⁸

Um die Produktionskrise Sowjetrusslands in den Griff zu bekommen, forderte Lenin explizit auch den Eigenbedarf an Getreide sowie die benötigte Aussaat für das nächste Jahr zu requirieren. Die Rotgardisten und ihre willfährigen Helfer hatten Befehl diesen Auftrag umzusetzen und notfalls jeden deutschen Siedler der Lebensmittel versteckte als Konterrevolutionär⁵⁰⁹ zu erschießen. Hinsichtlich dem Widerstand deutscher Bauern gegen die blutrünstige Agrarpolitik des Bolschewismus veröffentlichte die RP den Bericht eines in Russland ansässigen österreichischen Ingenieurs. Wie im Wolgagebiet, soll es auch in anderen Kolonien zu einem furchtbaren bolschewistischen Rachegericht gegen deutsche Kolonisten gekommen sein. Nach den Schilderungen des Ingenieurs wurden in der Stadt Rovnoe

⁵⁰⁷ Ebda, 106.

⁵⁰⁸ NFP (Morgenblatt), 26.7.1922, 2.

⁵⁰⁹ Schleuning, Aus tiefster Not, 42.

„4000 gefangene deutsche Kolonisten auf einem Haufen mit Maschinengewehren zusammengeschossen; in einzelnen Kolonien je 200 bis 300 Mann, in einigen anderen Kolonien wurde, dem Anstreben der Revolutionstribunale entsprechend, die gesamte männliche Bevölkerung vom 16. bis zum 50. Lebensjahre ausgerottet, der Rest, Frauen, Kinder und Greise, stoben nach allen Windrichtungen auseinander, die meisten nach Turkestan fliehend, andere nach dem nördlichen Kaukasus und der Krim.“⁵¹⁰ Allerdings sollen diese Gewalttaten entsprechend einem Artikel des kommunistischen Zentralorgans von konterrevolutionären Banden verübt worden sein.⁵¹¹

Diese Umstände und das Fehlen an gesunden männlichen Arbeitskräften, die ihren Militärdienst in verschiedenen Bürgerkriegsarmeen leisteten, boten auch der deutschen Bauernschaft wenig Anreiz mehr Getreide zu produzieren.⁵¹² Nach Bobyleva fiel 1921 die Getreideernte in den Schwarzmeer-Gouvernements im Vergleich zu 1913 von 400 Millionen Pud um mehr als 90 Prozent auf 39 Millionen Pud.⁵¹³ Stellt man ihre Zahlen in Relation zu Müllers in der NFP veröffentlichten Erntestatistik, so wurden in den Schwarzmeer-Gouvernements 1913 ca. 9 Prozent von 4,5 Milliarden Pud des Gesamtvolumens der russischen Getreideernte eingebracht. Dementsprechend betrug sie im Jahr 1917 noch ca. 339 Millionen Pud.⁵¹⁴ Bezieht man sich auf das arithmetische Mittel des Minderertrages bei Getreide in der Höhe von 87,12 Prozent (siehe Tabelle 11) so müsste nach Bobyleva die Ernte 1920 ca. 348,5 Millionen Pud betragen haben.

Rückgang der Ernteerträge bei Getreide und technischen Kulturen

Gouvernement	Rückgang der Ernte in Prozent
<i>Odessa</i>	76,1
<i>Doneck</i>	85,2
<i>Ekaterinoslav</i>	91,2
<i>Zaporizžja</i>	92,6
<i>Mykolajiv</i>	90,5

Tabelle 11: Eigene Tabelle nach: Bobyleva, Die Hungersnot in deutschen Siedlungen der Südukraine in den Jahren 1920-1923, 104.

Zu den Ernteerträgen von 1921 in der Südukraine erfuhren die Zeitungsleser der NFP folgendes: „Die Ernte ist in allen Südostgouvernements beinahe vollkommen vernichtet [...] in der berühmten Kornkammer des Reiches, in den ukrainischen Gouvernements von Ale-

⁵¹⁰ RP (Morgenblatt) 28.7.1921, 1.

⁵¹¹ RF, 11.9.1921, 4.

⁵¹² Applebaum, Roter Hunger, 86-88.

⁵¹³ Bobyleva, Die Hungersnot in deutschen Siedlungen der Südukraine in den Jahren 1920-1923, 104.

⁵¹⁴ NFP (Morgenblatt), 9.7.1922, 4.

xandrowsk, Jekaterinoslaw, Poltawa, Nikolajew und Odessa, ist eine Mißernte zu verzeichnen und die Wintersaat ist vollständig zugrunde gegangen.“⁵¹⁵

Entsprechend den Berichten einer Deputation deutscher Kolonisten aus der Südukraine betrug der Rückgang der Ernte bis zu 100 Prozent. Aus den Anschauungen August Müllers erfuhren die Leser, dass nach den Schätzungen des russischen Agrarökonomen und Statistikers Nikolaj Oganovskij 1922 mit einem weiteren Rückgang der Anbaufläche im Vergleich zum Jahr 1921 zu rechnen sei. Demnach habe Oganovskij gegenüber der Wirtschaftszeitung „*Ekonomičeskaja Žizn*“ vom 2. April erklärt, dass er aufgrund seines untersuchten Datenmaterials im Steppenland von einer Verminderung der Anbaufläche „*auf 90 Prozent und im ganzen Südosten auf 75 Prozent des Durchschnittes der Erntefläche des Jahres 1921*“ ausginge. Als Grund dafür hätten Sachverständige und amtliche Persönlichkeiten gegenüber der sowjetrussischen Presse Verzögerungen bei den Lieferungen von Saatgut angegeben. Dazu berichtete die NFP: „*In der Zeit vom 14. Dezember 1921 bis 10. März 1922 sollen nach einer amtlichen Mitteilung von dem Inlandsaatgut 99.2 Prozent an die Bahn gefahren und aufgeladen gewesen sein, angekommen aber erst 24.8 Prozent.*“ Daher erschien es ihnen höchst unwahrscheinlich, dass die notwendigen Saatgutmengen rechtzeitig zur Aussaat an die Bedarfsträger geliefert werden.⁵¹⁶

5.1.6 Fehleinschätzung der Ernährungslage und politischer Widerstand gegen Hilfsleistungen

Eine letzte Ursache, die zur Eskalation der Hungersnot in der Südukraine führte, lag in der falschen Einschätzung der Ernährungssituation durch russische und ukrainische Behörden und ihrem politischen Widerstand, Hilfsleistungen zu genehmigen. Die Presse Moskaus ignorierte schlechthin die Hungersnot am Schwarzen Meer, die zunehmend die Dimension wie an der Wolga annahm, und obendrein verzögerten politische Spannungen in der Souveränitätsfrage mit Charkiv internationale Hilfsleistungen.⁵¹⁷ Auf Anweisung des Politbüros der KPU verteilte das ukrainische Hilfskomitee im September 1921 den Weizenüberschuss aus den nördlichen Gouvernements an die sowjetrussischen Provinzen Caricyn, Uralsk, Saratov und Simbirsk und nicht an die bereits vom Hunger betroffenen südlichen und östlichen Verwaltungsbezirke der UkrSSR. Außerdem wurde durch Propaganda zusätzlicher Druck auf die ukrainische Bevölkerung ausgeübt. Als sich in Mykolajiv bereits Anzeichen

⁵¹⁵ NFP (Morgenblatt), 26.7.1921, 3.

⁵¹⁶ NFP (Morgenblatt), 26.7.1922, 2.

⁵¹⁷ Fisher, The famine in Soviet Russia, 252.

einer Hungersnot ankündigten erschien ein Plakat mit dem Appell: „Arbeiter von Mykolajiw, helft den Hungernden an der Wolga.“⁵¹⁸ Um höhere Abgabequoten zu erzielen befahl Lenin zudem strengere revolutionäre Maßnahmen gegen Bauern, die sich weigerten Getreide abzuliefern. Dieses Ziel versuchte man durch Erpressungen und Geiselnahmen, wie sie während der Pogrome im Bürgerkrieg an den Juden angewandt wurden, zu erreichen.

Ein sicheres Indiz für das Ergreifen strengerer revolutionärer Maßnahmen liefert ein Bericht der RP vom August 1921. Wörtlich hieß es darin: *„Die Durchführung der strengen Lebensmittelrequisitionen sei die Hauptursache der Erhebung der Bauern. Die Sowjets, die Rote Truppen zur Durchführung der Eintreibung benützten, stoßen in vier Distrikten, in denen gegenrevolutionäre Komitees den Kampf organisieren, auf hartnäckigen bewaffneten Widerstand.“*⁵¹⁹

Dass die Presse Moskaus die Hungerkrise am Schwarzen Meer ignorierte, belegt eine Meldung der Pravda, die in der RF vom August 1921 unter der Schlagzeile *„Der Kampf gegen die Hungersnot in Sowjetrußland“* veröffentlicht wurde. Dort erfuhr man über eine glänzende Ernte in der Ukraine, die die Missernte im Wolgagebiet ausgleichen werde. Im gleichen Atemzug wurde vehement gegen eine angebliche Schadenfreude in der reaktionären ausländischen Presse im Zusammenhang mit der Hungerkatastrophe an der Wolga agitiert. Die genaue Formulierung lautete: *„Die Lage ist zwar schwierig, aber durchaus nicht so verzweifelt, daß sie die Schadenfreude der Weißgardisten rechtfertigen würde.“*

Ebenfalls in einer Ausgabe vom August wurde ein Aufruf Lenins veröffentlicht, der alle Verwaltungsorgane der Bezirke und Gemeinden, die eine gute Ernte verzeichneten, zur Ablieferung von Saatgetreide in die Hungergebiete verpflichtete. Die Volkskommissariate für Landwirtschaft und Volksernährung wurden angewiesen unverzüglich entsprechende Instruktionen herauszugeben. Noch deutlicher formulierte es die AZ. Nach einer Meldung der ROSTA habe Lenin neben seinem Brief an das internationale Proletariat auch einen Aufruf an die ukrainischen Bauern gerichtet. Darin hieß es die Ukraine habe 1921 eine glänzende Ernte eingefahren. Dagegen erleben die Wolgabauern *„eine Hungersnot, wie sie vielleicht nur 1891 dagewesen ist. Die Wolgagebiete erwarten die Hilfe der ukrainischen Bauern. Diese Hilfe muß sofort geleistet werden. Sie muß allgemein und großherzig sein.“*⁵²⁰

Höchst interessant für die Leser der RP muss der Aufmacher *„Die russische Krise und die Ukraine“* vom ukrainischen Juristen, Publizisten und einflussreichsten Ideologen der Orga-

⁵¹⁸ Zitiert nach: *Ebda*, 263.

⁵¹⁹ RP (Morgenblatt), 9.8.1921, 3.

⁵²⁰ RF, 3.8.1921, 3; RF, 4.8.1921, 3; AZ (Morgenblatt), 10.8.1921, 4.

nisation Ukrainischer Nationalisten Dmytro Ivanovyč Doncov gewesen sein. Nach Doncov habe die furchtbare Hungerkatastrophe die Aufmerksamkeit der russischen Regierung wieder auf die Ukraine gelenkt. Trotz der rigorosen Requisitionspolitik der Sowjets besaß die Ukraine noch ausreichende landwirtschaftliche Ressourcen. Immerhin wurden 1920 auf einer Fläche, die zwei Zehntel der RSFSR betrug, 70 Prozent der russischen Getreideernte produziert. Jedoch seien die ukrainischen Ernteaussichten für das Jahr 1921 nicht mehr so günstig. Dazu konnte man folgendes lesen: *„Auf dem linken Dnjeprufer, besonders in den südlichen Teilen der Katerinoslawer und Poltauer Gouvernements ist die Ernte schlecht, dagegen in ganz Wolhynien, Podolien, der Provinz Kiew, Tschernyhow und dem nördlichen Teil von Poltawa verhältnismäßig gut.“* Zur Verteilung des Weizenüberschusses erfuhren die Leser, dass gerade die fruchtbarsten russischen Gouvernements, wie Saratow, Samara, Caricyn, Simbirsk, die 1920/21 widerstandslos 75 bis 100 Prozent im Zuge der Razwërstka geliefert hatten, nun besonders von der Hungersnot betroffen seien. Diese Gouvernements sollten nun durch einen bolschewistisch organisierten Beutezug mit ukrainischem Getreide versorgt werden. Es wurde jedoch in Frage gestellt, ob es der die Ukraine regierenden russischen Bürokratie gelingen werde dieses Ziel zu erreichen. Als Hindernisse stellten sich vor allem ein schlechter Verwaltungsapparat und unzureichende Transportmöglichkeiten heraus. Einen bedeutenden Beitrag für den schlechten Zustand der Verkehrswege leisteten auch die ukrainischen Aufständischen: *„Die von den Aufständischen mit Fleiß betriebene Zerstörung der Eisenbahnen spielt vielleicht dabei eine noch größere Rolle wie der Widerstand, auf den die russischen Requisitionsabteilungen bei den Bauern stießen.“* Außerdem konnte man zu ihrer Guerillataktik lesen: *„die unerwartet die Züge überfallenden und Geleise zerstörenden kleinen Aufständischenabteilungen verschwinden ebenso rasch, wie sie erscheinen.“*⁵²¹

Müller präsentierte in der NFP den Wiener Lesern aufschlussreiche Daten über den Umfang der Hungersnot, die offensichtlich von Ressortstreitigkeiten und unterschiedlichen Interpretationen der Statistiken durch die zuständigen Behörden geprägt waren. Wie einem Bericht der Izvestija vom 14. März 1922 zu entnehmen war, handle es sich bei 31 Gouvernements, mit einer Gesamtbevölkerung von 36,5 Millionen Bauern und 6,5 Millionen Städten, um Zuschussgebiete,⁵²² wo die Missernten regional unterschiedliches Ausmaß annahmen. Besonders verhängnisvoll für eine Verschärfung der Hungerkatastrophe sei aber, dass

⁵²¹ RP (Morgenblatt), 18.8.1921, 1.

⁵²² NFP (Morgenblatt), 9.7.1922, 4 - Gemäß einer Statistik in der Isvestija handelt es sich um ein Zuschussgebiet, wenn weniger als 20 Pud pro Desjatine geerntet werden und für Aussaat zwecke 10 Pud pro Desjatine erforderlich sind. Die verbleibenden 10 Pud seien für die Ernährung der Bevölkerung nicht ausreichend.

die fruchtbarsten Regionen Sowjetrusslands, die Überschuss- und Exportgebiete, wie die „am Ural gelegenen Gouvernements und Westsibirien der ganze Südosten, das fruchtbare Steppengebiet, nahezu ganz, das Gebiet der Schwarzerde, der südliche Teil der Ukraine, der Küstenstrich am Schwarzen Meer, die Krim und Odessa eingeschlossen“ ebenfalls vom Hunger betroffen waren. Einzig die Gouvernements am Nordrand der Ukraine seien keine Hungergebiete gewesen. Notgedrungenenmaßen wurden nunmehr auch Zuschussgebiete zu Beschaffungsgebieten erklärt und mit rücksichtsloser Strenge eine Naturalsteuer bis zur Höhe von 61 Prozent des Getreidebedarfes eingefordert. Für die Bauern hatten diese staatlichen Maßnahmen folgende Bedeutung: Erstens mussten sie auch das für Saatzwecke benötigte Getreide abgeben. Zweitens reduzierten sie aufgrund ihrer Mentalität die bestellten Ackerflächen, was zu weiteren Missernten führen sollte.⁵²³

Das stichhaltigste Argument für den Willen russischer Behörden, Hilfeleistungen in das Schwarzmeergebiet zu verhindern, lieferte jedoch das sozialistische Zentralorgan. Die sowjetrussische Regierung argumentierte, dass die Lieferung von überschüssigen Getreide in die Hungergebiete der südlichen Ukraine und der Krim aufgrund der bestehenden Transportverhältnisse unmöglich sei. Seitdem aber Getreideexporte aus den im Hungergebiet gelegenen Südhäfen Odessa und Noworossijsk, bekannt geworden sind, erschien diese Argument nicht mehr glaubhaft. Schließlich wurde betont: „Die Sowjetregierung sollte es daher offen zugeben, daß sie Getreide aus dem Hungerland ins Ausland verkauft (oder, wie gegenwärtig im Ruhrgebiet, verschenkt), weil sie Rußlands Nöte und Bedürfnisse ihren wirtschaftspolitischen Ideen, Zielen und Interessen unterordnet.“⁵²⁴

Erst nachdem der Hunger in den südlichen Gouvernements bedrohliche Ausmaße annahm, stimmte das ukrainische Politbüro im Jänner 1922 einer Zusammenarbeit mit internationalen Hilfsorganisationen zu. Dementsprechend zeigt sich nach Anne Applebaum die unterschiedliche Haltung Lenins gegenüber Sowjetrusslands und der Ukraine. In Bezug auf die jüngere ukrainischen Forschung verweist sie auch auf die noch zu verifizierende These, dass die Hungersnot bewusst als Werkzeug benutzt wurde, um die Bauernaufstände niederzuschlagen.⁵²⁵

Was waren die Folgen dieser Agrarpolitik für die ukrainischen und deutschen Landwirte? Neben den Kulaken und Serednjaki distanzierten sich auch die Bednjaki aufgrund hoher Requisitionen deutlich von der Regierung. 1920 musste sie 160 Millionen Pud Getreide, 6 Millionen Pud Fleisch, 30 Millionen Pud Kartoffeln, 255 Millionen Eier und Zucker in

⁵²³ Ebd.

⁵²⁴ AZ (Morgenblatt), 13.5.1923, 4.

⁵²⁵ Applebaum, Roter Hunger, 93-96.

großen Mengen an Sowjetrussland liefern. Zudem blieb der offiziell unterstützte Klassenkampf am Lande erfolglos, da das ländliche Proletariat kleiner, ärmer und ungebildeter als angenommen war. Angesichts der Konfiszierungspolitik entschieden sich die Bauern, Getreide nur mehr für den Eigenbedarf anzubauen. Der daraus resultierende Rückgang der Getreideproduktion auf 25% des Jahres 1914 führte zusammen mit der Dürre von 1921 schließlich zur Hungerskatastrophe. Die folgende ökonomische Lage und die Unruhen in der Bevölkerung zwangen die politische Führung zu Konzessionen. Als die Bolschewiki erkannten, dass ihre Agrarpolitik unter den Bauern unpopulär war, führten sie im März 1921 auch in der Ukraine die NEP ein, mit der die Getreiderequisitionen untersagt wurden und die landwirtschaftliche Produktivität gesteigert werden konnte.⁵²⁶ Die deutschen Siedler konnten daraus aber vorerst keinen Nutzen ziehen. Sowohl Hinrichtungen, Vertreibungen und die Vernichtung ihrer Anbauflächen als auch der Mangel an Saatgut und landwirtschaftlichem Gerät begünstigten den Ausbruch einer Hungersnot.

Die Ursachen die zur Hungersnot führten konnten nicht treffender als in einem Presseartikel der NFP zusammengefasst werden. Demnach habe sich die Krise in der Landwirtschaft als Folge des Weltkrieges, der Revolution und Missernten eingestellt. Wörtlich hieß es: *„Der Krieg hatte mit der Mobilisation der Bauern schon die Anbaufläche und die Erträge stark zurückgebracht [reduziert]. Die staatliche Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel verstärkte diese Entwicklung, der Bürgerkrieg beschleunigte sie zu höchster Geschwindigkeit. Der russischen Landwirtschaft fehlen heute noch die Millionen der Gefallenen. Die Anbaufläche ist ungefähr auf die Hälfte der Vorkriegszeit zurückgegangen, im Durchschnitt für das ganze Land.“* Allerdings konnte man in einer späteren Ausgabe des liberal-demokratischen Tagblattes unter der Rubrik *„Der Economist“* lesen, dass *„die großen Getreidegebiete des südlichen Rußland unter dem Bolschewismus weit weniger gelitten haben als die Mitte und der Norden“*.⁵²⁷

5.1.7 Die Eskalation der Hungersnot

Schon Ende Dezember 1921 informierte das auflagenstarke Zentralorgan der Sozialdemokratie seine Leser, dass die Ukraine von einer ähnlichen Hungersnot bedroht sei wie das Wolgagebiet, falls die *„Sowjetbehörden und die Kommunistenpartei nicht energische Maßnahmen dagegen ergreifen. Schon gegenwärtig sei die Lage schwer. Man bemerke ein massenhaftes Flüchten der Bevölkerung. In fünf Gouvernements habe die Dürre der Landwirt-*

⁵²⁶ Milow, Die ukrainische Frage 1917-1923, 64-66.

⁵²⁷ NFP (Morgenblatt), 16.12.1921, 3; NFP (Morgenblatt), 2.8.1923, 10.

schaft dauernden Schaden zugefügt.“ Es sollte aber noch bis Februar 1922 dauern, ehe unter dem Präsidenten des zentralen Exekutivkomitees und Vorsitzenden der zentralen Kommission zur Unterstützung der Hungernden Michail Ivanovič Kalinin die Gouvernements des Schwarzmeergebietes, die frühere Kornkammer der Ukraine, zu Hungergebieten erklärt wurden.⁵²⁸

Folgende Karte, die vom Völkerbund mit Bericht 165 veröffentlicht wurde, soll die Dichte der hungernden Bevölkerung in den Hungergebieten Sowjetrusslands und der Südukraine im Frühjahr 1922 veranschaulichen.

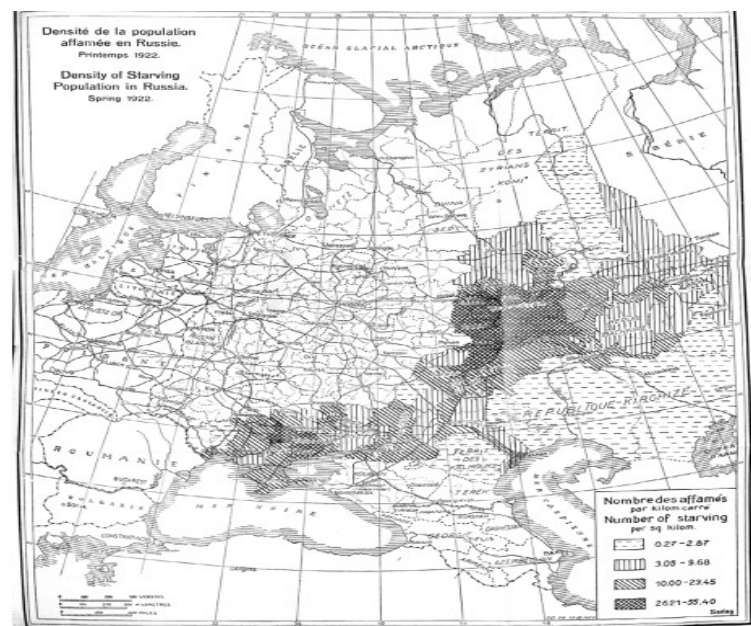


Abb. 7: Karte der Hungergebiete an der Wolga und Südukraine

Quelle: Norbert Götz, Gorgina Brewis, Steffen Werther, Case Studies. In: Humanitarianism in the Modern World. The Moral Economy of Famine Relief (Cambridge University Press, Cambridge 2020), 45.

Bereits Mitte Jänner berichtete die AZ über eine Hungerkatastrophe in der Saporontie (Ukraine), wo früher aus den Schwarzmeer-Häfen Millionen von Pud Getreide ins Ausland exportiert wurden. Das sozialdemokratische Zentralorgan meldete: „*Der Vertreter der Ara (American Relief Administration), der unlängst Saporontien besuchte, stellte fest, daß die Notlage jene im Wolgagebiet übertreffe.*“ 400.000 Menschen hätten sofortige Hilfe nötig, da die örtlichen Mittel bei weitem nicht ausreichten, um die Notlage unter Kontrolle zu bringen. Außerdem erreichte das Tagesblatt am 13. Jänner ein Funkspruch aus Moskau wonach der Bezirk Cherson ebenfalls zum Hungergebiet erklärt wurde. „*Dort hungern in zweiundzwanzig Gemeinden mehr als hunderttausend Menschen. Die Lage ist furchtbar. Auch aus vielen Bezirken des Gouvernements Odessa werden Fälle von Hungertod gemeldet.*“ Beispielsweise stellte sich im Gouvernement Cherson die katastrophale Lage wie

⁵²⁸ AZ (Morgenblatt) 21.12.1921, 4; NFP (Morgenblatt) 31.7.1921, 3; AZ (Morgenblatt) 2.2.1922, 3.

folgt dar: „In der Stadt Cherson fordert der Hunger täglich vierzig bis fünfzig Opfer. In den Kreisen ist die Lage noch erschütternder. Dem Hunger fallen hauptsächlich Kinder zum Opfer. Auf den Straßen wälzen sich zerlumpte Menschen, die schauerlich um Hilfe stöhnen. Allein in zwanzig Amtsbezirken des Chersoner Kreises hungern 100.000 Menschen. Aus dreißig Amtsbezirken liegen keine Meldungen vor.“⁵²⁹ Auch das kommunistische Zentralorgan veröffentlichte diesen Moskauer Funkspruch.⁵³⁰

Im Abendblatt der NFP vom 15. April konnten Interessierte lesen, dass in den Bezirken Odessas 30.000 deutsche Kolonisten von der Hungersnot betroffen seien. Viele von ihnen hätten Verwandte und Freunde in Österreich.⁵³¹

Die RP veröffentlichte im Juli 1922 einen Bericht Nansens über Kannibalismus und Bodendegradation im Gebiet zwischen Odessa und Poltava.



Abb. 8: Kinderhölle

Quelle: Bayerisches Kulturzentrum der Deutschen aus Russland. Sonderdruck der Blätter des Deutschen Roten Kreuzes (undatiert 1922).
Online unter: <file:///C:/Users/mnhvj/Downloads/5.-Sonderdruck-der-Blätter-des-Deutschen-Roten-Kreuzes.pdf>

Des Weiteren sollen in Charkiv zahllose verwaiste Kinder umherirren bis sie sterbend zusammenbrechen. Außerdem war zu lesen: „in Odessa ist die Zahl der Toten so groß, daß Männer tagelang mit dem Wegräumen der Leichen beschäftigt sind. Nicht nur Leichen, sondern auch noch Lebende werden von den Hungernden gegessen.“⁵³²

Ein Presseartikel von Colin Ross in der NFP sprach bereits von fünf Millionen Hungernden und einer schrecklichen Seuchenplage in der Ukraine. Die Menschen sollen sich zuerst von

⁵²⁹ AZ (Morgenblatt) 15.1.1922, 3.

⁵³⁰ RF, 14.1.1922, 2.

⁵³¹ NFP (Abendblatt), 15.4.1922, 4.

⁵³² RP (Morgenblatt), 14.7.1922, 6.

Surrogaten und dann von Hunden, Katzen, Ratten und Mäusen ernährt haben. Zu guter Letzt seien Fälle von Leichenfraß zu etwas Alltäglichen geworden.

Dazu berichtete das liberal-demokratisch ausgerichtete Blatt ihren Lesern: „*Eltern schlachten ihre Kinder, Kinder fressen ihre Eltern, der Bruder die Schwester.*“ Darüber hinaus befänden sich am Asovschen wie auch am Schwarzen Meer die schlimmsten Hungergebiete. Dort soll es zur Bildung von Menschenfresserbanden gekommen sein und zudem fehle es an ausreichenden Medikamenten gegen Typhus und Cholera.⁵³³

Ab Mai schwenkten die Kommunisten wieder zur gewohnten Propaganda-Presse um. Unter anderem publizierte die RF einen Artikel des französischen Slawisten und Historikers Pierre Pascal über die angeblich zusammenhanglose Berichterstattung durch die AZ. Im Zusammenhang mit der Hungerkatastrophe wurde dem sozialdemokratischen Zentralorgan vorgeworfen es verschweige ihren Lesern alle prorussischen Aktivitäten und versuche „*auf diese Weise und durch direkte Verleumdungen ein ganz falsches Bild von Rußland zu machen.*“ Außerdem wetterte das Tagesblatt über den Kampf gegen die Interventionspolitik des internationalen Kapitals inklusive seiner wirtschaftlichen Blockade. Kalinin habe zwar im Zuge einer Inspektion in den Hungerprovinzen der Ukraine und der Krim festgestellt, dass diese weiterhin dringende Hilfe von außen benötigen. Jedoch hob er den Einsatz und Willen der Bauern hervor, „*der buchstäblich zur Menschenfresserei getrieben, trotz alledem sein Saatkorn nicht aufgezehrt hat*“.

Zwischen Juli und August veröffentlichte die RF hauptsächlich optimistische Ernteprognosen. So informierte sie ihre Leser mit einer vergleichenden Tabelle über den Saatenstand von 1922. Laut der „*Ekonomičeskaja Žizn*“ habe sich der Saatenstand in der Ukraine gegenüber dem Jahr 1921 um 0,9 Punkte (von 2,3 auf 3,2) verbessert (nach der Zifferzensur 1 bis 5, wobei 5 der beste Stand ist).

Außerdem erfuhr die Öffentlichkeit, dass der ukrainische Saatenstand insgesamt sehr befriedigend sei: „*Im südlichen Teil der Dnjeprgebietes und im Gouvernement Nikolajew stehen die Wintersaaten gut. Die Ernteaussichten sind ausgezeichnet [...] Im Gouvernement Cherson steht der Winterroggen zufriedenstellend, die Sommersaaten stehen überall gut [...] Im Donegebiet stehen die Wintersaaten, die früh ausgesät worden sind ausgezeichnet [...] Im Gouvernement Jekaterinburg stehen die Wintersaaten auch mittelgut.*“⁵³⁴

Im Kontrast dazu standen die Berichte der auflagenstarken AZ über die katastrophale Lage der Bevölkerung in den ukrainischen Hungergebieten am Schwarzen Meer. Daher kann festgehalten werden, dass die Mehrzahl der Wiener Zeitungsleser bestens über den Hunger-

⁵³³ NFP (Morgenblatt), 16.7.1922, 3.

⁵³⁴ RF, 25.5.1922, 4; RF 20.7.1922, 4; RF 15.8.1922, 3.

tod in der ukrainischen Kornkammer informiert war. Folgend wird eine Auswahl von den erschütternden Ereignissen in den Hungerregionen und anschließend statistische Daten über die betroffene deutsche Minderheit vorgestellt.

19. Jänner 1922: *„Die Hungersnot in der Saporoschje ist bis aufs äußerste gestiegen. Die Leute sind gegen ihr Geschick völlig apathisch geworden. Sie essen Erde und trinken schmutziges Wasser. In den Dörfern und in den Städten irren lebende Skelette umher, mit Fetzen behängt, die an Kleidung erinnern. Die Schrecken der Hungersnot im Wolgagebiet verblassen gegenüber denen, was man in der Saporoschje sieht.“*⁵³⁵

2. Februar 1922: Nach einer Meldung der ROSTA vom 27. Jänner machte Kalinin folgende Mitteilung über die Lage in den russischen Hungergebieten: *„Unsere Lage hat sich besonders dadurch verschärft, daß es außer den offiziell als Hungergebiet erklärten 23 Gouvernements noch weitere Gouvernements gibt, wo die Lage nicht weniger arg ist. Zu diesen Hungergebieten gehören das Dongebiet in der Ukraine, die Gouvernements Donez und Cherson, die früher die Kornkammern der Ukraine waren“*. Darüber hinaus erfuhren die Leser aus einem Moskauer Funkspruch: *„Die Lage im Mariupoler Kreise wird täglich schlechter. Die Bevölkerung nährt sich ausschließlich von Erde.“*⁵³⁶

Am 10. Februar informierte das Tagesblatt seine Leser über die Ausbreitung der Hungersnot nach Poltava und Odessa. Demnach nehme die Hungersnot in der Kornkammer Ukraine ein immer stärkeres Ausmaß an: *„in Odessa macht sich die Hungersnot immer fühlbarer. Fast täglich werden auf den Straßen Tote aufgelesen. Die Bevölkerung des Kreises Dneprowsk im Gouvernement Nikolajew ist infolge der Hungersnot völlig verzweifelt. Die Leute essen Hunde und Katzen und alle Seetiere deren sie nur habhaft werden können.“* Des Weiteren wurde berichtet: *„In den Kreisen von Mariupol, Grischinsk, Taganrog und Jusowka hat die Hungersnot einen erschreckenden Umfang angenommen [...] In ihrer Verzweiflung graben die Bauern ihre Gräber und erwarten dann den Tod.“*⁵³⁷

In der Ausgabe vom 3. März erschien ein Artikel mit dem Titel: *„Der Hunger in Rußland. Man kann die Toten nicht mehr zählen.“* Darin war in Bezug auf das Schwarzmeergebiet zu lesen: *„Aus Mariupol wird berichtet, daß die infolge des Hungers völlig entkräftete Bevölkerung die Toten dort beerdigt, wo der Tod sie erreichte. Der Kreis Melitopol, der früher viele Millionen Pud Getreide exportierte, hat sich in eine Wüste verwandelt.“* Aus Odessa wurde über herzerreißende Szenen berichtet, wonach ein hungerndes Mädchen die toten Geschwister in ihrer Handtasche durch die Straßen schleppte, um die Aufmerksamkeit der

⁵³⁵ AZ (Morgenblatt) 19.1.1922, 4.

⁵³⁶ AZ (Morgenblatt) 2.2.1922, 3.

⁵³⁷ AZ (Morgenblatt) 10.2.1922, 3.

Passanten auf ihre zu Hause sterbenden Eltern zu lenken. Auch Seuchen, Selbstmord und Wahnsinn hielten Einzug in das Szenario. So hieß es in dieser Ausgabe weiters: „*Die Bauern nähren sich von Brot aus Lehm und Stroh. In vielen Ortschaften ist der Hungertyphus ausgebrochen [...] Im Gouvernement Elisabethgrad sind schon viele Fälle von Selbstmord infolge des Hungers registriert worden [...] Im Kreise Mariupol wird die Lage mit jedem Tage ärger. Infolge des Hungers sind viele Menschen wahnsinnig geworden.*“ Außerdem erfuhren die Leser, dass nahezu der gesamte Viehstand geschlachtet wurde, da nahezu alle Surrogate verbraucht waren.⁵³⁸

Nach einem Funkspruch aus Charkiv hungerten im Mai 1922 insgesamt 1.100.000 Menschen (90 Prozent der Bevölkerung), davon 470.000 Kinder. Außerdem nehme die Zahl der Selbstmorde zu und die Spitäler seien überfüllt.⁵³⁹

Es stellt sich somit die Frage, wie hoch die Zahl der hungernden deutschen Kolonisten in den Schwarzmeer-Gouvernements war. Aus den untersuchten Quellen und der Sekundärliteratur sind dazu folgende Daten ableitbar.

Nach Edmund Schmid siedelten und lebten in der Stadt Charkiv und im Gouvernement Cherson 5 sowie in Odessa bis zu 25 Prozent deutsche Kolonisten. In Ekaterinoslav und Taurien betrug ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung bis zu 10 Prozent. Die höchste Quote an deutschen Siedlern gab es mit bis zu 50 Prozent auf der Krim, die geringste in Doneck und Rostov mit höchstens einem Prozent.

August Müller, sprach in der NFP von etwa 150.000 Deutschen, die in 250 Dörfern und einigen hundert Weilern zerstreut in der Ukraine gelebt haben. Von ihnen sollen Ende Februar 1922 90 Prozent von der Hungersnot betroffen gewesen sein, das wären 135.000 Personen.⁵⁴⁰ Nach Bobyleva sollen 150.030 deutsche Kolonisten, also 100 Prozent gehungert haben (ohne Doneck).⁵⁴¹

Aus den Presseberichten der AZ konnte eine Zahl von mindestens 70.940 und höchstens 146.200 abgeleitet werden. Das ergäbe einen Durchschnittswert von 114.750 hungernder Deutscher. Als Referenz für diese Berechnung diene zusätzlich die Karte über die deutschen Siedlungen im Schwarzmeergebiet von Edmund Schmid (siehe Abb. 4 - Anteil der deutschen Kolonisten an der Gesamtbevölkerung). Orientiert man sich am maximalen Prozentsatz hungerten demnach 97,5 Prozent, bezieht man sich auf den Durchschnittswert 76,5 Prozent der 150.000 Schwarzmeerdeutschen. In Bezug auf die Gesamtbevölkerung wurde

⁵³⁸ AZ (Morgenblatt) 3.3.1922, 3.

⁵³⁹ AZ (Morgenblatt) 17.5.1922, 3.

⁵⁴⁰ NFP (Morgenblatt), 26.7.1922, 2.

⁵⁴¹ Bobyleva, Die Hungersnot in deutschen Siedlungen der Südukraine in den Jahren 1920-1923, 102.

im Kreis Melitopol ein Prozentsatz von 96,5 Prozent erreicht. Von 508.000 Einwohnern litten dort 490.000 Menschen aller Ethnien an Hunger.

<i>Gouvernement/Kreis</i>	<i>Hungernde Gesamtbevölkerung gemäß der Arbeiterzeitung</i>	<i>Anteil Deutscher Kolonisten an der Gesamtbevölkerung in Prozent nach Schmid</i>	<i>Hungernde Deutsche Kolonisten</i>
<i>Ekaterinoslav</i>	400.000	5-10%	20.000 bis 40.000
<i>Cherson</i>	144.000	1-5%	1.440 bis 7.200
<i>Mariupol, Grischinsk, Taganrog und Jusowka</i>	500.000	5-10%	25.000 bis 50.000
<i>Melitopol</i>	490.000	5-10%	24.500 bis 49.000
<i>Gesamt:</i>	1.530.000		70.940 bis 146.200

Tabelle 12: Eigene Tabelle nach: Schmid, Die deutschen Kolonien im Schwarzmeergebiet, Anhang und AZ (Morgenblatt) 19.1.1922, 4; AZ (Morgenblatt) 10.2.1922, 3 und AZ (Morgenblatt) 3.3.1922, 3.

5.2 Das österreichische Hunger- Hilfswerk

Im Vergleich zu den massiven internationalen humanitären Einsätzen durch die zwei Dachverbände ARA und ICRR, war die österreichische Hungerhilfe in der RSFSR oder UkrSSR von untergeordneter Bedeutung. Ein Grund dafür mag wohl gewesen sein, dass Österreich selbst bei Wilson und den Alliierten um Kredite für Industrierohstoffe, Heizmaterialien und Lebensmittellieferungen ansuchen musste, wenn das Überleben der jungen Republik sichergestellt werden sollte.⁵⁴² Dahingehend brachte es die NFP auf der Titelseite vom 21. November 1919 mit der Schlagzeile *„Gegen die Hungersnot und für den inneren Freihandel im früheren Österreich“* auf den Punkt. Dort wurde der frühere Herausgeber der englischen Zeitschrift „Economist“ und spätere Verleger des „Common Sense“, Francis Wrigley Hirst zitiert: *„Eine der wichtigsten moralischen Pflichten der Regierungen von Amerika und Großbritannien ist, der Hungersnot in Wien Einhalt zu tun [...] Diese schöne Stadt, mit der wir bis zum Morde von Sarajevo nie einen Streit hatten, ist nun von der Gnade der alliierten Mächte abhängig. Der größte Teil der Fabriken steht still aus Mangel an Kohle.“*⁵⁴³ Um nach dem „Großen Krieg“ die Ernährungskrise in den Verliererstaaten zu bekämpfen entstand im Sommer 1919 eine neue, völlig private ARA, die die ehemalige Regierungsbehörde unter Beibehaltung ihres Namens und Auftrages ersetzte. Sie versorgte während des Jahres 1920 hungernde Menschen, vor allem Kinder, in einundzwanzig europäische Ländern⁵⁴⁴ mit Hilfsgütern. Besonders alarmierend war die Ernährungslage in Wien, wo es

⁵⁴² ADÖ, Bd. 1, 143-144.

⁵⁴³ NFP (Morgenblatt), 21.11.1919, 1.

⁵⁴⁴ Paul Joseph, Herbert Hoover (Edina, Minnesota 2001), 15, cit. *It fed 350 million people in 21 European countries.*

zahlreiche Fälle von Rachitis, Skorbut und Blindheit bei Kindern, hervorgerufen durch verminderten Milchkonsum und Vitaminmangel, gab. Da sich die mitteleuropäische Wirtschaft langsamer als erwartet erholte und auch die Ernten von 1920 schlecht ausfielen, musste das Kinderhilfswerk ein weiteres Jahr, in Österreich und Polen sogar bis 1922, fortgeführt werden.⁵⁴⁵

Im Kontext ist auch zu bedenken, dass die Bevölkerung Österreichs schon im Ersten Weltkrieg wegen der alliierten See- und Hungerblockade sowie interner Versorgungsdefizite an einer verdeckten, relativen Hungersnot litt. Die österreichische Regierung reagierte darauf mit der Einführung von Lebensmittelkarten und einer drastischen Kürzung bei den Verpflegungsrationen. Fatalerweise sollte sich nach dem Krieg die Unterversorgung mit Nahrung in Österreich fortsetzen und wie später in Sowjetrussland bzw. in der Sowjetukraine zu internationalen Hilfsleistungen führen.

In den frühen Jahren der Ersten Republik versorgte die Wiener Tagespresse ihre Leser laufend mit aktuellen Nachrichten über die österreichische Versorgungskrise und Aktionen des internationalen Kinderhilfswerks. Diese Zeitungsberichte mussten den Lesern unmissverständlich vor Augen führen, dass Österreich als Bittsteller bei den Siegermächten und Empfänger internationaler Hilfsleistungen, materiell nicht in der Lage war, um sich an Hilfseinsätzen der zwei großen Dachorganisationen in Osteuropa zu beteiligen.⁵⁴⁶

⁵⁴⁵ Cabanes, The Great War, 224.

⁵⁴⁶ Schlagzeilen im sozialdemokratischen Zentralorgan: Wilsons Ruf um Hilfe (Annahme der Bill zur Milderung der Hungersnot in Europa durch das US-amerikanische Repräsentantenhaus). Die Lebensmittelversorgung Österreichs. Die Blockade gegen Österreich aufgehoben (Beschluss der Alliierten Österreich täglich 3.000 Tonnen Lebensmittel zu liefern). Der Kampf gegen die Tuberkulose. Die Lebensmittelversorgung Deutsch-Österreichs. In einem Bericht über Frankreich und die Lebensmittellieferungen hieß es, der außerordentliche Gesandte der Französischen Republik Henri Allizé habe dem Staatssekretär für Äußeres Dr. Bauer folgende Note überreicht: „Die Regierung der französischen Republik ist entschlossen, zusammen mit den alliierten Regierungen Mittel zu suchen, um die Bevölkerung des früheren Oesterreich auf eine ausgiebigere Art mit Lebensmitteln zu versorgen“. Hilfe für Deutschösterreich (Appell an Amerika). Hoover über die Lage in Europa. Amerika vermag zu helfen. Die Hilfe für Deutschösterreich (Kinderverschickungen, Verteilung der Dollarpakete). Die Lebensmittelsendungen der Entente. 270.000 Kinder täglich Gäste der Amerikaner (Erhöhung der Gesamtzahl der durch die amerikanische Kinderhilfsaktion Hoovers verköstigten Kinder). Die nächsten Pläne der amerikanischen Kinderhilfsaktion (Mitteilung von Leutnant Stockton, des Leiters der amerikanischen Kinderhilfsaktion in Österreich, an die Wiener Presse). Keine allgemeine Einstellung der fremden Hilfsaktionen in Österreich (dennoch Liquidierung einiger ausländischer Hilfsaktionen). Einstellung der schwedischen Kronenpakete (Schwedisches Rotes Kreuz). Freunde und Feinde in der Not (Bewilligung von Krediten gemäß Verhandlungen von Prag und Lana). Die „Verhandlung“ über Österreich. Quellen: AZ (Morgenblatt), 16.1.1919, 4, Wilson an den Kongress, cit. *Ich kann nicht ernst genug darauf dringen, daß der Kongreß die Gelder bewilligt, die Hoover für das Lebensmittelhilfswerk verlangt hat* (Diese finanziellen Mittel waren für die Lebensmittelversorgung Polens, der befreiten Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie und der Völker am Balkan vorgesehen); AZ (Morgenblatt), 7.3.1919, 1; AZ (Morgenblatt), 9.3.1919, 6; AZ (Mittagsblatt), 10.3.1919, 1; AZ (Morgenblatt), 8.4.1919, 6; AZ (Morgenblatt), 20.4.1919, 4; AZ (Morgenblatt), 12.6.1919, 6; AZ (Morgenblatt), 10.1.1920, 1 und 5; AZ (Morgenblatt), 12.3.1920, 6 - Gemäß Geschäftsstelle „Kinder ins Ausland“ Volksgesundheitsamt sind im Monat Februar 22.634 Kinder verschickt worden: Deutschland 9.220, Schweiz 5.150, Holland 5.030, Schweden 1.120, Italien 954, Dänemark 500, Norwegen 600 Kinder; AZ (Morgenblatt), 14.3.1920, 6-7; AZ (Morgenblatt), 4.8.1920, 7 – Bisherige Leistungen: Lieferung von 18.000 Tonnen Lebensmittel nach Wien und in die Pro-

vinz. Eröffnung der ersten Küche im Augarten am 18. Mai 1919, die ungefähr 300 Kinder ausspeiste. Mit 1. Juli 1920 wurden in etwa 68 Millionen Mahlzeiten im Wert von einer Milliarde österreichischer Kronen ausgeteilt. Des Weiteren wurden durch den „American Relief Administration European Childrens Fund“ 100.000 Mäntel, 100.000 Paar Schuhe und 100.000 Paar Wollstrümpfe verteilt. Der Stoff dafür kam aus Amerika, wurde in Österreich verarbeitet und die Erzeugungskosten von der deutsch- österreichischen Regierung getragen. Das „American Relief Administration Warehouse“ verteilte Dollarpakete im Werte von eineinhalb Millionen Dollar; AZ (Morgenblatt), 29.5.1921, 6-7 - Die Schweizer Küchen des Hilfscomitees für hungernde Völker in Innsbruck, Salzburg und Wien schlossen mit Ende Mai 1921; Zum selben Zeitpunkt schloss das britische Hilfswerk „Vienna Emergency Relief Fund“ und im Juni das „American Joint Distribution Committee“. Die norwegische Hilfsaktion hatte ihren Küchenbetrieb bereits eingestellt und das Hilfswerk „Kinder ins Ausland“ war im Auslaufen. Die ARA liquidierte zwar das „Food Remittance Program“ setzte aber wie das „Amerikanische Rote Kreuz“ die Ausspeisung und Bekleidungsaktion unvermindert fort; AZ (Morgenblatt), 24.5.1922, 9; AZ (Morgenblatt), 16.6.1922, 1; AZ (Morgenblatt), 16.8.1922, 1.

Schlagzeilen in der katholisch-konservativen RP: Die ausländischen Lebensmittel. Die Hilfe für das hungern- de Wien (Die Wiener amerikanische Ausspeiseaktion - Die niederländischen Malteserritter für die notleiden- den katholischen Wiener - Großer Erfolg der Schweizer katholischen Hilfsaktion). Außerdem wurde im letzt- genannten Artikel die ergreifende Schilderung eines Wiener Korrespondenten der Kölner Volkszeitung veröf- fentlicht: „*Oder es betrachte sich einer die Hügel der städtischen Müllabfuhrstellen, wie die frierenden Kin- der, Frauen und Greise aus dem Müll und Kot sich Reste von Holz, Lebensmittel und Kohle heraussuchen.*“ Das Rundschreiben des Papstes und die Tätigkeit des „Save the Children Fund“. Lloyd George über die Not- lage in Österreich. Die Lebensmittelhilfe der französischen Mission. Ein norwegischer Hilfszug für Öster- reich. Mr. Hoover über die Begrenzung der amerikanischen Lebensmittelhilfe. Die Kinderausspeisung in den Ländern (gemeint sind die Bundesländer Österreichs, wobei 50 Prozent aller amerikanischen Lebensmittel für Wien vorgesehen waren). Der Liebe Auferstehung nach dem Weltkrieg. Die ausländischen Hilfswerke an die Wiener Kinder und Notleidenden (daraus erfährt man, dass die amerikanische Kinderhilfsaktion ihre Arbeit im Mai 1919 mit der Ausspeisung von 60.000 Kinder begann und sich Schritt für Schritt auf 300.000 erhöhte). Ein neues vatikanisches Hilfskomitee für Österreich. Das Liebeswerk der holländischen Katholiken (25 Transporte mit 15.800 Kindern nach Holland). Eine neue Hilfsaktion der Amerikaner (Amerikanische Le- bensmittelpakete für Wien). Die Hilfstätigkeit des Auslandes. Das Ende des britischen Hilfswerkes für Wie- ner Kinder. Amerikanische Hilfe für Hochschüler (Studentenhilfsaktion). Einstellung der Dollarpaket-Aktion. Der Oberste Rat über die Hilfe für Österreich. Das Samariterwerk des „European Relief Council“. Fortfüh- rung der Schülerspeisungen unter dem Namen „Amerikanisch-österreichisches Kinderhilfswerk“ (Schüler- speisungsgesetz der österreichischen Bundesregierung). Hilfe für den geistigen Mittelstand (Mittelstandsakti- on Prinzessin Marizza von Liechtenstein). Die amerikanische Hilfsaktion in neuer Form (Übergabe der Akti- on an eine österreichische Leitung. Die weitere Mithilfe Amerikas. Wien von der Beitragsleistung der Ameri- kaner ausgenommen. Schlussbilanz der Aktion). Aus der Schlussbilanz geht hervor: „*Die American Relief Administration für Oesterreich hat im Zeitraum von über drei Jahren über 14 Millionen Dollarwert in Le- bensmitteln eingeführt, was zum derzeitigen Kurs von 50.000 Kronen per Dollar eine Summe von 700 Milli- arden österreichischen Kronen ausmacht.*“ Quellen: RP (Mittagsblatt), 30.4.1919, 2; RP (Morgenblatt), 12.6.1919, 7 – Zahlen der ernährungsbedürftigen Kinder in Graz und Umgebung: 35.000; Niederösterreich: 30.000; Tirol: 10.000; Salzburg: 4.000; Oberösterreich: einige Tausend; RP (Morgenblatt), 16.12.1919, 5; RP (Morgenblatt), 21.12.1919, 6-7; RP (Morgenblatt), 5.2.1920, 5; RP (Morgenblatt), 4.4.1920, 6; RP (Morgen- blatt), 21.5.1920, 7-8; RP (Morgenblatt), 4.8.1920, 6; RP (Morgenblatt), 6.4.1921, 6; RP (Morgenblatt), 3.7.1921, 9; RP (Morgenblatt), 14.8.1921, 1; RP (Morgenblatt), 20.8.1921, 6; RP (Morgenblatt), 4.5.1922, 4, cit. *Das Hilfswerk untersteht unmittelbar dem Ministerium für soziale Verwaltung. In dem Motivenberichte heißt es: Die American Relief Administration wird ihre Aktion Ende Mai I. J. einstellen;* RP (Morgenblatt), 11.6.1922, 6; RP (Morgenblatt), 12.8.1922, 4, cit. Außerdem hat [...] *die amerikanische Kinderhilfsaktion außer dem Kinderhilfswerk die allen Alters- und Berufsklassen geltende Ausgabe der „Dollarpakete“ insze- niert, ferner eine eigene Aktion für den Mittelstand geleitet Professorentische in Wien sowie Graz, Leoben und Innsbruck und Studentenhilfsaktionen (Mensen) an allen Hochschulen organisiert.*

Schlagzeilen in der wirtschaftsnah und liberal-demokratisch ausgerichteten NFP: Einladung von Deutschen und Österreichern nach London (Ausgehend von dem Komitee zur Bekämpfung der Hungersnot). Ein italieni- sches Anbot auf Lieferung von 30.000 Tonnen Mehl. Misserfolg der Aktion der Liga gegen die Hungersnot. Wien in der schwersten Not. Drohender Brotmangel. Brot und Kohle. Die amerikanische Präsidentschafts- wahl und Österreich. Von Professor Klemens Pirquet, Generalkommissär der amerikanischen Kinderhilfsakti- on (über die Professionalität und Leistungen Hoovers als Lebensmitteldirektor während des Krieges und spä- teren Direktor der American Relief Administration European Childrens Found). Die Lebensmittelpakete aus Amerika. Ausgabe von Lebensmittel aus Dollarpaketen. Neuerliche Erweiterung der amerikanischen Kinder- hilfsaktion. Die amerikanischen Wohlfahrtsaktionen für Europa. Ein Bericht Hoovers über den European Relief Council. Zweimalhunderttausend Dollar für den Mittelstand. Die Aufteilung der 200.000-Dollar-

Wie sah nun das Hilfswerk Österreichs für die ukrainischen und sowjetrussischen Hungergebiete aus? In welcher Form erfolgte sie und welche politischen Parteien, Regierungs- oder Nichtregierungsorganisationen waren daran beteiligt.

Bereits ab Sommer 1921 erreichten die Wiener Leserschaft Berichte über eine geplante Hilfsaktion der ARA und ICRR. Dementsprechend veröffentlichten die NFP, RP und AZ

Spende für die Mittelstandshilfe. Das Liebeswerk der Society of Friends. Das amerikanische Kinderhilfswerk. Übergabe der Ausspeisungen an die Landesregierungen. In diesem Presseartikel wurde von der österreichischen Staatskorrespondenz festgehalten: „*Von nun an steht die amerikanische Kinderhilfsaktion (American Relief Administration) unter österreichischer Leitung. Die amerikanische Leitung hat seit Mai 1919 die Kinderhilfsaktion geführt und in diesen mehr als drei Jahren eine durchschnittliche Zahl von über 200.000 Kinder täglich ausgespeist.*“ Des Weiteren wurde ein Bericht über das englische Kinderhilfswerk in Österreich publiziert, worin Eglantyne Jebb betonte, dass „*die Arbeit des Save the Children Fund im kommenden Winter in Oesterreich fortgesetzt werden muß. Lady Murray hat auch bereits einen entsprechenden Aufruf in den Zeitungen veröffentlicht.*“ Quellen: NFP (Abendblatt), 29.10.1919, 1; NFP (Nachmittagblatt), 3.11.1919, 1; NFP (Morgenblatt), 6.11.1919, 1; NFP (Abendblatt), 6.11.1919, 3; NFP (Morgenblatt), 21.11.1919, 1; NFP (Morgenblatt), 7.2.1920, 7; NFP (Morgenblatt), 5.11.1920, 3; NFP (Abendblatt), 31.3.1920, 6; NFP (Morgenblatt), 7.8.1921, 12; NFP (Morgenblatt), 20.8.1921, 6, cit. *Die Hauptleistung der American Relief Administration (amerikanische Kinderhilfsaktion) war die Fürsorge für 1.300.000 Kinder in Polen, 400.000 Kinder in Oesterreich, 75.000 Kinder in Ungarn, 200.000 Kinder in der Czecho-Slowakei, 3000 Kinder in Finnland, 46.000 Kinder in Estland, 43.000 Kinder in Kurland, 5000 Kinder in Litauen und für 200.000 russische Flüchtlinge;* NFP (Morgenblatt), 5.2.1922, 10; NFP (Morgenblatt), 25.2.1922, 6, cit. *Vier Gruppen der Verteilung wurden gebildet: 1. Ausspeisung von Angehörigen des Mittelstandes in Gemeinschaftsküchen; 2. Belieferung von Heimen und Anstalten; 3. Ausgabe von Paketen; 4. Vergrößerung der durch die Amerikanische Hilfsaktion gebildeten und unterstützten Spezialaktionen „Professorentische“ und „Studentenmensen“;* NFP (Morgenblatt), 31.3.1922, 7; NFP (Morgenblatt), 12.8.1922, 6; NFP (Morgenblatt), 2.11.1922, 6.

Schlagzeilen im kommunistischen Zentralorgan: Die Weltrevolution (Hungersnot in Deutschland, Österreich, Ungarn und Russland; Agitation gegen die AZ). Welthungersnot. Internationale Rundschau (Die Lebensmittelkrise als Krise des Kapitals). Die Schießerei in Donawitz (Agitation gegen die AZ und Sozialdemokraten). Im Artikel über die Kundgebung Donawitzer Stahlarbeiter für eine bessere Lebensmittelversorgung konnte man lesen: „*Das Ergebnis waren 4 Tote und 17 Verwundete [...] Die „Arbeiter-Zeitung“ berichtet über die blutigen Vorfälle in Leoben, wie über den Brand der Nordwestbahnbrücke [...] Die Sozialdemokratie ist eine staaterhaltende Partei geworden und hält es für ihre Aufgabe, die Arbeiter niederzuhalten.*“ Neunkirchen. Das sozialdemokratische Gaukelspiel. Das Ende des Dollarpaketschwindels (Agitation gegen die ARA und Sozialdemokraten). Die Bedingungen der englischen Kredithilfe. Unser Kampf gegen den Hunger. Gegen den Hunger! (Ein agitatorisch und propagandistischer Bericht über die Protestaktion von Arbeitern der Simmeringer Waggonfabrik anlässlich einer weiteren Brotpreiserhöhung – Agitation gegen die Sozialdemokraten und Christlichsozialen): Auf der Titelseite erfuhr die Leserschaft: „*Der infame Brotpreiswucher hat gestern den Protest der Arbeiter Wiens herausgefordert. In dieser verzweiferten Situation legen Deputationen der Arbeiter aus den Betrieben der Regierung ihre Forderungen vor. Die Pfaffenregierung Seipel hat den traurigen Mut gegenüber den von Hunger und Verzweiflung vorwärts getriebenen arbeitenden Massen die starke Hand zu zeigen und beantwortet die bescheidenen Forderungen der Simmeringer mit einem kategorischen Nein!*“ Die Kundgebung der Arbeiterschaft vor dem Parlament. Übergabe der Amerikanischen Kinderhilfsaktion von Amerika an österreichische Leitung. Quellen: Die Soziale Revolution, 5.7.1919, 6, cit. *Immerhin aber befindet sich der Artikelschreiber der Arbeiter-Zeitung in einem großen Irrtum, wenn er glaubt, daß die in den Ententeländern reichlich vorhandenen Lebensmittel den dortigen Proletariern in ausreichendem Maße zugutekämen [...] Gewiß wird die Hungersnot als revolutionäre Triebfeder in den Ententestaaten nicht die gleiche bedeutende Rolle spielen wie bei uns; aber sie kommt auch dort als revolutionierendes Moment in Betracht;* RF, 1.11.1919, 1; RF, 23.11.1919, 3-4; RF, 8.2.1920, 7; RF, 13.2.1920, 1; RF, 20.4.1920, 2; RF, 6.7.1921, 5; RF, 8.12.1921, 2; 5; RF, 17.2.1922, 1 und 5, cit. *Die Kredite die von England und Frankreich gewährt wurden, werden nicht an den österreichischen Staat bar ausbezahlt, sondern für die Bezahlung von Warenkäufen in den betreffenden Ländern verwendet. Geschäft ist Geschäft;* RF, 20.7.1922, 1 und 2, cit. zu 1. *Während draußen gegen die hungernden Opfer gewissenloser Wucherer und Blutsauger die gesamte Wiener Polizei in Alarmbereitschaft gehalten wird, unterhandelt die Pfaffenregierung über die vollkommen verwässerten und ganz unzulänglichen Reformvorschläge der Sozialdemokraten, die den ursprünglichen Forderungen der Arbeiter die Spitze abgebrochen hatten;* zu 2- *Die Arbeiter einiger großer Wiener Fabriken (Simmeringer Apollo-Werke, Simmeringer Waggonfabrik, die Futtermittel-Werke sowie die Penzinger Werkstätte) legten ihre Arbeit nieder;* RF 12.8.1922, 5.

Presseartikel über die Ausspeisung von hungernden russischen Kindern, die nach der in Österreich erprobten und bewährten Methode durchgeführt werden sollte. Zu diesem Zweck wurden prominente und erfahrene Funktionäre der österreichischen Hilfsaktion, wie der Chef des ARA-Kommissariats in Wien und Niederösterreich Leutnant John H. Hynes und der Leiter der österreichischen Dollarpaketaktion und Chef der Kinderhilfsaktion in den Bundesländern Leutnant Elmer G. Burland, nach Moskau entsandt und mit der Leitung der Mission betraut. Außerdem erfuhren die Leser, dass die Kinderverköstigung nach den wissenschaftlichen Grundsätzen des NEM-Systems (Nahrungs-Einheit-Milch) des österreichischen Kinderarztes Pirquet erfolgen sollte.⁵⁴⁷

5.2.1 Die liberalen und christlich-sozialen Hilfskampagnen

Weder das liberal-demokratische noch das katholisch-konservative Tagesblatt haben nach dem telegraphischen und einvernehmlich mit der Sowjetregierung erfolgten Hilferuf Maxim Gorkis⁵⁴⁸ eigene Hilfskampagnen für die Hungergebiete in Sowjetrussland oder später in der Ukraine organisiert oder promotet. Vielmehr bemühten sich beide Tageszeitungen über nationale und internationale Hilfswerke im Sinne eines unabhängigen Journalismus zu berichten.⁵⁴⁹ Die Sammelaktion der NFP für die „Wiener Freiwillige Rettungsgesellschaft“, stellte eine seltene Ausnahme dar, kam aber ausschließlich der hungernden Bevölkerung Wiens zugute. Gemäß dem Sammelausweis vom 7. August 1921 betrugen die privaten Spenden schon die beträchtliche Summe von 1.235.402 Kronen.

Wie zu erwarten veröffentlichte „Das unabhängige Tagblatt für das christliche Volk“, Presseartikel über die päpstliche Hungerhilfe oder Hilfsappelle der „Ukrainischen Autokephalen Kirche“. Beispielsweise hieß es im Aufruf des Kiewer Metropoliten Vasyl Kostjantynovyč Lypkivskyj: *„Menschen! Brüder der ganzen Welt! Nur auf euch hoffen wir noch. In euren Händen ruht das Schicksal unserer unglücklichen Mitbrüder. Rettet sie vor dem Hungertod.“*⁵⁵⁰ Außerdem bemühten sich beide Blätter in ihrer Berichterstattung Fakten über die

⁵⁴⁷ NFP (Morgenblatt), 24.8.1921, 8; RP (Morgenblatt), 30.10.1921, 8; AZ (Morgenblatt), 30.10.1921, 3.

⁵⁴⁸ NFP (Abendblatt), 21.7.1921, 1; AZ (Morgenblatt), 22.7.1921, 1; RP (Morgenblatt), 23.7.1921, 4; RF, 23.7.1921, 1.

⁵⁴⁹ RP (Morgenblatt), 28.7.1921, 3-4; NFP (Morgenblatt), 28.7.1921, 4; NFP (Morgenblatt), 6.8.1921, 4; RP (Morgenblatt), 6.8.1921, 4; NFP (Morgenblatt), 7.8.1921, 7-8; RP (Morgenblatt), 26.8.1921, 4; NFP (Morgenblatt), 6.9.1921, 4; RP (Gleichzeitig Ausgabe der „Wiener Stimmen“), 9.1.1922, 3-4; NFP (Morgenblatt), 11.2.1922, 5.

⁵⁵⁰ RP (Gleichzeitig Ausgabe der „Wiener Stimmen“), 8.5.1922, 3; RP (Morgenblatt), 17.5.1922, 3, cit. *Der Vatikan und Sowjetrußland. Das Abkommen über Entsendung unpolitischer Missionen nach Rußland [...] Auf Grundlage des Vertrages werden sich nun binnen kurzem Salesianer, Jesuiten und die Brüder vom „Worte Gottes“ aus Holland in die Hungergebiete begeben*; NFP (Morgenblatt), 7.8.1921, 12-13; RP (Morgenblatt), 9.6.1922, 3.

Hungerskatastrophe ungeschminkt an die Öffentlichkeit weiterzugeben. Zum Beispiel veröffentlichte die RP den Bericht eines gewissen Heimkehrers K. L. Engl. Unter dem Titel „*Was kommen mußte*“ erfuhren die Leser über das Paradies der „Roten Freiheit“ folgendes: „*Das was Hunderte und Tausende, die Gelegenheit hatten, die Unfähigkeit und Verderblichkeit des Sowjetsystems kennenzulernen, voraussagten, ist eingetreten: Hunger und Seuchen verwüsten das Land [...] 20 Millionen ihres Reiches hungern. Wohl mag die Dürre des heurigen Jahres bedeutenden Schaden an den Kulturen Rußlands angerichtet haben, aber dies allein ist nicht Schuld, das [sic!] Rußland, Europas ausgiebigste Getreidekammer, hungert. Seit der Herrschaft der Bolschewiken ist es von Jahr zu Jahr schlechter geworden.*“ Jedoch empfiehlt es sich aus quellenkritischer Perspektive derartige Beiträge stets im Lichte der antisowjetischen Linie beider Blätter zu interpretieren.

Außerdem publizierte das katholisch-konservative Tagesblatt im September 1921 eine Note Čičerins an das österreichische Bundesministerium für Äußeres, worin der Volkskommissar im Namen des russischen Volkes um Hungerhilfe ersuchte. Die Antwort des österreichischen Außenamtes fiel entsprechend der heimischen Notlage gleichermaßen pragmatisch wie diplomatisch aus. Die genaue Formulierung der österreichische Bundesregierung lautete, sie werde „*einer privaten Hilfsaktion in Oesterreich ihre volle Unterstützung angedeihen lassen*“.⁵⁵¹

Über die Möglichkeit einer privaten Hilfsaktion für deutsche Kolonisten in der Südukraine erfuhr die Wiener Öffentlichkeit aus einem Presseartikel der NFP vom April 1922. In einer „*Marconi-Nachricht*“⁵⁵² teilte John H. Hynes mit, in der Ukraine werde „*in der aller nächsten Zeit ein spezielles Schiff mit 60.000 Dollarpaketen eintreffen*“. Des Weiteren berichtete er, dass in den Bezirken Odessas 30.000 deutsche Kolonisten von der Hungersnot betroffen seien und „*Viele von ihnen haben Verwandte und Freunde in Oesterreich, die vielleicht in der Lage sind, für sie bei der American Relief Administration Dollarpakete zu bestellen.*“⁵⁵³

Außerdem berichtete das liberal-demokratische Tagesblatt über einen Aufruf an die Mediziner und Studentenschaft der Universität Wien.⁵⁵⁴ Darin wurde um 30 Mediziner und 20 Chemiker für einen Hilfseinsatz im Rahmen der Nansen-Mission geworben. Ob sich tat-

⁵⁵¹ RP (Morgenblatt), 26.7.1921, 3; RP (Morgenblatt), 15.9.1921, 4.

⁵⁵² Anm. des *Verfassers*: Drahtlose Kommunikation mittels Radiowellen des italienischen Radio- und Amateurfunk-Pioniers sowie Unternehmensgründer der Wireless Telegraph & Signal Company (später Marconi Company) *Guglielmo Marconi*.

⁵⁵³ NFP (Abendblatt), 15.4.1922, 4.

⁵⁵⁴ NFP (Nachmittagblatt), 20.3.1922, 6-7 - den Aufruf zeichneten: Jlia Schenker, N. Jaßny (Vereinigte Hilfskomitee der russischen Organisationen für die Hungernden in Russland in Wien); Henri Reymond (Delegierter des internationalen Roten Kreuzes in Wien); Cand. rer. pol. Walter Kolbe (allgemeiner Studenten-Hilfsausschuss).

sächlich Freiwillige gemeldet haben, die an einem Einsatz in den Hungergebieten teilgenommen haben, konnte nicht verifiziert werden.

Die Analyse der katholisch-konservativen RP ergab bezüglich einer österreichischer Hungerhilfe für deutsche Kolonisten im Schwarzmeergebiet keine Ergebnisse. Hingegen wurden in beiden Tagesblättern zahlreiche Berichte über die Hungersnot in den Wolga-Gouvernements und Hilfsleistungen für die Wolgadeutschen veröffentlicht.⁵⁵⁵ Beispielsweise konnte die Wiener Öffentlichkeit in der NFP vom 12. März 1922 lesen, dass viele Länder Westeuropas (Deutschland, England und die Tschechoslowakei) bereits ihre Hilfsbereitschaft für die hungernden Kinder und Erwachsenen bekundet haben. Über eine dementsprechende Hungerhilfe Österreichs schreibt das Tagesblatt: „*Gerade wir Oesterreicher wissen, was Kinderelend ist [...] Oesterreich ist selbst noch in schwerer Not; eine wirklich wesentliche Hilfe kann unser kleines, verelendetes Land nicht bieten [...] In Oesterreich hat bereits die Arbeiterschaft die erhabendste Opferwilligkeit bewiesen und im Fluge Millionen zusammengesteuert.*“⁵⁵⁶

5.2.2 Das „Russische Hilfskomitee“ der Kommunisten

Bereits kurz nachdem Sowjetrussland durch die internationale Presse die Weltöffentlichkeit um Hilfe ersuchte, veröffentlichte das kommunistische Zentralorgan am 24. Juli 1921 den Spendenaufruf der KPÖ für das schwer bedrohte Proletariat Sowjetrussland. Dieser Artikel enthielt folgende Informationen: Obwohl die österreichische Bevölkerung selbst hungerte und wenig zu geben hatte, wurden alle Betriebsvertrauensleute aufgefordert sofort Sammlungen zu veranstalten und die Hilfsgelder an das „*Russische Hilfskomitee der K. P.*“ (Wien, 8. Bez., Alserstraße 69), die „*Kommunistische Partei Oesterreichs*“ (Sektion der Dritten Internationale) oder den „*Gewerkschaftsrat der K. P. Oe.*“ weiterzuleiten.

Gemeinsam mit dem internationalen Proletariat sollte der österreichische Arbeiter im Zuge der Hilfsaktion den Ertrag eines Arbeitstages spenden. Daneben erging auch ein Appell an die Vertrauensmänner in den Kasernen, um unter den Soldaten Sammlungen durchzuführen. Vom Erlös der Spenden wollte man benötigte Hilfsmittel, gegebenenfalls Sanitätskolonnen, für die Hungergebiete beschaffen.

Gemäß dem ersten Sammelausweis vom 24. Juli 1921 betrugen die Spenden, die zu diesem Zeitpunkt allesamt von parteiinternen oder parteinahen Organisationen stammten, 310.000

⁵⁵⁵ RP (Morgenblatt), 15.7.1921, 4; RP (Morgenblatt), 26.7.1921, 3; NFP (Morgenblatt), 31.7.1921, 3; NFP (Morgenblatt), 21.8.1921, 1; RP (Morgenblatt), 13.9.1921, 3; NFP (Abendblatt), 11.11.1921, 2.

⁵⁵⁶ NFP (Morgenblatt), 12.3.1922, 4.

Kronen. Diesbezüglich ist auffallend, dass allein die Angestellten der Russischen Mission 250.000 Kronen zum Gesamtbetrag beisteuerten.

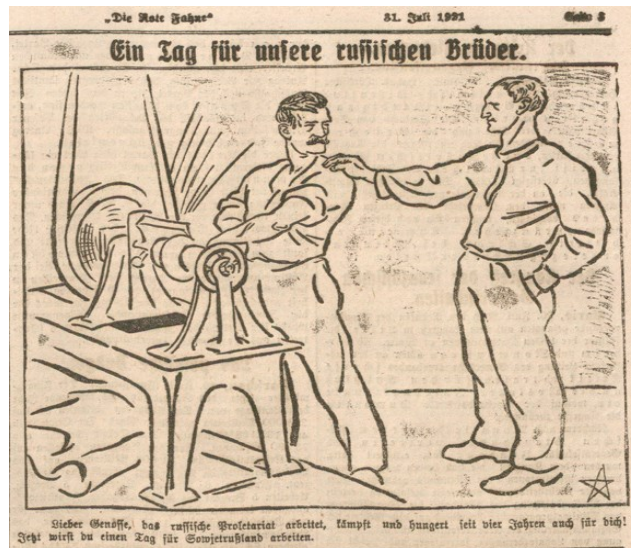


Abb. 9: Ein Arbeitstag für die hungernden russischen Brüder
Quelle: Die Rote Fahne, 31.7.1921, 3.

Nach dem Vorbild Moskauer Zeitungen hatte das Tagesblatt auch eine ständige Rubrik über den Kampf gegen die Hungersnot in Sowjetrußland. Dort rief es seine Leser laufend zur aktiven Solidarität mit dem sowjetrussischen Proletariat auf und veröffentlichte aktuelle Berichte über die Höhe der gesammelten Spenden. Am 5. August 1921 beliefen sich die Hilfsgelder in Summe bereits auf 790.450,50 Kronen.⁵⁵⁷

Da die KPÖ die österreichische Hilfsaktion als Teil des internationalen Klassenkampfes und proletarische Pflicht⁵⁵⁸ auffasste, war für sie die Vereinheitlichung des Hilfswerkes ohne Rücksicht auf parteipolitische Gruppierungen und Interessen ein wichtiges Ziel. Dadurch wollte man die Hungerhilfe auf eine breite Grundlage stellen und eine Optimierung der zur Verfügung stehenden Ressourcen erreichen.

Um dieses Vorhaben zu realisieren, forderten die Kommunisten die Bildung eines gemeinsamen Hilfskomitees für die Leitung und Durchführung der Aktion und propagierten vehement eine proletarische Hilfsaktion der gesamten österreichischen Arbeiterschaft. Obwohl Otto Bauer die gemeinsame Aktion in der erweiterten Obmänner-Konferenz des Wiener Kreisarbeiterrates (20. Juli 1921) gegenüber dem Mitbegründer und damaligen Parteivorstand der KPÖ Paul Friedländer begrüßte, misslang eine Einigung. Nach Ansicht des kommunistischen Zentralorgans scheiterte die gesamtproletarische Hilfsaktion an der Haltung der sozialdemokratischen Führer, die die KPÖ für die Spaltung der Arbeiterklasse ver-

⁵⁵⁷ RF, 24.7.1921, 1; RF, 30.7.1921, 3; RF, 3.8.1921, 3; RF, 5.8.1921, 3.

⁵⁵⁸ RF, 20.7.1921, 4, cit. *Wir vertrauen den Führern der Weltrevolution, und wollen unsererseits unsere proletarische Pflicht tun, indem wir unseren russischen Brüdern direkt und indirekt beistehen.*

antwortlich machten. Dagegen beschuldigten die Kommunisten die Sozialdemokraten ein gemeinsames Vorgehen zu verhindern. Der Vorwurf lautete: „*Die österreichische Sozialdemokratie hat bisher durch ihre Abgeordneten die Forderung nach einer außerordentlichen Parlamentssitzung für eine Hilfskundgebung noch nicht erhoben und auch in den vielen Gemeinden, in denen sie herrscht, hat die Sozialdemokratie bis nun keinerlei Aktion eingeleitet.*“⁵⁵⁹

Aus diesem Grund forderten die Kommunisten die Übernahme der Leitung der Hilfsaktion durch den österreichischen Arbeiterrat, der in ihren Augen den Willen des österreichischen Gesamtproletariats verkörperte. Ungeachtet der Forderung nach Vereinheitlichung initiierte die SDAPÖ und die Gewerkschaftskommission eine selbständige Hilfsaktion, was vom Reichsparteivorstand der KPÖ aufs schärfste kritisiert wurde. Ende August 1921 versuchte die Kommunistische Partei mit der Übergabe der bisher gesammelten Spenden in der Höhe von 1.350.000 Kronen an den Reichsarbeiterrat endgültig die erstrebte gemeinsame Aktion durchzusetzen. Trotz ständigen Drängens sollte es den Kommunisten aber nicht gelingen die Vereinheitlichung der Hilfsaktion beim sozialdemokratischen Parteivorstand und in der Gewerkschaftskommission zu erwirken. Da der Disput nicht beigelegt werden konnte und die Spenden weiterhin in getrennte Fonds flossen, führten beide Parteien ihren ideologischen Kampf propagandistisch weiter. Im September 1921 betrug das Ergebnis der Sammlungen des russischen Hilfskomitees der KPÖ insgesamt zwei Millionen Kronen. Des Weiteren wurde im selben Artikel durch das Hilfskomitee behauptet, dass unter Berücksichtigung der Sammlungen der Gewerkschaftskommission die kommunistischen Arbeiter insgesamt sogar vier Millionen Kronen gespendet hätten.⁵⁶⁰

Eine zweite Möglichkeit um Gelder für die kommunistische Hilfsaktion zu lukrieren ergab sich als Ende März 1922 die Broschüre „Das große Sterben an der Wolga“ vom Mitbegründer der KPÖ und Redakteur Leopold Maresch erschien. Das vom Hilfskomitee der KPÖ herausgegebene Heft enthält nach eigenen Angaben Tagebuchskizzen des Autors sowie wertvolle Beiträge über das Wirtschaftsleben der Kolonisten, die Maresch während seiner Reise ins deutsche Hungergebiet aufgezeichnet hat.⁵⁶¹

Durch die Partei wurden alle kommunistischen Organisationen aufgefordert, den Verkauf der Broschüre zum Preis von 250 Kronen zu organisieren. Der Reinertrag sollte restlos den Hungernden zufließen. Darüber hinaus wurde die Druckschrift auch von Friedländer jedem

⁵⁵⁹ RF, 28.8.1921, 3.

⁵⁶⁰ RF, 30.7.1921, 3; RF, 23.8.1921, 2; RF, 27.8.1921, 3; RF, 22.9.1921, 6.

⁵⁶¹ RF, 23.3.1922, 4 – Die Erfahrungen und Beobachtungen des Genossen Leopold Maresch im deutschen Hungerbiet an der Wolga vom 18. November bis Anfang Dezember 1921.

Genossen wärmstens zur Lektüre empfohlen. In seinem Artikel formuliert er die dahinterstehende Absicht klar und deutlich: Man wollte den Umsatz steigern, um den Reingewinn für die Hungerhilfe zu erhöhen.⁵⁶²

Indessen hielt Maresch Lichtbildervorträge über seine Reise in das Hungergebiet an der Wolga, um zusätzliche Einnahmen für den kommunistischen Hilfsfond zu erzielen. Zum Beispiel realisierte er aus den Veranstaltungen in Bad Vöslau (Apollokino, 600 Teilnehmer) und Berndorf (Demuths Kino, sehr gut besucht) einen Reinertrag inklusive Spenden in der Höhe von 170.261 Kronen. Ominöser Weise entstanden laut der kommunistischen Redaktion in Berndorf Gerüchte, die Mareschs Russlandreise oder die widmungsgemäße Verwendung der Spenden in Frage stellten. Dazu erklärte die Berndorfer Lokalorganisation es würde jede Verbreitung unwahrer Gerüchte gerichtlich belangt. Außerdem könne man über die Rechnungsführung jederzeit Rechenschaft ablegen.⁵⁶³

Wie aus der Analyse erkennbar ist, berichtete das kommunistische Zentralorgan, was deutsche Kolonisten betrifft, ausnahmslos über Hilfsleistungen für die autonomen deutschen Wolgagemeinden.⁵⁶⁴ Inwieweit die lukrierten Gelder auch den schwarzmeerdeutschen Kolonisten zugutekamen, ist anhand der untersuchten Quellen nicht nachweisbar.

5.2.3 Der „Russische Hilfsfond“ der Sozialdemokraten

Obwohl man sich als Gegner des Bolschewismus verstand, hat auch das sozialdemokratische Zentralorgan die österreichische Arbeiterschaft aufgefordert durch Hilfsleistungen ihre proletarische Solidarität gegenüber den Hungernden Sowjetrusslands zu beweisen.

Schon in der Ausgabe vom 23. Juli 1921 appellierte das Tagesblatt auf der Titelseite an alle Genossen, trotz herrschender Not und Elend in der Heimat, freiwillige Spenden für die Hungergebiete zu sammeln. Vom Spendengeld sollten der Kauf und Versand von Medikamenten für die noch schlimmere Not leidenden sowjetrussischen Genossen finanziert werden. Dazu hieß es: *„Was wir in unserem kleinen, armen Lande tun können, ist nicht viel. Wir können keine Lebensmittel nach Rußland schicken. Aber wir können Heilmittel kaufen und sie in die russischen Hunger- und Choleragebiete senden.“* Darüber hinaus erfuhren

⁵⁶² Ebda, – Das große Sterben an der Wolga, cit. *Da ihr Reingewinn der Hungerhilfe zuströmt so wird hoffentlich kein Arbeiter versäumen, sie zu kaufen.*

⁵⁶³ RF, 4.4.1922, 5; RF, 14.4.1922, 5; RF, 10.5.1922, 5.

⁵⁶⁴ RF, 11.9.1921, 4 – Die Lage der Wolga-Deutschen; RF, 14.9.1921, 2 – Das Elend der Wolgadeutschen. RF, 23.3.1922, 4 – Das große Sterben an der Wolga.

die Leser in einem weiteren Artikel, dass an der Wolga auch 750.000 deutsche Siedler bittersten Hunger litten.⁵⁶⁵

Einen Tag später informierte das sozialdemokratische Zentralorgan die österreichische Öffentlichkeit über den Spendenaufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Gewerkschaftskommission. Letztgenannte Organisation stand an der Spitze des Hilfswerkes und spendete noch am selben Tag eine halbe Million Kronen aus dem gewerkschaftlichen Hilfsfond. Außerdem wurde berichtet, dass der Wiener Ortsgruppenvorstand der Metallarbeiter an alle Wiener Betriebsräte, Vertrauensmänner und Funktionäre folgenden Appell richtete: *„Werte Genossen! Angesichts des furchtbaren Elends und der großen Notlage, in der sich das russische Proletariat zurzeit befindet, fordern wir euch auf sofort in allen Betrieben Sammlungen zu veranstalten, um das Los unserer russischen Brüder zu erleichtern. Die Sammelgelder sind direkt an das Parteisekretariat Wien, Rechte Wienzeile Nr. 97, unter der Marke „Russischer Hilfsfonds“ einzusenden.“* Die Spenden konnten entweder auf das Postsparkassenkonto Nr. 19.380 des Parteisekretariats eingezahlt oder ebenda zwischen vier und sechs Uhr nachmittags übergeben werden. Die Übergabe von Sammlungen in der Provinz erfolgte an die Landes- oder Kreissekretariate.

Außerdem konnte man in diesem Artikel lesen, dass entgegen der vom kommunistischen Zentralorgan betriebenen Agitation die Sozialdemokraten, zumindest was parteipolitische Gruppierungen und Interessen betraf, keine Gegner einer gesamtproletarischen Hilfsaktion waren. Dementsprechend betonten die sozialdemokratischen Betriebsräte der chemischen Industrie eindringlich: *„Alle Schranken der Parteigegnerschaft sind gefallen, das gesamte Proletariat muß für die russischen Brüder das Möglichste zum Opfer bringen.“* Infolgedessen beschlossen die Betriebsräte und Vertrauensmänner dieser Branche im Favoritner Arbeiterheim, dass jeder Arbeiter verpflichtend zwei Lohnstunden dem hungernden russischen Proletariat zu widmen hat.

Schließlich haben auch die Ortsgruppen des Militärverbandes Spenden überreicht. Gemäß Ausweis Nr. 1 des „Russischen Hilfsfonds“ erreichten die Sammlungen am ersten Tag annähernd 800.000 Kronen (34.288,00 EUR). Ende August 1921 machte der sozialdemokratische Hilfsfond mit einer Gesamtsumme von 8.125.633,01 Kronen (348.264,63 EUR) im Vergleich zu den eingegangenen Spenden des kommunistischen Hilfskomitees ungefähr das sechsfache aus.⁵⁶⁶ Als Anhalt für einen Vergleich zum heutigen Preisverhältnis soll der

⁵⁶⁵ AZ (Morgenblatt), 23.7.1921, 1.

⁵⁶⁶ AZ (Morgenblatt), 24.7.1921, 3, cit. *„Gewerkschaftlicher Hilfsfonds (Gewerkschaftskommission) Kronen 500.000- , Ortsgruppe Wien des Oesterreichischen Metallarbeiterverbandes 250.000-, [...] Militärverb. d. Rep. Oesterreichs erste Rate: Ortsgruppe Wien 10.000-, Ortsgruppe Oberösterreich 2000-, Ortsgruppe Niederösterreich 2000-, Ortsgruppe Steiermark 1000-, Ortsgruppe Tirol 1000, Ortsgruppe Kärnten 1000, Orts-*

Endverbraucherpreis für ein Laib Brot dienen, der im Juli 1921 neun Kronen (0,39 EUR) betrug.⁵⁶⁷ Eine Tageszeitung kostete im selben Monat durchschnittlich drei Kronen (0,13 EUR). Inflationsbedingt stieg der Verkaufspreis für Brot bis Jänner 1922 auf 316 Kronen (0,46 EUR)⁵⁶⁸ bzw. für ein Tagesblatt auf durchschnittlich 30 Kronen (0,04 EUR).⁵⁶⁹ Unter Anwendung des „Historischen Währungsrechner der Österreichischen Nationalbank“ erkennt man, dass bei Brot eine leichte Teuerung, hingegen bei Zeitungen eine starke Minderung des Geldwertes erkennbar war.⁵⁷⁰

Im Jänner 1922 informierte die AZ ihre Leser über das Hilfswerk des sozialdemokratischen „Internationalen Gewerkschaftsbundes“ (IGB),⁵⁷¹ unter dessen Ägide auch die Verwendung österreichischer Hilfsgüter stand. Zum Beispiel verschifft der IGB am 28. Dezember 1921 aus den eingenommen Spenden 12.000 Tonnen Nahrungsmittel und Bekleidung, vor allem für Kinder, in die Hungergebiete. Ein zweites Schiff mit Hilfsgütern war für Ende Jänner geplant. Im Februar erreichte die österreichische Öffentlichkeit eine Meldung aus Berlin, die von einer einheitlich geführten Hilfsaktion in der Weimarer Republik berichtete. Unter dem Namen „Brüder in Not“ schlossen sich zahlreiche Private und amtlich geförderte Privatorganisationen mit Genehmigung der Staatsregierung in einer Reichssammlung zusammen, um deutschen Kolonisten und Hungerflüchtlingen zu helfen.⁵⁷²

Dagegen hat sich in Österreich die Durchführung und Koordination von Hilfsaktionen etwas komplexer dargestellt. Neben Berichten über Hilfslieferungen in die Hungergebiete nahm die Causa „Julius Braunthal“ einen breiten Raum in den Wiener Medien ein. Vor allem die mediale Auseinandersetzung zwischen dem Zentralorgan der radikalen Kommunisten und dem der gemäßigten und fallweise radikalen Sozialdemokraten erregte großes öffentliches Interesse.

Für welchen Zweck war nun das Spendengeld des „Russischen Hilfsfonds“ bestimmt? Gemäß Beschlusses der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (IASP - auch bekannt als „Wiener Internationale“)⁵⁷³ unter dem Vorsitz des Wiener Sozialdemokra-

gruppe Vorarlberg 500- “; AZ (Morgenblatt), 29.7.1921, 6; AZ (Morgenblatt), 20.8.1921, 5 - Russischer Hilfsfond, 24. Ausweis.

⁵⁶⁷ AZ (Morgenblatt), 12.7.1921, 1.

⁵⁶⁸ NFP (Morgenblatt), 6.1.1922, 9.

⁵⁶⁹ HYPRESS, Die österreichische Tagespresse, Online unter: <https://www.oeaw.ac.at/cmc/hypress/wz.htm>.

⁵⁷⁰ OeNB-Finanzbildung. Historischer Währungsrechner der Österreichischen Nationalbank. Online unter: <https://finanzbildung.oenb.at/docroot/waehrungsrechner/#/>.

⁵⁷¹ AZ (Morgenblatt), 20.8.1921, 5, cit. *Die Hilfsaktion der Amsterdamer Internationale für Rußland*; Anm. des Verfassers: 1919 in Amsterdam neu gegründet, der 1921 etwa 24 Millionen Gewerkschafter aus 24 Ländern vertrat.

⁵⁷² AZ (Morgenblatt), 6.1.1922, 2; AZ (Morgenblatt), 18.2.1922, 4.

⁵⁷³ Anm. des Verfassers: Bedeutende Mitglieder waren: die „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (USPD), die „Sozialdemokratische Partei der Schweiz“, die österreichische „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ (SDAP), die französische „Section française de l’Internationale ouvrière“ (SFIO), die

ten Friedrich Adler wurde der Hilfsfond mit der Sammlung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam vereinigt. Im Auftrag des IGB wurden in Wien Heilmittel um insgesamt 20.158.216 Kronen beschafft. Eine Sendung der Hilfsgüter wurde vom IGB der Nansen-Mission zugeteilt und von der örtlichen Vertretung des ICRC als Landfracht über Galizien den Hungergebieten zugeschoben.

Eine zweite Sendung war laut Auftrag des IGB für Georgien bestimmt. Das kleine Land zählte zwar nicht zu den eigentlichen Hungergebieten litt aber furchtbar unter den Seuchen, die von der Roten Armee eingeschleppt wurden. Am 14. März wurden von Triest aus eine Ladung mit 41 Kolli österreichischer Hilfsgüter mit dem Lloydschiff „Graz“ nach Batum verschifft, wo der Frachter am 30. März einlief. Begleitet wurde dieser Transport von einem georgischen Genossen sowie vom österreichischen Historiker und Redakteur der AZ Julius Braunthal, der für die Verteilung der Hilfsgüter vor Ort verantwortlich war. Vorher kam es jedoch zu Komplikationen im Zusammenhang mit seiner Abreise, weil der Wiener Vertreter Sowjetrusslands Bronski die Ausstellung der Einreisebewilligung nach Georgien verweigerte. Ob es sich dabei um Sabotage durch den kommunistischen Dachverband „Rote Gewerkschafts-Internationale“ (RGI) handelte, konnte aber nicht restlos verifiziert werden. Dennoch waren in einem in der AZ veröffentlichten Schreiben Braunthals an Bronski Hinweise zu finden die diese Annahme stützten: *„Es dürfte, da eine bewußte Sabotage der Hilfsaktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes für Rußland von Seite der Sowjetrepubliken ja nicht angenommen werden kann, das verspätete Einlangen des Paßvisums wohl auf technische und administrative Unzukömmlichkeiten zurückzuführen sein.“* Ein weiteres Indiz für diese Hypothese ist, dass auch eine energische telegraphische Aufforderung Braunthals an Čičerin und den stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Lev Borisovič Kamenev bei seiner Ankunft in Batum ein Visum zu erhalten, erfolglos blieb.⁵⁷⁴

So reiste Braunthal ohne Einreiseerlaubnis ab. Schließlich gelang es ihm während eines kurzen Aufenthaltes in Konstantinopel vom dortigen Konsulat der transkaukasischen Sowjetrepubliken für 50.000 Kronen (zehn türkische Pfund) die Ausstellung eines Einreisevisums für Georgien zu erwirken. Somit war er in der Lage seine Mission erfolgreich zu erfüllen, für die er im April großen Dank von der georgischen Arbeiterschaft erntete. Das Dankschreiben der proletarischen Antikommunisten Batums ging der AZ über das Büro des

„Independent Labour Party“ (ILO) (England), die „Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik“ (DSAP), die im Exil fortbestehende Partei der „Sozialrevolutionäre“, die österreichische „Poale Zion“ (Arbeiter Zions) sowie sozialistische Parteien des SHS-Staates, Rumäniens und aus dem Baltikum.

⁵⁷⁴ AZ (Morgenblatt), 16.3.1922, 2.

IGB in Amsterdam mit folgenden Inhalt zu: *„Teuerster Genosse Braunthal! Wir Vertreter der antikomunistischen Gewerkschaftsorganisationen der Stadt und des Bezirkes Batum drücken für die Hilfe, die Sie uns im Auftrag des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam, des höchsten Organs der europäischen Arbeiterklasse, für die Arbeiterschaft und Bevölkerung Georgiens geleistet haben, unseren wärmsten Dank aus.“*

Dieser Vorfall um die Einreiseerlaubnis hatte noch ein bizarres Nachspiel. Das kommunistische Tagesblatt publizierte am 14. Mai eine öffentliche Erklärung des cholerischen Bronski-Nachfolgers Šlichter zur Georgienreise Braunthals. Darin bestritten die Kommunisten die Wahrheit und Zuverlässigkeit des Braunthal-Berichtes vom 11. Mai, indem sie seine Darstellungen betreffend die Hemmnisse bei der Ausstellung des Visums anzweifelten. Gleichzeitig stellten sie den Zweck der „Medikamentenreise“ in Frage und beschuldigten Braunthal er verfolge auch politische Ziele. Schließlich schimpften sie ihn noch einen gegenrevolutionären Spion. Die Sozialdemokraten, die diese Anschuldigungen gegen ihren treuen Genossen entschieden dementierten, warfen vice versa dem sowjetrussischen Repräsentanten Unerfahrenheit im Amt sowie den Kommunisten üble Nachrede und Unkenntnis über den Verwendungszweck der Spendengelder vor.⁵⁷⁵

Als Braunthal nach seinem Hilfseinsatz eine Artikelserie mit dem Titel *„Das kommunistische Georgien“*⁵⁷⁶ in der AZ veröffentlichte, kam es zu weiteren intensiven Debatten zwischen den zwei linken Parteien und aggressiver Agitation durch die RF.⁵⁷⁷

Wie die sozialdemokratische Presse im Frühjahr 1922 berichtete, hatte die österreichische Arbeiterschaft trotz des heimischen Elends, mehr als 27 Millionen Kronen für die Hungernden Sowjetrusslands gesammelt. Die höchsten Spendengelder wies der Hilfsfonds der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften auf. Bis 1. März 1922 erreichten die Gesamteinnahmen dieses Fonds die Summe von 20.674.548 Kronen. Der Rest entfiel auf

⁵⁷⁵ AZ (Morgenblatt), 11.5.1922, 1-2 – Österreichs Arbeiterhilfe für Georgien und Dankschreiben aus Batum an Braunthal; RF, 14.5.1922, 3, cit. *daß die Reise des Herrn Braunthal tatsächlich noch andere Zwecke hatte, als nur Hilfe zu bringen [...] mit welcher Genosse Schlichter die Anmaßungen und Lügen des feinen Kumpan Braunthal zurückweist und über den Mißbrauch der „Hilfsreise“ zu gegenrevolutionären Zwecken spricht. Dieser junge Mann, Spezialist der „Arbeiterzeitung“, im Verleumden und Herabsetzen Sowjetsrusslands, wundert sich [...] wenn ein Tschitscherin seine „Befehle“ nicht beachtet, und wagt es öffentlich mitzuteilen, daß er als gegenrevolutionärer Spion nach Georgien reiste; AZ (Morgenblatt), 16.5.1922, 4, cit. Ebensovienig der Herr Schlichter von den Vorgängen seines Amtes weiß, so wenig weiß die „Rote Fahne“ von der Sammelaktion für das notleidende Rußland [...] Es ist also dem Artikelschreiber nicht bekannt, daß für sämtliche Gelder, die in Oesterreich aufgebracht wurden, sowohl für die von Partei und Gewerkschaften, als auch für die vom Arbeiterrat, Medikamente eingekauft wurden. Diese vernünftige Verwendung der gesammelten Gelder geschah mit Zustimmung der Kommunisten, denn es war klar, daß man aus Oesterreich mit seinem Lebensmittelfizit keine Lebensmittel ausführen kann.*

⁵⁷⁶ AZ (Morgenblatt), 19.5.1922, 1; AZ (Morgenblatt), 23.5.1922, 1; AZ (Morgenblatt), 28.5.1922, 2.

⁵⁷⁷ RF, 18.5.1922, 3-4; RF, 20.5.1922, 3; RF, 31.5.1922, 1; RF, 1.6.1922, 1; RF, 13.7.1922, 5.

die Sammlung des Reichsarbeiterrates. Beide Sammlungen sind fast zur Gänze ihrem Verwendungszweck zugeführt worden.⁵⁷⁸

Entsprechend der Quellenlage erreichten 1921 ausschließlich Meldungen über das Elend sowie das Leiden hungernder Kinder aus den Wolgakolonien die österreichische Öffentlichkeit.⁵⁷⁹ Das änderte sich Ende des Jahres als bekannt wurde, dass die Ukraine von einer ähnlichen Hungersnot bedroht war. Schließlich erschienen Anfang 1922 Presseberichte über die ukrainische Hungerkatastrophe, die nach Meldungen eines Vertreters der ARA jene im Wolgagebiet übertreffe beziehungsweise deren Schrecken verblassen ließe.⁵⁸⁰ Da ab diesem Zeitpunkt auch die zwei großen Dachorganisationen ihre Mission auf die Ukraine ausgedehnt haben ist die These zulässig, dass auch schwarzmeerdeutsche Kolonisten in den Gouvernements der Südukraine mit österreichischen Hilfsmitteln versorgt wurden.

5.2.4 Die „Russische Hilfsaktion“ des Reichsarbeiterrates

Auf der Titelseite der AZ vom 26. Juli 1921 erschien mit dem Aufmacher „*An die Arbeiterklasse Deutschösterreichs*“ ein Aufruf des Reichsvollzugsausschusses der Arbeiterräte. In diesem Artikel wurde darauf hingewiesen, dass in Österreich die Gewerkschaften und die proletarischen Parteien bereits Sammlungen für die betroffenen Hungergebiete eingeleitet haben. Außerdem müsse die Arbeiterklasse aller Länder durch tatkräftige Hilfsleistungen „*der von Hungersnot und Seuchengefahr bedrohten russischen Revolution zu Hilfe eilen in der Erkenntnis, daß sie mit der russischen Revolution ihre eigenen revolutionären Errungenschaften, ihre eigenen revolutionären Hoffnungen verteidigt.*“ Die Öffentlichkeit erfuhr auch, dass neben dem sozialdemokratischen „Russischen Hilfsfond“ und dem kommunistischen „Russischen Hilfskomitee“ beim „*Sekretariat des Reichsarbeiterrates. Wien, V. Sonnenhofgasse Nr. 6 unter der Kennung Russische Hilfsaktion*“ Sammlungen entgegen genommen werden. Der erste Spendenausweis der „Russischen Hilfsaktion“ wies mit 29. Juli 1921 noch den bescheidenen Betrag von 59.602 Kronen aus.⁵⁸¹

Nach der Überstellung der Sammlung des kommunistischen Hilfskomitees an den Reichsarbeiterrat aufgrund anhaltender Debatten über eine Vereinheitlichung der proletarischen Hilfsaktionen beschloss der engere Reichsvollzugsausschuss der Arbeiterräte eine Sitzung

⁵⁷⁸ AZ (Morgenblatt), 16.3.1922, 2.

⁵⁷⁹ AZ (Morgenblatt), 13.9.1921, 5 – Das Elend der Wolgakolonien; AZ (Morgenblatt), 17.9.1921, 4 – Die hungernden Kinder im Wolgagebiet; AZ (Morgenblatt), 18.10.1921, 4 – Aus aller Welt.

⁵⁸⁰ AZ (Morgenblatt), 15.1.1922, 3 – Furchtbarer Hunger in der russischen Kornkammer; AZ (Morgenblatt), 19.1.1922, 4 – In den Hungergebieten der Ukraine.

⁵⁸¹ AZ (Morgenblatt), 26.7.1921, 1; AZ (Morgenblatt), 29.7.1921, 6.

des Reichsarbeiterrates einzuberufen. Dieser trat am 3. Oktober 1921 im Favoritner Arbeiterheim zusammen und befasste sich unter Punkt zwei der Tagesordnung mit der russischen Hilfsaktion.⁵⁸²

Einen Tag zuvor veröffentlichte die RF einen Antrag der kommunistischen Fraktion des Reichsarbeiterrates, worin die Partei eine bedingungslose Ablieferung aller von den österreichischen Proletariern gespendeten Beiträge an die Sowjetregierung sowie die Bildung eines einheitlichen Hilfskomitees forderte.⁵⁸³ Als diese politischen Programmpunkte in der Resolution des Rätegremiums keine Berücksichtigung fanden, traten die Kommunisten schließlich aus dem Arbeiterrat aus. Hierzu war aus einem Zeitungsbericht der AZ vom 19. November 1922 über die konstituierende Sitzung des neugewählten Wiener Kreisarbeiterrates im Arbeiterheim Favoriten folgendes zu erfahren: *„In die Berichtsperiode fällt die Russische Hilfsaktion des Reichsarbeiterrates für die Hunger- und Seuchengebiete, an deren guten Gelingen der Wiener Bezirks- und der Kreisarbeiterrat hervorragenden Anteil haben. Die Kommunisten sind am 4. Oktober 1921 aus der Exekutive, und schließlich am 31. Mai 1922 überhaupt aus dem Arbeiterrat ausgetreten.“*⁵⁸⁴

Entgegen den Vorstellungen der KPÖ wurden gemäß Beschluss des Reichsarbeiterrates vom 3. Oktober 1921 aus den Geldspenden der österreichischen Proletarier Medikamente in der Höhe von 4.889.733 Kronen und Bekleidung im Wert von 1.200.000 Kronen beschafft, die dem „Russischen Roten Kreuz“ (Rossijskij Krasnyj Krest'/RKK) in Berlin übergeben wurden. Diese österreichischen Hilfsgüter, 35 Kisten mit einem Gesamtgewicht von 7 Tonnen, wurden als Seefracht über Hamburg in die Hungergebiete verschifft.

Mit 1. März 1922 machten die Sammlungen des Reichsarbeiterrates laut einem Presseartikel der AZ über *„Die Rußlandhilfe der österreichischen Arbeiterschaft“* die stolze Summe von 6.723.303 Kronen aus.⁵⁸⁵

Für die aus diesen finanziellen Mitteln erbrachten Hilfsleistungen sprachen der Vorsitzende und Generalsekretär des „Zentralkomitees der russischen Gesellschaft vom Roten Kreuz“ per Schreiben im Juni desselben Jahres dem Reichsarbeiterrat ihren tiefsten Dank aus. Außerdem wurde in Anerkennung der brüderlichen Hilfe beschlossen der im Wolgagebiet stationierten Sanitätsepidemiekolonie Nr. 2 den Namen „Reichsarbeiterrat Österreich“ zu verleihen. Aus einem weiteren veröffentlichten Dankschreiben erfuhr die Öffentlichkeit,

⁵⁸² AZ (Morgenblatt), 2.10.1921, 4; RF, 21.9.1921, 4.

⁵⁸³ RF, 2.10.1921, 3.

⁵⁸⁴ AZ (Morgenblatt), 19.11.1922, 3; Anm. des *Verfassers*: Wien war Sitz der wichtigsten und höchsten Rätegremien des Arbeiterrates, sprich vom „Wiener Kreisarbeiterrat“, von der „Reichsvertretung der Arbeiterräte Deutsch-Österreichs“ sowie vom „Reichsvollzugausschuss“, der die laufenden Geschäfte führte. Vorsitzender dieser Gremien war Friedrich Adler.

⁵⁸⁵ AZ (Morgenblatt), 1.11.1921, 4; AZ (Morgenblatt), 16.3.1922, 2.

dass die versandten Medikamente in den Krankenhäusern der Hungerbezirke dringend zur Bekämpfung von Epidemien gebraucht werden.⁵⁸⁶

Im Zuge der Untersuchungen war auffällig, dass weder die NFP noch die RP über Hilfsleistungen des Arbeiterrates berichtete.

5.2.5 Das Hilfswerk der „Oesterreichischen Gesellschaft vom Rothen Kreuze“

Bereits im August 1921 publizierten die AZ, die NFP und RP Berichte über eine Einladung der „Genfer Roten-Kreuz-Organisationen“ zur Errichtung eines internationalen Hilfswerks für Sowjetrussland. Demnach wurden Delegierte aller europäischen und amerikanischen Vereinigungen, die einem internationalen Hilfseinsatz positiv gegenüberstanden, für den 15. August 1921 nach Genf zur Beratung eingeladen. Dadurch erhoffte sich die Gesamtkommission des ICRC und der LORCS hilfsbereiten Regierungen einen neutralen Boden für Besprechungen zur Vorbereitung einer humanitären Aktion bieten zu können.⁵⁸⁷

Der Aufruf der „Oesterreichischen Gesellschaft vom Rothen Kreuze“ (ÖGvRK) für eine russische Hungerhilfe kam erst spät und zu einem Zeitpunkt wo auch in den südukrainischen Gouvernements Hungersnot und Seuchen katastrophal wüteten. Im Abendblatt der NFP vom 12. April 1922 konnte man lesen, dass die ÖGvRK aufgrund der Not im eigenen Land so lange zögerte sich mit der Bitte um Hilfe an die österreichische Bevölkerung zu wenden. Einen Gesinnungswandel bewirkten schließlich die Berichte des Internationalen Hilfskomitees in Genf, die auf den persönlichen Wahrnehmungen seines Oberkommissars Nansen basierten und die Not in der Heimat in den Hintergrund treten ließen. Entsprechend dieser Berichte schritt die sowjetrussische Hungersnot in allen Provinzen ungehindert fort, obwohl zahlreiche Nationen Hilfskomitees gebildet und Sammlungen eingeleitet haben. Zu diesem Zeitpunkt belief sich die Zahl der Hungertoten bereits auf 10 Millionen Menschen und weitere 20 Millionen waren, wenn nicht umgehend Hilfe geleistet würde, davon bedroht. Der damalige Präsident des österreichischen Roten Kreuzes Max Wladimir Beck⁵⁸⁸ unterzeichnete eigenhändig den Aufruf an das verelendete Österreich, welches nach seiner Ansicht bei der internationalen Hilfe nicht fehlen dürfe. Wörtlich hieß es: „*Und mit schwerem Herzen ruft das österreichische Rote Kreuz als Vertreterin des Internationalen Komitees*

⁵⁸⁶ AZ (Morgenblatt), 29.6.1922, 1, cit. *Mit brüderlichem Gruß: Solowjew, Vorsitzender des Zentralkomitees des russischen Roten Kreuzes. E. Korovin, Generalsekretär*; AZ (Morgenblatt), 11.7.1922, 3.

⁵⁸⁷ AZ (Morgenblatt), 6.8.1921, 4; NFP (Morgenblatt), 6.8.1921, 4; RP (Morgenblatt), 6.8.1921, 4.

⁵⁸⁸ Anm. des *Verfassers*: Ministerpräsident Cisleithaniens (1906 – 1908) unter dessen Amtsperiode die Wahlrechtsreform betreffend dem allgemeinen und gleichen Männerwahlrecht für das Abgeordnetenhaus fiel.

tees für Rußlandhilfe in Oesterreich die gesamte Bevölkerung auf, der eigenen Not gedenkend, zu helfen, auf daß nicht weitere Millionen Menschen, Ebenbilder Gottes, dem gräßlichen Hungertode anheimfallen.“ Spenden für die Russlandhilfe, die ausschließlich dem Nansen Hilfswerk zufließen, wurden bei der ÖGvRK, Wien, 1. Bezirk, Milchgasse 1, entgegengenommen.⁵⁸⁹

5.2.6 Die „Künstlerhilfe für die Hungernden in Rußland“

In Österreich wusste man bereits Ende 1921, dass sich Kunstschaaffende wie die deutsche Grafikerin, Malerin und Bildhauerin Käthe Kollwitz oder der französische Schriftsteller und Journalist Henri Barbusse für die Hungernden in Sowjetrußland⁵⁹⁰ engagierten. Durch Postkarten, Vortragsabende und Ausstellungen unterstützten zahlreiche Künstler weltweit die humanitären Aktionen der WIR. In Österreich sollte es noch bis Anfang 1922 dauern bis es, angestoßen durch den deutschen Schriftsteller Leonhard Frank, zur Gründung einer österreichischen Sektion kam.

Als eines der ersten Tagesblätter veröffentlichte die liberal-demokratische NFP den Aufruf des Komitees der österreichischen Künstlerhilfe: *„Wie in den anderen Hauptstädten Europas, in Paris, London, Berlin, hat sich auch in Wien ein Komitee „Künstlerhilfe“ für die Hungernden in Rußland gebildet. Es fordert alle geistigen Arbeiter, Künstler und Gelehrten Oesterreichs auf, den Hungernden in Rußland mit Wort und Werk zu helfen.“* Dem Komitee gehörten neben vielen anderen⁵⁹¹ der Bürgermeister der Stadt Wien Jakob Reumann und prominente Persönlichkeiten wie Leonhard Frank, Sigmund Freud oder Arthur Schnitzler an. Ihren eigenen Angaben zufolge entsprang die Motivation Sammlungen für die sowjetrussischen und ukrainischen Hungergebiete zu realisieren reiner Humanität.

Am Sitz der Hilfsorganisation in der Hofburg Wien, 1. Bezirk, Michaelertor, Feststiege existierte auch ein Damenkomitee, das seine Hilfsaktivitäten aus den Räumen der Frauenliga organisierte. Ihm gehörten unter anderen die Begründerin der österreichischen bürgerlichen Frauenbewegung Marianne Hainisch und die Frauenrechtsaktivistin Eugenie Schwarzwald an. Um jeden Missbrauch auszuschließen, flossen die Spendengelder der ös-

⁵⁸⁹ NFP (Abendblatt), 12.4.1922, 3, cit. *Die ausschließliche Verwendung derselben für Zwecke der Rußlandhilfe ist gewährleistet durch präzise Abmachungen Dr. Nansens mit der Sowjetregierung und durch das ausschließliche Verfügungsrecht des Internationalen Komitees*; RP (Morgenblatt), 12.4.1922, 4.

⁵⁹⁰ RF, 2.12.1921, 4.

⁵⁹¹ NFP (Morgenblatt), 4.3.1922, 7, cit. *die Präsidien der hervorragendsten künstlerischen und literarischen Vereinigungen, Präsident der Staatstheaterverwaltung Hofrat Doktor Adolf Vetter und hervorragende Persönlichkeiten wie Hermann Bahr, Auguste Wilbrandt-Baudius, Alfred Bernau, Dr. Konstantin Dumba [...] Katharina Schratt [...] Professor Julius Tandler, Dr. Anton Wildgans und viele andere.*

terreichischen Künstlerhilfe ausnahmslos an Nansen und die Quäker.⁵⁹² Erwartungsgemäß wurden die Erfolgsaussichten der vorwiegend bürgerliche Hilfsaktion durch die RF in Frage gestellt. Kritisch hieß es dazu: „*Es ist zu hoffen, daß diese Unternehmung, kein Schlag ins Wasser sein wird.*“⁵⁹³

Ein Monat später gerieten die zwei linken Tageszeitungen in eine heftige Polemik. Das kommunistische Zentralorgan berichtete über eine Sabotage der Künstlerhilfe durch den sozialdemokratischen Bürgermeister Reumann und seinen Finanzreferent Stadtrat Hugo Breitner. Angeblich sollen sie dem Hilfswerk Sammelbewilligungen vorenthalten und Einnahmen übermäßig hoch besteuert haben. Außerdem wurde den Kommunalpolitikern vorgeworfen die Gemeinde Wien habe im Gegensatz zu Berlin und anderen europäischen Städten noch keine finanzielle Hilfsleistung erbracht.⁵⁹⁴ Natürlich wies das sozialdemokratische Tagesblatt diese Anschuldigungen nachdrücklich zurück. Erstens habe der Genosse Breitner im Sinne der geltenden gesetzlichen Bestimmungen gehandelt und zweitens die Gemeinde Wien per Gemeinderatsbeschluss vom 5. Mai die Hungernden in Sowjetrußland bereits finanziell unterstützt. Dazu konnte die österreichische Öffentlichkeit in der AZ vom 6. Mai lesen: „*Auf einen Antrag Hieß (Soz.) wurde [...] der österreichischen Künstlerhilfe für die Hungernden in Rußland eine Subvention von 500.000 Kronen bewilligt.*“ Schließlich wurde die kommunistische Tagespresse noch bezichtigt Falschdarstellungen zu verbreiten.⁵⁹⁵

Im März 1922 veröffentlichte das sozialdemokratische Zentralorgan Anzeigen und Berichte über eine Vorlesungsreihe von Karl Kraus⁵⁹⁶ zugunsten der österreichischen Künstlerhilfe. Infolgedessen kam es zu schweren Vorhaltungen gegenüber der bürgerlichen Presse, die sich scheinbar aus ideologischen Gründen weigerte über Kraus zu berichten. Aus einem Artikel der AZ vom 2. April mit dem Titel „*Die Presse und die Künstlerhilfe für Rußland*“ erfuhr die Öffentlichkeit, warum die bürgerlichen Zeitungen die Aktivitäten des polarisierenden Schriftstellers tabuisierten: „*Bekanntlich ist für die Wiener bürgerliche Presse Karl Kraus der große Verfemte.*“ Obwohl seine Lesungen der Künstlerhilfe eine Million Kronen eingebracht haben hieß es dort über die kindische Totschweigetaktik weiter: „*Aber so bor-*

⁵⁹² NFP (Morgenblatt), 3.2.1922, 5; NFP (Morgenblatt), 9.3.1922, 5; NFP (Morgenblatt), 12.3.1922, 4.

⁵⁹³ RF, 7.2.1922, 2.

⁵⁹⁴ RF, 21.3.1922, 4; RF, 12.7.1922, 4, cit. *Den an uns unter der Nr. 9754, Lustbarkeitsabgabe, gelangten Zahlungsauftrag vom 3. Juli 1922, indem Sie uns für die am 25. Mai 1922 stattgefundene künstlerische Veranstaltung einen Betrag von 40.000 Kronen als Lustbarkeitssteuer vorschreiben, betrachtet das Russische Hilfskomitee als eine unglaubliche Herausforderung.*

⁵⁹⁵ AZ (Morgenblatt), 6.5.1922, 7; AZ (Morgenblatt), 17.7.1922, 4.

⁵⁹⁶ AZ (Morgenblatt), 7.3.1922, 7; AZ (Morgenblatt), 25.3.1922, 5; AZ (Morgenblatt), 29.3.1922, 4, cit. *Die Vorlesung Karl Kraus, die am 27. d. im Architektensaal stattfand, ergab einen Reinertrag von 257.758 Kronen, der zur Gänze der österreichischen Künstlerhilfe für Rußland und anderen wohltätigen Zwecken zugeführt wurde.*

*niert ist nun ihr Haß, der ihnen doch nur zur Schande gereicht, daß sie selbst diese Anzeige nicht veröffentlicht haben, weil sie dabei den Namen nicht hätten unterschlagen können, den zu verschweigen ihr Lebensberuf ist!*⁵⁹⁷

Stattdessen berichtete die NFP über humanitäre Veranstaltungen anderer Literaten und Musiker. Dazu zählte beispielsweise die Uraufführung von Franz Werfels Drama „Bocksge-sang“ im Raimundtheater oder das Gustav-Mahler Konzert dirigiert von Nils Grevillius im großen Musikvereinssaal. Des Weiteren brachte dort ein Konzert des Geigers und Leiters der Meisterklasse am „Neuen Wiener Konservatorium“ Robert Pollak unter Mitwirkung des bekannten Pianisten August Göllner Spenden in der Höhe von 4.400.000 Kronen ein.⁵⁹⁸ Auch die AZ schaltete Annoncen über weitere Wohltätigkeitsveranstaltungen. Darunter fiel eine Lesung des ungarischen Schriftstellers und Dichters Béla Balázs oder das literarische Programm des bekannten Vortragskünstlers und Rezitators Ludwig Hardt.⁵⁹⁹

Im November 1922 sollte die österreichische Öffentlichkeit aus der NFP über das Ende der Künstlerhilfe für Sowjetrußland erfahren. Demnach hat das Komitee der Hilfsaktion be-schlossen: *„ihre Tätigkeit dieses Jahr vor allem der Linderung der immer wachsenden Not der geistigen Arbeiter Oesterreichs - insbesondere der Künstler - zuzuwenden. Dieser Be-schluss wurde hauptsächlich infolge der selbst im Vergleiche zu Rußland schweren Lage Oesterreichs gefasst.*“⁶⁰⁰

Schließlich erschien in der AZ Ende 1922 eine Leistungsbilanz über das Hilfswerk der ös-terreichischen Künstlerhilfe. Gemeinsam mit der ÖGvRK wurde an die Vertreter des RKK medizinisches und sanitäres Hilfsmaterial im Wert von mehreren hundert Millionen Kronen übergeben, um für die betroffenen Hungerregionen ein mobiles Spital zur Seuchenbekämp-fung auszurüsten.⁶⁰¹

5.2.7 Andere Hilfsaktionen und Hilfsleistungen privater Personen

Außer den proletarischen Hilfsaktionen, der Hilfsaktion des Roten Kreuzes oder der Künst-lerhilfe waren auch andere Organisationen wie das in Wien, 9. Bezirk, Porzellangasse Nr. 1 ansässige *„Russisches Kinderhilfswerk des österreichischen russischen Klubs“* oder das *„Hilfscomité für Hungernde in Rußland bei der Mission des russischen Roten Kreuzes in Wien“* tätig. Daneben existierte nach einer Meldung des sozialdemokratischen Zentralor-

⁵⁹⁷ AZ (Morgenblatt), 2.4.1922, 2.

⁵⁹⁸ NFP (Abendblatt), 8.3.1922, 2; NFP (Morgenblatt), 8.3.1922, 7; NFP (Morgenblatt), 28.4.1922, 8; NFP (Morgenblatt), 16.6.1922, 4.

⁵⁹⁹ AZ (Morgenblatt), 5.4.1922, 6; AZ (Morgenblatt), 6.4.1922, 6;

⁶⁰⁰ NFP (Morgenblatt), 28.11.1922, 4.

⁶⁰¹ AZ (Morgenblatt), 17.12.1922, 4.

gans in Wien eine zweite Hilfsorganisation (Hilfskomitee der „Echtrussischen“) mit identischem Namen, die ihren Sitz im 3. Bezirk, Reisnerstraße 45 (Gebäude der früheren russischen Gesandtschaft) hatte. Angeblich soll es sich laut dem sozialdemokratischen Tagesblatt bei diesem Hilfswerk, das unter der Leitung eines gewissen Konstantin Schabelski stand, der sich als „Bevollmächtigter des RKK“ ausgab, um eine Aktion zur Geldmittelbeschaffung der russischen Konterrevolution⁶⁰² gehandelt haben. Diesbezüglich kritisierte die AZ hauptsächlich, dass die NFP den Spendenaufruf dieser ominösen Organisation, ohne vorherige Glaubwürdigkeitsprüfung, veröffentlichte.⁶⁰³ Wie die Presse berichtete leisteten die russischen Hilfswerke aus Wien auch tatsächlich humanitäre Hilfe. Gemäß einer Meldung der Izvestija vom 17. Jänner 1922 war in der AZ von Lebensmittelsendungen aus Österreich zu lesen, die vom Hilfscomité russischer Organisationen in Wien gesendet wurden: *„Das Rote Kreuz hat, aus Oesterreich eine Sendung bestehend aus zwölf Kisten Kondensmilch und zwölf Kisten amerikanischen Sirup, erhalten. Die Lebensmittel wurden vom Hilfscomité der russischen Organisationen in Wien gesendet.“*

In einem weiteren Pressebericht war von der Möglichkeit für Privatpersonen, die ihren Verwandten in die Hungergebiete Lebensmittel- oder Kleiderpakete senden konnten, die Rede. Sie wurden aufgerufen sich an die russische Abteilung der ARA, Wien, 1. Bezirk, Elisabethstraße Nr. 9, zu wenden. Auf das Wiener Zentralbüro entfielen bis Ende November 1922 38.000 von insgesamt 7.176.030 US-Dollar, die für den Ankauf von Lebensmittelpaketen verwendet wurden.⁶⁰⁴ Auch die jüdische Organisation „Agudas Jisroel“⁶⁰⁵ hat ein Sonderkomitee für den Ankauf von 10-Dollarpaketen ins Leben gerufen. Ihr Zentralbüro nahm Spenden in jeder Höhe unter der Kennung „Hilfskomitee für Rußland“, in Wien, 2. Bezirk, Malzgasse 42A (Telephon Nr.-49054, österreichisches Postsparkassenkonto Nr. 124904, Bankkonto: Wiener Bankverein, Wechselstube, 2. Bezirk, Hollandstraße 1), entgegen. Darüber hinaus konnte man Hilfgelder auch an die Administration der NFP zur Weiterleitung an den Bund Israels übergeben.⁶⁰⁶

⁶⁰² AZ (Morgenblatt), 27.8.1921, 3-4 – *Das Propagandabüro des Herrn Schabelski.*

⁶⁰³ NFP (Morgenblatt), 17.8.1921, 7, siehe dazu: AZ (Morgenblatt), 19.8.1921, 4-5, cit. *Die „Brünetten“ und die „Echtrussischen“.* Die „Hilfsaktionen“ der russischen Konterrevolution in Wien. Die „N. Fr. Pr.“ hat [...] den Aufruf eines „Hilfscomités bei der Mission des russischen Roten Kreuzes in Wien“ veröffentlicht, das sich bei der Unterzeichnung seines Ausrufes ohne jede weitere Namensnennung mit der ebenso mysteriösen wie mangelhaften Unterschrift „Hilfscomité“ begnügt und nur dadurch einiges Vertrauen zu erwecken sucht, daß es als Ort für die Entgegennahme der Spenden das Büro der Mission des russischen Roten Kreuzes im Gebäude der früheren russischen Gesandtschaft angibt.

⁶⁰⁴ AZ (Morgenblatt), 20.8.1921, 5; AZ (Morgenblatt), 1.2.1922, 4; AZ (Morgenblatt), 14.12.1922, 4.

⁶⁰⁵ Haus der Bayrischen Geschichte. Die Glossare des HDGB, cit. *Bund Israels. Internationale Organisation gesetzestreuer (orthodoxer) Juden zur Vertretung ihrer religiösen Interessen; gegr. Kattowitz 1912.* Online unter: <https://hdbg.eu/glossare/eintrag/agudas-jisroel/477>.

⁶⁰⁶ NFP (Morgenblatt), 14.4.1922, 5.

6 Conclusio

Weitgehend ergab die Analyse der Wiener Tagespresse in Bezug auf die Hungersnot in den deutschen Siedlungsgebieten der Südukraine eine hohe mediale Präsenz. Ferner konnte sich die Öffentlichkeit gut über österreichische Hilfsaktionen informieren.

Zeitungsartikel über die Hungersnot und humanitäre Hilfe fanden sich in allen untersuchten Tagesblättern überwiegend in der Rubrik Außenpolitik. Während der Eskalation der Hungerkrise verlagerte sich ihre Gestaltung und Positionierung explizit in den Aufmacher-Bereich. Im Wirtschaftsteil wurde neben Bergbau und Schwerindustrie hauptsächlich über die Agrarproduktion in der südukrainischen Kornkammer sowie über Getreideexporte berichtet. Das Feuilleton publizierte Briefe von Auslandskorrespondenten, die das Leben der ländlichen Bevölkerung oder das Sowjetregime beschrieben, und widmete sich ab 1922 vorrangig der österreichischen Künstlerhilfe. Außerdem veröffentlichte das kommunistische Zentralorgan im Kulturteil eine ständige Rubrik über das Leben und Wesen deutscher Kolonisten. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass 8,74 Prozent der analysierten Zeitungen Schlagzeilen über die Hungersnot in der Ukraine enthielten. Somit konnte zweifelsfrei widerlegt werden, dass in der Berichterstattung nicht zwischen Russland oder Ukraine unterschieden wurde.

Obwohl Presseberichte mit unmittelbarem Bezug auf schwarzmeerdeutsche Kolonisten in allen Kategorien selten waren, sind sie wichtige Belege für die Rekonstruktion von Ereignissen und Lebensbedingungen in ihrem Siedlungsgebiet. Außerdem widerlegen sie die pauschale Ansicht von Zeitungen, wonach unterschiedslos über russische, ukrainische oder schwarzmeerdeutsche Bauern berichtet wurde. Darüber hinaus lässt sich für die Südukraine anhand der analysierten Quellen ein gezielter Einsatz Lenins von „Hunger als Waffe“, wie während der Zwangskollektivierung unter dem Stalin-Regime, nicht verifizieren. Ebenso wenig wie die Thesen Hunger bewusst als Werkzeug zur Niederschlagung der Bauernaufstände oder als Testlauf für den Holodomor von 1932/33 benutzt zu haben. Schließlich wurde festgestellt, dass die Wiener Tageszeitungen häufiger Berichte über die Hungersnot in den Wolga-Gouvernements und Hilfsleistungen für die Wolgadeutschen veröffentlichten. Außerdem war es für das historische Verständnis eine unabdingbare Voraussetzung, wenn die Schwarzmeerdeutschen in Presseberichten nicht explizit thematisiert wurden, gestützt auf Thesen zu arbeiten.

Entsprechend zahlreicher Berichte war die bolschewistische und ukrainische Agrarpolitik Dreh- und Angelpunkt für die Entstehung und Eskalation der Hungersnot, aber auch für den Niedergang der Großgrundbesitzer. In diesem Zusammenhang trug die „Prodravvērstka“,

die in der Ukraine ab Frühjahr 1919 eingeführt und als Instrument des Klassenkampfes eingesetzt wurde, als zentrales Element des Kriegskommunismus wesentlich zum Hungertod von Millionen Menschen bei. Eine Vielzahl von Veröffentlichungen berichtete, dass die Bauern auf dieses Requisitionssystem mit bewaffneten Widerstand, Reduktion der Anbauflächen oder Verstecken von Vorräten reagierten. Nach einer Meldung aus der liberalen Presse kämpften auch deutsche Kolonisten auf der Seite der Aufständischen. Zudem besiegelte die „Prodravžerstka“ auch das Ende der kommunalen Getreidevorräte der schwarzmeerdeutschen Bauern, die ein fundamentales Element ihrer Überlebensstrategie darstellten.

Die zentrale These betrifft die Auswirkungen agrarpolitischer Rechtsnormen, die aufgrund der bolschewistischen oder ukrainischen Gesetzgebung gegen den Großgrundbesitz gerichtet waren. Es wird die Ansicht vertreten, dass die österreichische Öffentlichkeit Nachrichten über die daraus resultierenden rechtlichen Konsequenzen auch mit den schwarzmeerdeutschen Kolonisten in Verbindung brachte. Wie die Analyse zeigt, war den Lesern der österreichischen Tagespresse gut bekannt, dass der Oktoberputsch der Bolschewiki und die Veröffentlichung des dritten Universals durch die ukrainische Rada große Veränderungen für die Bauernschaft zur Folge hatte. Bezogen auf die wohlhabenden deutschen Bauern generierten beide Regierungssysteme Gesetze, die der deutschen Minderheit indirekt die Existenzgrundlage entzogen und von Anfang an auf die Zerstörung ihrer Siedlergemeinschaft abzielten. Vor dem Hintergrund der „Ukrainischen Frage“ ist außerdem zu bedenken, dass das Siedlungsgebiet der Schwarzmeerdeutschen abwechselnd unter sowjetrussischer bzw. ukrainischer Herrschaft stand und dort sowohl Rechtsnormen der sowjetrussischen Regierung, als auch der ukrainischen Zentralregierungen zur Anwendung kamen. Entsprechend dieser Gesetzgebung galt die Masse der deutschen Kolonisten, mit einem durchschnittlichen Landbesitz von ungefähr 56 Desjatinen, als „Kulaki“. Außerdem standen die Schwarzmeer-Gouvernements, als dort die Hungerkatastrophe eskalierte, bereits gänzlich unter sowjetrussischer Herrschaft. Im Gegensatz zu den zahlreichen Kleinbauern oder Landlosen in vielen Teilen Sowjetrusslands wirkte sich für die schwarzmeerdeutschen Großgrundbesitzer die bolschewistische Revolution, die eine Durchschnittsgröße der Bauernwirtschaften von 2,5 bis 12 Desjatinen forderte, fatal aus.

Wie eine Reihe von Presseberichten untermauerte, gingen die landhungrigen Bauernmassen und später die „Komitees der Dorfarmut“ bei der Umsetzung der sowjetrussischen Dekrete zur Landaufteilung besonders brutal vor. Erst mit dem Ende der Ukrainischen Volksrepublik und Niederschlagung der Bauernaufstände konnte sich Lenins Agrarpolitik im Sied-

lungsgebiet der Schwarzmeerdeutschen dauerhaft durchsetzen. Nach einem Artikel von Hans Uebersberger scheiterte eine zügige Realisierung der sowjetrussischen Agrarreform in der Ukraine vor allem auch daran, weil sich dort das Mir-System nie wirklich etablieren konnte.

Wie aus den Parteiorganen und unabhängigen Blättern zu erfahren war, gestaltete sich im Territorium der Ukrainischen Volksrepublik die Grundenteignung der ukrainischen, deutschen und russischen Großgrundbesitzer etwas demokratischer beziehungsweise restaurativer. Da in den ukrainischen Gouvernements der Großgrundbesitz per se nicht ukrainisch war, erfolgte nach Uebersberger die Aufhebung des Privateigentums durch ukrainische Politiker im Sinne nationaler Interessen. Jedoch konnte in Anbetracht der schwachen politischen Ordnungsmacht eine konsequente Agrarreform von keiner Zentralregierung erfolgreich verwirklicht werden. Diese Rahmenbedingungen führten zur These, dass im Kriegschaos eine ordnungsgemäße Umsetzung der ukrainischen Agrarpolitik vermutlich unmöglich war. Zudem verhinderte, wie Colin Ross in der NFP berichtete, die Hungerkatastrophe alle Agrarprogramme und Theorien der Regierung.

Schließlich führten Flurbereinigungen, massenhafte Enteignungen von Bauernhöfen oder ungerechte Erhöhungen von Ablieferungsquoten in den deutschen Kolonien zu einem drastischen Ernterückgang. Im Vergleich zu 1913 verringerte sich der Ernteertrag im Jahr 1921 um mehr als 90 Prozent auf 39 Millionen Pud. 1920 betrug er mit 348,5 Millionen Pud noch 87,12 Prozent der Vorkriegsproduktion.

Ferner erfuhr die österreichische Öffentlichkeit vom katastrophalen Ernterückgang in den schwarzmeerdeutschen Siedlungen aus Presseberichten über die Klimaverhältnisse. Demnach war die katastrophale Missernte auch auf den Hitzesommer von 1921 zurückzuführen. Ähnlich wie in West- und Mitteleuropa oder im Südosten Sowjetrusslands herrschte in den Schwarzmeer-Gouvernements eine abnorme Dürre. Entsprechend eines publizierten Berichtes von dort ansässigen deutschen Kolonisten betrug der Ernteverlust bis zu 100, die Dezimierung des Viehbestandes bei Pferden 90, bei Schafen 75 und bei Rindern 50 Prozent.

Vermutlich war unter dem Aspekt Boden, Arbeit und Kapital die Vernichtung deutscher „Kulaki“ für die Entstehung der Hungerkatastrophe von großer Bedeutung. Inwieweit der Niedergang der schwarzmeerdeutschen Landwirtschaft an der Verringerung des gesamtukrainischen Produktionsfaktors beigetragen hat, konnte aufgrund der schlechten Quellenlage nicht eindeutig geklärt werden. Allerdings konnte nachgewiesen werden, dass deutsche Unternehmer Agrarland von deutschen Kolonisten auf 10 bis 15 Jahre pachteten sowie

landwirtschaftliche Maschinen und Saatgut zur Eindämmung der Hungerskatastrophe in die Südukraine lieferten.

Hinsichtlich der Existenz deutscher und österreichischer Siedlungen bzw. Landgüter in der Südukraine hatte die zeitgenössische Öffentlichkeit gute Kenntnis. Einerseits spricht für diese Annahme die häufige Berichterstattung in der Wiener Tagespresse über die Deutschenhetze oder die Enteignung und Vertreibung deutscher Kolonisten im Zusammenhang mit den Liquidationsgesetzen von 1915.

Andererseits erschienen zur Zeit der Hungersnot Berichte, wie der des österreichischen Offiziers Karl Korzer, in dem das große Verdienst zahlreicher deutscher Kolonisten bei der Kultivierung der Steppe zum Getreideland betont wurde. Einen weiteren Beleg dafür liefert der Presseartikel eines Wiener Industriellen anlässlich seiner Geschäftsreise nach Kyiv und in die Südostukraine im Sommer 1922. Darin berichtete er über starke deutsche Kolonien in den Gouvernements Taurien, Cherson und Charkiv mit Landgütern im Ausmaß von 20, 50 oder mehr als 100 Desjatinen. Der treffendste Beweis über ihre Existenz kommt jedoch von August Müller, der während der Hungernot die Gelegenheit hatte mit einer Deputation deutscher Kolonisten aus der Südukraine zu sprechen. Demnach erfuhren die Österreicher, dass dort etwa 150.000 Deutsche in 250 Dörfern sowie zerstreut in hunderten Weilern lebten.

Die These, dass die österreichische Öffentlichkeit Nachrichten mit den schwarzmeerdeutschen Kolonisten assoziierte, wenn diese in Presseberichten nicht explizit thematisiert wurden, fand sinngemäß auch bei anderen Kategorien Anwendung. Dazu zählen Zeitungsmeldungen von Plünderungsexzessen, Zwangs-Requirierungen oder Rekrutierungen durch die restaurative Freiwilligen- bzw. Rote Arbeiter- und Bauernarmee während des Bürgerkrieges. Aber auch Nachrichten aus der Kategorie Seuchen müssen darunter subsumiert werden. In diesem Kontext konnten nur wenige Belege mit unmittelbarem Bezug auf schwarzmeerdeutsche Kolonisten gefunden werden. Dazu zählen Berichte der liberalen und konservativen Tagespresse über die Rekrutierung deutscher und österreichischer Kolonisten durch die Weiße Armee sowie über eine Beteiligung schwarzmeerdeutscher Kolonisten an Kämpfen gegen die Bolschewisten.

Vor allem musste diese These auch für Zeitungsberichte im Zusammenhang mit der schrittweisen Verschärfung der Hungersnot angewandt werden. Obwohl das auflagenstarke Zentralorgan der Sozialdemokratie schon Ende Dezember 1921 Berichte publizierte, die auf die Entstehung einer vergleichbaren Hungersnot wie in den Wolgakolonien hinwiesen, dauerte es noch bis Februar 1922 ehe Michail Ivanovič Kalinin die Gouvernements am

Schwarzen Meer zu Hungergebieten erklärte. Die Gründe dafür waren sowohl auf eine Fehleinschätzung der Ernährungslage, als auch auf das politische Kalkül Lenins zurückzuführen. Als die Lage in der früheren Kornkammer schließlich eskalierte, brachte die AZ zwischen Jänner und Mai 1922 ständig neue Schreckensbotschaften heraus. Entsprechend dieser Nachrichten ernährten sich die ausgezehrt Menschen von Odessa bis Rostov und von Mykolajiv bis Charkiv hauptsächlich von Surrogaten. Zu ihrer Kost gehörten außerdem Hunde, Katzen, Ratten und Mäuse sowie Brot aus Lehm und Stroh. Ferner begingen viele Menschen wegen der apokalyptischen Zustände Selbstmord oder wurden wahnsinnig. Angeblich sollen Eltern in ihrer Verzweiflung die eigenen Kinder geschlachtet und gegessen haben. Zum Leidwesen der entkräfteten und abgemagerten Menschen brachen aufgrund von verseuchtem Wasser, Hunger und schlechter Hygienebedingungen auch noch Cholera und Hungertyphus aus. Auch das christlich-soziale Tagesblatt veröffentlichte einen Bericht Nansens über Kannibalismus und Bodendegradation im Gebiet zwischen Odessa und Poltava. Einem Artikel der liberalen Presse zufolge hungerten in der Ukraine insgesamt fünf Millionen Menschen, darunter viele Kinder. Nach Berichten des sozialdemokratischen Zentralorgans waren es in den Schwarzmeer-Gouvernements insgesamt etwa 1,5 Millionen Individuen. Davon sollen nach Müller 135.000 Schwarzmeerdeutsche (90 Prozent der deutschen Minderheit) an Hunger gelitten haben. Ein aus Berichten der AZ abgeleiteter Durchschnittswert ergibt knapp 115.000. Durch einen Pressebericht der NFP wurde dokumentiert, dass allein im Kreis Odessa 30.000 deutsche Kolonisten hungerten.

Da Österreich selbst von einer Hungersnot betroffen und stark von Hilfsleistungen der ARA abhängig war beschränkten sich die Hilfsleistungen aus der Ersten Republik ausschließlich auf Sach- und Geldspenden. Entsprechend zahlreicher Berichte der Tages- und Parteipresse konnte sich in Österreich keine einheitliche Hilfsaktion, die etwa mit der deutschen Aktion „Brüder in Not“ vergleichbar gewesen wäre, durchsetzen.

Vor allem scheiterte die Implementierung eines gesamtproletarischen Hilfswerks wegen ideologischer Grabenkämpfe zwischen den beiden linken Parteien in Bezug auf die Einheitsfront. Vermutlich aber auch an der Haltung der österreichischen Regierung. Gegenüber einer Note Čičerins um Hungerhilfe, stimmte sie angesichts der heimischen Notlage nur einer Unterstützung privater Hilfsaktionen zu. Zudem realisierten die unterschiedlichen politischen Parteien, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen ihre eigenen Hilfswerke. Unmittelbar nach Gorkis Hilfsappell wurde das „Russische Hilfskomitee“ der Kommunisten, der „Russische Hilfsfond“ der Sozialdemokraten oder die „Russische Hilfsaktion“ des Reichsarbeiterrates gegründet. Die Parteipresse unterstützte dabei die Appelle

der jeweiligen Hilfsorganisation und veröffentlichte regelmäßig Sammelausweise über das Spendenvolumen. Auffällig war, dass seitens der liberalen und christlich-sozialen Parteien keine Hilfskampagnen organisiert und promotet wurden.

Wie die sozialdemokratische Presse im Frühjahr 1922 berichtete hatte die österreichische Arbeiterschaft trotz des heimischen Elends, mehr als 27 Millionen Kronen für die Hungernden Sowjetrusslands gesammelt. Die höchsten Spendengelder wies der Hilfsfonds der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften auf. Bis 1. März 1922 erreichten die Gesamteinnahmen dieses Fonds die Summe von 20,7 Millionen Kronen. Der Rest entfiel auf die Sammlung des Reichsarbeiterrates. Im Auftrag des „Internationalen Gewerkschaftsbundes“ (IGB) wurden in Wien Heilmittel um insgesamt 20,2 Millionen Kronen beschafft. Eine Sendung der Hilfsgüter wurde vom IGB der Nansen-Mission zugeteilt und von der örtlichen Vertretung des ICRC als Landfracht über Galizien den Hungergebieten zugescho- ben. Eine zweite Sendung war laut Auftrag des IGB für Georgien bestimmt. Nach eigenen Angaben betrugen die lukrierten Spenden des kommunistischen Hilfskomitees bis zu vier Millionen Kronen. Um eine gesamtproletarische Aktion durchzusetzen übergaben sie Ende August 1921 aus Protest ihre Geldsammlung dem Reichsarbeiterrat, der davon gemäß Be- schluss vom 3. Oktober 1921 Medikamente und Bekleidung für das RKK beschaffte.

Erst im April 1922, als auch in den südukrainischen Gouvernements Hungersnot und Seu- chen katastrophal wüteten, erfolgte der mediale Aufruf durch die ÖGvRK für eine Hunger- hilfe. Nach einem Artikel in der NFP zögerte der damalige Präsident der nationalen Rot- kreuz-Gesellschaft Max Wladimir Beck aufgrund der heimischen Notlage den Aufruf an die Öffentlichkeit so lange hinaus. Die Spenden für die Hilfsaktion waren ausschließlich dem Nansen Hilfswerk gewidmet.

Das ebenfalls Anfang 1922 gegründete Komitee der „Künstlerhilfe für die Hungernden in Russland“ unterstützte die Aktionen der WIR. Ihm gehörten neben dem Bürgermeister der Stadt Wien Jakob Reumann prominente Persönlichkeiten wie Leonhard Frank, Sigmund Freud oder Arthur Schnitzler an. Am Sitz der Hilfsorganisation, in der Wiener Hofburg, war auch ein Damenkomitee tätig. Mitglieder waren u.a. die Begründerin der österreichi- schen bürgerlichen Frauenbewegung Marianne Hainisch oder die Frauenrechtsaktivistin Eugenie Schwarzwald. Die aus diversen kulturellen Veranstaltungen lukrierten Spenden- gelder der Künstlerhilfe flossen ausnahmslos an Fridtjof Nansen oder an die Quäker. Die AZ berichtete Ende 1922 im Rahmen einer Leistungsbilanz des Hilfswerks, dass gemein- sam mit der ÖGvRK an die Vertreter des RKK medizinisches und sanitäres Hilfsmaterial

im Wert von mehreren hundert Millionen Kronen für die Ausrüstung eines mobilen Spitals übergeben wurde.

Anfang 1922 erschienen zahlreiche österreichische Presseberichte über die ukrainische Hungerkatastrophe, die nach Meldungen eines Vertreters der ARA jene im Wolgagebiet noch übertreffen würde. Gleichzeitig dehnten die zwei großen Dachorganisationen ihre Mission auch auf die Ukraine aus. Da österreichische Spendengelder hauptsächlich der Nansen-Mission oder den Quäkern zufließen ist die These zulässig, dass auch schwarzmeerdeutsche Kolonisten mit österreichischen Hilfsmitteln versorgt wurden. Zusätzlich erhielten sie von Privatpersonen aus Österreich gespendete Dollarpakete. Schließlich leisteten auch russische Hilfswerke aus Wien und die jüdische Organisation „Agudas Jisroel“, hauptsächlich in Form von Lebensmittelsendungen, humanitäre Hilfe.

In Bezug auf die Unterschiede in der Berichterstattung von Zeitungen unterschiedlicher politischer Spektren sind folgende Kriterien bedeutsam. Sowohl das liberal-demokratische, als auch das katholisch-konservative Tagesblatt berichteten über die Hungerkatastrophe sowie nationale und internationale Hilfswerke eher im Sinne eines unabhängigen Journalismus. Dessen ungeachtet positionierte sich das christlich-soziale Blatt kritisch gegen die Folgen des Oktoberputsches und der Agrarpolitik Lenins. Obwohl sich die NFP bemühte politisch unabhängig zu bleiben trat sie aus ökonomischen Gründen ebenfalls als Gegner des Kommunismus auf. Dagegen betrieb das prosovjetsche kommunistische Zentralorgan öffentlichkeitswirksam Agitation und Propaganda gegen Berichte aus der liberalen, bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse. So lastete das radikale kommunistische Zentralorgan Missernte und Hungersnot nicht nur dem Naturereignis, sondern auch dem sozialdemokratischen „Verrat“ in den „kapitalistischen“ Staaten und den „imperialistischen“ Mächten mit ihrer wirtschaftlichen „Blockade“ an. Im Gegensatz dazu betonte die gemäßigte bürgerliche Presse die mörderische Zerstörungsarbeit des Bolschewismus. In puncto Hilfsleistungen erregte vor allem die mediale Auseinandersetzung zwischen den beiden linken Blättern hinsichtlich einer gesamtproletarischen Hilfsaktion großes öffentliches Interesse.

Allerdings kann aufgrund der geringen Auflagenhöhe des radikalen Tagesblattes das Medienecho in der Öffentlichkeit als eher gering eingeschätzt werden. Nach Melischek und Seethaler stieg die Auflagenhöhe zwischen 1920 und 1925 von 10.000 auf 25.800 Exemplare. Bis zum Verbot der kommunistischen Tageszeitung konnte diese Auflage nie wieder erreicht werden. Demgegenüber druckte das auflagenstärkste Blatt, die sozialdemokratische AZ im Jahr 1920 105.000 Zeitungen, ein Spitzenwert der sich bis 1925 nur leicht auf 99.000 Exemplare reduzieren sollte. Dementsprechend hatte die scharfe Pressekritik der AZ

gegenüber kommunistischen Nachrichten eine viel höhere Reichweite. Insgesamt gesehen nahm in der internationalen Berichterstattung des sozialdemokratischen Blattes Sowjetrußland später die Sowjetunion einen großen Raum ein, den Otto Bauer durch seine journalistischen Fähigkeiten und Sprachkompetenz im Russischen klar dominierte.

7 Abkürzungsverzeichnis

ARA	American Relief Administration / Verwaltung des Amerikanischen Hilfswerks
AFSC	American Friends Service Committee / Amerikanisches Hilfskomitee der Freunde (Quäker)
ARC	American Red Cross / Das Amerikanische Rote Kreuz
AZ	Arbeiter Zeitung
BGBI	Bundesgesetzblatt
ČSR	Tschechoslowakische Republik
CRB	Commission for Relief in Belgium / Kommission für humanitäre Hilfe in Belgien
ERC	European Relief Council / Rat für das Europäischer Hilfswerk
FSR	Friends of Soviet Russia / Freunde Sowjetrusslands
GDVP	Großdeutsche Volkspartei
ICRC	International Committee of the Red Cross / Internationale Komitee vom Roten Kreuz
ICRR	International Committee for Russian Relief / Internationales Hilfskomitee für die Hungernden Russlands
IGB	Internationaler Gewerkschaftsbund
IFTU	International Federation of Trade Union / Internationaler Gewerkschaftsbund
IASP	Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien
KI	Kommunistischen Internationale (Komintern)
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KPU	Kommunistischen Partei der Ukraine
k.u.k.	kaiserlich und königlich
LORCS	League of Red Cross Societies / Liga der Rotkreuz-Gesellschaften
NĚP	Neuen Ökonomische Politik
NFP	Neue Freie Presse
NGOs	Non-Government Organisationen / Nichtregierungsorganisationen
NKID	Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten (Narkomindel)
NKVT	Volkskommissariat für Außenhandel
NS	Nationalsozialismus
ÖGvRK	Österreichische Gesellschaft vom Rothen Kreuze
Polpred	Bevollmächtigter Vertreter (Polnomočnyj predstavitel')
PR	Public Relations
RF	Die Rote Fahne
RGBI	Reichsgesetzblatt
RGI	Rote Gewerkschafts-Internationale
RKK	Rossijskij Krasnyj Krest' / Russisches Rotes Kreuz
ROSTA	Russische Telegrafagentur beim Allrussischen Zentralen Exekutivkomitee
RP	Reichspost
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
SCF	Save the Children Fund / Internationales Kinderhilfswerk
SDAPÖ	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken
UKP	Ukrainische Kommunistische Partei
UkrSSR	Ukrainischen Sozialistische Sowjetrepublik
USA	Die Vereinigten Staaten von Amerika / United States of America
WIR	Workers' International Relief / Internationale Arbeiterhilfe

8 Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Die österreichische Tagespresse in den Jahren 1910, 1920 und 1930

Quelle: Gabriele *Melischek*, Josef *Seethaler*, Die österreichische Tagespresse der Ersten Republik.
In: Matthias *Karmasin*, Christian *Oggolder* (Hg.), Österreichische Mediengeschichte Band 2: Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute), (Wiesbaden 2019), 11.

Abb. 2: Die Ukrainische Volksrepublik

Quelle: Caroline *Milow*, Die ukrainische Frage 1917-1923 im Spannungsfeld der europäischen Diplomatie (Wiesbaden 2002), 545.

Abb. 3: Die Ukrainische Sowjetrepublik

Quelle: *Milow*, Die ukrainische Frage 1917-1923, 547.

Abb. 4: Die deutschen Siedlungen im Schwarzmeergebiet

Quelle: Edmund *Schmid*, Die deutschen Kolonien im Schwarzmeergebiet Südrußlands (Berlin 1919), Anhang.

Abb. 5: Prozessmodell induktiver Kategorienbildung

Quelle: Philipp *Mayring*, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken (Weinheim ¹²2015), 86.

Abb. 6: Denikins Offensive auf Moskau im Sommer 1919

Quelle: Aleksandr Il'ič *Egorov*, Razgrom Denikina, Moskovskaya derektiva denikina (*Denikins Offensive auf Moskau*), (1934).
Online unter: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Moskovskaya_derektiva_denikina.jpg

Abb. 7: Karte der Hungergebiete an der Wolga und Südukraine

Quelle: Norbert *Götz*, Gorgina *Brewis*, Steffen *Werther*, Case Studies. In: Humanitarianism in the Modern World. The Moral Economy of Famine Relief (Cambridge University Press, Cambridge 2020), 45.

Abb. 8: Kinderhölle

Quelle: Bayerisches Kulturzentrum der Deutschen aus Russland. Sonderdruck der Blätter des Deutschen Roten Kreuzes (undatiert 1922).
Online unter: <file:///C:/Users/mnhvj/Downloads/5.-Sonderdruck-der-Blätter-des-Deutschen-Roten-Kreuzes.pdf>

Abb. 9: Ein Arbeitstag für die hungernden russischen Brüder

Quelle: Die Rote Fahne, 31.7.1921, 3.

9 Quellen- und Literaturverzeichnis

Österreichisches Staatsarchiv (Wien) [OeStA]

Archiv der Republik [OeStA/AdR]

- Ministerratsangelegenheiten Ministerrat 1. Republik – Kabinettsratsprotokolle [AT-OeStA/AdR MRang MR 1. Rep – KRP]
Kabinettsratsprotokoll Nr. 210 vom 5. 8. 1920.
- Bundeskanzleramt / Auswärtige Angelegenheiten – Neues Politisches Archiv [AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA]
Faszikel 42, Zl. 111/47 Präs. P., 25.2.1924.
Faszikel 53, Berichte aus Moskau 1922-1925.
Faszikel 787, Liasse Ukraine 7/III.
- Bundeskanzleramt / Auswärtige Angelegenheiten – Neues Politisches Archiv Präsidium [AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NPA Präs]
Faszikel 75, Diplomatenlisten 1920-1923, Faszikel 101.
- Bundeskanzleramt / Auswärtige Angelegenheiten – Neue Administrative Registratur [AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA NAR]
Faszikel 318, F7 Russland, Warszawski-Bronski an Karl Renner, Zl. 53485/20, 10.8.1920.
- Bundeskanzleramt / Auswärtige Angelegenheiten – Handelspolitik, Abteilung 14 [AT-OeStA/AdR AAng BKA-AA HP]
Faszikel 670, BM für Äußeres, Niederschrift zu einer Sitzung bez. das Handelsabkommen mit Russland am 2.6.1921.

Gedruckte Quellen:

- Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938 (ADÖ),
 - Band 1: Selbstbestimmung der Republik, 21. Oktober 1918 bis 14. März 1919, Klaus *Koch*, Walter *Rauscher*, Arnold *Suppan* (Hg.), (Wien, 1993).
 - Band. 3: Österreich im System der Nachfolgestaaten, 11. September 1919 bis 10. Juni 1921, Klaus *Koch*, Arnold *Suppan* (Hg.), (Wien, 1996).
- Edward L. *Bernays*, Propaganda. Die Kunst der Public Relations. Übersetzt von Patrick *Schnur*. Deutsche Erstausgabe (Berlin ¹⁰2019 (1928)).
- Henry Jean *Dunant*, Eine Erinnerung an Solferino (1862).
- Alexander Wladimir *Eiduck*, Die russische Hungersnot 1921-1922 und ihre Bekämpfung im Lichte der Tatsachen. In: Internationale Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland (Hg.), Arbeiterhilfe und Sowjetrußland, Bd. 3, (Berlin 1922).
- Harold H. *Fisher*, The famine in Soviet Russia: 1919 – 1923. The operations of the American Relief Administration (New York 1927).
- Michael *Hruschewskyj*, Die ukrainische Frage in historischer Entwicklung (Wien 1915).
- Gustave *Le Bon*, Psychologie der Massen. Aus dem Französischen von Rudolf *Eisler* 1911 (Hamburg ²2019).
- Karl *Lindemann*, Von den deutschen Kolonisten in Rußland. Ergebnisse einer Studienreise 1919 -1921 (Stuttgart 1924).
- Walter *Lippmann*, The Stakes of Diplomacy (New York 1915).

- Walter *Lippmann*, Die öffentliche Meinung. Wie sie entsteht und manipuliert wird. Walter *Ötsch*, Silja *Graupe* (Hg.). Übersetzt von Christian *Deppe*, Simon *Lübeck* und Hermann *Reidt*. 1. Auflage (Frankfurt 2018 (1922)).
- Johannes *Schleuning*, Aus tiefster Not. Schicksale der deutschen Kolonisten in Rußland (Berlin 1922).
- Edmund *Schmid*, Die deutschen Kolonien im Schwarzmeergebiet Südrußlands (Berlin 1919).
- Edmund *Schmid*, Die deutschen Bauern in Südrußland (Berlin 1917).
- Leon *Wasilewski*, Die Ostprovinzen des alten Polenreiches (Lithauen u. Weissruthenien, die Landschaft Chelm Ostgalizien – Die Ukraina (Krakau 1917).
- Italo *Zingarelli*, L' agonia del bolscevismo. Impressioni di viaggio in Russia (Milano 1923).

Digitale Quellen:

- Österreichische Nationalbibliothek, ALEX Historische Rechts- und Gesetzestexte. Online unter: <https://alex.onb.ac.at>.
 - Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867, RGBL. Nr. 142, 395.
 - Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich 1.Stück vom 15. November 1918, 5. Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich.
 - Verfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920, betreffend den Übergang zur bundesstaatlichen Verfassung, BGBl. Nr. 2/1920.
 - Bundes-Verfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920, StGBL. Nr. 450, Art. 149, 1809.
 - Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich vom 21. März 1922, Abkommen zwischen der Bundesregierung der Republik Österreich und den Regierungen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik und der Ukrainischen Sozialistischen Sowjet-Republik, BGBl. Nr. 147.
 - Bundesgesetz vom 7. April 1922 über die Presse. BGBl. Nr. 218/1922.
 - Verordnung der Bundesregierung vom 7. März 1933, betreffend besondere Maßnahmen zur Hintanhaltung der mit einer Störung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit verbundenen Schädigungen des wirtschaftlichen Lebens. BGBl. Nr. 41/1933.
 - Verordnung der Bundesregierung vom 10. April 1933, BGBl. Nr. 120/1933.
 - Verordnung der Bundesregierung vom 10. Juni 1933, betreffend besondere Maßnahmen gegen den Mißbrauch der Preßfreiheit. BGBl. Nr. 217/1933.
- Österreichische Nationalbibliothek, ANNO Österreichische Zeitungen und Zeitschriften. Online unter: <https://anno.onb.ac.at>.
 - Thematischer Einstieg, Tageszeitung, Arbeiter-Zeitung.
 - Arbeiter-Zeitung, Neue Freie Presse, Reichspost – Jänner 1915 bis Juli 1916 und April 1917 bis Dezember 1923.
 - Die soziale Revolution, Die Rote Fahne – März 1919 bis Dezember 1923.
- *HYPRESS*, Die österreichische Tagespresse - Daten und Analysen, Der Zeitungsmarkt in der Ersten Republik 1918-1934, Forschungsergebnisse, Detaildaten Wien, Wiener Tageszeitungen 1918-1934, Titelliste Wien. Online unter: <https://www.oeaw.ac.at/cmc/hypress/wz.htm>.
- Jeremy *Hicks*, Documentary Film and the Volga Famine. Save the Children Fund's Famine (1922). In: Historical Journal of Film, Radio and Television, 43 (3) (2023), 645–667. Online unter: <https://doi.org/10.1080/01439685.2023.2173377>.
- Historisches Lexikon der Schweiz, Nikolaj Rubakin.

- Online unter: <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/028384/2010-05-17/>.
- Österreichisches Biographisches Lexikon (ÖBL), Roda, Alexander (Sándor); früher Rosenfeld, Ps. Roda Roda (1872-1945), Schriftsteller, ÖBL 1815-1950, Bd. 9 (Lfg. 43, 1986), 193. Online. unter: <http://www.biographien.ac.at>.
 - OeNB-Finanzbildung. Historischer Währungsrechner der Österreichischen Nationalbank. Online unter: <https://finanzbildung.oenb.at/docroot/waehrungsrechner/#/>.
 - Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen.
Zarin Katharina die Große und das Einladungsmanifest vom 22. Juli 1763.
Online unter: <https://gdz.sub.uni-goettingen.de/id/PPN619069759>.
 - Woodrow Wilson, Address to a Joint Session of Congress on the Conditions of Peace, 8. 1. 1918.
Online unter: APP, <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-joint-session-congress-the-conditions-peace-the-fourteen-points>.

Sekundärliteratur:

- Franz *Adlgasser*, American Individualism Abroad. Herbert Hoover, die American Relief Administration und Österreich, 1919 – 1923, Diss. Salzburg 1992.
- *Alpen-Adria-Universität Klagenfurt*, 20er Jahre, Zeitschriftendokumentation, Arbeiter-Zeitung. Online unter: <https://litkult1920er.aau.at/litkult-lexikon/arbeiter-zeitung/>
- *Alpen-Adria-Universität Klagenfurt*, 20er Jahre, Zeitschriftendokumentation, Die Rote Fahne. Online unter: <https://litkult1920er.aau.at/litkult-lexikon/die-rote-fahne/>
- Helmut *Altrichter*, Heiko *Haumann* (Hg.), Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, Bd. 2: Wirtschaft und Gesellschaft (München 1987).
- Helmut *Altrichter* (Hg.), Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, Bd. 1: Staat und Partei (München 1986).
- Anne *Applebaum*, Roter Hunger. Stalins Krieg gegen die Ukraine (München 2017).
- Henning *Bauer*, Gabriele *Drop*, Guido *Hausmann*, Sabine *Heinzel*, Andreas *Kappler*, Claudia *Pawlik*, Brigitte *Roth* (1991). Die Nationalitätenfrage im Russischen Reich: Auswertung der Volkszählung von 1897. Historical Social Research, 16 (2). Online unter: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-33198>.
- Oleksandr *Beznosov*, Holod 1921-1922 rr. i Borot'ba z nym u Nimec'kych ta Menonits'kych Poselennjach Pivdnja Ukrajiny. In: Svetlana Bobyleva (Hg.), Voprocj Germans'koj Istorii (Dnipropetrowsk 2007).
- Svetlana *Bobyleva*, Die Hungersnot in deutschen Siedlungen der Südukraine in den Jahren 1920-1923. Wahrnehmung und Verhalten der Hungernden. In: Alfred *Eisfeld*, Guido *Hausmann*, Dietmar *Neutatz* (Hg.), Hungersnöte in Russland und in der Sowjetunion 1891-1947. Regionale, ethnische und konfessionelle Aspekte (Essen 2017), 95-117.
- Alfred *Bohmann*, Menschen und Grenzen. Bd. 3: Strukturwandel der deutschen Bevölkerung im sowjetischen Staats- und Verwaltungsbereich (Köln 1970).
- Thomas M. *Bohn*, Dietmar *Neutatz* (Hg.), Studienhandbuch Östliches Europa. Band 2: Geschichte des Russischen Reiches und der Sowjetunion (Köln, Weimar, Wien 2009).
- Detlef *Brandes*, Einwanderung und Entwicklung der Kolonien. In: Gerd *Stricker* (Hg.), Deutsche Geschichte im Osten Europas. Russland (Berlin 2002).
- Detlef *Brandes*, Von den Verfolgungen im Ersten Weltkrieg bis zur Deportation. In: Gerd *Stricker* (Hg.), Deutsche Geschichte im Osten Europas. Russland (Berlin 2002).

- Margarete *Busch*, Bildung und Wissenschaft. In: Gerd *Stricker* (Hg.), Deutsche Geschichte im Osten Europas. Russland (Berlin 2002).
- Bruno *Cabanes*, The Great War and the Origins of Humanitarianism, 1918–1924 (Cambridge 2014).
- Fritz *Csoklich*, Presse und Rundfunk. In: Erika Weinzierl, Kurt Skalnik, Österreich 1918 – 1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd.2 (Graz, Wien, Köln 1983).
- *Demokratiezentrum Wien*, Ressourcen, Lexikon, Arbeiter Zeitung.
Online unter: <https://www.demokratiezentrum.org/ressourcen/lexikon/arbeiter-zeitung/>
- Günter *Dürriegl*, 150 Jahre Die Presse. Ein Stück Österreich (Wien 1998).
- André *Durand*, Origin and Evolution of the Statutes of the International Red Cross. In: International Review of the Red Cross, 1983-08, Vol.23 (235).
- Wolfgang U. *Eckart* (Hg.), Medizin und Krieg. Deutschland 1914–1924 (Paderborn 2014).
- Peter *Eigner*, Andreas *Resch*, Steyrermühl und Vernay. Die zwei größten Wiener Zeitungskonzerne der Zwischenkriegszeit. In: Herbert *Matis*, Andreas *Resch*, Dieter *Stiefel* (Hg.), Unternehmertum im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Unternehmerische Aktivitäten in historischer Perspektive. Beiträge gesammelt zu Ehren von Alice Teichova (=Veröffentlichungen der Österreichischen Gesellschaft ÖGU Bd. 28) (Wien 2010).
- Alfred *Eisfeld*, Guido *Hausmann*, Dietmar *Neutatz*, Hungersnöte in Russland und in der Sowjetunion 1891-1947. Regionale, ethnische und konfessionelle Aspekte (Essen 2017).
- Alfred *Eisfeld*, 200 Jahre Ansiedlung der Deutschen im Schwarzmeergebiet (Hg. Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. mit Unterstützung der baden-württembergischen Landesregierung (Baden-Württemberg 2003)). Online unter: <https://silo.tips/download/200-jahre-ansiedlung-der-deutschen-im-schwarzmeergebiet>.
- Alfred *Eisfeld*, Die Russland-Deutschen. Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat, Bd. 2 (München 1992).
- Alfred *Eisfeld*, Die Deutschen in Russland und in der Sowjetunion (Wien 1986).
- Ingeborg *Fleischhauer*, Die Deutschen im Zarenreich. Zwei Jahrhunderte deutsch-russische Kulturgemeinschaft (Stuttgart 21991).
- David P. *Forsythe*, The Humanitarians: The International Committee of the Red Cross (Cambridge 2005).
- Friedrich *Funder*, Vom Gestern ins Heute, aus dem Kaiserreich in die Republik (Wien 1952).
- Friedrich *Funder*, Als Österreich den Sturm bestand, aus der ersten in die zweite Republik (Wien, München 1957).
- Dietrich *Geyer*, Boris *Meissner* (Hg.): Osteuropa-Handbuch: Sowjetunion. Völkerrechtstheorie und Vertragspolitik (Köln/Wien 1976).
- Gernot *Gölles*, Die politische Berichterstattung der Ersten Republik in Österreich unter besonderer Berücksichtigung der regionalen Tagesprintmedien am Beispiel Graz (Nicht veröffentlichte Masterarbeit, Universität Graz 2016).
- Norbert *Götz*, Gorgina *Brewis*, Steffen *Werther*, Case Studies. In: Humanitarianism in the Modern World. The Moral Economy of Famine Relief (Cambridge 2020).
- Helga *Grebing*, Österreich-Ungarn und die „Ukrainische Aktion“ 1914-18. Zur österreichisch-ungarischen Ukraine-Politik im ersten Weltkrieg. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Neue Folge, Bd. 7, H. 3 (1959).

- Edgard *Haider*, Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918–1938 (Diss. Wien 1975).
- Ernst *Hanisch*, Der große Illusionist Otto Bauer (1881–1938) (Wien, Köln, Weimar 2011).
- Ernst *Hanisch*, Die Salzburger Presse in der Ersten Republik 1918–1938. In: Mitt(h)eilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Band 128, 1988.
- Dieter J. *Hecht*, Die Stimme und Wahrheit der Jüdischen Welt. Die jüdische Presse in Wien der Zwischenkriegszeit 1918–1938. In: Frank *Stern*, Barbara *Eichinger* (Hg.), Wien und die jüdische Erfahrung 1900–1938 (Wien 2009).
- Gustav *Hilger*, Wir und der Kreml. Deutsch-Sowjetische Beziehungen 1918–1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten (Frankfurt/Main, Bonn ²1964).
- Christel *Hopf* (Hg.), Qualitative Sozialforschung (Stuttgart 1979).
- Susanne *Janssen*, Vom Zarenreich in den amerikanischen Westen. Deutsche in Russland und Russlanddeutsche in den USA 1871–1928. Die politische, sozio-ökonomische und kulturelle Adaption einer ethnischen Gruppe im Kontext zweier Staaten (gedr. FH Berlin Univ., Diss. Münster 1997).
- Paul *Joseph*, Herbert Hoover (Edina, Minnesota 2001).
- Max *Kaase*, Politische Kommunikation – Politikwissenschaftliche Perspektiven. In: Otfried *Jarren*, Ulrich *Sarcinelli*, Ulrich *Saxer* (Hg.), Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft: Ein Handbuch (Opladen, Wiesbaden 1998).
- Andreas *Kappeler*, Kleine Geschichte der Ukraine (München ⁸2022).
- Andreas *Kappeler*, Das historische Erbe der Ukraine. Schichten und Elemente. Ein Essay. Layers and Elements. An Essay. In: Osteuropa, 71 (7), 2021.
- Andreas *Kappeler*, Das Echo des Holodomor. Die Hungersnot 1932/33 in der österreichischen Presse. In: Zeitschrift Osteuropa, 70. Jg. 12/2020.
- Andreas *Kappeler*, Die Deutschen im Rahmen des zaristischen und sowjetischen Vielvölkerreiches. In: Andreas *Kappeler*, Boris *Meissner*, Gerhard *Simon* (Hg.), Die Deutschen im Russischen Reich und Sowjetstaat (Köln 1987).
- Viktor *Kondrašın*, Hungersnöte in Russland und in der Sowjetunion. Wahrnehmungen und Verhaltensstrategien der Dorfbevölkerung. In: Alfred *Eisfeld*, Guido *Hausmann*, Dietmar *Neutatz* (Hg.), Hungersnöte in Russland und in der Sowjetunion 1891–1947. Regionale, ethnische und konfessionelle Aspekte (Essen 2017), 39–66.
- Aleksander *Kriwoschij*, Die Frauen in der Armee von Nestor Machno. In: Ukraine Nachrichten vom 12. November 2014. Online unter: https://ukraine-nachrichten.de/frauen-armee-nestor-machno_4120.
- Fuyuki *Kurasawa*, The Making of Humanitarian Visual Icons. On the 1921–1923 Russian Famine as Foundational Event. In: Jeffrey C. *Alexander*, Dominik *Bartmański*, Bernhard *Giesen* (Hg.), Iconic Power. Materiality and Meaning in Social Life (New York 2012).
- Börries *Kuzmany*, Der Galizische Ausgleich als Beispiel moderner Nationalitätenpolitik? In: Elisabeth *Haid*, Stephanie *Weismann* und Burkhard *Wöller* (Hg.), Galizien. Peripherie der Moderne - Moderne der Peripherie? (Marburg 2013).
- Helmut W. *Lang* (Hg.), Österreichische Retrospektive Bibliographie (ORBI). Reihe 2: Österreichische Zeitungen 1492–1945. Band 2: Helmut W. *Lang*, Ladislaus *Lang*, Wilma *Buchinger*: Bibliographie der österreichischen Zeitungen 1621–1945. A–M. Bearbeitet an der Österreichischen Nationalbibliothek (München 2003).
- Alexander Nikolajewitsch *Makarov*, Das System der Staatsverträge Sowjetrußlands. Zeitschrift für Politik, 1927–01, Vol.16. Online unter: <http://www.jstor.org/stable/43349357>.

- Daniel *Maul*, Appell an das Gewissen-Fridtjof Nansen und die Russische Hungerhilfe 1921–23, Themenportal Europäische Geschichte (Berlin 2011).
- Philipp *Mayring*, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken (Weinheim 2015).
- Barry *McLoughlin*, Hannes *Leidinger*, Verena *Moritz*, Kommunismus in Österreich 1918–1938, (Innsbruck, Wien, Bozen 2009).
- Gabriele *Melischek*, Josef *Seethaler*, Die österreichische Tagespresse der Ersten Republik. In: Matthias *Karmasin*, Christian *Oggolder* (Hg.), Österreichische Medien-geschichte Band 2: Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute), (Wiesbaden 2019).
- Gabriele *Melischek*, Josef *Seethaler*, Arbeitsberichte der Kommission für historische Pressedokumentation. Nr. 1. Auflagenzahlen der Wiener Tageszeitungen 1885 – 1933 in quellenkritischer Bearbeitung. Österreichische Akademie der Wissenschaften (Wien 2001). Online unter: https://www.oeaw.ac.at/fileadmin/Institute/CMC/PDF/Publications/Research_Papers/KMK_Arbeitsbericht_No_1.pdf.
- Gabriele *Melischek*, Zur Entstehung der Massenblätter am Beispiel der Wiener Tagespresse 1895–1933. In A. *Blome* (Hg.), Zeitung, Zeitschrift, Intelligenzblatt und Kalender. Beiträge zur historischen Presseforschung (Bremen 2000, edition lumi-ère).
- Gabriele *Melischek*, Josef *Seethaler*, Die Berliner und Wiener Tagespresse von der Jahrhundertwende bis 1933. In: Kai *Kaufmann*, Erhard *Schütz* (Hg.), Die lange Geschichte der Kleinen Form. Beiträge zur Feuilletonforschung (Berlin 2000).
- Gabriele *Melischek*, Josef *Seethaler*, Medien und politisches System in der „österreichischen Revolution“ 1918/20. In: Kurt *Imhof*, Peter *Schulz* (Hg.), Medien und Revolution (Zürich 1998).
- Kirk *Mildner*, Lokale Politik und Verwaltung in Russland. Zwischen Neuanfang, Erbe und Korruption (Basel, Boston, Berlin 1996).
- Caroline *Milow*, Die ukrainische Frage 1917-1923 im Spannungsfeld der europäischen Diplomatie (Wiesbaden 2002).
- Verena *Moritz*, Hannes *Leidinger*, „Mission To Moscow“. Der Österreichische Gesandte Otto Pohl In Sowjetrußland/der Sowjetunion (1920–1927). In: Lucile *Dreidemy et al.* (Hg.), Bananen, Cola, Zeitgeschichte: Oliver Rathkolb und das lange 20. Jahrhundert (Köln 2016).
- Verena *Moritz*, Julia *Köstenberger*, Aleksandr *Vatlin*, Hannes *Leidinger*, Karin *Moser*, Gegenwelten. Aspekte der österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918–1938 (St. Pölten, Salzburg, Wien 2013).
- Christian *Oggolder*, Kleines Land – was nun? Kontinuitäten personeller Verfechtungen von Wiener Zeitungsaktiengesellschaften nach 1918. Jahrbuch Für Kommunikationsgeschichte 14/2012.
- Bertrand M. *Patenaude*, Joan Nabseth *Stevenson*, Bread + Medicine: American Famine Relief in Soviet Russia, 1921-1923 (Stanford 2023).
- Bertrand M. *Patenaude*, The Big Show in Bololand. The American Relief Expedition to Soviet Russia in the Famine of 1921 (Stanford 2002).
- Kurt *Paupié*, Handbuch der österreichischen Pressegeschichte. 1848-1959, Bd. 1 (Wien, Stuttgart 1960).
- Peter *Pelinka*, Manfred *Scheuch*, 100 Jahre AZ (Wien 1989).
- Ulrike *von Pilar*, Alles Brüder? Eine kurze Geschichte der humanitären Hilfe. In: Jürgen *Lieser*, Dennis *Dijkzeul* (Hg.), Handbuch Humanitäre Hilfe (Berlin 2013).

- Benjamin *Pinkus*, Ingeborg *Fleischhauer*, Die Deutschen in der Sowjetunion. Geschichte einer nationalen Minderheit im 20. Jahrhundert (Baden-Baden 1987).
- *DiePresse.com*, „Die Presse“- Blattlinie.
Online unter: <https://www.diepresse.com/613276/die-presse-blattlinie>.
- Johannes *Schleuning*, Die deutschen Siedlungsgebiete in Rußland (Würzburg 1955).
- Kurt *Skalnik*, Die österreichische Presse. Vorgestern, gestern, heute (Wien 1964).
- Vladyslav *Starodubtsev*, The Progressive Legacy of the Ukrainian People's Republic, 6-12. Online unter: <https://www.fes.de/themenportal-geschichte-kultur-medien-netz/geschichte/das-fortschrittliche-erbe-der-ukrainischen-volksrepublik>.
- Verena *Steller*, Zwischen Geheimnis und Öffentlichkeit. Die Pariser Friedensverhandlungen 1919 und die Krise der universalen Diplomatie. In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 8 (2011).
- Max *Trecker*, Friedrich *Asschenfeldt*, „Den Bolschewismus in der Wiege erdrotseln“. Die Blockade der Entente gegen Sowjetrußland. In: Sanktionen: Ziele, Kosten, Wirkung. Zeitschrift Osteuropa, 71. Jg, 10-12 (2021).
- Carl Emil *Vogt*, „Fridtjof Nansen og kampen mot hungersnøden i Russland 1921-23.“ Nordisk østforum, vol. 16, no. 2, 2002.
- *Volksstimme Österreich*, Offizielle Webseite. Online unter: www.volksstimme.at.
- Ricarda *Vulpius*, Ukrainische Nation und zwei Konfessionen. Der Klerus und die ukrainische Frage 1861-1921. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas. Neue Folge, Bd. 49, H. 2, Themenschwerpunkt: Die ukrainische Nationalbewegung vor 1914 (2001).
- Adam *Wandruszka*, Peter *Urbanitsch* (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Band III. Die Völker des Reiches (Wien 1980), Teilband 1.
- Adam *Wandruszka*, Neue Freie Presse (1848-1939). In: Heinz Dietrich *Fischer* (Hg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Band 2 der Reihe Publizistik-historische Beiträge (Berlin, Boston 1972).
- Adam *Wandruszka*, Geschichte einer Zeitung. Das Schicksal der „Presse“ und der „Neuen Freien Presse“ von 1848 bis zur Zweiten Republik (Wien 1958).
- Cornelia *Witz*, „Brüder in Not!“ Der Deutsche Caritasverband und die reichsdeutschen Hilfsaktionen für die hungernden Reichsdeutschen. In: Alfred *Eisfeld*, Guido *Hausmann*, Dietmar *Neutatz* (Hg.), Hungersnöte in Russland und in der Sowjetunion 1891-1947. Regionale, ethnische und konfessionelle Aspekte (Essen 2017), 275-296.